

Monika Gibas / Peer Pasternack (Hrsg.)
Sozialistisch behaust & bekunstet
Hochschulen und ihre Bauten in der DDR

Die hier zur Verfügung gestellte PDF-Datei enthält nicht die Abbildungen im Text (statt dessen leere Seiten bzw. Stellen) und ebenso nicht den 18seitigen Abbildungsblock, der in den gedruckten Exemplaren in der Mitte des Bandes eingebunden ist.

**Leipziger Beiträge zur
Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftspolitik**

**Monika Gibas
Peer Pasternack
(Hrsg.)**

**Sozialistisch behaust & bekunstet
Hochschulen und ihre Bauten in der DDR**

Leipziger Universitätsverlag 1999

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Sozialistisch behaust & bekunsted : Hochschulen und ihre Bauten in
der DDR / Monika Gibas/Peer Pasternack (Hrsg.). - Leipzig :

Leipziger Univ.-Verl., 1999

(Leipziger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte und Wissenschafts-
politik)

ISBN 3-933240-32-8

© Leipziger Universitätsverlag GmbH, Leipzig 1999.
Alle Rechte vorbehalten.

ISBN 3-933240-32-8

ISSN 0944-7997

INHALT

Monika Gibas / Peer Pasternack

Sozialistisch behaut & bekunstet?

Zur Botschaft und Sozialgeschichte des Hochschulbaus in der DDR..... 7

Ulrich Hartung

Hochschulbauten der DDR in den fünfziger Jahren 26

Hans-Joachim Hicke

Hochschulbau in der DDR. Administration und Entscheidungswege..... 53

Manfred Rücker

Das Institut für Hoch- und Fachschulbau.

Entwicklung, Aufgaben, Leistungen und Abwicklung..... 72

Peter Korneli / Dietrich Gläser

Medizinischer Hochschulbau in der DDR 85

Ulf Zimmermann

Mensabauten 96

Hildtrud Ebert

Der Erweiterungsbau der Kunsthochschule Berlin-Weißensee..... 104

Valentin Hammerschmidt

Die Gebäude der Hochschule für Verkehrswesen in Dresden

und ihre Weiternutzung durch die Hochschule für

Technik und Wirtschaft..... 115

Bildteil

Hartung, Hochschulbauten 50er Jahre: I–VII. *Zimmermann*, Mensabauten: VIII–X. *Ebert*, Kunsthochschule Berlin-Weißensee: XI–XII. *Hammerschmidt*, HfV Dresden: XIII. *Wiesemann*, Hochschule für Landwirtschaft Neubrandenburg: XIV–XV. *Korneli/Dellas*, Charité: XVI–XVII. *Topfstedt & Pasternack*, Universitätshochhaus Leipzig: XVIII–XIX. *Adam*, Leipziger Universitätsrelief: XX–XXII. *Ebersbach/Behrends*, “Die Fledermaus”: XXIII. *Schönfeld*, Hochschul-Wandmalereien: XXIV–XXVIII

<i>Gabriele Wieseemann</i>	
Die Hochschule für Landwirtschaft in Neubrandenburg. Eine neoexpressionistische Architekturphantasie von Hermann Henselmann.....	
	129
<i>Peter Korneli / Geerd Dellas</i>	
Neubau und Rekonstruktion der Berliner Charité	
	144
<i>Katrin Löffler</i>	
Der Entscheidungsprozeß für die Sprengung der historischen Universitätsgebäude in Leipzig.....	
	154
<i>Thomas Topfstedt</i>	
Vom “Weisheitszahn” zum Werbesymbol. Der Leipziger Universitätsturm im Wandel seiner Bewertung	
	168
<i>Peer Pasternack</i>	
Intransparenz & Konfliktkarriere. Wie der Universität Leipzig nach dem Ende der DDR ihr Hochhaus abhanden kam.....	
	177
<i>Hubertus Adam</i>	
Zeichen der Universität oder platzbeherrschendes Monument? Zur Planungs- und Entstehungsgeschichte des Leipziger Universitätsreliefs	
	187
<i>Hartwig Ebersbach / Rainer Behrends</i>	
“Die Fledermaus” oder “Antiimperialistische Solidarität” aus der Perspektive des Blochschen Prinzip Hoffnung	
	202
<i>Jörn Schütrumpf</i>	
Zweierlei Maß. Kunst am Bogensee	
	219
<i>Martin Schönfeld</i>	
Erziehungsbilder. Wandmalereien an Hochschulen der DDR diesseits und jenseits der Staatsbürgerkunde	
	229
	Autorinnen & Autoren
	241
6	Nachweise
	245

Sozialistisch behaut & bekunstet?

Zur Botschaft und Sozialgeschichte des Hochschulbaus in der DDR

Monika Gibas / Peer Pasternack

1.

Sozialistische Architektur: das Ringen um einen Begriff davon

Der uralte Traum von Sozialutopisten, wonach die Ausbildung eines idealen Menschen vornehmlich durch eine ideale Gestaltung der menschlichen Lebensumwelt befördert werden könne, wurde auch im nun ausgehenden 20. Jahrhundert geträumt. Solche Vorstellungen bezogen sich nicht allein auf den Umgang der Menschen miteinander, also auf die inhaltliche, die politische und soziale Ausgestaltung des menschlichen Lebensraumes, sondern auch auf seine äußere, seine raumästhetische Gestaltung. Eine ideale Architektur, eine ideal *gebaute* Lebensumwelt im eigentlichen Sinne des Wortes, spielte in solchen Überlegungen keine geringe Rolle. Dabei richteten sich die Vorstellungen nicht nur auf eine sozialhygienisch und ästhetisch angemessene Befriedigung der unmittelbaren, persönlichen Behausungsbedürfnisse der Bevölkerungen, sondern immer auch auf die Schaffung von Gemeinschaftsbauten, von 'Häusern für das Volk'. Diese sollten funktional und also brauchbar für die kulturellen und politischen Begegnungsbedürfnisse von Massen sein, doch darüber hinaus auch eine Botschaft vermitteln: die Botschaft von der idealen menschlichen Gemeinschaft.

Nach dem ersten Weltkrieg waren es die Architekten des "Gläsernen Kreises" um Bruno Taut, die, inspiriert von den proletarischen Revolutionen in Rußland und Deutschland, über die Schaffung von "Kathedralen des Sozialismus" nachdachten. In ihren Entwürfen drückte sich eine "Sehnsucht nach einprägsamen Großbauten mit einer reicheren sozialen und kulturellen Bedeutung" aus, "die im Blick auf solche 'Bauten der Gemeinschaft' auch Identifikationen mit den sie tragenden Gemeinwesen

vermitteln sollten.”¹ Ebenso setzten die Protagonisten des “Neuen Bauens” der zwanziger Jahre neben sozialem Wohnungsbau, der zur Sicherung des Existenzminimums beitragen sollte, auf monumentale Bauten der Gemeinschaft und sahen Baukunst nicht zuletzt auch als ein Mittel der Volkserziehung.

In der DDR war, wie in allen sich als sozialistische Gemeinwesen definierenden Gesellschaften des 20. Jahrhunderts, dieser Aspekt von Architektur – zumindest vom theoretischen Anspruch her – ein zentraler.² Die Bauten der neuen Gesellschaft sollten das intendierte Ziel – eine Gesellschaft für das ‘einfache Volk’ zu gestalten – nicht nur durch ihre Funktion als Behausungen fürs Volk ganz praktisch *untermauern*. Vielmehr sollten sie dieses Anliegen als entzifferbare *architektonische Botschaft* idealiter auch *kommunizieren* und so ihren Teil zur repräsentativen Gestaltung der neuen Gesellschaft und zur Erziehung des ‘Neuen Menschen’ beitragen.

“Die künstlerisch-ideologische Aufgabe von Städtebau und Architektur im Sozialismus” bestehe darin, so wurde aus Anlaß einer theoretischen Konferenz zum Bauen in der DDR 1960 formuliert, “daß in ihren Werken, ausgehend von der Einheit der Zweckmäßigkeit und der Schönheit in umfassendem Sinne, die Ideen und Vorstellungen der sozialistischen Gesellschaft widergespiegelt werden.”³

Solche Ziele waren bereits im Frühjahr 1951 gesetzt worden, als die politischen Funktionäre im Ministerium für Aufbau eine Propagandakampagne zum “Kampf um eine neue deutsche Baukunst” initiiert hatten. Diese stand ganz im Zeichen einer offensiven Auseinandersetzung mit dem westdeutschen Staat und dessen neuem, an der internationalen Moderne orientierten Baustil. Als zentrales Ziel der baukünstlerischen An-

¹ Werner Durth/Jörn Düwel/Niels Gutschow: Architektur und Städtebau der DDR. Band 2: Aufbau. Städte, Themen, Dokumente, Frankfurt a.M./New York 1998, S. 21ff.

² Als neuere Literatur, die zur DDR-Architektur und -Stadtplanung übergreifende Bilanzierungen versucht, liegt vor: Thomas Hoscislawski: Bauen zwischen Macht und Ohnmacht. Architektur und Städtebau in der DDR, Berlin 1991; Jörn Düwel: Baukunst voran! Architektur und Stadtplanung in der SBZ/DDR, Berlin 1995; Werner Durth/Jörn Düwel/Niels Gutschow: Architektur und Städtebau der DDR, 2 Bde., Frankfurt a.M. 1998; Bruno Flierl: Gebaute DDR. Über Stadtplaner, Architekten und die Macht. Kritische Reflexionen 1990-1997, Berlin 1998; Holger Barth (Hg.): Projekt Sozialistische Stadt. Beiträge zur Bau- und Planungsgeschichte der DDR, Berlin 1998.

³ zit. bei Werner Durth et al., a.a.O., S. 80.

strengungen in der DDR galt eine originäre Architektur für das erste deutsche Gemeinwesen, das sich in Richtung eines staatlich organisierten und dominierten Sozialismus zu entwickeln anschickte. Zunächst setzte man – streng ausgerichtet am sowjetischen Vorbild⁴ – auf die großen nationalen Bautraditionen des 19. Jahrhunderts. Schinkelsche Baukunst wurde zum orientierungsgebenden Muster – nicht nur für repräsentative öffentliche Gebäude, sondern auch für den Wohnungsbau. Angesagt war damit eine handwerklich aufwendige Architektur in “schöpferischer Weiterentwicklung des nationalen Bauerbes”, bei der viel Wert auf das architektonisch-künstlerische Detail gelegt wurde. “Monumentale Bauten im Stikleid des Klassizismus (sollten) von vergangener und kommender Größe einer Baukunst künden, die mit überhistorischer Geltung auch in Deutschland die Glücksversprechen des Sozialismus bestätigen würde.”⁵

Das von Hermann Henselmann, Leiter einer Meisterwerkstatt der Bauakademie und Direktor des Instituts für Theorie und Geschichte der Baukunst, 1951 entworfene, unterdessen berühmte ‘Wohnhochhaus an der Weberwiese’⁶ wurde für einige Jahre zum anerkannten Maßstab solcher politisch gewünschter Architektur. Normative Vorgabe bis etwa Mitte der fünfziger Jahre war damit für Architekten in der DDR das Bemühen um die Verwirklichung einer Dialektik von sozialem Inhalt und nationaler – was hier meinte: *sozialistischer* – deutscher Form. Daß ein solches, eher allgemein formuliertes Ziel nicht leicht in architektonische Entwürfe zu übersetzten war, davon zeugen die Debatten in den folgenden Jahren. Im

⁴ Vgl. zum Hintergrund Andreas Schätzke: Zwischen Bauhaus und Stalinallee. Architekturdiskussion im östlichen Deutschland 1945-1955, Braunschweig/Wiesbaden 1991; Herbert Nicolaus/Simone Hain/Karl D. Keim: Reise nach Moskau. Quellenedition zur neueren Planungsgeschichte, Berlin 1997.

⁵ Werner Durth et al., a.a.O., S. 41.

⁶ Vgl. ausführlicher Jörn Düwel: Der Erstling: Zur Baugeschichte der Weberwiese in Berlin, in: ders., Baukunst voran!, a.a.O., S. 135-151. Zu Henselmann im Hochschulbau vgl. die Beiträge von Thomas Topfstedt: Vom “Weisheitszahn” zum Werbesymbol. Der Leipziger Universitätsturm im Wandel seiner Bewertung, und Gabriele Wiesemann: Die Hochschule für Landwirtschaft in Neubrandenburg. Eine neoexpressionistische Architekturphantasie von Hermann Henselmann, in diesem Band; desweiteren ist auf Untersuchungen zum Universitätsturm der Friedrich-Schiller-Universität Jena zu verweisen – dieser Turm geht gleichfalls auf Henselmann-Entwürfe zurück, war ursprünglich zwar als Forschungsgebäude für Carl Zeiss Jena projektiert, dann aber zum Universitätshochhaus umgewidmet worden: vgl. Michael Diers et al. (Hg.): Der Turm zu Jena. Architektur und Zeichen, Jena 1999.

Mai 1953 bilanzierte das Ministerium für Aufbau, die Bemühungen darum seien “steckengeblieben”, und schlußfolgerte, es müsse weiter darüber nachgedacht werden, was sozialistischer Realismus in der Architektur sei.⁷

Zu einem praktisch relevanten Ergebnis kam man bei diesen Überlegungen allerdings nicht: Die Auffassung, wonach sozialistische Architektur nicht nur sozial, sondern auch ihrer ästhetischen Erscheinung nach spezifisch sein, also ein künstlerisch anspruchsvoller, originär *sozialistischer Architekturstil* entwickelt werden müsse – diese Auffassung wurde im April 1955 durch die erste Baukonferenz der DDR faktisch ad acta gelegt. Die neue Losung – erneut orientiert an der aktuellen sowjetischen Architekturdiskussion, nun nach dem Tode Stalins, aber mehr noch an DDR-eigenen ökonomischen Zwängen – hieß jetzt: “Besser, schneller und billiger bauen!” Die damit verbundene ästhetische Wende war vor allem einem Umstand geschuldet: ein Bauen im Stile aufwendig gestalteter Monumentalarchitektur ließ sich als durchgängige städtebauliche Praxis für die DDR ökonomisch nicht realisieren. Jetzt ging es um Typisierung, um eine Wende zur “radikalen Standardisierung”.

Diese Typisierung setzte sich spätestens mit Beginn der sechziger Jahre im Zuge der Einstellung auf die wissenschaftlich-technische Revolution und der Orientierung an den Erfordernissen industriellen Bauens in der DDR voll durch. Das alte Konzept, das auf “Schönheit, Monumentalität, Bequemlichkeit und Tradition” insistierte, wurde aufgegeben zugunsten eines Konzeptes moderner, rationalen Kriterien der Verbindung von ökonomisch-technologischen Möglichkeiten und sozialen Funktionen verpflichteter Architektur. Es ging nun nicht mehr um “sozialistische deutsche Baukunst”; neues Ziel war vielmehr, das DDR-Bauwesen an das “Weltniveau” heranzuführen, was vor allem schnelles, solides Bauen in ansprechender Ästhetik meinte.⁸ Es war dies wohl auch ein erstes indirektes Eingeständnis der Vergeblichkeit der Suche nach einem spezifisch deutsch-sozialistischen Architekturstil, an der sich schließlich vier Künstler-, Architekten- und Architekturtheoretikergenerationen “entweder apo-

⁷ Vgl. Werner Durth et al., a.a.O., S. 123.

⁸ Ebd., S. 79.

logetisch oder im Ringen um den Versuch, mit Kunst gesellschaftsverändernd zu wirken“, beteiligt hatten.⁹

“Die in den 50er Jahren in sozialistischen Ländern – auch in der DDR – vertretene Auffassung, wonach die sozialistische Entwicklung der Architektur nicht nur sozial, sondern auch phänomenal zu einer spezifischen ‘sozialistischen Architektur’, zu einem ‘sozialistischen Architekturstil’ führen können¹⁰, haben¹¹ sich theoretisch als falsch und praktisch als unbrauchbar erwiesen“, wurde denn auch 1987 im Rahmen eines repräsentativen Kunstlexikons der DDR bilanziert. “Das primäre Kriterium einer dem Sozialismus – als erster Stufe des Kommunismus – adäquaten Architektur ist nicht ihre zum Stil gewordene Form“, hieß es jetzt. Vielmehr hänge der soziale Wert von Architektur von der Wertung ihrer Eigenschaften im sozialen Gebrauch der Menschen ab.¹²

2.

Spiegelungen der Debatten und Experimente: DDR-Hochschulbau als sozialistische Architektur

Auch die Behausungen der Hochschulen waren und sind nie nur funktionsgebundene Unterbringungsorte, hier für Forschung und Lehre. Sie sind als architektonische Objekte zugleich Zeichen, Repräsentationsobjekte ihrer Betreiber. Gilt dies für öffentliche Gebäude generell,¹³ so tritt in der

⁹ Peter Guth: Wände der Verheißung. Zur Geschichte der architekturbezogenen Kunst in der DDR, Leipzig 1995, S. 8.

¹⁰ lies: kann

¹¹ lies: hat

¹² Lexikon der Kunst, Architektur, bildenden Kunst, Angewandten Kunst, Industrieformgestaltung, Kunsttheorie, 7 Bde., Leipzig 1987 bis 1994, Stichwort “Architektur”, in: Bd. 1, Leipzig 1987, S. 243/244.

¹³ Zur DDR-Architektur öffentlicher Gebäude und Gebäudeensembles liegen folgende neuere Veröffentlichungen vor: Thomas Topfstedt: Oper Leipzig. Das Gebäude, Leipzig 1993; Tilo Köhler: Die Stalinallee, Berlin 1993; Herbert Nicolaus/Alexander Obeth: Die Stalinallee. Geschichte einer deutschen Straße, Berlin 1997; Helmut Engel/Wolfgang Ribbe (Hg.): Karl-Marx-Allee. Magistrale in Berlin, Berlin 1996; Paulhans Peters: Eine Zukunft für die Karl-Marx-Allee, Hamburg 1997; Simone Hain: Archäologie und Aneignung. Ideen, Pläne und Stadtfigurationen. Aufsätze zur Ostberliner Stadtentwicklung nach 1945, Erkner b. Berlin 1996; Irma Leinauer: Das Außenministerium der DDR. Ge-

Hochschularchitektur doch eines noch hinzu: Als Orte der Bewahrung überkommenen Wissens, der darauf gründenden Wissenschaftsentwicklung wie der Wissensvermittlung an junge Menschen gelten die Hochschulen als Innovationsagenturen der Gesellschaften schlechthin. In dem Zusammengang von Traditionsbindung, intendierter resp. faktischer Elitenproduktion, Infragestellung und Zukunftsoffenheit ergeben sich widersprüchliche Anforderungen. Diese sollen in der baulichen Form symbolischen Ausdruck finden. Bauen erfordert also auch hier immer den Kompromiß zwischen Symbolik, Funktionalität und Ästhetik.

”Die DDR ist ein einziges riesiges Fortbildungsinstitut”, bemerkte der Chefredakteur der *Zeit*, Theo Sommer, als er 1986 mit großem Stab die DDR bereiste.¹⁴ Die DDR war aber auch eine riesige Baustelle.¹⁵ Welche Zusammenhänge gab es zwischen diesen beiden Umständen?

Bereits in den 50er Jahren war eine Fülle von Hoch- und Fachschulneubauten oder -wiederaufbauten entstanden:

- die Hochschule für Planökonomie in Berlin-Karlshorst;
- der Schwerpunkt ”Hochschulstadt Dresden” mit Neubauten für die Hochschulen für Verkehr und Eisenbahnwesen, TU-Institute für Thermodynamik, Maschinenbau, Schwachstromtechnik und Strömungsmaschinen, die Fakultät für Pädagogik und Kulturwissenschaften, die Palucca-Schule, die Institute für Landtechnik, für Textilchemie und für Fördertechnik, die Medizinische Akademie, die Institute für Arbeitsökonomik und für Maschinenbau, die Fachschule für Gartenbau in Pillnitz, die Arbeiter- und Bau-

schichte eines politischen Bauwerkes, Berlin 1996; Thomas Ruben/Bernd Wagner (Hg.): Kulturhäuser in Brandenburg. Eine Bestandsaufnahme, Potsdam 1994; Simone Hain/Stephan Stroux: Die Salons der Sozialisten. Kulturhäuser in der DDR. Mit einem Foto-Essay von Michael Schroedter, Berlin 1996; Ulrich Hartung: Arbeiter- und Bauerntempel. DDR-Kulturhäuser der fünfziger Jahre – ein architekturhistorisches Kompendium, Berlin 1996; Hermann Henselmann: ”Ich habe Vorschläge gemacht”, hrsg. von Wolfgang Schäche, Berlin 1995; Peter Guth: Wände der Verheißung. Zur Geschichte der architekturbezogenen Kunst in der DDR, Leipzig 1995. – Für zahlreiche weitere Publikationen zu DDR-Architektur und -Stadtplanung, insbesondere zum an dieser Stelle weniger interessierenden Wohnungsbau, sei auf die Bibliographie ”Auswahl deutschsprachiger Veröffentlichungen zur Bau- und Planungsgeschichte der DDR ab 1989” verwiesen, in: Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung IRS (Hg.), Im Dickicht der Archive. Forschungs- und Sammlungsarbeit zur Bau- und Planungsgeschichte der DDR, Erkner b. Berlin 1997, S. 129-139.

¹⁴ Theo Sommer: Am Staate mäkeln, doch ihn ertragen, in: *Die Zeit* 26/20.6.1986, S. 9-13, hier 11.

¹⁵ Ebd.

- ernfakultät mit Wohnheimen und Mensen; in Bautzen die Ingenieurschule für Fördertechnik;
- in der Universitätsstadt Leipzig der Neubau des Campus der Hochschule für Körperkultur (DHfK), das Institut für Sportmedizin, das Zentralinstitut für Isotopen- und Strahlenforschung, das Physiologische, Pharmakologische, Anatomische, Chemische und das Physikalische Institut;
 - in Schwerin das Institut für Lehrerbildung Paulshöhe und das Institut für sozialistische Landwirtschaft;
 - in Ilmenau die Hochschule für Elektrotechnik;
 - an den Universitäten Rostock und Greifswald eine Schiffsbautechnische Fakultät, das Großkulturchemische Institut, das Hygieneinstitut, Institute für Mineralogie, Geologie, Pharmazie, Agrobiologie, Geographie, Mikrobiologie und Organische Chemie;
 - sodann zahlreiche Lehrerbildungsinstitute im ganzen Land, darunter der Komplex in Erfurt, Neubauten in Halle-Kröllwitz, Siebenlehn bei Meißen und die Pädagogische Hochschule in Güstrow;
 - die Akademiestadt Freiberg als Zentrum der Montanwissenschaften mit Neubauten für das Chemische Institut, die Institute für Berg- und Hüttenkunde und für Erzaufarbeitung sowie Studentenwohnheimen;
 - desweiteren die Hochschule für Maschinenbau Chemnitz und das dortige Institut für Physik, die Bauingenieurschule Cottbus, die Fachschule für Landtechnik in Nordhausen und die Finanzfachschule in Gotha;
 - der Ausbau des Universitäts- und Akademiestandortes Jena mit den Instituten für Chemie, Geologie, Physik sowie für Physiologische Chemie und Pharmakologie, die Akademieinstitute für Mikrobiologie und experimentelle Therapie, für Bodendynamik und Erdbebenforschung sowie für magnetische Werkstoffe;
 - schließlich die Technische Hochschule für Chemie Leuna-Merseburg.¹⁶

Erkennbar ist, daß dieses Bauen strukturpolitischen Schwerpunktsetzungen folgte: insbesondere die Fachrichtungen Wirtschaft und Ingenieurwesen wurden favorisiert. Das kann kaum verwundern: Den Kommunisten war nach der Aufteilung Deutschlands mit dem Ostteil ein allein nicht existenzfähiger Wirtschaftsraum zugefallen. In diesen mußten ganze Industrien, Verkehrsstrukturen und produktionsorientierte Dienstleistungsstandorte eingepflanzt werden. An der Abfolge und regionalen Verteilung der innerhalb eines Jahrzehnts neugeschaffenen und nach Kriegszerstörungen wieder aufgebauten Hoch- und Fachschuleinrichtungen läßt sich die wirtschaftliche Schwerpunktbildung erkennen.

¹⁶ Wir danken Simone Hain, Berlin, die uns diese Zusammenstellung zur Verfügung gestellt hat.

Verbunden waren mit diesen Projekten immer auch weitergehende städtebauliche Projekte: Wohngebiete für Lehrkräfte, Studenten und Absolventen. Damit gelangen diejenigen in den Blick, welche die neuen Bauten bevölkerten. Die Expansion des Hoch- und Fachschulwesens in der DDR hatte die Grundlage geschaffen für einen massenhaften sozialen Aufstieg aus den zuvor von höherer Bildung weitgehend ausgeschlossenen Schichten. Sich qualifizieren, so die Grunderfahrung vieler DDR-Bürger, vor allem solcher aus der ersten Aufbaugeneration, bringt persönliche Aufstiegschancen mit sich. Dem zugrundeliegenden politischen Willen entsprach es, daß dieses Massenerlebnis mit der weniger erfreulichen Erfahrung sozialer Auslese beim Hochschulzugang verbunden war. Als Theo Sommer 1986 die DDR als Fortbildungsinstitut identifizierte, stammten 77 Prozent der Studierenden aus Elternhäusern, in denen der Vater einen niedrigeren Bildungsstatus hatte als sein studierendes Kind. Und diejenigen, die den Aufstieg schon hinter sich hatten, unterschieden sich, so Sommer, von westdeutschen Politikern und Spitzenbeamten vor allem dadurch, daß sie viel mehr wie Technokraten redeten: "Jeder Parteifunktionär ein Wohnungsbauexperte, jeder Ratsvorsitzende ein Rationalisierungsfachmann. Nicht mehr die stalinistischen Sozialingenieure sind am Schalthebel, die den alten Adam in der Fabrik des neuen Menschen umkrepeln wollen, sondern die Diplomingenieure."¹⁷

Waren die DDR-Hochschulbauten nun dementsprechend steingewordene Variationen über das Thema 'Arbeiterklasse und Intelligenz'? Symbole der als Produktivkraft definierten Wissenschaft? Fanden sich in ihnen Spuren einer Erkennbarkeit als originär sozialistische Bauwerke?

"In der Form national, im Inhalt demokratisch!": Um die Einlösung dieser in den frühen fünfziger Jahren erhobenen Forderung der politischen Führung und der damals führenden Architekten an das DDR-Bauwesen hat man sich auch im Hochschulbau durchaus bemüht¹⁸ – wobei "demokratisch" selbstredend nicht im Sinne des politischen Liberalismus gemeint war, sondern die gesellschaftliche Aneignung gesellschaftlich er-

¹⁷ Theo Sommer, a.a.O.

¹⁸ Siehe dazu den Beitrag von Ulrich Hartung: Hochschulbauten der DDR in den fünfziger Jahren, in diesem Band; vgl. auch Claudia Nowak/Matthias Lienert: Abriß der baulichen Entwicklung der TH/TU Dresden, in: Matthias Lienert/Achim Mehlhorn (Hg.), Geschichte der Technischen Universität Dresden in Dokumenten, Bildern und Erinnerungen, Bd. 3: Zur Wissenschaft in Dresden nach 1945, Dresden o.J. (1997), S. 29-41.

zeugten Reichtums meinte. Auf der inhaltlichen Ebene war eine solche Option unter den Bedingungen einer staatlich gesicherten kulturellen Hegemonie politischer Eliten, die dem Marxismus-Leninismus als ideologischer Basistheorie anhängen, auch relativ problemlos umsetzbar: Hochschulen waren in der DDR von Beginn an definiert als Stätten *sozialistischer* Bildung und Erziehung. Das bedeutete nicht nur, in der Ausbildung der Studierenden auf strikte weltanschaulich-theoretische Orientierung an der Staatsdoktrin des Marxismus-Leninismus zu achten. Bezogen auf die Rekonstruktion vorhandener und die Konzipierung neuer Hochschulbauten bedeutete diese Zielstellung auch, räumlich und ästhetisch die neuen, als sozialistisch intendierten Bildungsvorstellungen, also das *kollektive* Lehren, Forschen, Lernen und Leben, zu präferieren.

3.

Funktionalität der DDR-Hochschulbauten: ablaufeffizient und sozialintegrativ

3.1. Campus-Anlagen

Der staatgewordene Sozialismus war ein kollektivistisches Projekt. Das spiegelte sich auch in den Hochschulbauten der DDR. Abgesehen von einigen vorrangig semiotischen Manifestationen wie dem Leipziger Universitätsturm¹⁹ läßt sich über die meisten in der DDR realisierten Hochschulkomplexe sagen, daß sie baulich sozialintegrativ angelegt waren. Das verband sich mit der Intention, einen ablaufeffizienten Hochschulbetrieb zu ermöglichen. Kurze Wege durch Konzentration und Kombination von Funktionen, also das Neben- und Ineinander von Institutsräumlichkeiten, Laboren und Ateliers, Vorlesungssälen und Seminarräumen, Bibliotheken sowie Mensen, schließlich die Vermittlung von Studium und Freizeit durch Einbeziehung von Studentenklubs, Wohnheimen und Sportstätten: dies kennzeichnete die Campus-Projekte wie etwa die Hochschule für Elektrotechnik (dann TH) Ilmenau, den Ausbau der PH Güstrow, die TH-Anlagen in Merseburg und Zwickau oder das Bildungszentrum in Cottbus.

¹⁹ Vgl. Thomas Topfstedt: Vom "Weisheitszahn" zum Werbesymbol. Der Leipziger Universitätsturm im Wandel seiner Bewertung, in diesem Band.

Die bauliche Zusammenführung der diversen Funktionsbereiche bediente unterschiedliche Wünsche. Die Funktionsverdichtung an einem Ort sollte der Vereinzelung des studierenden, lehrenden und forschenden Individuums entgegenwirken und das kollektive Arbeiten – heute spräche man von Teamwork – befördern. Hier stand einerseits die Erwartung Pate, intersubjektiver Austausch rege kreative Prozesse an. Andererseits korrespondierte es mit der prinzipiell individualismuskritischen Gesellschaftsdoktrin; diese Doktrin konnte auch von bildungstheoretischen Auffassungen über die Notwendigkeit der Förderung individuellen Schöpfungstums, wie sie seit den siebziger Jahren von einer wachsenden Zahl von DDR-Wissenschaftlern (und in deren Gefolge auch einigen Funktionären) vertreten wurde, nicht entscheidend aufgebrochen werden. Daneben folgte die Funktionsverdichtung in den DDR-Hochschulbauten der Idee effizienter Ablauforganisation, die sich aus dem Anspruch speiste, gesellschaftliche Ressourcen durch Nutzungsintensivierung optimal auszuschöpfen. Schließlich sollte insbesondere über die Verklammerung von Studien- und Freizeitbereich auch ein hohes Maß an sozialer Kontrolle ermöglicht werden.

Eines der frühen DDR-Campusprojekte war die Hochschule für Elektrotechnik (dann Technische Hochschule, heute TU) Ilmenau. Am Nordhang des Thüringer Waldes gelegen, leistete man sich dort eine ausgesprochen geringe Bebauungsdichte, als 1953 mit der Projektierung und 1956 mit der Bauausführung begonnen wurde: Bei einer Geländefläche von 476.000 m² sind nur 90.000 m² Nutzfläche. Eine Hochschule im Grünen entstand, deren locker bebauter Campus Fakultäts- und Lehrgebäude, die Zentralverwaltung, Mensen und Studentenwohnheime, Bibliotheken sowie das Hochschulsportzentrum beherbergt und daneben soziale und kulturelle Einrichtungen wie Arztpraxis, Kaufhalle, Ausstellungsräume, Tennisplätze integriert.²⁰

Ähnlich wie in Ilmenau, wo seit den 50er Jahren mit wechselnder Intensität bis in die 80er Jahre gebaut worden war, entstand auch das Bildungszentrum in Cottbus über verschiedene Etappen, die drei Jahrzehnte umfaßten. Die Hochschule für Elektrotechnik Ilmenau war die erste DDR-Baustelle, auf der die Großblockbauweise eingesetzt wurde, und das

²⁰ Wir danken Bernd Riese vom Dezernat Akademische und Rechtsangelegenheiten der TU Ilmenau für seine Auskünfte zur Bauentwicklung der Hochschule.

Bildungszentrum Cottbus mit der dortigen Hochschule für Bauwesen gehörte zu den ersten Hochschulanlagen, die in diversen Stahlbetonbauweisen errichtet wurden. In Cottbus ging die übliche Funktionsverdichtung einer Campusanlage auch noch über unmittelbar hochschulische Bezüge hinaus: Neben der Bau-, dann Ingenieurhochschule (1991 neugegründet, heute unter dem Namen Brandenburgische TU Cottbus firmierend) und den zugehörigen Einrichtungen wie Mensa, Bierkneipe, Wohnheimen und Sportanlagen residierten dort auch das Institut für Lehrerbildung, eine Kindergärtnerinnen- und eine Berufsschule, schließlich Kindergarten und Kinderkrippe sowie eine Poliklinik.

Derartige Bildungszentren galten im übrigen eine Zeitlang als moderne Funktionseinheiten, durch die sich Synergien erzeugen ließen. So war, um ein weiteres Beispiel zu nennen, ein ähnlicher Komplex Anfang der siebziger Jahre in Halle-Neustadt errichtet worden, wo eine Mischnutzung durch einen kleinen Bereich der halleschen Martin-Luther-Universität, Berufsschulen, eine Erweiterte Oberschule (Gymnasium), Lehrlingswohnheime und Sportanlagen realisiert wurde. Der Nachteil dieser meist nicht in zentraler städtischer Lage angesiedelten Bildungszentren bestand in der Separierung: Funktionen, die dort konzentriert waren, waren zugleich den Wohngebieten entzogen; eine organische Verklammerung der Lebensbereiche wurde aufgegeben.

3.2. *Studentenwohnheime*

Eine zentrale Rolle bei der Projektierung der Campusprojekte spielten Studentenwohnheime. An der Pädagogischen Hochschule Halle-Kröllwitz etwa wurden noch in den achtziger Jahren zusätzliche Wohnheime in Stahlbetonbauweise auf das Hochschulgelände gesetzt. In Ilmenau finden auch heute, 1998, noch 80 Prozent der Studierenden auf dem Campus Quartier. Zwischen 1960 und 1980 waren in der DDR insgesamt 20 Wohnheimkomplexe gebaut worden, davon 80 Prozent in unmittelbarer Nähe zur jeweiligen Hochschule.²¹ Doch auch darüber hinaus, d.h. an

²¹ Eberhard Krause/Heinz Berndt/Friedrich Richter: Studentenwohnheime in der DDR. Ihre funktionelle und bauliche Entwicklung, in: Institut für Hoch- und Fachschulbau an der TU Dresden (Hg.), Internationales Seminar "Studentenwohnheime – soziale Anforderungen und bauliche Lösungen" am 31.3.1981

hochschulabgelegeneren Standorten hatten fortdauernd neue Wohnheime errichtet werden müssen, um die Unterbringung der Studierenden abzusichern. Für eine Sozialgeschichte des Hochschulbaus (wie der Hochschulentwicklung) in der DDR ist mit den Wohnheimen jedenfalls ein zentrales Phänomen benannt, das aus der ehemaligen Bundesrepublik bspw. so nicht bekannt ist.

Studieren mit Wohnheimunterbringung war kennzeichnende Sozialerfahrung für die meisten Studentengenerationen der DDR. Seit den sechziger Jahren hatte das Leben im Wohnheim das traditionelle studentische Wohnen zur Untermiete sukzessive verdrängt. Auch der seit Beginn der achtziger Jahre zu verzeichnende Trend, in (zwar illegal, aber weithin unter städtischer Duldung bezogenen) sog. Abrißhäusern studentische Wohn- bzw. Hausgemeinschaften zu bilden, machte den Wohnheimen ihren Rang als unterdessen dominierende studentische Wohnform nicht streitig. Das Leben im Elternhaus – als vierte Wohnoption – schließlich war zunehmend dem Drang nach frühzeitiger Selbständigkeit gewichen, welche letztere wiederum durch schrittweise ausgeweitete Stipendienregelungen auch finanziell und durch die Wohnheime eben auch praktisch ermöglicht wurde.

Die Studentenwohnheime waren insoweit zu intensiv genutzten Angeboten geworden, in einem biographisch frühen Stadium elternunabhängig zu werden, ohne daß dies mit einer abrupten Adoleszenzverkürzung verbunden sein mußte: denn das Aufgeben der familialen Alltagsbindung war unmittelbar verbunden mit dem Neugewinn eines Netzes studentischer Sozialbindungen, die den Studienalltag und, über das Wohnheim, das Freizeitleben integrierten. 1983 wohnten ca. 75 Prozent aller Hochschulstudenten- und -studentinnen in Wohnheimen.²²

Zu einer Idealisierung der Wohnheime freilich besteht kein Anlaß. Zunächst ergab sich aus dem Umstand, daß in den siebziger Jahren die Studierendenzahlen in der DDR überproportional gestiegen waren, ein nie vollständig befriedigter Bedarf an Wohnheimplätzen. Ein wesentlicher Teil der Wohnheimplatznachfrage resultierte zudem daraus, daß durch Fächerkonzentrationen im Zuge der III. Hochschulreform 1968ff. zahlrei-

an der Karl-Marx-Universität Leipzig. Referate (=Schriftenreihe Hoch- und Fachschulbau Bd. 22), Dresden 1982, S. 81-100, hier 85.

²² Friedrich Richter: Wohnheime an Hoch- und Fachschulen. Grundlagen für die Investitionsvorbereitung und Projektierung (=Schriftenreihe Hoch- und Fachschulbau Bd. 25), Dresden 1983, S. 1.

che Fächer nicht mehr in Elternwohnort-Nähe studierbar waren, da sie nur noch an ein oder zwei Hochschulen landesweit angeboten wurden: Ein Teil der studentischen Mobilität mag auf diese Weise auch erzwungen gewesen sein, ohne im Einzelfall unbedingt individuellen Bedürfnissen zu entsprechen. Für die Wohnheime ergaben sich aus der kapazitätsüberschreitenden Nachfrage beträchtliche Einschränkungen des Wohnkomforts, die den ursprünglichen Projektierungsintentionen erheblich widersprachen; denn der gesetzliche Anspruch auf einen Wohnheimplatz erzwang eine Bewältigung der Unterbringungsquantitäten zulasten der Qualität.

Eine zeitgenössische Studie hatte die Entwicklung des DDR-Studentenwohnheimbaus in folgender Weise beschrieben:

"Die erste Generation... war durch konsequente Geschlechtertrennung gekennzeichnet. Die Wohngeschosse bestehen hier aus meist gleichgroßen Wohn-Schlafräumen, denen im Geschoß zentrale Sanitärräume..., Teeküche und Klubraum zugeordnet wurden.

Die zweite Generation wurde in Auswertung internationaler Erfahrungen der 60er Jahre... entwickelt und in großem Umfang gebaut. Die Funktionsstruktur der Wohngeschosse, die sich aus Wohngruppen für jeweils 10 Wohnheimplätze aufbaut, ermöglichte eine Belegung der Studentenwohnheime nach pädagogischen Prinzipien (z.B. sektionsweise Belegung). Der 'Zehnergruppe', die aus vier Wohn-Schlafräumen (zwei Zweibett- und zwei Dreibettzimmern) besteht, ist dezentral ein Sanitärbereich... zugeordnet. In der Wohnsektion wurden Teeküche, Gemeinschaftsraum, Putz- und Abstellraum zentral vorgesehen. Diese Wohnheime sind flexibler nutzbar als die der ersten Generation. Sie genügen jedoch den gegenwärtigen und künftigen Anforderungen nicht mehr.

Eine dritte Generation von Wohnheimen wird erforderlich, um den veränderten Anforderungen... und der... veränderten Altersstruktur der Studierenden gerecht zu werden. Durch die veränderte Altersstruktur der Studierenden, sowie durch sozialpolitische Maßnahmen zur Förderung junger Ehen bis zum 26. Lebensjahr und zur Stimulierung des Geburtenzuwachses, ergaben sich Veränderungen der sozialen Stellung der Studierenden, die Veränderungen der Wohnbedürfnisse zur Folge haben. Gegenwärtig sind ca. 50 Prozent mehr Studentenehepaare in Wohnheimen unterzubringen als 1975. Fast alle Studentenehepaare (98,5 Prozent) haben ein Kind... Der Anteil der [alleinerziehenden, G./P.] Studentinnen mit einem Kind ist um etwa 60 Prozent angewachsen. [...] Der Trend beim Bau von Studentenwohnheimen... geht im Wohn-Schlaf-Arbeitsbereich zum Apartmenttyp über. Mit kleineren komplettierten Einheiten können die unterschiedlichen Nutzeranforderungen erfüllt, differenzierte Wohnbedürfnisse befriedigt sowie Ordnung und Sicherheit im Wohnheim verbessert werden.

Die Funktionsstruktur der dritten Generation von Wohnheimen... baut auf dem Gruppenappartement mit zwei bis drei Wohn-Schlafräumen auf, denen funktionell bedingte Nebenräume... und eine Kleinstküche vorgelagert sind."²³

²³ Ebd.

Die derart beschriebenen ursprünglichen Ansprüche der Planer und Architekten mußten dann jedoch vielfach daran scheitern, daß die zur Verfügung stehenden Ressourcen den quantitativen Unterbringungsanforderungen permanent unterlegen waren. Infolgedessen waren die Wohnheime zu einem großen Teil chronisch überbelegt. Aus Zweibett- wurden Dreibett-Zimmer, in für drei Personen projektierten Räumen mußten dann vier Studierende ihre Herberge finden; ursprünglich für Klubzwecke ausgewiesene Zimmer wurden mit Betten und Schränken bestückt. Die Übernutzung der Funktionsräume – Küchen, Sanitärbereich – war in der Folge eine weitere problematische Konsequenz.

Nicht außer acht gelassen werden kann schließlich, daß der studentische Gewinn an Selbständigkeit durch Loslösung vom Elternhaus eingetauscht wurde gegen eine soziale Kontrolle im Wohnheim, die politisch durchformt war. Das begann bereits bei der Wohnheimplatzvergabe: diese erfolgte zentral, die Belegung der Häuser, teils gar der Zimmer erfolgte ohne Berücksichtigung individueller Wünsche der BewohnerInnen. Vor allem aber reichte, indem der Studien- und der Freizeitbereich qua Wohnheim integriert waren, der Arm von FDJ- und Sektionsleitungen auch in das studentische Privatleben. So sind hier etwa die bis 1989 anhaltenden Auseinandersetzungen zwischen den studentischen Heimkomitees – einer Art Wohnheimselbstverwaltung mit allerdings sehr beschränkten Befugnissen – und den Funktionsträgern der jeweiligen Hochschule um die (Nicht-)Möglichkeit, im Studentenwohnheim ARD und ZDF empfangen zu können, ein sinnfälliges Beispiel: Leben im Wohnheim bedeutete auch die permanente Konfrontation mit kleinlichen Bevormundungen.

Eine produktive Nachwirkung der durch das Leben im Wohnheim geprägten studentischen Alltagskultur hat sich indes über das Ende der DDR und über den Wechsel von der letzten DDR-Studentengeneration zu den ersten 'gesamtdeutschen' Generationen hinweg erhalten: Es ist dies die Studentenklub-Kultur – ein Phänomen, das ohne die Wohnheime so flächendeckend, wie es auch heute noch weithin anzutreffen ist, kaum denkbar gewesen wäre. Sowohl die Bereitstellung extra ausgewiesener Räumlichkeiten in den Studentenwohnheimen wie die räumliche Konzentration der Studierenden dortselbst waren (und sind) die wesentlichen Voraussetzungen, um eine dezentrale Klublandschaft an den meisten ostdeutschen Hochschulstandorten entstehen und fortexistieren zu lassen.

Im Unterschied zu sonstigen Hochschulbauten sollten die Studentenwohnheime der DDR nur einigermaßen ‘nett’ sein (was sie dann durch die Überbelegung nicht einlösen konnten); besondere Ansprüche an originelle architektonische Gestaltungen wurden hier nicht gestellt. Anders war dies bei den baulichen Inszenierungen, mit denen sich in der öffentlichen Wahrnehmung die Kernprozesse von Forschung und Lehre verbanden. Ihnen galt eine gleichsam architekturpolitische Aufmerksamkeit. Bei der Betrachtung der Ergebnisse wird jede Bewertung der gefundenen Lösungen mindestens berücksichtigen müssen,

- daß es sich vielfach um Kompromisse zwischen Ansprüchen der Architekten und der Auftraggeber handelte, die zudem oftmals in politisch aufgeladenen Auseinandersetzungen entstanden;²⁴
- daß manches Gestaltungselement seinerzeit international als modern und sozialverträglich galt – etwa fensterlose Räume oder nackter Beton;
- daß den architektonischen Inszenierungsabsichten schon dadurch deutliche Grenzen gesetzt waren, daß der Hochschulbau auch in anderen Bereichen bestehende Defizite zu berücksichtigen und z.T. auszugleichen hatte, bspw. und insbesondere im Gesundheitswesen, woraus sich die zentrale Stellung des medizinischen Hochschulbaus in der DDR begründete;²⁵
- schließlich wird zu berücksichtigen sein, daß der Entwurf immer das eine war, die Aufnahme des jeweiligen Projekts in die Bilanzierung und die Bauausführung unter DDR-Bedingungen das andere:

*“Auf allen Ebenen der Bilanzierung fand ein rigores und listenreiches Gerangel um Bauanteile in der Bilanz statt. Keine Bilanz war stabil. Dringende Erfordernisse der Volkswirtschaft, elementare Notwendigkeiten des realen täglichen Lebens, subjektive oft ehrgeizige Pläne einflußreicher Partei-, Staats- und Wirtschaftsfunktionäre auf allen Ebenen sowie nicht ausreichende Materialressourcen führten immer wieder zu Bilanzveränderungen”.*²⁶

²⁴ Ein Beispiel schildert Hiltrud Ebert in diesem Band: Der Erweiterungsbau der Kunsthochschule Berlin-Weißensee.

²⁵ Siehe dazu den Artikel von Peter Korneli/Dietrich Gläser: Medizinischer Hochschulbau in der DDR, daneben auch die Beiträge von Peter Korneli/Geerd Dellas sowie Hans-Joachim Hicke, in diesem Band.

²⁶ H.-J. Krehl und Autorengemeinschaft: Wohnbausubstanz und Wohnbaubedarf in der DDR. Zustand, Erfahrungs- und Erneuerungserfordernisse städtischer Bausubstanz, vor allem der Wohngebäude in der DDR, Bremerhaven

Manches Problem, mit dem sich die heutigen Nutzer der überkommenen DDR-Hochschulbauten herumzuplagen haben,²⁷ wurzelt bereits in diesen Rahmenbedingungen des Bauens in der DDR.²⁸

4.

DDR-Hochschularchitektur: Botschaft durch Bekunstung

Auf der Ebene der symbolischen Formensprache der Bauwerke, also einer auch schon äußerlich entzifferbaren Botschaft von “sozialistischem Forschen, Lehren und Lernen”, war die Forderung nach einem originär sozialistischen Hochschulbau ganz offensichtlich nicht so leicht umsetzbar. In den frühen fünfziger Jahren griff man daher anfangs auch hier – in Ermangelung eines eigenen, innovativen Formenkonzepts – auf die nationalen Bautraditionen zurück. Ebenso wie in anderen städtebaulichen Sektoren sollte im Hochschulbau ein monumentaler Baustil in klassischer Manier zweierlei leisten: sowohl an das humanistische Erbe anknüpfen als auch ein “nationales Selbstbewußtsein” des neuen Gemeinwesens und seiner heranzubildenden intellektuellen Elite ausdrücken. Als Beispiel für solche Versuche läßt sich die Leipziger Hochschule für Körperkultur (DHfK) nennen: Sie zählte zu den sogenannten “Leitbauten”, mit denen der neue, sozialistisch-realistische Architekturstil gleichsam archetypisch vorgeführt werden sollte.²⁹

Simone Hain sieht in den architektonischen Zeugnissen dieser Phase zunächst, ”neben einer Gruppe, die eindeutig der Heimatschutz-Stilistik und konventionellen Grundrißschemen verpflichtet war, das ganze Di-

1990, S. 9. Siehe hierzu auch das Interview mit Ulf Zimmermann: Mensabauten, in diesem Band.

²⁷ Siehe z.B. den Beitrag von Valentin Hammerschmidt: Die Gebäude der Hochschule für Verkehrswesen in Dresden und ihre Weiternutzung durch die Hochschule für Technik und Wirtschaft, in diesem Band.

²⁸ Vgl. auch Rudolf Rothe/Rainer Schmidt: Baubestand der Hochschulen in der DDR. Statistischer Überblick, Hannover 1990; desweiteren den Beitrag von Manfred Rücker: Das Institut für Hoch- und Fachschulbau. Entwicklung, Aufgaben, Leistungen und Abwicklung, sowie das Interview mit Hans-Joachim Hicke: Hochschulbau in der DDR. Administration und Entscheidungswege, in diesem Band.

²⁹ Siehe dazu den Beitrag von Ulrich Hartung: Hochschulbauten der DDR in den fünfziger Jahren, in diesem Band.

lemma der ästhetischen Doktrinierung der ersten Hälfte der fünfziger Jahre”:

„Während man in dieser Zeit selten souveräne und entwerferisch freie Lösungen findet, überwiegt bei funktionaler, also durchaus moderner Grundrißdisposition im Aufriß und in der Baukörpergestaltung eine gewollt solide und letztlich banale Stofflichkeit, die man wohl am treffendsten als ‘verleidete Moderne’ bezeichnen könnte. Noch erkennt man die großartige Geste und den sehnsüchtigen Wunsch nach einem gestalterischen Höhenflug, doch ist statt Spannung Beruhigung, statt Kontrast Gleichschaltung, statt Spiel Disziplinierung eingetreten. Aus diesem Befund treten lediglich einige zentral mit besonderer Aufmerksamkeit bedachte Vorhaben heraus, die – wie die Hochschule für Körperkultur oder die Hochschule für Planökonomie – stilistische Highlights der Periode der ‘nationalen Traditionen’ darstellen. Erst nach 1956 und hier zuerst in Dresden (Institut für Arbeitsökonomie) wandelt sich die Anmutungsqualität der Hochschulbauten hin zu einem teilweise ausgesucht noblen modernen Rationalismus.“³⁰

Das eigentliche Ziel war damit freilich noch nicht erreicht und sollte auch im weiteren nicht erreicht werden; gleichwohl wurde es als Zielstellung sozialistischen Bauens bis zum Schluß – trotz ökonomischer Zwänge zu pragmatischen Lösungen und Mangel an originellen Ideen zur Umsetzung dieses Anspruchs – nicht wirklich aufgegeben: Doch eine Vermittlung sozialistischer Botschaften gelang auch beim Hochschulbau letztlich nicht auf der Ebene architektonischer Stilmittel.

Es gab allerdings einen Ausweg: Versucht wurde, die Idee propagandistischer Indienstnahme der Hochschulbauten für die Verbreitung sozialistischer Ideen über eine Synthese von international üblicher moderner, rein funktionaler Architektur einerseits und bildender Kunst andererseits zu realisieren. Als ein gangbarer Weg dazu erschien schließlich die Signierung der Hochschulbauten als originär sozialistische Architektur durch eine ‘Beschriftung’ mittels Kunstwerken, vor allem solcher der sozialistisch-realistischen Stilrichtung.

Architekturbezogene Kunst – über deren gesellschaftspolitische und künstlerische Zielstellungen wie ästhetisch-praktische Ausformung es seit Mitte der siebziger Jahre intensive theoretische Debatten gab – versuchte, das Scheitern des Konzeptes eines sozialistischen Architekturstils aufzufangen. “In dem Moment, wo Gewünschtes und Wirklichkeit unüberbrückbar auseinanderzuklaffen begannen, also spätestens seit dem Ende der sechziger Jahre, warf sich architekturbezogene Kunst in die Bre-

³⁰ Simone Hain: Das Jacob-Filter-Syndrom. Bemerkungen zu einer Sozialgeschichte des Studierens in der DDR, Berlin 1997, S. 5, unveröff.

sche.”³¹ Das Relief “Karl Marx und das revolutionäre weltverändernde Wesen seiner Lehre” von Klaus Schwabe, Frank Ruddigkeit und Rolf Kuhrt über dem Portal,³² Werner Tübkes Monumentalgemälde zum Thema “Arbeiterklasse und Intelligenz” im Hauptgebäude³³ und Hartwig Ebersbachs Installation “Antiimperialistische Solidarität” im Hörsaalgebäude³⁴ der Leipziger Universität: Sie können hier stellvertretend genannt werden für zahlreiche allemal gelungenen Versuche, die zugeschriebene sozialistische Identität eines Hochschulbauwerkes auf eine sinnlich auch wahrnehmbare Ebene zu heben. Daß es dabei, wie bei Tübke und Ebersbach eindrücklich zu entdecken, jede Menge semisubversiven Unterlaufens des im Werktitel formulierten politischen Auftrags gab – dies freilich konnte sich nur dem erschließen, der die Sinnschichten der Werke zunächst zu unterscheiden und sie alsdann zu decodieren vermochte.

Insgesamt sind die “Wände der Verheißung” (Guth) ihrer Aufgabe, Bauwerke als solche eines sich sozialistisch definierenden Gemeinwesens auszuweisen, durchaus gerecht geworden.³⁵ Daß diese Intention der politischen und künstlerischen Elite auch verstanden wurde, davon legten nicht zuletzt die Versuche der Bilderstürmerei, die Forderungen nach Depotverbannung der alten DDR-Symbole an Hochschulbauten nach dem Zusammenbruch der DDR Zeugnis ab.³⁶ Waren es anfangs, in der ersten

³¹ Guth, a.a.O., S. 385.

³² Siehe dazu den Beitrag von Hubertus Adam: Zeichen der Universität oder platzbeherrschendes Monument? Zur Planungs- und Entstehungsgeschichte des Leipziger Universitätsreliefs, in diesem Band.

³³ Vgl. Eduard Beaucamp: Werner Tübke – Arbeiterklasse und Intelligenz. Eine zeitgenössische Erprobung der Geschichte, Frankfurt a.M. 1985.

³⁴ Siehe dazu das Interview mit Hartwig Ebersbach/Rainer Behrends: “Die Fledermaus” oder “Antiimperialistische Solidarität” aus der Perspektive des Blochschen Prinzip Hoffnung, in diesem Band.

³⁵ Zu “Wänden der Verheißung” an den Hochschulen siehe die Beiträge von Martin Schönfeld: Erziehungsbilder. Wandmalereien an Hochschulen der DDR diesseits und jenseits der Staatsbürgerkunde, und Jörn Schütrumpf: Zweierlei Maß. Kunst am Bogensee, in diesem Band.

³⁶ Siehe dazu den Beitrag von Peer Pasternack: Intransparenz & Konfliktkarriere. Wie der Universität Leipzig nach dem Ende der DDR ihr Hochhaus abhanden kam, in diesem Band, sowie Hubertus Adam: “Unsere Gesellschaft bedarf der monumentalen Darstellung ihrer großen revolutionären Inhalte”. Eine Idee und ihr Scheitern - Anmerkungen zum Leipziger Universitätsrelief, in: Thomas Topfstedt/Pit Lehmann (Hg.), Der Leipziger Augustusplatz. Funktionen und Gestaltwandel eines Großstadtplatzes, Leipzig 1994, S. 87-104, hier 98-100.

Hälfte der neunziger Jahre, nicht zuletzt finanzielle Gründe, die spontane Entsorgungen – etwa des Leipziger Karl-Marx-Reliefs – verhinderten, so ist unterdessen mehr Gelassenheit eingekehrt. Die Symbole des vergangenen Systems werden als zeitgeschichtliche Zeugnisse und in ihrem künstlerischen Eigenwert, der politische Ordnungen zu überdauern vermag, wahrnehmbar: So ist das Relief am Leipziger Universitätshauptgebäude 1998 zentraler Bestandteil einer Stahlinstallation³⁷ geworden, die in stilisierter Weise die Umrisse der dreißig Jahre zuvor gesprengten Universitätskirche³⁸ nachbildet.

Mithin: Die Baubeschriftungen, die in der DDR unter der Hand des Künstlers oftmals zu mehrschichtigen Kommentaren erweitert worden waren, lassen sich nun ihrerseits artefaktisch kommentieren. Ob sich die Botschaften mit dem ursprünglich auftragserteilenden System erledigt haben, kann derart geprüft werden. Das scheint zumindest eher eine produktive Verarbeitung der DDR-Erfahrungen zu sein als die stillschweigende Entsorgung, die niemand bemerkt, oder die Entsorgung mit großer öffentlicher Geste, die für den Augenblick wirkt, und nur für diesen.

³⁷ von Axel Guhlmann

³⁸ Siehe dazu den Beitrag von Katrin Löffler: Der Entscheidungsprozeß für die Sprengung der historischen Universitätsgebäude in Leipzig, in diesem Band.

Hochschulbauten der DDR in den fünfziger Jahren

Ulrich Hartung

Hochschulbauten sind nicht nur Stätten wissenschaftlicher Arbeit, mit denen sich oftmals jahrzehntelange Traditionen von Lehre und Forschung verbinden. In ihrer Gestaltung und Ausstattung, ebenso in ihrem Bezug auf städtische Ordnungsstrukturen, verkörpern sich Wissenschafts- und Bildungsideale der Gesellschaft, die sie errichten ließ. Deshalb können Universitätsgebäude kaum als autonome Manifestationen von Architekten-Konzepten verstanden werden. Eine Untersuchung ihrer Funktions- und Kompositionsprinzipien läßt vielmehr historische Wertvorstellungen und Menschenbilder erkennen – und fordert damit Fragen nach deren Wandlungen und Kontinuitäten heraus.

Dies gilt auch für die Hochschulbauten aus der frühen DDR. Im universitären Alltag werden sie, wie die entsprechenden Komplexe in den alten Bundesländern, wohl eher beiläufig wahrgenommen und selbstverständlich genutzt. Dennoch können spätestens bei Planungen für Umgestaltungen und Umstrukturierungen Fragen aufkommen, ob und inwieweit sich Bauten, die in der Durchsetzungsphase eines sozialistischen Systems entstanden sind, für demokratische Hochschularbeit verwenden oder daran anpassen lassen. Solche Fragen gilt es zu beantworten und Lösungen zu finden, die wissenschaftlich-funktionelle, repräsentative und, wenn gegeben, denkmalpflegerische Anforderungen erfüllen sowie die Finanzlage der Institutionen berücksichtigen.

Dazu sind Kenntnisse über die Intentionen erforderlich, die Entwurf und Realisierung des jeweiligen Baues bestimmten; ebenso ist dessen Rang und Bedeutung innerhalb einer Gesamtplanung zu beachten, welche über Standorte und Aufwände entschied. Schließlich beanspruchte der sozialistische Staat, der durch die "Vergesellschaftung" aller Lebensbereiche einem naturgesetzlich aufgefaßten Fortschritt zu dienen meinte, die alleinige Ordnungs- und Gestaltungskompetenz auf dem Gebiet des Bauens. Daß sich gleichwohl die daraus resultierenden Architekturkonzepte nicht

ohne Konflikte durchsetzen ließen und bis zum Ende der fünfziger Jahre selbst wandelten, soll im folgenden dargestellt werden.

Berlin

Daß in der "Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik" in den fünfziger Jahren kaum repräsentative Universitätsbauten errichtet worden sind, überrascht und läßt sich nur unzureichend mit dem damaligen Anspruch der SED-Führung auf eine Planung ganz Berlins erklären. Vielleicht haben die Monumentalkonzepte für die Zentrale Achse etwaige Überlegungen zur Schaffung eines "sozialistischen" Campus verdrängt. Wie dem auch sei, es muß festgestellt werden, daß neben den großen Studentenwohnheimen der Humboldt-Universität in Biesdorf und der Hochschule für Ökonomie in Karlshorst sowie dem (provisorischen) Neubau der Kunsthochschule in Weißensee der *Wiederaufbau des alten Hauptgebäudes der Humboldt-Universität* Unter den Linden ab 1949 das bedeutendste Zeugnis für die Architekturauffassungen des Jahrzehnts darstellt.

Im Äußeren blieb der preußisch-barocke Bau unverändert, und so auch die beiden Nordflügel, die Ludwig Hoffmann 1913-1919 angefügt hatte. Das Innere dagegen geriet, bis auf das Foyer, sehr nüchtern; offenbar wurde in weiten Bereichen darauf verzichtet, die Räume durch eine "zeitgemäße" Innenarchitektur der neuen Gesellschaft anzuverwandeln. Nur das im Ostflügel eingebaute Marx-Engels-Auditorium mit seinen Vorhallen und Treppen (bis 1967, Architekten Hans-Erich Bogatzky und Bruno Hess)¹ vermittelt einen repräsentativen Eindruck, allerdings in sachlich geglätteter Ausprägung. Deshalb konzentriert sich gegenwärtig die Auseinandersetzung über den Umgang mit der DDR-Neugestaltung auf die Eingangshalle zur Straße Unter den Linden.

Der breite Saal mit seiner roten Knotenkalk-Auskleidung² und den stuckierten Deckenfeldern inszeniert die Haupttreppe, die in der Mit-

¹ Bauakademie, Bund der Architekten, Institut für Denkmalpflege (Hg.); Joachim Schulz, Werner Gräbner (Bearb.): *Architekturführer DDR, Berlin, Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1981 (1. Aufl. 1974), Nr. 16, S. 26*

² Es handelt sich also nicht um Marmor und schon gar nicht um Marmor aus der Reichskanzlei, wie eine hartnäckige Behauptung lautet. Die Verträge für die Auskleidung beweisen vielmehr, daß der Knotenkalk aus dem Steinbruch von

telachse, ganz nach barockem Vorbild, zum Senatssaal und den Rektoratsräumen im Hauptgeschoß führt. Den Blickpunkt der Pfeilerhalle bildet das bekannte Zitat aus Karl Marx' elfter Feuerbach-These, das über dem Treppenpodest in goldenen Lettern auf die rote Wandverkleidung gesetzt ist: "Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt aber darauf an, sie zu verändern."³ Aufgrund eines Senatsgutachtens von 1994 ist der Architekt Jürgen Sawade mit der Umgestaltung des Hauptgebäudes und damit speziell des Foyers beauftragt worden. Weil nach der Auffassung des amtierenden Rektors Hans Meyer bei einem so "politisch belasteten" Geschichtsdokument der Denkmalschutz zurückzutreten hat, kommt es hier darauf an, alles zu verändern, und zwar im Stil eines Hotelfoyers, mit weißem stucco lustro, Solnhofener Platten und Punktstrahlern an der Decke.⁴ Die Marx-Worte sollen erhalten bleiben, zusammen mit einem isolierten Ausschnitt der Wandverkleidung, was vermutlich als postmoderne "Historisierung" zu verstehen ist. Demgegenüber bleibt zu hoffen, daß sich ein aufgeklärtes Geschichts- mit einem ebensolchen Kostenbewußtsein verbindet und dem Neugestaltungsdrang von Berliner Architektur-Lobbyisten eine klare Schranke setzt.

Warum das *Studentenwohnheim der Humboldt-Universität* in Berlin-Biesdorf auf einem Gelände gebaut wurde, welches von allen Instituten weit entfernt war, kann bislang nur vermutet werden; möglich ist, daß der Komplex an der Oberfeldstraße Bestandteil einer größer angelegten Planung sein sollte. Die beiden langgestreckten Wohngebäude, die an beiden Enden spiegelbildlich durch einen höheren, viergeschossigen Querriegel mit den Haupteingängen sowie einen kurzen, zurückgesetzten Eckflügel akzentuiert sind, wurden 1955 fertiggestellt. Im gleichen Jahr präsentierten die Architekten, Kurt Ehrlich und Kurt Läßig vom "Groß-Berliner"

Tanna in Thüringen stammt (Frdl. Hinweis von Silke Dähmlow und Stefan Trinks von der Fachschaft Kunstgeschichte der HUB).

³ Abb. bei Jörg Haspel: In welchem Style sollen wir konservieren?; in: Landesdenkmalamt Berlin (Hg.): Denkmalpflege nach dem Mauerfall. Eine Zwischenbilanz (Jahrbuch 1995, Beiträge zur Denkmalpflege in Berlin, Heft 10), Berlin 1997, S. 87

⁴ So mitgeteilt bei einem Gespräch des Rektors und eines Mitarbeiters von Sawade mit der studentischen Fachschaft Kunstgeschichte im Februar dieses Jahres. Das Büro Sawade arbeitet derzeit an der Umgestaltung eines Hotels.

Entwurfsbüro für Hochbau Nr. II, der Öffentlichkeit den Entwurf für einen Mensabau, mit dem die Gesamtanlage abgeschlossen werden sollte.⁵

Die symmetrische Baugruppe war äußerst aufwendig geplant und hätte den Raum zwischen den beiden Wohnheimblöcken an der Straße zu einem repräsentativen Platz ausgeformt. Die beiden Seitenflügel, die im Erdgeschoß den Speisesaal für 500 Personen, im Obergeschoß einen Mehrzwecksaal mit 360 Plätzen und Verwaltungsräume aufnehmen sollten, wären von dem mittleren Turmbau überragt worden, der nichts als die Eingangshallen und das große Treppenhaus enthalten hätte und die Bedeutung der Mensa "als Mittelachse der ganzen Anlage"⁶ betonen sollte – nebenbei wäre durch den Turmklotz mit seinem hohen, abgesetzten Aufbau der Schornstein der Heizungsanlage im hinteren Gebäudeteil verdeckt worden, worauf es unbedingt ankam. Weder die gestalterische Differenzierung der Platzfassade durch Ornamentfriese noch die vor den Saalfenstern geplanten Pergolen hätten den Eindruck starrer Staatsrepräsentation mildern können, den der Mensa-Entwurf ausstrahlt und der auch die beiden Wohnheime prägt. Der Geschlossenheit aller Formen, den blockhaften Baumassen, den strengen Gruppierungen der Fenster entsprach das Innere mit einer Aufreihung von Wohnräumen für jeweils mehrere Studenten sowie Massenwaschräumen an Mittelgängen. Damit gleicht die Funktionstypologie der Wohnheime der von Kasernen, und gerade die großzügigen Vorhallen und Kulturräume unterstreichen den Eindruck, hier sei eine Gesellschaftsvorstellung Architektur geworden, die die Unterordnung des Einzelnen als Voraussetzung für die Bildung eines Kollektiv-Bewußtseins ansah.

Leipzig

Wenn der Hochschulbau der fünfziger Jahre in der Messestadt betrachtet wird, dann sind zwei große Projekte zu nennen, zum einen das der "Deutschen Hochschule für Körperkultur" an der Friedrich-Ludwig-Jahn-Allee und zum anderen das des "Universitätsviertels zwischen dem Promenadenring und dem Messegelände"⁷. (Abb. I.1)

⁵ Dr. E. (Kurt Ehrlich): Mensa und Studentenwohnheim der Humboldt-Universität in Berlin-Biesdorf; in: *Deutsche Architektur*, 4. Jg., 1955, H. 5, S. 225-229

⁶ Ebd., S. 225

⁷ Kurt Magritz: Die Neubauten der Hochschule für Körperkultur in Leipzig; in: *Deutsche Architektur*, 3. Jg., 1954, H. 2, S. 52-63, Zitat S. 52

Diese beiden Großplanungen, die im ersten Jahrzehnt der DDR nur in Teilen verwirklicht werden konnten, unterscheiden sich in Größe, konzeptioneller Ausprägung, vor allem aber in ihrer Repräsentativität für die damalige Bildungspolitik.

Der Bau der *Hochschule für Körperkultur* war ein erstrangiges Vorhaben, das die Bedeutung des Sports für die Bildung eines "neuen, sozialistischen Menschen" zum Ausdruck bringen sollte und deshalb von der Staats- und Parteispitze in Gestalt Walter Ulbrichts direkt initiiert, vorangetrieben und kontrolliert wurde.⁸ Dementsprechend hatte die Anlage auch architektonisch ein Vorbild zu sein; sie gehörte, zusammen mit dem Kulturhaus der Maxhütte in Unterwellenborn, der Tbc-Heilstätte Bad Berka und dem Saalfelder Krankenhaus, zu den Leitbauten, die prinzipielle Lösungen für die Gestaltung und funktionelle Ordnung von Gesellschaftsbauten vorgeben sollten. Konzipiert wurden alle diese Komplexe von Hanns Hopp, Leiter der Meisterwerkstätte II an der Deutschen Bauakademie, der dazu mit jeweils verschiedenen Architekten zusammenarbeitete.

Für die Leipziger Sport-Hochschule war dies Kunz Nierade, der ab ca. 1951 unter der Oberleitung Hopps eine raumgreifende, axial gegliederte Anlage mit der Hauptfront zur Jahn-Allee entwarf.⁹ Orientiert auf das nördlich gegenüberliegende "Zentralstadion", sollte sich diese Front in großer Symmetrie darbieten: ein höherer, abgestufter Block, der das Auditorium Maximum enthielt und an den beiderseits lange Flügel mit den Unterrichts- und Verwaltungsräumen anbanden, während Eckpavillons nach französischem Vorbild die Baumassen abschlossen. Nach innen gliederten die stark vorgezogenen Blöcke von Sporthallen die Seiten eines weiten Hofraums, der im Süden durch die geschwungenen Flügel des großen Internats zusammengefaßt wurde.

⁸ Ursprünglich sollte die Sportschule in Strausberg bei Berlin entstehen. Nach einem innerbetrieblichen Wettbewerb des Entwurfsbüros für Hochbau in Halle/Saale wurde mit dem Bauarbeiten begonnen; obwohl bereits zwei Sporthallen fertiggestellt waren, verlegte die DDR-Regierung zu Beginn der 50er Jahre das Vorhaben nach Leipzig (frdl. Hinweis von Kolln. Senst, Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege Wünsdorf; s.a. Rudi Herrmann: Ein Versuch und seine Ergebnisse; in: *Deutsche Architektur*, Jg. 2, 1953, S. 240-245).

⁹ Im Rahmen dieses Beitrags kann auf Konzeption und Gestaltung der Anlage nur knapp eingegangen werden. Eine ausführliche Untersuchung muß der weiteren Forschung überlassen bleiben, wobei wesentliche Erkenntnisse von der Arbeit Gabriele Wiesemanns über Hopp zu erwarten sind.

Nur die Seitentrakte und Eckbauten der Hauptfront und die Reihe der Sporthallen an der Westseite, zum Elsterflutbecken hin, sind nach dem ursprünglichen Plan ausgeführt worden; dennoch vermitteln selbst diese Fragmente einen Eindruck von dem angestrebten Ordnungsbild, sie geben der Anlage den Maßstab und den räumlichen Charakter. Dabei fällt auf, daß die Einzelbauten zwar in ihrer Blockform klar herausgestellt sind, aber immer mittels architektonischer Motive auf das Maß des Menschen bezogen bleiben, seien es die Pilasterreihen der Alleefassade, seien es die kleinen Säulen an den Eingängen zu den Sporthallen. Der Effekt resultiert sicher aus der gewünschten Betrachtung der Hochschulbauten aus der Nähe: "Die Gebäude werden weniger durch eine in die Höhe strebende Silhouette im Stadtbild in Erscheinung treten, sondern durch die unmittelbaren Sichtbeziehungen nach der breiten und schönen Magistrale der Stalinallee [Jahnallee, U. H.] sowie dem Elsterflutbecken wirken".¹⁰ Er verweist aber darüber hinaus auf das Traditionsverständnis innerhalb der Architekturdoktrin des "Sozialistischen Realismus". Die historischen Formen und Gliederungen sollten ihre differenzierende Maßstäblichkeit und ihre anthropomorphen Bezüge bewahren; sie konnten abgewandelt oder auch neu kombiniert werden ("kritische Verarbeitung des wertvollen Erbes"), nicht aber vereinfacht, denn das war "Schematismus". Aus diesem Verständnis heraus galt auch der reduzierte Klassizismus der NS-Großbauten als barbarisch, als "Schändung des klassischen Erbes und [...] Diffamierung unserer nationalen Bautraditionen".¹¹ Nur ausgebildete Formen der Vergangenheit waren geeignet, den "Neuen Menschen" auszubilden,

¹⁰ Magritz, in: *Deutsche Architektur* 1954, S. 53

¹¹ Kurt Liebknecht auf der Gründungsveranstaltung der Deutschen Bauakademie am 8. 12. 1951; zitiert nach: Werner Durth, Jörn Düwel, Niels Gutshaw: *Aufbau. Städte, Themen, Dokumente (Architektur und Städtebau der DDR, Band 2)*, Frankfurt/New York 1998, S. 116. – Thomas Schmidt hat in seinem Buch über Werner March behauptet, daß bei der Planung des DDR-"Sportforums" mit der Hochschule für Körperkultur der Entwurf Marchs für ein Sportfeld von 1938-1941 "zu großen Teilen übernommen" worden sei. Auch das Leichtathletikstadion zeige weitgehend Marchs Handschrift (Thomas Schmidt: *Werner March, Architekt des Olympia-Stadions. 1894-1976*, Basel/Berlin/Boston 1992, S. 104). Zwar mag die Plazierung des Zentralstadions mit dem vorgelagerten Aufmarschfeld von dem March-Entwurf angeregt sein – die Sporthochschule war dort aber nicht gegenüber dem Stadion vorgesehen. Dieses ist als reines Erdwall-Stadion aus Trümmerschutt entstanden, während March einen architektonischen Aufbau nach dem Muster des Olympiastadions entworfen hatte.

einen Menschen, der sein Handeln als Verwirklichung alles Wahren, Guten und Schönen aus der deutschen Geschichte begreifen sollte. Eine solche Charakterisierung mag idealisiert erscheinen, doch sie prägte das Denken der Politiker, die über die Gestaltung der Hochschule entschieden, und auch die Architekten bezogen sich auf die daraus abgeleiteten Vorgaben, trotz aller Hinneigung zu rationalistischen Gestaltungsweisen. Dies macht den besonderen historischen Zeugniswert der "Hochschule für Körperkultur" aus.

Der zweite Weltkrieg hatte am Baubestand der Leipziger Universität starke Zerstörungen und Beschädigungen hinterlassen. Nachdem viele der Institutsgebäude und Kliniken wiederhergestellt sowie durch den Ausbau anderer Gebäude oftmals provisorischer Nutzraum geschaffen worden war, konzentrierte sich ab 1951 die Neubautätigkeit für die Karl-Marx-Universität auf ein Gebiet südlich des mittelalterlichen Stadtkerns, das sich von der Nürnberger Straße und dem Bayerischen Platz im Norden bis zum Messegelände im Süden erstreckt.¹² In diesem Bereich waren bereits seit der Gründerzeit wichtige Lehr- und Forschungsinstitutionen angesiedelt worden, und der Aufbau konnte deshalb in weiten Teilen keiner vollständig neuen Konzeption folgen, sondern mußte mit dem Vorhandenen rechnen. Als Architekt Heinz Rauschenbach vom Entwurfsbüro für Hochbau beim Rat der Stadt, der am Entwurf der wichtigsten Bauten und wohl auch an der Konzipierung des Entwicklungsplans für die Universität beteiligt war, 1959 das bisher Geleistete resümierte, schrieb er von "verpaßten Gelegenheiten". Bei den ersten Planungen sei man zu sehr am Alten haften geblieben, auch weil eine realistische Perspektivplanung erst später eingesetzt habe.¹³

Zugleich mit dieser Kritik präsentierte Rauschenbach einen Flächennutzungsplan für das Universitätsgebiet, der nicht nur den einzelnen Fakultäten großzügige Erweiterungsmöglichkeiten zuwies, sondern auch

¹² Heinz Füßler (Hg.): Leipziger Universitätsbauten. Die Neubauten der Karl-Marx-Universität seit 1945 und die Geschichte der Universitätsgebäude, Leipzig 1961, S. 38. Dem Werk, das den Planungsstand vom Sommer 1959 wiedergibt, wurden im wesentlichen das folgende entnommen. Es enthält darüber hinaus Mitteilungen zum Zerstörungsgrad der einzelnen Bereiche und zur Geschichte der historischen Standorte von Universitätsgebäuden.

¹³ Heinz Rauschenbach: Die zweite Phase des Wiederaufbaus (ab 1951). Die Neubauten; in: Füßler (Hg.) 1961, a.a.O., S. 38-117, Zitat S. 38

Aussagen zu einer repräsentativen Ordnung des Campus machte: Beiderseits der Straße des 18. Oktober, die als "Messemagistrale" den Stadtkern mit dem Messegelände verband und bereits 1950 mit der Ausstellungshalle der UdSSR einen südlichen Blickpunkt erhalten hatte,¹⁴ sollten die wirtschaftswissenschaftliche, die pädagogische und die philosophische Fakultät angesiedelt werden. Damit waren speziell die "ideologisch" relevanten Institutionen der Karl-Marx-Universität so situiert, daß sie die Bedeutung des Marxismus-Leninismus für die Ausbildung und Forschung im neuen Staat verkörpern konnten, eine Bedeutung, die noch dadurch unterstrichen wurde, daß ungefähr in der Mitte der Magistrale, an der Kreuzung mit der Johannis-Allee, der zentrale Platz der Universität geplant war. Auditorium Maximum, Verwaltung und Universitätsbibliothek sollten die Platzwände bilden und damit zum beherrschenden Akzent der Alleebebauung werden.¹⁵

Von diesem Plan, dessen genaues Entstehungsdatum noch unbekannt ist, wurde kaum etwas verwirklicht. Eine Betrachtung der realisierten Hochschulbauten kann deshalb ganz auf das Gebiet an der Liebigstraße focussiert werden, das zum Altbaubereich gehört und schon im Aufbauplan des Zentrums von 1952 eng mit dem Promenadenring um die Altstadt verbunden worden war.¹⁶ Der Bau des Studentenwohnheims am Endpunkt der Liebigstraße sollte eine Anbindung an den Bayrischen Platz und damit an die Messemagistrale schaffen; nur ist der am Platz geplante Flügel nie ausgeführt worden. Ein Anschluß des Universitätsviertels an das Raumsystem der Innenstadt geschah aber in den folgenden Jahren dadurch, daß zwischen Brüderstraße und Leplaystraße ein offener Raum geschaffen wurde, der an der Grünwaldstraße symmetrisch von hohen Wohnbauten eingefasst ist und zur Nürnberger Straße weiterleitet – ein geplanter Saalbau in der Achse des Raums sollte die Beziehung von Stadt und Universität noch betonen (s. Abb. I.1, rechts). Als Fortsetzung dieses Durchgangs hatten die Planer 1959 einen Grünstreifen konzipiert, der sich

¹⁴ Bauakademie, Bund der Architekten, Institut für Denkmalpflege (Hg.); Joachim Schulz, Wolfgang Müller, Erwin Schrödl (Bearb.): Architekturführer DDR, Bezirk Leipzig, Berlin 1975, Nr. 76/1, S. 53

¹⁵ Abb. des Plans bei Füßler (Hg.) 1961, a.a.O., S. 37

¹⁶ Der Plan ist abgebildet bei Thomas Topfstedt: Leipzig: Messestadt am Ring; in: Klaus von Beyme, Werner Durth, Niels Gutschow, Winfried Nerdinger, Thomas Topfstedt (Hg.): Neue Städte aus Ruinen. Deutscher Städtebau der Nachkriegszeit, München 1992, S. 182-196 auf S. 191.

durch die gesamte Universitätsstadt ziehen und "die gewünschte Auflockerung" bringen sollte.¹⁷

Fast alle bedeutenden Bauvorhaben konnten bis Mitte der fünfziger Jahre an der Liebigstraße realisiert werden. Als eines der ersten Gebäude wurde 1950/52 die *Augenklinik* wiederaufgebaut, dabei der Mitteltrakt des Ostflügels mit den Hörsälen "sorgfältig gestaltet und etwas aus der allgemeinen Bauflucht vorgezogen. Damit wird der Eingang zum Universitätsviertel gegenüber dem Anatomischen Institut geschickt betont".¹⁸ Im Ganzen blieb die Architektur schlicht, ebenso wie bei der dahinterliegenden, 1952/54 wieder hochgezogenen *Zahnklinik*.¹⁹

Starke Bindungen durch die erhaltene alte Substanz bestanden auch beim *Physiologisch-Chemischen Institut*, das von 1945 bis 1951 wieder nutzbar gemacht wurde. Weil aber die Trümmer des Straßenflügels abgeräumt werden mußten, konnte, aus der Sicht Rauschenbachs, "eine wesentliche Verbesserung der städtebaulichen Situation durch die Auflockerung des Straßenraums geschaffen"²⁰ werden. Ein Kopfbau wurde direkt an das *Gebäude der Chemischen Institute* angeschlossen, das bereits 1948 wiederhergestellt worden war und 1955/56 aufgestockt werden mußte, um der gewachsenen Anzahl von Studenten zu entsprechen.²¹ So entstand ein stattlicher, straff gegliederter Bau, dessen Wandflächen in spannungsvollem Kontrast zu den hohen Fensterreihen am obersten Geschoß und am Eingangsrisalit des Physiologisch-Chemischen Instituts stehen. Man kann hier von einem abstrahierten Klassizismus sprechen, der betont vertikal ausgerichtet und von einer gewissen Schwere bestimmt ist.

Darin gleichen sich die zuletzt besprochenen Bauten und das *Studentenwohnheim*, das die Raumwand des Ensembles nach Norden bildet und mit seinem Haupteingang im Blickpunkt der Liebigstraße steht.²² Auch

¹⁷ Rauschenbach; in: Füßler (Hg.) 1961, a.a.O., S. 40

¹⁸ Ebd., S. 36, 62f

¹⁹ Ebd., S. 36, 60f

²⁰ Ebd., S. 36, 63ff

²¹ Ebd., S. 36, 66ff. Die Architekten waren Hermann Lucke, Heinz Rauschenbach und Harri Heinz; s. *Architekturführer Leipzig 1975*, a.a.O., Nr. 67, S. 48

²² Rauschenbach; in: Füßler (Hg.) 1961, a.a.O., S. 48-51, hier S. 48. Der Bau entstand in den ersten Bauabschnitten 1954-56 nach Entwurf von Wolfgang Geißler, Heinz Rauschenbach und Wolfgang Scheibe; s. *Architekturführer Leipzig 1975*, a.a.O., Nr. 65, S. 47

hier sind die hohen, gekoppelten Fenster vor den Wohn- und die Wandpfeiler vor den Gemeinschaftsräumen hart gegen das Hauptgesims und das abschließende Walmdach gesetzt. Der Internatsbau strahlt imponierende Strenge aus. Er enthält in den unteren Geschossen Schlaf- und Arbeitsräume für je sechs, darüber "Kombinationstypen" für je zwei Studenten, die über Mittelgänge an die saalartigen Foyers und Klubräume angeschlossen sind. Diese Funktionsstruktur spiegelt die Fassade, allerdings ohne konkrete historische Anleihen, wider, "ein Sinnbild der sozialistischen Hochschule"²³.

Der Baukomplex, der den Eingang zum Universitätsviertel dominiert, ist das *Anatomische Institut*. Als einziges steht es frei im Raum und beherrscht durch den Formkontrast des runden Hörsaals und des aufragenden Blocks für die Forschungsräume die Umgebung (Abb. I.2).

Der Hörsaal besitzt 500 Plätze und wirkt als ein veritables "anatomisches Theater"; er läßt wie der hohe Hauptbau die Herkunft der Architekten aus der Baupraxis des "Dritten Reichs" erkennen.²⁴ Wie die Reihen von stehenden Fenstern von den Ecken des Baukörpers abgesetzt sind, wie die hohe Eingangsarkade ohne Vermittlung mit ihm bleibt, das zeugt von einer Bauauffassung, die Funktionen und Details als Elemente, als "Urformen" behandelte. (Darin liegt eine gewisse "Abweichung" von den offiziellen Vorgaben, wie sie an der Hochschule für Körperkultur umgesetzt wurden – das Baugeschehen an der Liebigstraße stand offenbar nicht im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der berliner Politiker.)

Um die monumentale Wirkung des Institutskomplexes noch zu steigern, wurde er direkt an den Grüngürtel angeschlossen; die gegenüber, an der Brüderstraße geplanten Neubauten sollten zurückgesetzt werden und sich teilweise zum Grünraum hin öffnen (S. Abb. I.1 rechts). Daraus ist nichts geworden – bis in die achtziger Jahre hinein standen die verfallenden Mietshäuser an der Brüderstraße (Abb. I.2 links) und dienten Studenten als illegales Quartier.

Von den weiteren Neubauten der Universität sind noch die *Institute für Physiologie und Pharmakologie* zu erwähnen, die im Ausbreitungsge-

²³ Rauschenbach; in: Füßler (Hg.) 1961, a.a.O., S. 48

²⁴ Als erster Bauabschnitt wurden 1951 die Präpariersäle an der Liebigstraße wiederaufgebaut; der Hörsaal entstand 1952/53 und das Hauptgebäude 1954/56, s. Rauschenbach; in Füßler (Hg.) 1961, a.a.O., S. 52-59, speziell S. 53f. Die Architekten waren Geißler und Rauschenbach, s. Architekturführer Leipzig 1975, a.a.O., Nr. 66, S. 48

biet der Universität im Johannistal, an der Liebigstraße entstanden. Der mächtige Komplex wurde symmetrisch angelegt, und die Rückfronten mit den hohen Fensterpfeilern vor den Hörsälen weisen noch die klotzige Monumentalität der ersten Hälfte des Jahrzehnts auf, aber die bis 1960 vollendete Straßenfassade zeigt die Versachlichung des einmal gegebenen Schemas deutlich.²⁵

War bei dem letztgenannten Bau die Innenarchitektur schon sehr von der Formauffassung der westdeutschen Nachkriegsmoderne geprägt – ein Foto der Pausenhalle zeigt frei im Raum stehende Treppen mit dünnen, stark farbig abgesetzten Stahlgeländern sowie geschwungene Ausschnitte in den weißen, glatten Decken²⁶ –, so begann sich mit dem dritten Bauabschnitt des *Physikalischen Instituts* an der Linnéstraße auch das Äußere der typischen Rasterarchitektur der fünfziger Jahre in der Bundesrepublik anzugleichen.²⁷ Dennoch blieben die Bauten großzügig in ihrer Gestaltung und inneren Aufteilung. Einen Höhepunkt fand die beschriebene Anpassungstendenz in Leipzig wohl mit dem *Institut für angewandte Radioaktivität* (später Zentralinstitut für Isotopen- und Strahlenforschung der Akademie der Wissenschaften), das ab 1956 in Sellerhausen an der Permoserstraße gebaut wurde.²⁸ Als der Architekt Lothar Mothes 1958 ein Labor- und Ausbildungsgebäude, das ein Jahr später in Funktion ging, der Öffentlichkeit vorstellte, schrieb er über die Entwurfs-Intentionen:

"Architektonisch sollte das Bauwerk so gestaltet werden, daß die Architektur den verwendeten Konstruktionselementen entsprach und der im Gebäude waltenden Ordnung und Gesetzmäßigkeit der Naturwissenschaften Aus-

²⁵ Rauschenbach; in Füßler (Hg.) 1961, a.a.O., S. 71-77. Die Baudaten sind 1955-60; der Entwurf stammt von Geißler und Joachim Ullrich, s. *Architekturführer Leipzig* 1975, a.a.O., Nr. 68, S. 48

²⁶ Rauschenbach; in Füßler (Hg.) 1961, a.a.O., Farbabb. zw. S. 76 u. 77

²⁷ Ebd., S. 90-98. Die ersten beiden Bauabschnitte entstanden 1951-54, der dritte 1954-57; die Architekten waren Rudolf Lossner, Geißler, Günter Seltz und Joachim Ullrich, s. *Architekturführer Leipzig* 1975, a.a.O., Nr. 69, S. 49. Der zum dritten Bauabschnitt gehörende Werkstattflügel wird übrigens von einem Schalendach überdeckt, einer Dachform, die erst 1956 wieder öffentlich vorgeschlagen werden konnte, s. Dipl.-Ing. Hartung, Arch. Otto Dziadek: Das Schalendach als Architekturelement im Industriebau; in: *Deutsche Architektur*, 5. Jg., 1956, H. 3, S. 147

²⁸ *Architekturführer Leipzig* 1975, a.a.O., Nr. 142, S. 82

druck verlieh. Diese Konzeption führte zwangsläufig dazu, den Skelettbau äußerlich in Erscheinung treten zu lassen".²⁹

Damit hatte die "Wissenschaftlich-Technische Revolution" die nationalen Traditionen als Vorgabe (und Berufungsinstanz) für die Gestaltung von Gesellschaftsbauten abgelöst; die fünfziger Jahre waren so auch ideologisch an ihr Ende gekommen.

Halle/Saale

Zu den am wenigsten zerstörten Großstädten auf DDR-Gebiet gehörte Halle an der Saale. Die Stadt ist recht dicht gebaut und hatte sich in der Gründerzeit vor allem auf einem Gelände ausgebreitet, das nach Westen hin durch die Saaleaue, nach Osten durch einen breiten Gürtel von Bahnanlagen abgegrenzt ist. Daraus erklärt sich die Tatsache, daß für die großen Hochschulprojekte der fünfziger Jahre in der Innenstadt kaum Bauland vorhanden war, welches keine Abrisse gut erhaltener Gebäude verlangt hätte. Sogar ein so wichtiger Komplex wie der der *Arbeiter- und Bauern-Fakultät* mußte deshalb an der Rückseite der Franckeschen Stiftungen errichtet werden. Der Vierflügelbau des Architekten Willi Thielemann³⁰ ist trotz seiner Strenge und Nüchternheit sehr großzügig angelegt, aber der Ehrenhof, der in seiner Grundanlage einem Barockschloß gleicht, blickt lediglich auf die Scheunen und Werkstätten des ehemaligen Waisenhauses und wäre auch nach deren wahrscheinlich geplanten Abriss kaum in eine repräsentative Beziehung zu den wichtigsten öffentlichen Bereichen der Stadt zu bringen gewesen.

Diese spezifischen Bauland-Probleme veranlaßten die Architekten vom Entwurfsbüro für Hochbau des Aufbauministeriums und die Leitung der Martin-Luther-Universität, für eine große Erweiterungsplanung der Universität zu Beginn der fünfziger Jahre (ca. 1952) das Gelände am Weinbergweg und der Saarbrücker (Ernst-Grube-)Straße auszuweisen. Es

²⁹ [Lothar] Mothes: Die Projektierung des ersten Atominstutits in Leipzig; in: *Deutsche Architektur*, 7. Jg., 1958, H. 2, S. 66-68, Zitat S. 66, aufgenommen bei Rauschenbach; in Füßler (Hg.) 1961, a.a.O., S. 113-117. Der Entwurf stammt von Berthold Schneider vom Entwurfsbüro für Hochbau beim Rat der Stadt Leipzig, Mothes war dessen Mitarbeiter.

³⁰ Baudaten: 1952/53, s. Bauakademie, Bund der Architekten, Institut für Denkmalpflege (Hg.); Josef Münzberg, Gerhard Richter, Peter Findeisen (Bearb.): *Architekturführer DDR*, Bezirk Halle, Berlin 1976, Nr. 16, S. 26

liegt im Nordwesten der Stadt, und zwar jenseits der Flußniederung zwischen der Heideallee im Südwesten und einem Saalearm im Osten und teilte sich bei relativ bewegtem Landschaftsrelief in zwei Felder. (Abb. I.3) Auf dem Gelände östlich des Weinbergwegs sollten die Institute der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät und wohl auch die Universitätsverwaltung, in Nordrichtung vermutlich die der landwirtschaftlichen und auf dem Baufeld nördlich der Grube-Straße die Kliniken der medizinischen Fakultät entstehen. (Auf letzterem Standort wurde ab 1971 das Klinikum Kröllwitz errichtet.)

Die Architekten der Komplexbrigade "Nickel Hofmann"³¹ hatten die beiden großen Fakultäten in zwei gewaltigen Baugruppen zusammengefaßt, die jeweils in monumentaler Symmetrie um weite Hofräume angeordnet waren. Trotz einiger Anschlüsse an vorhandene Straßenverläufe sollten sich die Baumassen nicht der Landschaft einfügen, sondern sie beherrschen.

Es waren aber kaum diese Grundhaltung und noch weniger die projektierte Architektur, die den Architekten Kurt W. Leucht im Frühjahr 1954 zu einer kritischen Stellungnahme in der offiziellen Architekturzeitschrift *Deutsche Architektur* veranlaßten. Als Mitglied der Deutschen Bauakademie und als besonderer Fachmann für Städtebau hatte er über die Einhaltung aller "Sechzehn Grundsätze des Städtebaus" zu wachen, und seine "Empfehlungen" waren deshalb nicht nur an die hallenser Planer gerichtet – sie sollten Verletzung und Einhaltung dieser Grundsätze an einem konkreten Beispiel erläutern.

Leucht attestierte den Planern und Architekten "eine sorgfältige Arbeit", bemängelte aber einen entscheidenden Punkt: die Entwerfer hätten den Neubaukomplex auf die Heideallee und den Gimritzer Damm bezogen, anstatt Sichtbeziehungen zu den markantesten Stellen der Altstadt herzustellen.³² Er schlug vor, einen "neuen dominierenden Hochbau" auf das westliche Saaleufer zu setzen, um so "zur Bildung eines harmonischen städtebaulichen Gesamtkomplexes von architektonischer und ästhetischer Einheit" beizutragen.³³ Leucht nannte auch den Bau, der diese

³¹ Leitung: Chefarchitekt Franz Reuter (später Leiter des staatlichen Entwurfsbüros für Stadt- und Dorfplanung Halle), nach Kurt W. Leucht: Städtebauliche Planung der Martin-Luther-Universität in Halle; in: *Deutsche Architektur*, 3. Jg., 1954, H. 3, S. 140f

³² Leucht, in: *Deutsche Architektur* 1954, S. 140f

³³ Ebd., S. 141

Forderung angeregt hatte: Es war die Moskauer Lomonossow-Universität auf den Leninbergen mit ihrem beherrschenden Turmbau, der in einer Achse zum geplanten Sowjetpalast stand. Analog dazu sollte die "Bekrönung" des neuen Universitätsviertels mit den "Fünf Türmen" am halle-schen Marktplatz, der Burg Giebichenstein und der Moritzburg korrespondieren. (Mit dem Verlangen nach einer Höhendominante sprang Leucht über seinen Schatten, denn ihm dürften gerade die gelagerten Blockmassen des geplanten Komplexes gefallen haben – seit seiner Ausbildung bei Ernst Sagebiel trat er für strenge Baukörperformen mit durchlaufenden Attiken ein und hatte auch seinen Bauabschnitt an der Stalin-allee in diesem Sinne entworfen.³⁴)

Ob seine Kritik irgendwelche Folgen hatte, ist nicht zu erkennen – nur ein geringer Teil des Komplexes für die mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät, das *Chemische Institut*, wurde bis 1955 errichtet, und dies nach den veröffentlichten Plänen.³⁵ (Abb. I.4) Schon dieses Teilstück läßt aber den gewaltigen Repräsentationsanspruch erkennen, der mit der Gesamtanlage verbunden wurde. Die hohen Baublöcke mit ihren massiven Frontflächen und schweren Attiken drücken nicht die Funktionen der Anlage aus, sondern verkörpern die Bedeutung der Forschung für den sozialistischen Staat. Besonders der reiche Einsatz von Sandstein für die vertikalen Gliederungen fällt aus dem Rahmen des Üblichen heraus und charakterisiert das ganze Pathos eines historischen Neubeginns, das die Bauten ausstrahlen – wenngleich sie auch im Berlin eines Albert Speer nicht gerade fehl am Platze gewirkt hätten. Der Unterschied zu den niedrigen, in Grün eingebetteten Forschungsbauten, die dieselben Architekten einige Jahre später realisierten,³⁶ könnte nicht größer sein.

³⁴ Ludwig Deiters, Andreas Butter, Ulrich Hartung: Begegnung mit der Architektur der Stalinallee; in: Helmut Engel, Wolfgang Ribbe (Hg.): Karl-Marx-Allee – Magistrale in Berlin. Die Wandlung der sozialistischen Prachtstraße zur Hauptstraße des Berliner Ostens, Berlin 1996, S. 59-73, speziell S. 66ff

³⁵ Architekturführer Halle 1976, a.a.O., Nr. 42(4), S. 38. Die Architekten waren Wolfgang Fraustadt und Lothar Pleyer. Die Angabe des Baubeginns im Architekturführer mit 1952 erscheint zweifelhaft, denn im Frühjahr 1954 war die Gesamtanlage projektiert und genehmigt, aber wohl noch nicht begonnen (Leucht 1954, S. 141).

³⁶ Architekturführer Halle 1976, a.a.O., Nr. 42(1) u. 42(3), S. 38

Im Zusammenhang der hallenser Hochschul-Projekte sei nur kurz auf ein *Studentenwohnheim* verwiesen, das 1955 an der Dessauer Straße im Stadtteil "Frohe Zukunft" geplant war. Der Planverfasser, Willi Thielemann vom Entwurfsbüro für Hochbau, hatte außer der Arbeiter- und Bauern-Fakultät auch eine Grundschule entworfen, die kurz davor im selben Stadtteil errichtet wurde. An diesem Bau, der mit seinem Giebelrisalit den Blickpunkt des langgestreckten Straßenraums bildet, ist der Übergang von einer mehr elementaren zu einer axial-barockisierenden Auffassung der "nationalen Traditionen" erkennbar,³⁷ was das spätere Projekt besonders interessant macht.

Das Wohnheim sollte einen neu auszuformenden Platzraum an der Kreuzung mit dem Landrain dominieren.³⁸ Thielemann gliederte den langen, viergeschossigen Baukörper in einen abschließenden Südflügel, einen Straßentrakt mit Turm, einen zurückspringenden Bauteil am Platz und einen abgewinkelten Anschlußtrakt zur benachbarten Bebauung. Die Fassaden waren in reicher Gliederung durch Gesimse und Putzspiegel vorgesehen und mittels vorgezogener Kopfbauten und Treppenhäuser räumlich akzentuiert – der Bau sollte auf keinen Fall "kasernenmäßig wirken". (Abb. I.5)

Hauptakzent der Baugruppe und damit des Platzes sollte der Eingang zum Internat mit einem Turm sein, den Thielemann mit Zeltdach und Zwiebelhaube abschloß, einer "Bekrönung, die nach der in Halle heimischen Bautradition entwickelt wurde",³⁹ was für den Chef der Komplexbrigade "Andreas Schlüter" sicher eine unabweisbare Verpflichtung darstellte. Auch im Grundriß war hier der Mittelgangtyp soweit aufgelockert, daß der Kontrast von aufgereihten "Wohnzellen" und großzügigen Vor- und Klubräumen in ein gewisses Wechselspiel gebracht wurde. Die Vorzüge der damaligen Architekturauffassung, der Bezug auf den Stadtraum sowie die funktionelle Aufgliederung und Verschränkung (so war im Erdgeschoß ein großer Laden vorgesehen, der auch der Bevölkerung zugänglich sein sollte), kamen gerade bei einem Projekt zum Tragen, das nicht

³⁷ Th. (Willi Thielemann): Grundschule "Frohe Zukunft" in Halle an der Saale; in: *Deutsche Architektur*, 3. Jg., 1954, H. 5, S. 184-186. Vgl. die Fassadenansichten auf S. 185 mit der Detailzeichnung des Eingangsrisalits, S. 186 (so ausgeführt)

³⁸ W. Th. (Willi Thielemann): Studentenwohnheim der Martin-Luther-Universität Halle an der Saale; in: *Deutsche Architektur*, 4. Jg., 1955, H. 5, S. 218-221

³⁹ Ebd., S. 221

verwirklicht wurde. Die Unterkunftsbaracken, die nahe der Stelle des Bauplatzes standen, dienten noch als einer der Schauplätze für Werner Heiduczek's Campus-Erzählung "Marc Aurel oder ein Semester Zärtlichkeit" aus dem Jahr 1971.

Dresden

An keiner anderen Hochschule prallten nach Gründung der DDR die städtebaulichen und gestalterischen Konzepte so aufeinander wie an der Technischen Hochschule, der späteren Technischen Universität in Dresden. 1951 begann die SED-Führung mit der Neubauplanung des Altmarkts und der Konzeption für das Stadtzentrum ihre Forderungen nach einer "sozialistisch-realistischen Architektur" auch in der Elbestadt durchzusetzen, und gerade die kurz zuvor begonnenen Studentenwohnheime der Arbeiter- und Bauern-Fakultät der Hochschule dienten als erste Zielscheibe der Kritik an einer Architektur, die als "formalistisch" bezeichnet wurde.⁴⁰ Wer die Neubauten der TH aus den Jahren nach 1949 gegen die späteren Komplexe der Verkehrshochschule und der Fachschule für Eisenbahnwesen hält, erkennt leicht, was diesen Konflikt begründete; ebenso aufschlußreich ist ein Vergleich der unterschiedlichen Gesamtplanungen für die Forschungs- und Bildungsbauten südlich des Dresdener Bahnhofs während des ersten Jahrzehnts der DDR.

Der Kernkomplex der Technischen Hochschule, auf der Räcknitzhöhe am Fritz-Förster-Platz südlich der George-Bähr-Straße gelegen, war im zweiten Weltkrieg durch Bomben zertrümmert worden. "Bereits Mitte Mai 1945 begannen im Anschluß an die Befreiung durch die Sowjetarmee mit Unterstützung des Generals Barikow die ersten Anstrengungen zum Wiederaufbau der zerstörten Hochschule."⁴¹ 1953 war er im wesentlichen abgeschlossen: "In dem alten Gelände zwischen Mommsenstraße, George-Bähr-Straße, Bergstraße und Helmholtzstraße wurde jeglicher

⁴⁰ S. Durth, Düwel, Gutschow 1998, a.a.O., S. 414-485, speziell S. 445f u. 469ff

⁴¹ Hermann Ley: Beitrag zur Geschichte der Technischen Hochschule Dresden; in: Rektor der T. H. Dresden (Hg.): 125 Jahre Technische Hochschule Dresden. 1828-1953 (Festschrift), Dresden 1953, S. 13-76, Zitat S. 65. Den Hinweis auf diese Publikation gaben mir Gudrun Hahn und Andreas Butter, dem ich außerdem wichtige kritische Hinweise verdanke.

Schaden beseitigt. Den meisten Gebäuden wuchs durch weiteren Ausbau neuer Nutzraum zu."⁴²

Dies geschah, wie vielerorts, durch Aufstockung der massiven Instituts- und Werkstattegebäude, die von 1900 bis 1905 nach Entwürfen von Karl Weißbach in einer schweren, aber nüchternen Weser-Renaissance entstanden waren. Hier wurden beim Wiederaufbau Baumassengliederung und Fensterrhythmus berücksichtigt,⁴³ was auch für das Bauingenieurgebäude galt, das Martin Dülfer 1910 bis 1913 als Auftakt und Bekrönung des Hochschulkomplexes errichtet hatte.⁴⁴ Doch als der ausgebrannte Backsteinbau nach den schwierigen Wiederherstellungsarbeiten unter Leitung von Karl Wilhelm Ochs 1951 wieder genutzt werden konnte, war mit dem Ausbau des Observatoriumsturms das "Wahrzeichen" der Hochschule in neuer Form erstanden: Das Betonskelett des Turmaufbaues, ursprünglich mit Schiefer verkleidet, hatte der Architekt nun offen sichtbar gelassen und mit Glasbausteinen ausgefacht.⁴⁵

Ochs schuf damit gleichsam ein Symbol für die baukulturelle Haltung, die die Neubauten der TH in den nächsten Jahren prägen sollte, eine Entwurfsphilosophie, die für den Einsatz moderner Materialien und Konstruktionen offen war und funktionelle Strenge schätzte, ebenso strikt aber auf einer handwerklichen Grundlage für alles Bauen beharrte.

Wohl das markanteste Beispiel für den "TH-Stil" dieser Zeit ist der *Barkhausenbau* (Abb. 1.6), der als erstes Gebäude der Institute für Schwachstromtechnik bereits 1950 nach Entwurf von Ochs begonnen und 1951 vollendet wurde.⁴⁶ Zwei Flügel mit flachgeneigten Schieferdächern und knappen Gesimsen sind gegen einen Eingangsturm gesetzt, der Treppen und Vestibüle enthält und dessen Plattform elektrischen Messungen dient (Das Foto läßt den Bau als symmetrisch erscheinen, der linke, südli-

⁴² Ebd., S. 66

⁴³ Ebd., Abb. S. 128f, 135f, 148f

⁴⁴ Ebd., Abbn. S. 111

⁴⁵ Ebd., Abb. S. 103

⁴⁶ Heinrich Barkhausen: Die Entwicklung der Schwachstromtechnik; in: 125 Jahre Technische Hochschule 1953, S. 151-154, speziell S. 154. Für die Gesamtbauzeit der Institute sind hier die Jahre 1950-1953 angegeben (S. 152, Bildunterschrift), im DDR-Architekturführer 1951-1954, wobei ersteres Datum wohl korrigiert werden muß (Bauakademie, Bund der Architekten, Institut für Denkmalpflege (Hg.); Walter May, Werner Pampel, Hans Konrad (Bearb.): Architekturführer DDR, Bezirk Dresden, Berlin 1978, Nr. 83(4), S. 55).

che Flügel ist aber nur angeschnitten und wesentlich länger). Bilden schon die gelagerten Trakte einen Kontrast zu dem schmalen Turmbau, so wird dieser Kontrast noch unterstrichen durch die Spannung zwischen den quadratischen, in sich ruhenden Fenstern an den Trakten und dem auf-schießenden Glasraster der Turmfassade. Raffiniert ist es, wie Ochs den Bau durch die Proportionen der Details zu einer Einheit verband: Das Verhältnis von Höhe zu Breite der Turmfassade im Ganzen entspricht dem der schmalen Glasflächen der seitlichen Fenstersprossung an den Flügeln. Die Proportion von schmalen Seitenfeldern zu quadratischem Mittelfeld an den Fenstern nimmt auf die Sprossenteilung der Turmfassa-de Bezug, auch kehrt das Quadrat der Einzelfenster in den unteren Fel- dern der Glasfassade wieder.

Als Ochs 1950 bis 1953 das *Rektoratsgebäude mit der Mensa* reali- sierte,⁴⁷ bezog er zwei ältere Bauten ein, das 1925 von Stadtbaurat Gustav Wolf errichtete Studentenhaus an der Mommsen- und das ehemalige "Haus des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes" an der Helmholtzstraße, entworfen vom damalige Rektor der Hochschule, Wil- helm Jost.⁴⁸ Der Architekt verband die beiden Gebäude durch das zweige- schossige Rektorat, öffnete das Studentenhaus durch einen runden Ein- gangspavillon nach Osten hin und schloß den südlichen Saalbau durch zwei flache, verglaste Trakte an. Besonders der Mensatrakt von 1952 ist von einer zurückhaltenden Moderne geprägt, und nur die Reihe von dün- nen Säulen an der Südseite des Saalbaus, der wohl am spätesten entstand, deutet den geforderten Bezug auf die "nationalen Traditionen" an. Mit bemerkenswertem *understatement* hatte Ochs einen niedrigen, locker um zwei intime Grünhöfe gruppierten Komplex geschaffen.

Auf ganz andere Weise als bei den Prachtbauten am Altmarkt kultivi- vierte hier ein Architekt eine Stilhaltung; auch gelang ihm eine "kritische Verarbeitung" von "wertvollen Traditionen", aber kaum der des Klassi-

⁴⁷ Architekturführer Dresden 1978, a.a.O., Nr. 83(5), S. 55. Genauere Baudaten geben Claudia Nowak und Matthias Lienert in: Rektor der Technischen Uni- versität Dresden (Hg.): Geschichte der Technischen Universität Dresden in Do- kumenten, Bildern und Erinnerungen, Band 3, Zur Wissenschaft in Dresden nach 1945, Dresden 1996 (Abriß der baulichen Entwicklung der TH/TU Dres- den, S. 29-41). Demnach entstanden das Rektoratsgebäude 1953/54 und der ab- schließende große Mensabau 1954/55.

⁴⁸ Mortimer G. Davidson: Kunst in Deutschland 1933-1945. Eine wissenschaftliche Enzyklopädie der Kunst im Dritten Reich, Band 3/1 (Architektur), Tübingen 1995, Abb. Nr. 335 (o. S.), S. 506

zismus und des Barocks. Ochs bezog sich vielmehr auf die Stuttgarter Schule Schmitthenners, deren handwerklichen Elementarismus er im Sinne von Leichtigkeit und spannungsvoller Modernität abwandelte. Gewiß sind der Barkhausenbau und der Rektoratskomplex im bauästhetischen Verständnis nicht als rein modern anzusehen – so darf nicht übersehen werden, daß der Meßturm als Blickpunkt in die Achse der Mommsenstraße gesetzt ist –, dennoch war der Bezug auf die historischen Proportionsysteme und Formtypen ein derart freier und abstrakter, daß sich die Architekten der Technischen Hochschule den Unwillen der DDR-Architekturpolitiker zuziehen mußten.

Dies war umsomehr der Fall, als zu Beginn der fünfziger Jahre bereits die ersten Projekte eines großzügigen Erweiterungsplans für die Hochschule verwirklicht wurden. Schon 1949 hatte Richard Konwiarz, Ordinarius für Städtebau an der Technischen Hochschule von 1947 bis 1949, einen "Raumentwicklungsplan" vorgelegt,⁴⁹ der das Gebiet südlich des Zelleschen Wegs bis hin zum ehemaligen Pädagogischen Institut an der Tepplitzer Straße, der späteren "Arbeiter- und Bauern-Fakultät", erfaßte. Dieser Plan bildete, durch die TH-Architekten Ochs, Heinrich Rettig und Walter Henn "in einzelnen Punkten weiterentwickelt", als "vorläufige Sichtplanung" auch die Grundlage für die Bauten des Jahres 1951.⁵⁰

Zu diesen gehörten vor allem die Lehrgebäude und Studentenwohnheime der Arbeiter- und Bauern-Fakultät, die junge Leute ohne Abitur auf das Hochschulstudium vorbereitete. Seit 1946 aus einzelnen Lehrgängen hervorgegangen und ab 1947 zur "Vorstudienanstalt" erweitert, war die Fakultät der Technischen Hochschule Ende Oktober 1949 aufgrund der Kulturverordnung der damaligen Deutschen Wirtschaftskommission vom 31. März desselben Jahres gegründet worden, und zwar in Anwesenheit von Walter Ulbricht.⁵¹ Den Arbeiter- und Bauern-Fakultäten wurde in der frühen DDR eine bildungspolitische Priorität beigemessen, denn die Heranziehung einer eigenen "Intelligenz" galt für den Aufbau des Sozialismus als unabdingbar. Deshalb bestanden für den *Aufbau des Fakultäts-*

⁴⁹ Georg Funk: Die bauliche Entwicklung der Technischen Hochschule und ihre Bedeutung für das Dresdner Stadtbild; in: 125 Jahre T. H. 1953, S. 248-255, speziell S. 251

⁵⁰ Ebd., S. 252

⁵¹ Heinz Kursitza: Die Arbeiter- und Bauern-Fakultät; in: 125 Jahre T. H. 1953, a.a.O., S. 183-190, speziell S. 185

Komplexes zwischen Weberplatz, Zelleschem Weg und Teplitzer Straße hohe Repräsentationsanforderungen, und seine Entstehung wurde in Berlin aufmerksam verfolgt.

Die Planung für die ABF war Heinrich Rettig übertragen worden, der an der Hochschule das Institut für Ausbautechnik im Hochbau leitete. 1951 begannen Rettig und sein Kollektiv mit dem Ausbau der Ruinen des ehemaligen Pädagogischen Instituts, wobei die nur teilzerstörten Trakte der 1931/32 errichteten Lehrerinnenbildungsanstalt⁵² einbezogen wurden. Bis 1953 konnten zwischen Teplitzer Straße und Weberplatz vier Abschnitte fertiggestellt werden, und auch danach wurde die Bautätigkeit zügig fortgesetzt.⁵³

Rettig vertrat als Schmitthenner-Schüler strikt die Linie eines auf geometrische Grundformen reduzierten Klassizismus und Heimatstils und gestaltete die ausgebrannten Ruinen des Pädagogiums, das in einem neobarock-eklektizistischen Stil gehalten war,⁵⁴ konsequent um (Abb. I. 7). Strenge Walmdächer überfingen nun die bereinigten Baukörper. Vom ehemals prächtigen Uhrturm blieb ein einfacher Block, auf den ein kubischer Aufbau mit Zeltdach gesetzt wurde. Nur einige Fassadendetails verwiesen auf die Barocktradition Dresdens; sie blieben zwischen all den hartkantigen Elementarformen merkwürdig isoliert.

Dennoch entzündete sich die parteioffizielle Kritik nicht an dem Institutsbau, der ja schon durch seine Größe die nähere Umgebung beherrschte, sondern an der Reihe von *Studentenwohnheimen* am Zelleschen Weg. Die Wohnheime sollten die nur locker bebaute und stark durchgrünte Gesamtanlage der Fakultät an die Lehr- und Forschungsbauten der Hochschule anbinden, die westlich davon geplant oder bereits in Bau befindlich waren. (Abb. I.8)

Die Errichtung der ersten beiden Heime war nach einem Entwurf Rettigs bereits 1950 begonnen und im Herbst des Jahres abgeschlossen worden.⁵⁵ Im folgenden Jahr kamen drei weitere hinzu, die nur im Fassaden-

⁵² Deutsche Fotothek Dresden, Nr. 62 658-62 665

⁵³ Die Datierung des Komplexes im Architekturführer Dresden 1978 auf 1959-1964 (Nr. 84/12, S. 57) ist eindeutig falsch; vielleicht war "1949-1954" gemeint. Der genaue Zeitraum der Errichtung, vor allem der Abschluß der Bautätigkeit, ließ sich bislang nicht feststellen.

⁵⁴ Vgl. bei Kursitza, in: 125 Jahre T. H. 1953, a.a.O., Abb. S. 185 u. 187

⁵⁵ Durth, Düwel, Gutschow 1998, a.a.O., S. 445f, 469, 471f

relief ein Eingehen auf die Forderungen nach einer reichen, ornamentalen Architektur verraten. Im Ganzen entstand am Zelleschen Weg eine einheitliche Gruppe von zweigeschossigen, langgestreckten Bauten in Kammstellung, die lediglich durch eine Art Pergola miteinander verbunden waren. Der Architekturpolitiker Kurt Liebknecht beschimpfte sie als "Schnitterkasernen"⁵⁶, und tatsächlich erwecken die Hauskörper mit ihren Satteldächern, schlichten Putzflächen und den Fensterreihen an den Seiten einen ländlichen Eindruck. Sie wirken in ihrer Einfachheit und leicht gebogenen Reihung wie die Höfe eines Bauerndorfes, die sich der "Burg", dem massiven und kräftig überhöhten Komplex des Instituts, unterordnen. Die Kritik Liebknechts und Walter Ulbrichts an der "primitiven Bauweise"⁵⁷ richtete sich also nicht gegen den Funktionstyp des Mittelganghauses, den eigentlichen Kasernen- wie Bürohaustyp, denn diesen verwendeten, wie gezeigt wurde, auch die anerkannten Architekten. Unannehmbar war vielmehr die bewußte Zurückhaltung in Größe und Aufwand, eine Askese, die mit dem Aufbau des Sozialismus, einer Gesellschaft, die die Reichtümer der "klassischen" Bauepochen dem ganzen Volk zugänglich machen wollte, als reaktionär galt. Im Kern zeigt sich an dieser Auseinandersetzung der entscheidende Unterschied zwischen dem Gesellschaftsmodell des Staatssozialismus und dem des "Dritten Reichs". Gerade die Reproduktion einer quasi feudalen Ständehierarchie, ihrer bau- typologischen Ausprägung durch Rettig wurde zum Konfliktpunkt, weil sie sich weder mit der linken Gleichheitsideologie noch mit der Vorstellung eines Anknüpfens an die höchstentwickelten Stil- und Raumformen der Vergangenheit vertrug. Daß der TH-Architekt im Nationalsozialismus recht erfolgreich gewesen war und in München wichtige "Gemeinschaftsbauten", so das Bezirksrathaus in Pasing und die Hans-Schemm-Schule, errichtet hatte,⁵⁸ wurde ihm nicht direkt vorgeworfen, sei hier aber zur Erkenntnis seines baukulturellen Denkens angemerkt. Ebenso muß aller-

⁵⁶ Ebd., S. 445

⁵⁷ Ebenda. Die Verdammung der Wohnheime als "formalistisch" wirkte sich noch Jahrzehnte später aus – sie sind in den 1978 erschienenen DDR-Architekturführer zum Bezirk Dresden, der ansonsten fast alle Neubauten der TH erfaßt, nicht aufgenommen worden.

⁵⁸ Winfried Nerdinger (Hg.): Bauen im Nationalsozialismus. Bayern 1933 - 1945 (Ausstellungskataloge des Architekturmuseums der Technischen Universität München und des Münchner Stadtmuseums Nr. 9), München 1993, S. 57, 87, 130, 168, 382, 406, 448

dings festgestellt werden, daß sich Rettig in dieser direkten und unreflektierten Fortsetzung seiner Tätigkeit von den anderen TH-Architekten wie Ochs, Henn und Schaarschmidt und mit Abstrichen auch Wolfgang Rauda unterschied.

Nach der rüden Kritik an Gestalt und Gestaltung der Studentenwohnheime wurde Georg Funk, Leiter des Instituts für Städtebau an der Abteilung Architektur der Fakultät für Bauwesen, im August 1951 mit der Aufstellung eines *Gesamtbebauungsplans* beauftragt, den er 1953 vorlegte.⁵⁹ Ein neuer Hauptgesichtspunkt des Plans war "die Forderung, die Hochschule besser und überzeugender als bisher in eine klare organische Beziehung zum Zentrum der Stadt mit ihren wichtigsten Plätzen und Bauten zu bringen".⁶⁰ Die TH sollte sich nun nicht mehr allein tangential, d. h. entlang des Zelleschen Wegs, ausweiten, sondern vor allem radial, was zur Konsequenz hatte, die Reichsstraße, die vom Bahnhof zum alten Hochschulgelände führt, als repräsentative, von "hochschulverwandten Bauten" gesäumte Achse auszubilden. Es entstand so "im Zuge der weiteren Verhandlungen durch die Unterstützung der Deutschen Bauakademie und das Entgegenkommen der Stadt Dresden"⁶¹ eine Planung, die die älteren Konzepte und Bauten integrierte und deren Haltung mit den neuen Anforderungen vermittelte. Der Zellesche Weg sollte stärker räumlich gefaßt und die freistehenden Einzelbauten des 1950er Plans, insbesondere der bereits 1951/52 von Henn errichtete Hörsaal für Mathematik und Physik, eingebunden werden; auch sah Funk eine geschlossene Anbindung des Zelleschen Wegs an die Nürnberger Straße und die erweiterte Reichsstraße vor.

Aber trotz allen Eingehens auf das Konzept einer kompakten, räumlich gegliederten Stadt, das sich in der Einfassung des Nürnberger Platzes und der straßenbegleitenden Bebauung zum Bahnhof hin zeigte, hielt sich der Plan von der geforderten Axialität und Symmetrie weitgehend fern: Das Auditorium Maximum war nicht auf die Achse der Reichstraße ausgerichtet, sondern orientierte sich, schräg gestellt, zum Nürnberger Platz mit dem geplanten Hauptzugang zur Hochschule, und dem massiven Komplex der Verkehrshochschule, die Henn als Auftrakt der monumentalen Straßenbebauung an der Reichstraße plante, entsprach kein gleiches

⁵⁹ Funk, in: 125 Jahre T. H. 1953, a.a.O., S. 252f

⁶⁰ Ebd., S. 252

⁶¹ Ebenda

Gegenüber. Im Großen und Ganzen bestimmten noch immer die gebogenen oder abgewinkelten Baukörper des heimatstiligen Städtebaus, kein barock-zentralistisches Ordnungsprinzip die Planung Funks.

Die nach 1951 begonnenen Bauten und Baukomplexe ließen die Bereitschaft zu einem Kompromiß lediglich auf der Ebene der Details erkennen, nicht aber in bezug auf die verlangte Anknüpfung "an die besten Traditionen der Stadt" (Walter Ulbricht). Rettichs Wohnheime wurden mit geringen Variationen so weitergebaut, als wäre nichts geschehen;⁶² 1952/53 entstand der *Drude-Bau* der Institute für Botanik und Zoologie am Zelleschen Weg unverändert im persönlichen Stil von Ochs.⁶³ Der erste Bau der damaligen *Fakultät für Verkehrswesen* an der Hettnerstraße, nahe des Kern-Komplexes der TH, reagierte mit seinen nüchternen Flachdächern und der Funktionstrennung in Lehrgebäude und Hörsaal⁶⁴ nicht im geringsten auf die Forderung nach historistisch-kompakter Gebäudekomposition, und der *Komplex der mathematischen und physikalischen Institute* am Zelleschen Weg entstand ab ca. 1954 nach den alten Prinzipien.⁶⁵

Walter Henn hatte schon bis 1953, nach einem Vorentwurf von 1950, den Hörsaalbau als östlichen Abschluß der Anlage realisiert.⁶⁶ An den

⁶² Durth, Düwel, Gutschow 1998, a.a.O., S. 469ff

⁶³ Walter König: Die Abteilung für Chemie und Biologie; in: 125 Jahre T. H. 1953, a.a.O., S. 93-101, speziell S. 100f. Architekten waren Walter Henn, Fritz Schaarschmidt und Karl Wilhelm Ochs, s. Architekturführer Dresden 1978, a.a.O., Nr. 84(13), S. 57; hier wird allerdings fälschlich 1950 als Jahr der Errichtung angegeben.

⁶⁴ Erbaut 1953-56 nach Entwurf von Walter Henn, Horst Grabner und Hellmuth Francke; s. Architekturführer Dresden 1978, a.a.O., Nr. 82, S. 54

⁶⁵ Erbaut 1955-57 nach Entwürfen von Henn, Helmut Fischer und Hans Siegert; s. Architekturführer Dresden 1978, Obj. 84/9, S. 56. Da die Institutsbauten im September 1955 schon zu großen Teilen standen, ist ein Baubeginn im Jahre 1954 wahrscheinlich; s. dazu a. Friedrich-Adolf Willers: Die Abteilung für Mathematik und Physik; in: 125 Jahre Technische Hochschule 1953, a.a.O., S. 86-92, S. 92: "1953 wurde der Bau des großen mathematischen Hörsaales in Angriff genommen. Der Bau des ersten Teiles des mathematischen Institutes mußte auf das nächste Jahr verschoben werden."

⁶⁶ Die Grundsteinlegung zum Physikalischen Institut am 25. April 1950 durch Industrieminister Fritz Selbmann erfolgte höchstwahrscheinlich mit dem Auditoriumstrakt (s. Nowak, Lienert; in: Rektor der TUD (Hg.), a.a.O., 1996, S. 30f). Der Bau enthält neben Werkstätten und einem Frühstücksraum die Hörsäle für Physik mit 800 und für Mathematik mit 600 Plätzen. Als erster Bauteil entstand 1951/52 das Physik-Auditorium. Der Hörsaaltrakt, der noch nach dem

einfachen, durch ein Satteldach abgeschlossenen Saalbau wurde nun zur alten TH hin eine Reihe von Institutstrakten in Kammstellung angebunden, dies alles nach dem 1953er Plan von Funk. Das ältere Vorprojekt hatte auch für diese Trakte Satteldächer vorgesehen, und die Kammbauten sollten ursprünglich durch leichte, stark verglaste Zwischentrakte verbunden werden – ganz wie bei den ABF-Wohnheimen.⁶⁷

*"Nicht leichten Herzens mußten die Projektanten die Auflage der Architekturkontrolle des Ministeriums für Aufbau akzeptieren, die neben einem hohen, betonten Sockel nach der Straße eine stärkere Betonung der Zwischenbauten durch eine Lisenenarchitektur und eine Attika forderte. Damit erhalten die Zwischenbauten eine vom Verfasser nicht beabsichtigte starke Betonung."*⁶⁸

Die Berliner Architekturkontrolleure hatten auf diese Weise zweierlei erzwungen, eine geschlosseneren Wirkung der Straßenfront und einen Anklang an barocke Fassadengliederungen. Die Verbindungsbauten zeigten nun Lisenen in einer gleichmäßigen Reihung, die auch die Attika gliederte, sowie Putzfelder unter den breiten Fenstern. Gleichwohl blieben diese Gliederungen unvermittelt zu den elementaren Blöcken der Kammtrakte – die Intransigenz der Hochschularchitekten war, was die Gesamthaltung angeht, noch einmal Gestalt geworden.

Eine nur widerstrebende Anpassung charakterisiert auch das vom Kollektiv Wolfgang Rauda entworfene *Studentenwohnheim der TH* an der Reichs- und späteren Juri-Gagarin-Straße von 1953-55. Trotz einer Höhe von fünf Geschossen und einer "stark gegliederte[n] Sandstein-Putzfassade mit Erkeranordnung in Anlehnung an die Dresdner Barocktradition"⁶⁹ steht es bauästhetisch weit entfernt von den Arbeiterpalästen am Altmarkt, denn die Gliederungselemente setzen sich scharf gegeneinander ab, sind nicht in die Fassade eingebunden. So verweisen Durth, Düwel und Gutschow, die dem Bau eine "moderate Modernität" attestieren, auf das Nachwirken von Gestaltungsmotiven aus den dreißiger Jahren.⁷⁰

ersten Plan von 1950 entstand, dürfte bereits 1953 fertig gewesen sein, weil er in dem Plan von Funk als vorhanden eingezeichnet ist. S.: 125 Jahre T. H. 1953, a.a.O., S. 253

⁶⁷ Helmut Fischer (Entwurfsbüro für Industriebau Dresden): Die Neubauten der Mathematischen und Physikalischen Institute der Technischen Hochschule Dresden; in: *Deutsche Architektur*, 4. Jg., 1955, H. 9, S. 392-395, speziell S. 393f

⁶⁸ Ebenda, S. 393

⁶⁹ *Architekturführer Dresden 1978*, a.a.O., Obj. 76, S. 52

⁷⁰ Durth, Düwel, Gutschow 1998, a.a.O., S. 470

Noch im Jahre 1953 muß in Berlin die Entscheidung gefallen sein, in die städtebauliche und architektonische Planung des Hochschulgebietes einzugreifen und die lange geforderten Änderungen rigoros durchzusetzen. Der Entwurf der Verkehrshochschule wurde Henn entzogen und Richard Paulick übertragen, der an der Bauakademie für die "Betreuung" der Dresdner Konzepte zuständig war.

Paulick, dessen neuer Entwurf Anfang 1954 in der *Deutschen Architektur* vorgestellt wurde,⁷¹ bezog sich in der Grundanordnung der Bauteile auf Hennis Vorschlag, projektierte aber das Hauptgebäude als neungeschossigen Block mit vorspringenden niedrigen Seitenteilen und überhöhte damit einfach seine Entwürfe für den Bauabschnitt C der Stalinallee. Während sich an dem Kopfbau der Bezug auf die Barocktradition in einer Anordnung von Lisenen erschöpfte, wurden die historischen Gestaltungsprinzipien bei dem zurückgesetzten, niedrigeren Seminargebäude direkter angewandt: Walmdächer und Bogengiebel über den leicht vorgezogenen Treppenhallen verbanden sich mit dem Takt der Lisenengliederung zu einem barockisierenden Bild (Abb. I.9).

Der Entwurf für die Hochschule bildete nur den Auftakt für eine gänzliche Neubearbeitung des Gebietes zwischen der Bahnlinie im Norden und der Nürnberger Straße. (Abb. I.10)

Als Paulick 1955 seine Entwürfe für die Studentenwohnheime veröffentlichte,⁷² ließ die "städtebauliche Gesamtkonzeption des Hochschulkomplexes" endgültig eine Übereinstimmung von Architektur und Stadtplanung erkennen: Dem hohen Kopfbau der Verkehrshochschule entsprach nun ein völlig symmetrisches Pendant; das Auditorium der Technischen Hochschule war als axialer Endpunkt der Reichsstraße eingezeichnet und der gesamte Straßenraum räumlich ausgeformt – die älteren TH-Gebäude waren im Plan nicht einmal dargestellt. Das ganze Gebiet zwischen Reichs- und Teplitzer Straße hatte Paulick mit einer aufgelockerten Blockbebauung durchgestaltet und sinnlich faßbare Folgen von streng symmetrisch umgrenzten Räumen entworfen. So bildete die Fachschule für Eisenbahnwesen am Thälmannplatz, dem östlichen Abschluß des

⁷¹ Richard Paulick: Dresden: Hochschule für Verkehrswesen; in: *Deutsche Architektur*, 3. Jg., 1954, H. 1, S. 43. Das Hauptgebäude ist bis 1960 in leicht vereinfachter Form erbaut worden, s. *Architekturführer Dresden 1978*, a.a.O., Nr. 74(1), S. 52

⁷² Richard Paulick: Die Studentenwohnheime der Hochschule für Verkehrswesen in Dresden; in: *Deutsche Architektur*, 4. Jg., 1955, H. 5, S. 212-217

Komplexes, eine räumliche Markierung und hielt mit ihrem Turmbau als Akzent die symmetrischen Baugruppen zusammen.⁷³

Diesem Städtebau, der getrost als modernisiert barock bezeichnet werden kann, gliederte sich selbstverständlich auch die Architektur der Studentenwohnheime ein.

Der bis 1956 ausgeführte Bau an der Gutzkowstraße (Abb. I.11) sollte mit hervorgehobenem Mittelteil, vorspringenden Seitenteilen und Eckrisaliten einen Abschnitt der Straße ausformen. Dieser integrativen Bauauffassung entspricht der Aufbau der Hauptfassade vollkommen: der Eingangs-Risalit ist durch den übergreifenden Dreiecksgiebel als wichtigster Bauteil betont, steigert aber die Lisenenarchitektur der seitlichen Fassaden nur ins Repräsentative – kein Detail könnte für sich stehen, alles ist axial eingespannt und horizontal verkröpft. Mit diesem Gebäude fand die Architekturkonzeption der "nationalen Traditionen" im Hochschulbau wohl ihre markanteste Ausprägung.

Nach der durch die Chrustschowschen Reformen ausgelösten Architekturdebatte konnte auch an der prächtigen traditionalistischen Architektur Kritik geübt werden. Wolfgang Rauda, der Entwerfer des Internats an der Reichsstraße und dem Kreis von TH-Architekten zugehörig, schlug im April 1956 zurück. In einem Diskussionsbeitrag zum Thema "Typenprojektierung von Studentenwohnheimen"⁷⁴ verwarf er die "Kolossalarchitektur" des Paulickschen Wohnheims als unzeitgemäß und für Schäden anfällig, rügte die axiale Raumgestaltung im Inneren und kritisierte die dezentralen Duschzellen, die Paulick den Wohnzellen zugeordnet hatte. Sie seien zu aufwendig und brächten durch Wrasenbildung bautechnische Gefahren. Sogar eine christliche Moralpredigt konnte Rauda mit seiner Empfehlung, "nicht nur den 'Splitter' im Auge des Architektenbruders, sondern auch einmal den 'Balken' im eigenen Architektenauge zu erkennen,"⁷⁵ anbringen. Mit dem Übergang zu einer funktional reduzierten Ty-

⁷³ (Chronik des Baugeschehens) Friedrich-Wilhelm Wurm: Fachschule für Eisenbahnwesen Dresden; in: *Deutsche Architektur*, 3. Jg., 1954, H. 6, S. 262-264. Der neobarocke Bau wurde nur zum Teil und mit etwas veränderten Details errichtet; laut *Architekturführer Dresden 1978*, a.a.O., Nr. 87, S. 58, waren Paulick und Wurm die Entwerfer, was sicher den damaligen Hierarchien in der Planung entspricht.

⁷⁴ Wolfgang Rauda: Zum Thema "Typenprojektierung von Studentenwohnheimen"; in: *Deutsche Architektur*, 5. Jg., 1956, H. 4, S. 194f

⁷⁵ Ebd., S. 195

penbauweise war die Periode einer Architektur vorbei, die die baukulturelle Repräsentation des neuen Staates in den Mittelpunkt gestellt hatte.

Hochschulbau in der DDR

Administration und Entscheidungswege

Interview mit Hans-Joachim Hicke am 11. Juni 1998 in Berlin

Monika Gibas: Herr Prof. Hicke, Sie sind 1932 geboren und haben von 1951 bis 1955 an der damals gerade gegründeten "Hochschule für Plan-ökonomie" in Berlin-Karlshorst Volkswirtschaftsplanung studiert.

Hans-Joachim Hicke: Ja, im Anschluß an das Studium war ich Assistent am Institut für Volkswirtschaftsplanung, nach Promotion und Habilitation dann Oberassistent, Dozent, später dann außerordentlicher Professor. Ab 1966 war ich an dieser Einrichtung, die seit 1956 "Hochschule für Ökonomie 'Bruno Leuschner'" hieß, neben meiner Lehr- und Forschungstätigkeit Verantwortlicher für Investitionstätigkeit. Ich habe die Hochschule als Auftraggeber vertreten bei der Errichtung eines neuen Institutsgebäudes, zweier Rechenzentren sowie der Rekonstruktion und Modernisierung des Hauptgebäudes. Dadurch kam ich auf die Strecke Investitionstätigkeit und Grundfondreproduktion, also Entwicklung der materiell-technischen Basis im Hochschulwesen, im sog. nichtproduzierenden Bereich. Das war Anlaß für das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, mich Anfang 1973 als Leiter der Abteilung Grundfond- und Materialwirtschaft in ihr Haus zu holen. Damit war ich dann der zuständige Abteilungsleiter für die materiell-technische Absicherung des Hoch- und Fachschulwesens der DDR, soweit es dem Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen unterstand.

Gibas: In welchem Zeitraum hatten Sie diese Funktion inne?

Hicke: Vom 1.1.1973 bis zum 5.6.1989. In dieser Zeit war ich auch Beauftragter des Ministeriums für Neubau und Rekonstruktion der Charité; damit habe ich mich mit einem kleinen Stab drei Jahre lang ausschließlich beschäftigt. Vom Juni 1989 bis März 1990 war ich im Ministerium für Gesundheitswesen als stellvertretender Minister für Ökonomie und Pla-

nung. Unter der de Maiziére-Regierung blieb ich im Ministerium als Verantwortlicher für innere Verwaltung, Personalwesen und Ökonomie. Die Probleme, die mit der Vorbereitung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion sowie des Einigungsvertrages auf dem Gebiet des Gesundheitswesens und der Krankenversicherung zusammenhingen, waren in dieser Zeit der eigentliche Schwerpunkt meiner Arbeit. Anschließend war ich anderthalb Jahre in der Überleitungsanstalt für Sozialversicherung im Bereich Ärztliches Begutachtungswesen zuständig für Organisation, Verwaltung und Finanzierung. Im Sommer 1992 habe ich mich als Sachverständiger für Grundstücksbewertung selbständig gemacht. Soweit in groben Zügen.

Ein Schwerpunkt meiner Arbeit im Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen waren zahlreiche Analysen der materiell-technischen Situation im Hoch- und Fachschulwesen der DDR. Diese Analysen sind durch die damalige Abteilung Grundfonds- und Materialwirtschaft erarbeitet worden, durch selbständige Forschungsarbeiten des damaligen Instituts für Hoch- und Fachschulbau der Technischen Universität Dresden, durch Untersuchungen des Instituts für Hochschulbildung – dort gab es eine Gruppe Grundfondswirtschaft – und auch durch Leistungen anderer Institutionen des Hochschulwesens, z.B. der Projektierungseinrichtung. Es gab Ende 1972/Anfang 1973 ein klares Bild über die Grundsituation, und es gab Konzeptionen der Entwicklung der materiell-technischen Basis des Hochschulwesens für den Zeitraum 1971–1975 wie darüber hinaus. Diese Ausarbeitungen waren auch Gegenstand der Dienstberatungen des Ministers, von Beratungen des Kollegiums des Ministers für Hoch- und Fachschulwesen. Die Ausarbeitungen der Institute hatten wesentliche Bedeutung für die gesamte konzeptionelle Arbeit und wurden als offizielle Dokumente auch an das Zentralkomitee der SED, Abteilung Wissenschaften geschickt, um entsprechende Bezugspunkte für die weitere Arbeit zu gewinnen.

Gibas: Läßt sich diese Ausgangslage bei der materiell-technischen Sicherstellung des Hoch- und Fachschulwesens der DDR skizzieren – für genau diese Zeit, also 1973, als Sie Ihr Amt als Abteilungsleiter im Ministerium antraten?

Hicke: Die Entwicklung der materiell-technischen Bedingungen des Hochschulwesens in der DDR war nach 1949 vor allem dadurch geprägt,

bestehende Kriegsschäden zu überwinden und die vorhandenen Kapazitäten in Einklang mit der wachsenden Zahl von Studierenden zu bringen. So hat sich die Zahl der Direktstudenten von 1951 bis 1971 von rund 28.000 auf rund 110.000 entwickelt. Das mußte durch die Schaffung entsprechender Ausbildungsplätze einschließlich von Wohnheimplätzen, Mensaplätzen usw. abgesichert werden. Es war eine Periode der expansiven Erweiterung des Hochschulwesens. Da blieb auf Grund der begrenzten Ressourcen wenig Raum für eine Modernisierung. Das führte zu erheblichen Rückständen.

Es gab Rückstände, immer noch, bei der Überwindung von Kriegsfolgen. Ich denke daran, daß z.B. am medizinischen Bereich der Karl-Marx-Universität Leipzig die zentrale Küche für die Versorgung der Patienten, Mitarbeiter und Studenten dieses Bereiches in einem nur teilweise wiederhergestellten, zerstörten Gebäudeteil untergebracht war. Es gab im chirurgischen Bereich nicht nur in Leipzig erhebliche Rückstände in der materiell-technischen Ausstattung. Es gab noch Saalstationen, und die Pflegebereiche waren bei weitem nicht auf dem Stand, den man für die medizinische Betreuung braucht. Viele größere Geräteanschaffungen kamen aus kapitalistischen Ländern, und dann gab es regelmäßig Probleme schon bei der Installation. An den Universitätskliniken und medizinischen Akademien wurde mit viel Engagement gearbeitet, um die Dinge so zu installieren und die baulichen Voraussetzungen zu schaffen, daß dann eine entsprechende Inbetriebnahme und Nutzung der modernen Technik möglich war. Es gab auch in den theoretischen Instituten erhebliche Rückstände. Die innere Struktur, die Infrastruktur der medizinischen Bereiche war zu dieser Zeit und noch lange danach so beschaffen, daß ein reibungsloser und rationeller Betrieb in vielen Fällen nicht möglich war. Das betraf Transportfragen, Fragen der Zuordnung von bestimmten Standorten innerhalb der Hochschulkliniken zu bestimmten Einrichtungen, die Zersplitterung von Kapazitäten innerhalb der Einrichtungen – das waren die Hauptpunkte.

Während des Studiums der Analysen und der Einschätzung der Situation wurde mir deutlich, daß einer der entscheidenden Schwerpunkte in den nächsten Jahren – und damit auch meiner Arbeit – die materiell-technische Sicherstellung der medizinischen Einrichtungen des Hochschulwesens sein muß und sein wird. Dazu gehörten die sechs Universitätsklinika – Rostock, Greifswald, Berlin, Leipzig, Halle und Jena – und die drei medizinischen Akademien Magdeburg, Erfurt und Dresden. Für

diese Bereiche war der Hochschulminister laut Statut des Hochschulministers und entsprechender Beschlüsse des DDR-Ministerrates voll verantwortlich. Das bezog sich sowohl auf die personelle als auch die materielle Entwicklung, die Forschungsseite war dabei selbstverständlich. Der Hochschulminister mußte auch – natürlich in Abstimmung mit dem Minister für Gesundheitswesen – die Investitionsmittel bereitstellen, um die medizinischen Bereiche des Hochschulwesens auszurüsten und nicht zuletzt Neubauten zu realisieren, notwendige Rekonstruktionen und Instandsetzungen einzuleiten und zu realisieren. Aufgrund des gesamten Zustandes des medizinischen Bereiches, sichtbar durch die Analysen, war mir klar, daß dieser Bereich der besonderen Fürsorge und Förderung bedarf.

Gibas: Die Notwendigkeiten im Baubereich waren also evident. Schlug sich das denn auch in dem zur Verfügung stehenden Budget nieder?

Hicke: Da bin ich ein wenig in Schwierigkeiten, da ich hierzu im Moment überhaupt keine Daten zur Verfügung habe. Das liegt alles im Bundesarchiv. Ich möchte hier keine Zahlen aus dem Gedächtnis nennen. Nur so viel: Bei einem zeitweilig wachsenden Investitionsvolumen haben sich die Investitionen für den Medizinischen Bereich des Hochschulwesens sowohl absolut als auch in ihrem Anteil an den Gesamtinvestitionen des Hochschulwesens spürbar erhöht. Sie hat jedenfalls ein großes Gewicht gehabt, auch im Budget.

Daneben gab es natürlich weitere Schwerpunkte im Hochschulbereich, z.B. den weiteren Ausbau der Infrastruktur – Wohnheime, Mensen und Entwicklung von hochleistungsfähigen Institutskomplexen. Das sollte vor allem durch drei Dinge abgesichert werden: Einmal durch die Modernisierung der Ausrüstung, die sehr veraltet war – übrigens war dies nicht DDR-typisch, sondern ebenso in anderen europäischen, auch westeuropäischen Ländern anzutreffen; zum zweiten durch den Neubau von Institutskomplexen, die auch Elemente beinhalten sollten, die für die ganze Hochschule von Nutzen waren. Eine dritte Säule hatte sich in den siebziger Jahren entwickelt: die Entwicklung von gemeinsamen Forschungseinrichtungen der Industrie, der Landwirtschaft und des Hochschulwesens, die sich in einem Programm niederschlug, das wir als das Programm für die Entwicklung von Technika und Forschungseinrichtungen bezeichnet haben. Dieses zielte explizit auf Neubau, mit wenigen Ausnahmen, wo

innerhalb vorhandener Substanz Modernisierung und Rekonstruktion stattfanden und die Voraussetzungen durch Umbau an den Gebäuden geschaffen wurden.

Natürlich haben sich Schwerpunkte herausgebildet, die sich in der Mittelzuweisung niederschlugen. Zweifellos war es für den zuständigen Minister nicht einfach zu entscheiden, daß die Mittel in den medizinischen Bereich und nicht in die Naturwissenschaften, in die Chemie, die Physik fließen, da gab es natürlich – in der Endkonsequenz konstruktive – Auseinandersetzungen. Doch die Entwicklung der medizinischen Hochschulbereiche hatte in gesamtgesellschaftlicher Sicht zunehmend eine Priorität bekommen. Das wurde unterstützt vornehmlich von den Räten der Bezirke, auch von den Oberbürgermeistern der Städte, in denen solche Hochschuleinrichtungen waren. Diese Bereiche sollten auch im Interesse der Versorgung der jeweiligen Bürger und Patienten Behandlung und Betreuung auf hohem Niveau sichern. Da gab es einen guten gesellschaftlichen Druck, so daß für diese Bereiche – wenn auch nicht in ausreichendem Maße – Mittel bereitgestellt worden sind.

Daß dies zu Lasten der übrigen Hochschulbereiche ging, versteht sich. Es gab da von Universitäten – ich muß jetzt keine Namen nennen – Druck, bestimmte Dinge in der Naturwissenschaft und Technik zu machen, und ich habe argumentiert, dann würden die Dinge, die in der Medizin jetzt angedacht und bereits ins Laufen gekommen sind, nicht realisierbar – nicht weil die Leute das nicht wollen, sondern weil die Kapazitäten in diesem Territorium nicht ausreichen, um sowohl den naturwissenschaftlich-technischen bzw. geisteswissenschaftlichen Bereich als auch den medizinischen Bereich zu bedienen. Die praktische Entwicklung hat mir recht gegeben.

Gibas: Dennoch gab es in Ihrer Amtszeit nicht nur größere medizinische Bauvorhaben, sondern es sind auch Entscheidungen für ganze Hochschulneubaukomplexe gefallen. Wie waren da letztlich die Entscheidungen zustande gekommen?

Hicke: Zunächst muß ich dazu sagen, daß ich zu Beginn meiner Tätigkeit nicht schon mit einer fertigen Beschlußlage zum Ausbau des Hoch- und Fachschulwesens konfrontiert war, die nur noch abzuarbeiten war. Aber es gab Konzepte für einzelne Bereiche, so etwa für die Bildung der Ingenieurhochschulen, also spezielle Entwicklungskonzepte. Entlang dieser

Konzeptionen gab es dann Ausrichtungen und Projektierungen durch die Zentrale, ausgehend von Analysen, die angefertigt wurden, wie sich die Entwicklung zu vollziehen hat.

Gibas: Die Zentrale war Ihre Abteilung?

Hicke: Die Zentrale war zunächst einmal das Ministerium insgesamt. Die Abteilung Grundfonds- und Materialwirtschaft hatte ja mehr eine “Dienstleistungsfunktion” innerhalb des Gefüges der Abteilungen im Ministerium, und ich habe mich immer als Erfüllungsgehilfe für die Fachabteilungen, also Medizin, Chemie, Naturwissenschaften, Geschichtswissenschaften usw. verstanden. Denn unsere Aufgabe bestand darin, für diese Bereiche die Voraussetzungen zu schaffen, so daß sie ordentlich arbeiten können. Insofern waren wir ein “Dienstleistungsbereich”, der selbstständig gearbeitet und auch mit den Fachabteilungen gestritten hat.

Gibas: Und welches Gremium hat dann entschieden, welches Neubauprojekt zur Ausführung kam?

Hicke: Der normale Gang der Dinge war so: Die Vorschläge für Investitionen, für Neubauten oder grundlegende Rekonstruktion – ich beziehe letzteres immer mit ein, weil ein wesentlicher Bestandteil unseres Konzeptes war, das Vorhandene besser nutzbar zu machen und erst, wenn das nicht mehr geht, dann sollte neu gebaut werden – kamen einerseits von den Universitäten und Hochschulen und waren andererseits geboren aus der harten Konfrontation mit dem Budget, das wir zur Verfügung hatten. Die Vorschläge wurden durch die Wissenschaftler selbst in die Breite getragen, in das Hochschulministerium, in die Ministerien der Industrie, die Räte der Bezirke und selbstverständlich auch in die entsprechenden Abteilungen des Zentralkomitees der SED: Abteilung Wissenschaften, Abteilung Gesundheitspolitik.

Da ging also eine Fülle von Vorschlägen ein. Die erste Zäsur lag dann bei der Hochschule selbst, bei der Universitätsleitung. Diese mußte selbst Prioritäten setzen und sich entscheiden. Und – das muß ich ausdrücklich betonen –, daß da vorher schon durch die Wissenschaftler und Rektorate vielfältige Informationen ins Land gegangen waren, war völlig normal. Heute bezeichnet man das als Lobbyarbeit, und mancher Wissenschaftler hat Glück gehabt, Partner gefunden und auf diese Art und Weise sogar

Investitionen bekommen, obwohl sein Projekt vielleicht gar nicht mal die oberste Priorität hatte in den Konzeptionen der Hochschule.

Jedenfalls: Die Hochschulen und Universitäten haben ihre Vorschläge eingereicht, z.T. in langfristig angelegten Konzeptionen. Das betraf Neubauten und große Rekonstruktionen. Ich habe mich sehr darum bemüht, daß für die einzelnen Hochschulen sog. Grundfondskonzeptionen oder Konzeptionen der Entwicklung der materiell-technischen Basis ausgearbeitet wurden. Das geschah unter der Federführung des Instituts für Hoch- und Fachschulbau, das ja in sich strukturiert war und entsprechend für verschiedene Bereiche Zuarbeiten leisten konnte, wobei es mit dem Institut für Hochschulbildung zusammenarbeitete und mit den vier Projektierungseinrichtungen, die im Hochschulwesen installiert waren. Diese Grundfondskonzeptionen waren Grundlage der Arbeit, um unter den besonderen Bedingungen der DDR optimale Wege zur Entwicklung der materiell-technischen Basis im Hochschulwesen zu erreichen, Prioritäten setzen zu können.

Die Pflicht für die Hochschulen bestand hierbei darin, sich an die Richtwerte zu halten, die vom Institut für Hoch- und Fachschulbau ausgearbeitet worden waren: also Investitionskosten pro Internatsplatz, Investitionskosten pro Hörsaalplatz in den Naturwissenschaften, pro Hörsaalplatz in der Gesellschaftswissenschaften, Laborplätze usw. Ich muß heute sagen, wir hätten wesentlich weniger Investitionen realisieren können mit den verfügbaren Fonds, wenn wir eine solch strenge Handhabung von Richtwerten, von Limitierung der Aufwendung pro Kapazitätseinheit nicht gehabt hätten. Das war ein sehr strenges Regime, das wir auch mit aller Konsequenz versucht haben durchzusetzen.

Mitunter freilich ist das an bestimmten Stellen auch durchbrochen worden, auch durch mich persönlich, wenn eine bestimmte Möglichkeit bestand, ein Projekt zu realisieren, welches durchaus notwendig war, wofür es aber partout keine Möglichkeit gab, in diesem Bereich eine kostengünstige bauliche Lösung zu finden, sondern wir Typprojekte nehmen mußten, die dann an die speziellen Bedingungen anzupassen waren. So etwas wurde dann natürlich teurer. Doch das wurde bewußt in Kauf genommen, um ein bestimmtes Problem, das an einer Einrichtung bestand, zu lösen.

Es gab noch einen weiteren wesentlichen Faktor: Obwohl die Investitionsmittel sehr begrenzt waren, wurden auch Dinge in Angriff genommen und realisiert, die in der Prioritätenliste nicht ganz vorn standen, für

die aber günstige Möglichkeiten ihrer Einordnung z.B. in die Bausubstanz bestanden.

So also lief das ab. Natürlich gab es auch viele Vorwürfe, aber bei näherem Hinsehen und nach ausführlichen Diskussionen mit den Betroffenen, hat sich das am Ende immer gelegt, und die Entscheidungen wurden, wenn ich mich richtig erinnere, akzeptiert. Auch von den Wissenschaftlern, was ja eine ganz wichtige Sache war. Ausgangspunkt waren in jedem Falle die Vorschläge der Wissenschaftler, so daß nach einer streitbaren Auseinandersetzung in den Führungsgremien der Hochschulen, welche Dinge denn nun wirklich auf Platz 1, 2 oder 3 gesetzt werden, sich doch im Ergebnis immer solche Prioritäten herausgebildet hatten, die dann auch in den meisten Fällen Richtschnur des Auftretens der Hochschulen gegenüber dem Ministerium wurden, wie sie auch dem Ministerium Rückhalt gegeben haben, bestimmte Dinge bei der Industrie durchzusetzen. Es gab dort ein gutes Zusammenspiel besonders auch im medizinischen Hochschulbereich, weil dort die hochqualifizierten Mediziner und Universitätsprofessoren Zugang zu sehr zentralen Führungsstellen im Lande hatten und man über diese persönlichen Verbindungen versucht hat, bestimmte Dinge zu favorisieren. Das war für mich durchaus verständlich.

Gibas: Sie meinen, es gab auch den direkten, persönlichen Draht zu politischen Entscheidungsträgern?

Hicke: Ja, es gab direkte Kontakte, etwa zu Mitgliedern des Politbüros und des Ministerrates, welche natürlich genutzt worden sind, um die eigenen Vorstellungen von Projekten durchzusetzen. Das ist weiß Gott nichts nur DDR-Typisches, es ist überall so, daß die Lobby auf bestimmte Prozesse Einfluß nimmt. Die zu Rate Gezogenen haben sich dann für bestimmte Dinge engagiert und manchmal auch versucht, die Rang- und Reihenfolge der Mittelverteilung zu verändern. Aus der inneren Sicht des Hochschulwesens gab es dann aber doch Prioritäten, wo wir gesagt haben, das müßten wir zuerst machen. Mit den Wissenschaftlern, den wissenschaftlichen Beiräten wurden die Größenordnungen abgestimmt, wie z.B. die Ausrüstungsprogramme auf bestimmten Gebieten der Medizin, der Nuklearmedizin etwa. Sobald das abgestimmt war in diesen Expertenkreisen, war es auch verbindliche Richtschnur für die Arbeit des Ministeriums. Da haben wir uns dann auch gewehrt, wenn andere Abteilungen oder auch Mitarbeiter des Zentralkomitee der SED das zu stören versucht haben.

Ausgehend von den Vorschlägen der Hochschulen wie auch von den Wissenschaftsentwicklungskonzeptionen mußte das dann in den langfristigen Plan – mit dem Jahresplan war da ja nicht viel hinsichtlich größerer Investitionen und grundsätzlicher Entscheidungen zu bewerkstelligen, wobei ich nicht sagen will, daß wir nicht auch mal eine Sache in zwei Jahren durchgedrückt haben. In der Dienstbesprechung des Ministers wurden die Vorhaben vorgeschlagen, die innerhalb der nächsten Jahre auf dem Weg der Investitionen zu realisieren bzw. deren Investition vorzubereiten waren. Diesen Vorschlag haben wir in Abstimmung mit den Fachabteilungen gemacht.

Dabei wurden auch spezielle Entwicklungslinien ausgearbeitet, z.B. ein Programm für den Bau von Mensen, von Wohnheimen, aber auch für bestimmte naturwissenschaftlich-technische Disziplinen. Für die Entwicklung des Bereichs Medizin innerhalb des DDR-Hochschulwesens wurde eine Gesamtkonzeption erarbeitet. In den Fällen, die die Medizin betrafen, ging das alles in Abstimmung mit dem Ministerium für Gesundheitswesen, damit Doppelinvestitionen vermieden oder bestimmte Bereiche nicht ausgespart wurden. Es gab hier eine gute Zusammenarbeit mit Fachexperten des Hochschulwesens und des Ministeriums für Gesundheitswesen, um eine einigermaßen vernünftige Verteilung des materiellen Potentials zu erreichen, also nicht an einer Stelle z.B. Hochleistungsröntgentechnik oder strahlentherapeutische Technik von zwei Seiten her zu konzentrieren, während andere Bereiche leer ausgehen. Einige Grundkonzeptionen wurden auch zur Vorlage für die Regierung entwickelt und wurden dort behandelt. Das führte zu entsprechenden Beschlüssen des Ministerrates.

Ja, also die Vorschläge wurden dem Minister vorgelegt, es gab Diskussionen, auch Veränderungen, was in einem solchen Prozeß völlig normal ist, dann wurden sie bestätigt und in die weitere Planungsarbeit übergeben. Die so erarbeiteten Konzeptionen gingen dann an die Staatliche Plankommission, wurden Teil des Fünf-Jahr-Plans oder der Jahrespläne. Dort, in der Staatlichen Plankommission, wurde auch über einzelne Investitionsvorhaben unabhängig von der Größe des Vorhabens beraten und entschieden. Anfang der siebziger Jahre lief das unter dem Begriff der Komplexberatung der Regierung mit den Räten der Bezirke, das war faktisch die Koordinierung der gesamtstaatlichen Entwicklung mit den Bezirken. Dort war auch das Hochschulwesen immer ein Teil, allerdings im Bereich "sonstige Wirtschaft", nach der Industrie. Das hieß: wenn die Hauptbelange der Volkswirtschaft abgeklärt waren, dann kam auch das Hoch-

schulwesen dran. Da hatte man gut vorbereitet zu erscheinen, auch über kleinste Investitionen und Maßnahmen aussagefähig zu sein. Es ging in der Regel immer und fast ausschließlich um die Zuweisung von sog. Bauanteilen, also der baulichen Kapazitäten für Neubau und Rekonstruktion.

Gibas: Das war ja in Bezirkshand, die Baukapazitäten...

Hicke: Ja, ja, es gab abgesehen von der zentralen Baukapazität, also den Baukombinaten, die direkt dem Bauministerium unterstanden, in den Bezirken Baukapazitäten, über die auch in den Bezirken entschieden wurde. Wenn das Hochschulwesen, das in seiner Gänze dieser bezirklichen Baubilanz zugeordnet war, durch zentralbilanzierte Baukombinate bedient wurde, mußte der Bezirk einen Kapazitätsausgleich an die Zentrale vornehmen. Wir waren jedenfalls eindeutig an die bezirkliche Baubilanz gebunden. Das hatte eine Reihe von Vorteilen, wenn man die Dinge gut mit den Bezirken händeln und abstimmen konnte, hatte aber natürlich auch große Nachteile. Denn die Bezirke hatten ja ihre eigenen Probleme und haben natürlich versucht, mit ihren ohnehin begrenzten Kapazitäten möglichst ihre eigenen bezirklichen, kreislichen oder städtischen Probleme zu lösen. Das gab wiederum dem medizinischen Hochschulbereich Rückenwind, weil ja die regionale medizinische Betreuung von bestimmten Investitionen im medizinischen Hochschulbereich abhängig war. Daher waren dann auch hier die Bezirke eher bereit, ihren Kapazitätsanteil zur Verfügung zu stellen. Das war ganz wesentlich und es gab hier viele Gemeinschaftsinvestitionen. Ich erinnere mich etwa an den Aufbau der Inneren Medizin in Jena-Lobeda als Teil der Universitätsklinik. Das war ein reines Gemeinschaftsprojekt zwischen dem Hochschulwesen, dem Bezirk Gera und dem Ministerium für Gesundheitswesen.

Das Leben war in vielen Fällen dann natürlich auch anders als in der Planung. Die Mittel reichten nicht, und obwohl wir Baukapazitäten bilanziert, also im Plandokument zugeschrieben bekommen hatten, war es in vielen Fällen gar nicht möglich, die Kapazitäten für unsere Belange zu binden. Das hat Investitionsfonds gekostet. Auf der anderen Seite muß man sagen, daß es auch gelungen ist, eben durch die gute Zusammenarbeit in den Territorien, diese oder jene Sache in die Wege zu leiten. Das konnte man in den Bezirken abstimmen, und ich muß auch sagen, die Universitäten und Hochschulen hatten dabei relativ großen Freiraum. Wir haben jedenfalls unseren Investitionsplan nie in Größenordnungen untererfüllt.

Wir haben auch im Laufe des Jahres viel ermöglicht. Wenn eben klar wurde, daß wir Mittel bereitstellen können, dann wurden Investitionsmaßnahmen auch zwischendurch genehmigt. Am Ende des Jahres staute sich dann ein bißchen was auf, und dann hat man mit dem Leiter für Finanzen im Hochschulministerium verhandelt und Mittel mobilisiert, die er an anderen Stellen nicht ausgegeben hat. Die wurden in Investitionsfonds verwandelt. So gab es also eine Anpassung an die konkrete Situation, die ja mit solch einer Mangelwirtschaft und sehr zentralistischen Planung und Handhabung der Wirtschaft verbunden ist. Obwohl es an vielen Stellen nicht reichte, waren dann an anderen Stellen Überschüsse da, die gar nicht verwertet werden konnten. Das so auszunutzen, daß es sich zum Nutzen und zum Gedeihen der materiell-technischen Basis der Hochschulen auswirkte, war ein wesentlicher Schwerpunkt unserer Arbeit.

Gibas: Mich würde noch interessieren, wieweit es fachfremde Einmischungen in diese ganze Planungs- und Bereitstellungstätigkeit gegeben hat, also bspw. durch ZK-Abteilungen oder auch SED-Bezirksleitungen. Gab es auf der Ebene der Komplexberatungen ein Mitspracherecht der SED-Bezirksleitungen? Diese hatten doch auch Abteilungen für Bau?

Hicke: Ja natürlich, da gab es einen Sekretär für Bauwesen, einen Sekretär für Wissenschaftspolitik usw., solche Funktionsbereiche gab es bis in die Kreisleitungen hinunter. Diese Verantwortlichen der politischen Ebene waren auch bei den Komplexberatungen dabei, das war völlig normal. Denn in einer zentral geplanten Wirtschaft mit begrenzten ökonomischen Kapazitäten waren es in der Endkonsequenz ja politische Entscheidungen, ob eine Hochschule sich entwickeln kann, ob sie die dafür nötigen Ausstattungen bekam oder nicht. Daß die politischen Entscheidungsträger dort mit involviert waren, war ein ganz normaler Prozeß.

Gibas: Erinnern sie sich an so einen Streitfall, wo es Streit gab mit der Abteilung des Zentralkomitees um ein politisches Prestigeobjekt, das Sie als Fachleute so gesehen haben und die politische Führung anders?

Hicke: Natürlich gab es solche Streitfälle. Die gingen mal so und mal so aus. Entscheidend war in den meisten Fällen, wie gut vorbereitet man in eine Auseinandersetzung ging.

Gibas: Aber bei den großen Neubauprojekten gab es solche unterschiedlichen Positionen nicht?

Hicke: Nein, denn die großen Neubauprojekte wurden ja mitgetragen von der Abteilung Wissenschaft oder von der Abteilung Gesundheitspolitik im ZK. Sie waren folglich sehr daran interessiert, daß wir das ganze Feld ordneten. Insofern war es so, daß es auf meiner Strecke – sicherlich ist das bei den Fachabteilungen ein bißchen anders gewesen – solche richtig fachfremden Eingriffe eigentlich nicht gab. Aber ich möchte nicht ausschließen, daß ich mich irre.

Es gab z.B. viel Streit um die Charité, wo Fachkräfte Positionen hatten und es andererseits den Vorschlag gab, ein Bettenhaus wie in Halle-Kröllwitz zu bauen. Das hat eine sehr intensive Auseinandersetzung ausgelöst. Da hat nun die Gruppe Professor Korneli vom Institut für Hoch- und Fachschulbau einen hohen Anteil daran, daß das nicht auf diese Weise gelaufen ist. Aus fachlicher Sicht gab es ganz andere Vorstellungen über die Befriedigung der Bedürfnisse der Charité. Dagegen stand in diesem konkreten Fall ein politisches Bedürfnis, und wenn da nun ein Bettenhaus hingesetzt worden wäre, wäre das natürlich eine tolle Sache gewesen, aber es hätte uns in der Lösung der Probleme an der Charité kaum vorwärts gebracht. Denn Bettenkapazität war ja da, wenn auch nicht auf dem Niveau wie gewünscht, aber der eigentliche Schwachpunkt war der ganze diagnostische und der funktionelle Bereich – Chirurgie, Operationssäle usw. Das wurde dann auch durchgesetzt.

Aber insgesamt muß ich sagen, da hat sich dann die kompetente Fachmeinung sowohl der Mediziner als auch der Bauleute, nicht zuletzt durch das Engagement von Prof. Erhard Gißke als Chef der Aufbauleitung Sondervorhaben Berlin, mit einem Konzept durchgesetzt, auf dem jetzigen historischen Standort eine Sache zu machen, die auch heute, soweit ich das überblicken kann, Bestand hat und in einigen Bereichen mit Sicherheit beispielgebend ist. Aber ich muß noch einmal ausdrücklich sagen: Fachfremde Einmischungen waren für unsere Arbeit nicht dominant, da es so ein breites Verfahren der Auswahl der Investitionsprojekte gab. Da konnte man nicht einfach mal streichen, z.B. Analytikum an der Karl-Marx-Universität oder Elektronikkomplex in Jena, und dafür etwas anderes einsetzen. Das wäre einfach undenkbar gewesen.

Gibas: Läßt sich sagen, daß ein Gesamtplan zur Wissenschaftsentwicklung vorgelegen hat und daß sich daran – gleichsam in systematischer Ableitung – der Hochschulbau orientierte? Hatte der Forschungsrat, der ja die wissenschaftlich-technische Entwicklungsplanung koordiniert hat, Mitspracherecht bei den Bauvorhaben?

Hicke: An den Beratungen des Forschungsrates habe ich nicht teilgenommen. Dort wurde Wissenschaftsstrategie gemacht, und es wurden auch Forderungen hinsichtlich der Entwicklung der materiell-technischen Basis formuliert, mit denen wir uns dann auseinanderzusetzen hatten. Über den Forschungsrat sind ja viele Dinge initiiert worden, entsprechend den volkswirtschaftlichen Möglichkeiten. Die Wissenschaftler, die in diesem Gremium waren, haben schon viele Dinge vorangebracht. Der Hochschulminister hatte auch im Forschungsrat vorzutragen, wie die Entwicklung sein soll und worauf man sich konzentrieren will. Da hat es sicher auch Problemdiskussionen gegeben und sicher auch Änderungen, daß man die eine oder andere Maßnahme hereinnehmen muß und dafür eben dann andere zurückstellen.

Natürlich mußten die Wissenschaftler dann hinnehmen, daß wir es nicht geschafft haben, etwa im Bezirk Gera oder im Bezirk Erfurt eine bestimmte Sache auf die Reihe zu bringen; aber wir hatten es dann eben geschafft, in Wismar etwas zu bauen. Das mußten sie hinnehmen, das waren die komplizierten Dinge der Finanzierung, der Zuweisung von Kapazitäten, der Überlastung einiger Bezirke und Kreise mit Bauleistungen, und daß man infolgedessen Projekte nicht unterbringen konnte. Sicher traurig, aber für mich galt immer die Position: wenn du es dort nicht geschafft hast, dann woanders. Denn viele Dinge, die in den Konzeptionen standen, waren ja auch gleichwertig.

Gibas: Ich würde gern einmal eine Ebene unter den Bereich zentraler Entscheidungen gehen und schauen, wie das bei den konkreten Großbauprojekten so gelaufen ist. Zum Beispiel in Leipzig gab es das Großprojekt des Universitätsneubaus in der Innenstadt, und das war über eine öffentliche Ausschreibung, einen Architekturwettbewerb gegangen. War das generell üblich, oder wie sind die Verfahren gewesen, wenn es konkret um die architektonische Gestaltung ging?

Hicke: Ich bin nun kein Architekt. Ich habe großen Respekt vor Architekten, habe auch meine Meinung über Architekten, über bestimmte zumindest, die, wenn sie sich etwas in den Kopf setzen, dann nicht wissen, was es kostet und darauf auch keine Rücksicht nehmen. Doch das nur nebenbei. Diese Ausschreibungspraxis ist, soweit ich das überblicke, Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre in der DDR ausgelaufen, zumindest soweit es das Hochschulwesen betrifft. Ich habe das selbst nicht mehr mitgemacht. Es wurden bestimmte, stadtprägende Vorhaben, wie der Universitätsneubau in Leipzig, ausgeschrieben. Dabei spielte das Universitätshochhaus eine große Rolle. Es gab mehrere Entwürfe. So von Professor Henselmann, der in Form des aufgeschlagenen Buches einen semantisch bestimmten Entwurf gemacht hat. Auch das Institut für Hoch- und Fachschulbau hatte sich am Wettbewerb beteiligt und einen sehr funktionell bestimmten Entwurf eingereicht. Die Entscheidung fiel zugunsten des Entwurfes von Professor Henselmann. Natürlich hat unter diesen Prämissen die Funktionalität gelitten und der eigentliche Ausgangspunkt für den Hochschulbau, nämlich hochrationelle Lösungen für Lehre und Forschung zu schaffen, trat etwas in den Hintergrund.

Was den Leipziger Universitätskomplex betraf, der ja zugleich Messezentrum und Pressezentrum sein sollte, war es ja so, daß zum Beispiel Kurt Masur ziemlich großen Einfluß ausübte, was die Funktionsdefinition für das Gebäude des heutigen Gewandhauses betraf. Die letzte Entscheidung, die noch offen war, war die Frage, ob die Universität ein Auditorium Maximum braucht – eben in Form dieses jetzigen Gewandhausgebäudes. Da gab es natürlich unterschiedliche Meinungen dazu. An der Meinungsbildung Anfang 1973 war auch ich beteiligt. Ich wurde von der Abteilung Wissenschaft des ZK gefragt, ob die Universität ein solches Auditorium Maximum brauche. Auditorium Maximum und Konzertsaal konkurrieren natürlich miteinander. Gemessen an anderen wichtigen Aufgaben hatte aus meiner Sicht ein Auditorium Maximum für die Universität in Leipzig keine Investitionspriorität. Letztendlich ist die Entscheidung zugunsten des Gewandhauses ausgefallen und die Universität hat durch eine – wenn auch unangemessen hohe – Investitionsbeteiligung Gastrecht in diesem Haus, um zentrale Veranstaltungen, wie die Immatrikulations- und Exmatrikulationsfeiern, durchführen zu können.

Gibas: Die Ausschreibungen waren also Anfang der siebziger Jahre vorbei. Wie liefen danach Entscheidungen zur architektonischen Gestaltung der Projekte im Hochschulbau?

Hicke: Das haben dann die Universitäten und Hochschulen selbst in die Hand genommen. Man hat sich jemanden gesucht. Es gab aber auch Regelungen, die festlegten, daß die Projektierungen von Projektierungsbüros der Baubetriebe gemacht werden. In diesen Fällen hat das Projektierungsbüro des Baubetriebes auch den Entwurf gemacht. Also entweder bezirksgebunden oder auch zentral, wenn das zentrale Baukombinat in das Projekt eingebunden war. Träger der funktionellen Lösung waren vor allem die Hochschulen selbst. In der Regel haben wir überall dort, wo größere Investitionen anstanden, immer eine Gruppe von Wissenschaftlern gehabt, die voll eingebunden waren in die Ausarbeitung des inhaltlichen Konzeptes. Die Bau- und Rekonstruktionsvorhaben sind in keiner Weise von oben oktroyiert worden – soweit ich das beurteilen kann – sondern das ist immer auch mit Vertretern der betreffenden Einrichtungen abgestimmt worden. Natürlich haben das Institut für Hoch- und Fachschulbau und die Gutachterstelle für Investitionen darauf geachtet, daß die Vorstellungen, die dann umgesetzt wurden, auch rationell waren. Manchmal waren die Ideen, die von den Hochschulen zum Beispiel zu Rekonstruktionsmaßnahmen entwickelt wurden, so überdimensioniert, daß das gar nicht realisierbar war in den vorhandenen Baukörpern.

Ein Großteil der Projekte ist von unseren Projektierungsbüros – die wir an der TU Dresden, an der Hochschule für Architektur in Weimar, an der Hochschule für Bauwesen in Leipzig und an der Ingenieurhochschule in Wismar hatten – realisiert worden. Diese Projektierungsbüros waren über das Investitionsbüro an das Ministerium gebunden. Die Architekten in den Büros waren natürlich angehalten, den Investitionsfonds rationell zu nutzen. Dabei sind dann wirklich auch kostengünstige und trotzdem gute funktionale Lösungen gefunden worden, etwa beim Mensabau.

Ich muß noch dazu sagen: Jede Investition – also nicht von 5.000 Mark – sondern im Prinzip jeder Neubau in der Dimension, von der wir hier reden, also etwa eine Mensa, ein Hörsaalgebäude oder Institutsgebäude – war einer strengen Kontrolle unterworfen durch das staatliche System der Begutachtung von Investitionen. Mit Hilfe einer Wertgrenze wurde festgelegt, ob ein Projekt zu begutachten war oder nicht. Dazu hatten wir im Bereich des Ministeriums eine Gruppe für die Begutachtung

von Investitionen. Diese war organisatorisch angebunden an das Institut für Hoch- und Fachschulbau der TU Dresden. Diese Gruppe hat die gesamten Investitionen für das Hoch- und Fachschulwesen in Kooperation mit anderen Einrichtungen begutachtet. Unsere Begutachterstelle war sogar verpflichtet, Fach- und Hochschulinvestitionen nennenswerter Natur in anderen Führungsbereichen zu beurteilen, mit Ausnahme der bewaffneten Kräfte und der Sicherheitsorgane.

Zu meiner Abteilung gehörte ein Investitionsbüro, das die ganze territoriale Koordinierung durchgeführt hat, die Abstimmung also mit den Bezirken, mit den Kreisen usw. Und es gab eine Zentralstelle für materiell-technische Versorgung, die war zuständig für Importe von speziellen Ausrüstungen für die Planprojekte. Die Gutachterstelle für Investitionen des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen hat alle geplanten Investitionen sehr kritisch begutachtet und hat mit aller Konsequenz darauf geachtet, daß die Richtlinien eingehalten werden. Daher kam es auch nur in sehr wenigen Fällen zur Verteuerung von Investitionen. Aber ich gebe ehrlich zu, manchmal bin ich auch stur gewesen, habe auf Entscheidungen bestanden, die funktionell nicht die effektivsten waren. Da muß man sich auch mal beschimpfen lassen. Wenn du in einer bestimmten Situation entscheiden muß, geht der Bau weiter oder nicht, dann entscheidest du eben, damit er weitergeht, daß da kein verzinktes Rohr eingesetzt wird, wie geplant, sondern daß sogenanntes schwarzes Rohr verwendet wird, wohl wissend, daß wir es in spätestens 4 Jahren auswechseln müssen. Das war in den achtziger Jahren, zu einer Zeit, da hatten wir kaum noch Möglichkeiten zur zusätzlichen Materialbeschaffung, etwa über ein Kombinat. Die Materialwirtschaft war dann soweit zentralisiert und die Spielräume dadurch so eng, daß vieles nicht mehr möglich war.

In den siebziger Jahren haben wir auf diese Weise noch viel reguliert. Nicht krumme Geschäfte gemacht, sondern einfach durch die unmittelbare Zusammenarbeit mit Betrieben dringend benötigte Materialien und Dienstleistungen erschlossen, die uns geholfen haben, unsere Projekte zu realisieren.

Gibas: Zu dieser Zeit hatten die Kombinate noch Reserven, über die sie eigenständig verfügen konnten?

Hicke: Ja, natürlich, sie hatten noch eigene Entscheidungshoheit, die dann immer geringer wurde. Je weiter die DDR-Wirtschaft in Schwierigkeiten

geriet, um so enger wurden die Entscheidungsspielräume. Zum Beispiel mußte dann die Staatliche Plankommission eben auch schon über kleinere Investsummen, etwa über 5.000 Mark Baukapazität für die Reparatur eines Aufzuges in der Pathologie der Universität Greifswald, befinden, und ich mußte das Projekt dort verteidigen.

Gibas: Um aber noch einmal auf die großen Bauprojekte zurückzukommen, die auch das öffentliche Bild der Hochschulen prägten: Nun hatte es auch im Hochschulbau Rationalisierungsbestrebungen gegeben, es wurden Bautypen verwendet. Hier wäre interessant zu erfahren, welche Spielräume dabei für Bauherren und Architekten trotz des Typenbaus bestanden haben? Gab es bspw. Möglichkeiten der Anpassung des Typs an die Standortspezifik?

Hicke: Solche Anpassungen gab es durchaus. Zum Beispiel wurde der Mensatypenbau, der in Dresden von Zimmermann entwickelt wurde, für das Ingenieurhochschulprojekt in Mittweida als Kombination Mensa und Bibliothek realisiert. Diese Variante ist gemeinsam mit den Leuten in Mittweida ausgearbeitet worden; es waren neben den Baufachleuten Spezialisten für Mensabetrieb und Bibliotheksfachleute beteiligt. Auch das Bibliothekswesen war bei solchen Projekten integriert.

Ebenso bei den Projekten Biotechnikum Halle, Technikum Analytikum an der Karl-Marx-Universität Leipzig, Biotechnikum in Köthen waren die Wissenschaftler voll integriert. Sie hatten ja ganz zwangsläufig gegenüber den Architekten auch eine Art Beraterstatus, da nur sie selbst wissen konnten, für welche Funktionen die Gebäude und Räume ausgelegt sein mußten. Erst nach gemeinsamer Abstimmung wurden dann Raumkonzepte gemacht. In solchen Abstimmungsrunden blieben natürlich Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien nicht aus. Manchmal gab es bei Wissenschaftlern überzogene Vorstellungen. Da war vieles einfach nicht bezahlbar.

Auch die Stadtarchitekten, die Räte für Architektur und Städtebau, die Kreisplankommissionen und die Bezirksbauämter waren an der Entscheidungsfindung beteiligt. Diese Gremien haben auch Einfluß genommen auf die äußere Gestaltung, die Zuordnung zur Straße usw. Da dann größere Neubauten in die vorhandene Architektur eingepaßt werden mußten, sind natürlich vor allem die Stadtbauämter, die ja für das Stadtbild zuständig waren, eingebunden gewesen. Solche Projekte wurden also nicht über mi-

nisterielle Anweisung, einfach diktatorisch von oben, durchgesetzt. Da hat es auch Streit gegeben, zum Beispiel wenn es um die Realisierung besonderer Wünsche der Gremien vor Ort ging und wir, das Ministerium, mußten dann mehr bezahlen, als geplant war.

Gibas: Das heißt, Projektänderungen, die dann von unten, z.B. von den Stadtbauämtern kamen, die mußte dann das Ministerium für Hoch- und Fachschulbau finanzieren?

Hicke: Also, man darf sich das ja nicht so vorstellen: Wir beschließen jetzt, wir bauen eine Bibliothek, dann legen wir in zwei Jahren das Projekt vor, und los geht es. Da sind ja viele Entscheidungsphasen dazwischen. Wir, d.h. die Abteilung Grundfond- und Materialwirtschaft des Ministeriums, hatten ja bestimmte Investitionen sowohl in der Vorbereitung als auch in der Durchführung solcher Projekte unter Kontrolle. Da mußten die Vorschläge für Projektänderungen schon verteidigt werden, auch vor solchen Gremien wie dem Institut für Hoch- und Fachschulbau oder der Gutachterstelle. Auch mit den Territorialorganen, etwa den Stadtarchitekten, mußte das abgestimmt sein. So konnte man im Prozeß der Entstehung der Projekte viele Dinge schon gemeinsam klären.

Gibas: Waren Soziologen in die Projektierung solcher Hochschulbauten einbezogen?

Hicke: Da bin ich überfragt. Ich weiß, daß das Institut für Hoch- und Fachschulbau und die Projektierungsbüros mit Soziologen zusammengearbeitet haben. Diese fachliche Beratung abzusichern, lag also bei den Büros und auch bei den Hochschuleinrichtungen selbst.

Gibas: Ist eigentlich internationaler Hochschulbau von Ihnen wahrgenommen worden, hat das Ministerium sich damit beschäftigt – als Vergleichsmaßstab oder als Anregung?

Hicke: Das Institut für Hoch- und Fachschulbau in Dresden hatte diese Aufgabe. Dort hat man sich mit internationalem Hochschulbau beschäftigt, hat Erfahrungen ausgewertet, für uns verwertbar gemacht. Wir haben also nicht nur in unserem eigenen Suppentopf geschmort. Es hat viele Reisen gegeben, wir haben uns auch auswärts umgeschaut, zum Beispiel

in der Vorbereitung auf das Charité-Projekt. Ich habe selbst an solchen Informationsreisen teilgenommen. Wir haben uns umgeschaut in Frankreich, Dänemark, London, waren in Wien. Ziel solcher Reisen war es, Anregungen mitzunehmen, Erfahrungen zu sammeln, zu schauen, was andere auf diesem Gebiet für Ideen umgesetzt haben. Jedes Land hat ja seine nationalen Besonderheiten.

Ein wesentliches Instrument für den internationalen Erfahrungsaustausch war die Hochschulministerkonferenz. Bei dieser Konferenz gab es eine Expertengruppe materiell-technische Basis, die Professor Queck viele Jahre geleitet hat. Diese Gruppe hat eine umfangreiche Arbeit geleistet auf diesem Gebiet. Sie hat zum Beispiel jedes Jahr eine Konferenz initiiert, auf der neue Objekte vorgestellt, Erfahrungen anderer Länder diskutiert wurden. Da haben die Bulgaren Erfahrungen aus England oder aus Frankreich mitgebracht, wo sie längere Zeit intensive Studien machen konnten. In diesem Gremium gab es einen sehr intensiven Abgleich der Erfahrungen und Grundlinien des Hochschulbaus zwischen den sozialistischen Ländern. Auch das Institut für Hoch- und Fachschulbau hat regelmäßig Konferenzen zum Hochschulbau veranstaltet, unter anderem zu Spezialthemen wie medizinischer Hochschulbau, Bau von Studentenwohnheimen usw. Diese Konferenzen waren stets international besucht. Für den internationalen Vergleich gab es eine gewisse Offenheit. Das betraf auch den Zugang zu internationaler Fachliteratur. Die Literatur aus westlichen Ländern war zwar nicht gerade in Massen vorrätig, aber ein, zwei Exemplare waren immer verfügbar. Und wenn es die Deutsche Bücherei in Leipzig war, als unser letzter Anlaufpunkt. Die wichtigen Dinge an entsprechender Literatur waren im Lande verfügbar, die internationale Diskussion zum Hochschulbau konnte also verfolgt werden.

Das Institut für Hoch- und Fachschulbau

Entwicklung, Aufgaben, Leistungen und Abwicklung

Manfred Rücker

Die Geschichte der per 31. Dezember 1990 abgewickelten Abteilung Hoch- und Fachschulbau Dresden des Zentralinstituts für Hochschulbildung Berlin begann im Jahr 1964. Seinerzeit entschlossen sich die Verantwortlichen für die Bauinvestitionen im damaligen Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen der DDR, die Entscheidungsvorbereitung für den Ausbau der Hoch- und Fachschulen in ihrem Verantwortungsbereich zu institutionalisieren. Beispiele für eine solche Institution gab es in Ost und West, wie das Institut für Schulbau in Prag oder das Institut und Zentralarchiv für Hochschulbau in Stuttgart.

Die Wahl fiel auf die Technische Universität Dresden, wo Lehrstühle für Gebäudelehre an der Hauptfachrichtung Architektur und deren Projektierungsbüros durch Arbeiten auf dem Gebiet des Hochschulbaus auf sich aufmerksam gemacht hatten. So wurde am 1. März 1965 die "Forschungs- und Entwicklungsstelle für Technologie der Hoch- und Fachschulbauten an der Technischen Universität Dresden" gegründet. Aus diesem etwas umständlichen Namen war bereits die Ausrichtung auf die nutzerbezogene Investitionsvorbereitung erkennbar. Neben der Erarbeitung des wissenschaftlichen Vorlaufs für den Hoch- und Fachschulbau gehörte von Anfang an die Begutachtung von Dokumenten der Investitionsvorbereitung zu den Hauptaufgaben.

Im Jahre 1970 erfolgte die Umwandlung der F- und E-Stelle in "Institut für Hoch- und Fachschulbau an der Technischen Universität Dresden" (IHFB). Unter diesem Namen war die Forschungseinrichtung die längste Zeit tätig und erreichte sie großen Bekanntheitsgrad und volle Anerkennung. Auch aus Gründen der vereinfachten Darstellung wird im weiteren das Kürzel "IHFB" benutzt. Die endgültige Struktur des Instituts mit drei Forschungsgruppen und der Gutachterstelle bildete sich nach 1970 als Antwort auf die zu bearbeitenden Aufgaben heraus:

- Forschungsgruppe 1 “Planungsgrundlagen” (Allgemeiner Hoch- und Fachschulbau),
- Forschungsgruppe 2 “Projektierungsgrundlagen” (Allgemeiner Hoch- und Fachschulbau),
- Forschungsgruppe 3 “Medizinischer Hochschulbau” (Planungs- und Projektierungsgrundlagen),
- Gutachterstelle für die Begutachtung von Investitionen des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen (MHF), als relativ selbständige Einheit.

Zusammen mit einem kleinen Direktionsbereich und einer Informationsstelle (Institutsbibliothek) erreichte das IHFB einen Personalbestand von mehr als 30 Mitarbeitern. Die Mehrheit der wissenschaftlichen Kräfte unter ihnen waren Architekten, ergänzt durch Spezialisten auf den Gebieten der Gebäudeökonomie, der technischen Gebäudeausrüstung und der Arbeitsumweltgestaltung.

Im Jahre 1981 wurde beschlossen, die Forschung über das Hoch- und Fachschulwesen – darunter den Hoch- und Fachschulbau – ab Januar 1982 in einem “Zentralinstitut für Hochschulbildung” zu konzentrieren. Den Kern des neuen Zentralinstituts bildete das Institut für Hochschulbildung und -ökonomie Berlin. Das IHFB wurde zur Abteilung Hoch- und Fachschulbau des Zentralinstituts und verblieb als relativ selbständige Filiale in Dresden.

Neben einem höheren Verwaltungsaufwand hatte die Integration in das Zentralinstitut auch Vorteile für die Forschung auf dem Gebiet des Hoch- und Fachschulbaus, etwa bei der Einführung moderner Methoden der Datenverarbeitung oder in der direkten Einbeziehung von Mitarbeitern und Forschungsergebnissen anderer Abteilungen des Zentralinstituts. Die Gutachterstelle als dem MHF direkt nachgeordnete Einrichtung wurde nicht integriert. Dennoch blieb die bewährte Zusammenarbeit zwischen Forschung und Begutachtung erhalten.

Abgesehen von den in den Gründungsdokumenten des IHFB allgemein definierten Aufgaben hat das Institut seine fachlichen Aufgaben weitgehend selbst ermitteln können. Die Arbeitspläne des IHFB waren von der zuständigen Abteilung des MHF zu bestätigen. Die Anbindung an die Technische Universität hatte nur geringen Einfluß auf die Aufgabenbestimmung, obwohl sich auf verschiedenen Teilgebieten eine fachliche Zusammenarbeit entwickelte.

Die Aufgabenstellungen für das IHFB ergaben sich aus dem gesellschaftlichen Umfeld und dessen Veränderungen. Dazu gehörten das staatliche Bildungssystem, die Bildungspolitik und die durch sie definierten Ziele für den Ausbau der Bildungseinrichtungen ebenso wie die Organisation der Planung, Vorbereitung und Durchführung von Investitionen, eingeschlossen den Hochschulbau.

Die DDR verfügte nach der "Dritten Hochschulreform" 1968 über 56 Hochschuleinrichtungen, darunter 6 (Voll-)Universitäten und 3 Medizinische Akademien. Mitte der achtziger Jahre befanden sich 85% der insgesamt 130.000 Studierenden und eine Bausubstanz mit mehr als 4 Mio. m² Hauptnutzfläche im Verantwortungsbereich des MHF. Die künstlerischen und die pädagogischen Hochschulen waren den Ministerien für Kultur bzw. für Volksbildung nachgeordnet, die über eigene Institutionen analog zum IHFB verfügten. Von großer Bedeutung für die Aufgaben des IHFB war, daß die Unterbringung der Studenten in Wohnheimen (Versorgungsgrad durchschnittlich 75%) sowie die gastronomische Versorgung aller Hochschulangehörigen zu den Aufgaben der Hochschulen zählte.¹

An den 238 Ingenieur- und Fachschulen der DDR studierten Mitte der achtziger Jahre ca. 160.000 Studenten, darunter 100.000 im Direktstudium. Diese Einrichtungen waren unterschiedlichen Verantwortungsbereichen zugeordnet, zumeist denen, wo die Absolventen zum Einsatz kamen. Deshalb reichte die Palette von den Industrieministerien mit den Ingenieurschulen bis hin zu den Räten der Bezirke, Abteilung Volksbildung mit den Fachschulen für Kindergärtnerinnen.² Da das MHF nur für etwa 10% des Fachschulwesens verantwortlich war, beschäftigte sich nur ein geringer Teil der Untersuchungen des IHFB mit spezifischen Problemen der Fachschulen. Im weiteren wird deshalb, auch dem Anliegen dieses Bandes entsprechend, vorwiegend auf den Hochschulbau Bezug genommen.

Veränderungen im gesellschaftlichen Umfeld zogen natürlich auch Veränderungen in den Aufgaben des IHFB nach sich. Rothe unterscheidet beispielsweise im Zeitraum 1945 bis 1984 in Bezug auf die gesellschafts-

¹ Statistisches Jahrbuch des Hochschulwesens der DDR 1986. Berlin: Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, 1986

² Ebd.

hochschul- und baupolitischen Entwicklungsphasen vier Perioden der Hochschul-Bauplanung in der DDR:³

- 1945-1955: Planungen für den Wiederaufbau der zerstörten Hochschulkomplexe und Hochschulbauten,
- 1950-1965: Planungen für den Neubau Technischer Hochschulen sowie für Erweiterung und Verlagerung von Hochschulkomplexen,
- 1965-1972: Planungen für den Neubau von Universitätskomplexen sowie für Erweiterung und Verlagerung von Hochschulkomplexen. Auslöser der Planungen war die Forderung nach rascher Erhöhung der Ausbildungskapazität. Der Umfang der Forderungsprogramme einschließlich der Forderung nach einprägsamen architektonischen Großformen führten unter Mißachtung des kulturhistorischen Bestandes zu Gesamtplanungen, die in den meisten Fällen – mit Ausnahme der Universitätskomplexe Leipzig und Jena – die gegebenen Realisierungsmöglichkeiten überstiegen.
- ab 1972: Planungen für die komplexe Rekonstruktion von Hochschulen. Die Orientierung auf die “intensiv erweiterte Reproduktion der Grundfonds” führte zu komplexen baulichen Entwicklungsplanungen für alle Universitäten und Technische Hochschulen, die Sanierung, Umbau und Modernisierung bestehender Hochschulkomplexe in den Vordergrund rückten. Nennenswertes Beispiel ist die Berliner Charité.

Bedeutsam für die Aufgaben des IHFB war dessen Einordnung in die Prozesse der Investitionsvorbereitung, d.h. in die Konzipierung, Planung und Projektierung von Hochschulbauten, und damit in das zentralistische Planungssystem der DDR. Das Zusammenwirken und die Verantwortung der Partner bzw. Beteiligten in den einzelnen Phasen der Vorbereitung von Investitionen war gesetzlich geregelt. Die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich stellvertretend auf die Vorschriften Anfang der achtziger Jahre.⁴

Die Hochschulen als Investitionsauftraggeber waren verantwortlich für die Erarbeitung der Vorbereitungsdokumente, für die Einbeziehung der übrigen Beteiligten und für die Abstimmung mit den örtlichen und den bezirklichen “Planungs- und Bilanzorganen”. Für größere Bauvorhaben wurden an den Hochschulen auch Stabsgruppen für deren Vorberei-

³ Rothe, Rudolf: Ergebnisse, Erfahrungen und Aufgaben der Hochschul-Bauplanung in der DDR – Ein Beitrag zur Qualifizierung der funktionellen und baulich-räumlichen Entwicklung von Hochschulkomplexen. Diss. B, Dresden 1985.

⁴ Verordnung über die Vorbereitung von Investitionen vom 13. Juli 1978. Gbl. I 1978 Nr. 23, S. 251 oder dito vom 23. Mai 1985. Gbl. I 1085 Nr. 17, S. 197.

tung gebildet. Die örtlichen Bauverwaltungen des MHF waren im übrigen 1968 aufgelöst worden.

Die Verantwortung des “Übergeordneten Organs” des Investitionsauftraggebers, d.h. des MHF als Nutzende Verwaltung, erstreckte sich auf die Einordnung der Vorhaben in die staatlichen Bilanzen, auf die Vorgabe von Ausbauzielen, auf Begutachtung, Bestätigung und Genehmigung von Dokumenten der Investitionsvorbereitung sowie auf die Kontrolle der Realisierung. Das MHF bediente sich dabei der erwähnten Gutachterstelle und seines Investitionsbüros.

Auftragnehmer im Prozeß der Investitionsvorbereitung, d.h. für Planung und Projektierung der Vorhaben, waren hauptsächlich die Projektierungsabteilungen der Baukombinate, die für die Realisierung der Vorhaben als Hauptauftragnehmer verpflichtet wurden, oder Planungs- und Projektierungsbüros in Regie des übergeordneten Organs. Im Falle des MHF gab es die nachgeordneten Projektierungsbüros in Dresden, Leipzig, Weimar und Wismar, also an Studienstandorten des Bauwesens. Die Ursprünge dieser Projektierungsbüros lagen z.T. in Büros, die vor der dritten Hochschulreform von den Ordinarien des Bauwesens betrieben wurden.

Weitere sehr wesentliche Partner im Prozeß der Investitionsvorbereitung waren die “Territorialen Organe” (Räte der Bezirke, der Kreise und Städte, Bezirksplankommissionen usw.), beispielsweise für die Zuweisung und Genehmigung von Standorten, und die für das wettbewerbsfeindliche Wirtschaftssystem der DDR typischen “Bilanzorgane” bzw. bilanzbeauftragten Betriebe, die u.a. die mitwirkenden Betriebe und Kombinate benannten und beauftragten.

Durchaus in einigen Punkten vergleichbar mit den gegenwärtigen gültigen Richtlinien für die Durchführung von staatlichen Bauaufgaben (RLBau) waren in den o.g. gesetzlichen Regelungen der DDR folgende Phasen der Investitionsvorbereitung vorgegeben:

- Grundfondswirtschaftliche Untersuchungen (GWU):
Die GWU dienten dem Nachweis der Notwendigkeit eines Bauvorhabens im Sinne einer Nutzerforderung nach RLBau. Sie sollten auf einer permanenten Arbeit an den Entwicklungskonzeptionen der Hochschulen beruhen. Im Rahmen der GWU waren ggf. Bestandsanalysen und Machbarkeitsstudien durchzuführen.
- Erarbeitung der Aufgabenstellung (AST):
Die AST umfaßte den detaillierten Bedarfsnachweis und das Grundkonzept für die Lösung der Investitionsaufgabe. Analog zum Bauan-

trag nach RLBau war die bestätigte AST die Voraussetzung zur Aufnahme des Vorhabens in die mittelfristige Finanzplanung.

- Vorbereitung der Grundsatzentscheidung (GE):
Vergleichbar mit der Haushaltsunterlage Bau nach RLBau beinhaltete die Dokumentation zur GE die grundsätzliche (nutzer-)technologische und bautechnische Lösung im Sinne eines Vorprojekts sowie das verbindliche (Kosten-)Angebot der Auftragnehmer für die Realisierung des Vorhabens. Die GE über das Vorhaben wurde vom übergeordneten Organ, bei größeren Vorhaben im Einvernehmen mit der Staatlichen Plankommission gefällt. Die GE war die Voraussetzung für die Aufnahme des Vorhabens in die Jahresplanung.

An die GE schloß sich die Erarbeitung der Ausführungsunterlagen als erste Phase der Realisierung eines Vorhabens an.

Aus dem geschilderten gesellschaftlichen Umfeld ergaben sich solche generellen Aufgabenstellungen für das IHFB wie:

- die Unterstützung des MHF bei der Durchsetzung einheitlicher Maßstäbe zum Ausbau der Hochschulen und bei der Vorbereitung von Investitionsentscheidungen,
- die Bereitstellung von Arbeitshilfsmitteln zur Planung und Vorbereitung von Hochschulbauten für die Hochschulen, insbesondere in ihrer Funktion als Investitionsauftraggeber,
- die Sicherung der funktionellen Qualität von Hochschulbauten durch die Erforschung der Nutzeranforderungen.

Die Bereitstellung und Überleitung der Arbeitsergebnisse erfolgte auf unterschiedlichen Wegen. Dazu gehörten vor allem

- die vom IHFB herausgegebene Schriftenreihe “Hoch- und Fachschulbau”,
- die spezifischen Publikationen, wie z.B. der “Katalog Hoch- und Fachschulbau”, die Forschungsberichte oder die Organisationsanweisungen des MHF für EDV-Projekte bezüglich der sächlichen Ressourcen,
- die Erarbeitung von oder die Mitarbeit an Richtlinien des MHF für die Planung und Projektierung von Hochschulbauten,
- die Durchführung von und die Beteiligung an internationalen Fachtagungen auf dem Gebiet des Hochschulbaus,
- die Beratungstätigkeit für Hochschulen und Projektanten sowie im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit,
- die Erarbeitung von Planungsstudien für die Hochschulen und das MHF und schließlich die Beteiligung der Mitarbeiter des IHFB an der Begutachtung von Dokumenten der Investitionsvorbereitung.

Im folgenden soll auf wesentliche Arbeitsgebiete des IHFB und deren Ergebnisse eingegangen werden, soweit dies im Rahmen dieses Beitrages

überhaupt möglich ist. Der Medizinische Hochschulbau, der ab den siebziger Jahren etwa 25% der personellen Kapazität des IHFB in Anspruch nahm und sich zu einem relativ selbständigen Arbeitsgebiet entwickelt hatte, wird dabei nicht berücksichtigt und ist Gegenstand eines gesonderten Beitrages in diesem Band.⁵

In die Anfangsphase des IHFB fiel der Beschluß des Ministerrates der DDR, im Jahre 1966 auch in den "Haushaltsorganisationen", d.h. in den haushaltsfinanzierten Bereichen wie dem MHF, eine Erfassung und Bewertung des beweglichen und unbeweglichen Vermögens – der sogenannten Grundfonds bzw. der Grundmittel – durchzuführen sowie durch eine Verschleiß- und Abschreibungsrechnung gewisse Elemente einer wirtschaftlichen Rechnungsführung einzuführen. Diese Gelegenheit wurde genutzt, mit einer Erweiterung der Fragestellungen, insbesondere über die Nutzung der Gebäude, eine "Erfassung der baulichen Substanz und der Nutzungseinheiten im Hoch- und Fachschulwesen" DV-gestützt zu initiieren. Alle wesentlichen Grundlagen dazu, wie Organisationsanweisungen, Schlüsselverzeichnisse, Datenträger und Auswertungsprogramme, wurden seinerzeit vom IHFB in Kooperation mit dem Rechenzentrum an der Technischen Hochschule Magdeburg geschaffen. Die Durchführung der "Erfassung" wurde vom IHFB intensiv betreut, z.B. durch Anleitung der Bearbeiter an den Einrichtungen, durch die Sichtung der Datenträger (Verbundlochkarten) und schließlich durch deren umfassende DV-gestützte Auswertung.⁶

Die Ergebnisse der "Erfassung" gaben einerseits einen Überblick über den Bestand an Gebäuden und ihrer Nutzung als Basis für Entwicklungsplanungen und stellten andererseits die Grundlage für Untersuchungen des IHFB u.a. zur Gebäudeökonomie, zu Nutzungsprofilen und zu Flächenfaktoren dar. Die Fortschreibung der Gebäudedaten wurde im Rahmen der Grundmittelrechnung des "Leitungs- und Informationssystems des Hoch- und Fachschulwesens" organisiert. Für die Fortschreibung der Nutzungsdaten war eine Umstellung auf die raumweise Erfassung erfor-

⁵ Vgl. den Beitrag von P. Korneli/D. Gläser: Medizinischer Hochschulbau in der DDR.

⁶ Rothe, Rudolf; Rücker, Manfred; Lommatzsch, Horst: Grundlagen für die Planung der komplexen Grundfondsreproduktion – Beiträge zur Bedarfsermittlung für Hochschulbauten. Dresden: IHFB, 1975 (Hoch- und Fachschulbau; 9), S. 65.

derlich. Die Datenstrukturen und die Verschlüsselungen des 1972 entwickelten DV-Projekts waren im übrigen kompatibel mit denen des DV-Projektes der Hochschul-Informationssystem GmbH Hannover und der Bundesstatistik. Deshalb konnten 1990 die Datenbestände der Hochschulen problemlos konvertiert werden.

Die zweite Säule der Hochschul-Bauplanung, die Bedarfsbemessung für Nutzungseinheiten (z.B. Plätze in Lehrräumen), Flächen, Bauvolumina und Kosten, war ebenfalls von Anfang an Gegenstand der Arbeit des IHFB. Die Ergebnisse der Analyse des nationalen und internationalen Standes sowie ein erster Vorschlag für ein Richtwertsystem wurden 1969 im Rahmen eines Forschungsberichts vorgestellt. Diskussion und Weiterentwicklung des Vorschlages führten 1972 zu einer Richtlinie des MHF zur Bedarfsermittlung⁷ und 1976 zu einem Element der "Methodischen Grundlagen für Grundfondskonzeptionen", d.h. für Entwicklungsplanungen.

Entgegen den Wünschen des MHF nach globalen Richtwerten für Flächen oder Kosten pro Studienplatz war es dem IHFB gelungen, ein nach Berechnungsstufen und Fachrichtungen differenziertes Richtwertsystem mit Modifikationsmöglichkeit, die auf der Transparenz der Beziehungen zwischen den Berechnungsgrößen beruhte, zu entwickeln und an allen Hochschulen des MHF spezifisch anzuwenden.

Das Richtwertsystem schloß Werte für die Baukosten ein. Sie basierten auf der stetigen Analyse aller abgerechneten Hochschulbauten unter Berücksichtigung von Einflußgrößen wie z.B. Gebäudegeometrie und Installationsgrad. Zum Aufgabengebiet der Gebäudeökonomie gehörte auch die Entwicklung von Kennzahlen für den Bauunterhalt.⁸

Wie oben beschrieben waren die Hochschulen angehalten, langfristige Entwicklungsplanungen zu erarbeiten. Das dazu notwendige know how, daß sich das IHFB geschaffen hatte, wurde deshalb als Arbeitshilfsmittel publiziert.⁹ Diese "Methodischen Grundlagen" umfaßten Vorgaben für

⁷ Ebd.

⁸ Horlitz, Gerhard: Katalog Ökonomischer Aufwand von Hoch- und Fachschulbauten – Ausgabe 1976. Dresden: IHFB, 1976 (Hoch- und Fachschulbau; 14). Katalog Reproduktionsaufwand für Bauteile – Ausgabe 1976. Dresden: IHFB, 1977 (Hoch- und Fachschulbau; 15).

⁹ Rothe, Rudolf: Methodische Grundlagen für Grundfondskonzeptionen Teil I: Grundlagen für die Analyse. Dresden: IHFB, 1978 (Hoch- und Fachschulbau; 16.1); Rothe, Rudolf: Methodische Grundlagen für Grundfondskonzeptionen

die Analyse des Bestandes, die Bemessung des Flächenbedarfs, den Soll-Ist-Vergleich, die Entwicklung von Belegungskonzepten und die ökonomische Bewertung. Aussagen zum Grundstücksflächenbedarf, zur Standortbewertung, zur Technischen Ver- und Entsorgung und zur Erneuerung der Ausrüstungen bzw. der Großgeräte waren ebenfalls Bestandteil dieser Planungen.

Für ausgewählte Hochschulen hat das IHFB selbst die Bearbeitung der Entwicklungsplanungen übernommen, auch als Rückkoppelung für die methodische Arbeit. Aufbauend auf den dabei gewonnenen Erfahrungen und den Ergebnissen der konzeptionellen Arbeit der Hochschulen wurden Investkonzeptionen für den Bereich des MHF erarbeitet.

Um einen funktionellen Mindeststandard zu gewährleisten und um die Begutachtung von Dokumenten der Investitionsvorbereitung zu unterstützen, stand neben den oben beschriebenen Grundlagen für die mittel- und langfristige Planung der Hochschulbauten gleichberechtigt die Erforschung der funktionellen und baulichen Anforderungen an die Hochschulbauten und der Topologie der Hochschulgebäude im Vordergrund der Arbeit des IHFB. Anfangs richteten sich die Hauptaktivitäten auf die Erarbeitung von Richtlinien für die Projektierung von ausgewählten, häufig gebauten Funktionen der Hochschulen, wie Studentenwohnheime, Mensen, Ausbildungsräume.

Der Anfang der siebziger Jahre begonnene Aufbau eines Katalogs "Hoch- und Fachschulbau" – einer Sammlung von Grundlagen für die Dimensionierung, der funktionellen und baulichen Anforderungen sowie von Muster- und Beispiellösungen – hat wegen des hohen Aktualisierungsaufwandes und der ungelösten Probleme bei der "Automatisierung der Projektierung" in seiner Wirkung nach außen keine Bedeutung erlangt. Wirkungsvoller war die Publikation der Grundlagen für die Investitionsvorbereitung und Projektierung in der Schriftenreihe des IHFB (in Klammern Nr. des Heftes):

- Hörsäle, Seminarräume, Übungsräume für die theoretische Ausbildung (5, 27),
- Mensen, gastronomische Einrichtungen (8, 17),
- Audiovisuelle Kabinette an Hoch- und Fachschulen (12),
- Hochschulbibliotheken (13),
- Versuchstiereinrichtungen (20),

Teil II: Grundlagen für die Bedarfsermittlung und Bilanzierung. Dresden: IHFB, 1978 (Hoch- und Fachschulbau; 16.2).

- Studentenwohnheime (22, 25),
- Wissenschaftliche und Betriebswerkstätten (24),
- Ingenieur- und Fachschulen (26),
- Laboratorien für die naturwissenschaftliche Ausbildung (27),
- Büroarbeitsräume, Räume für wissenschaftlich-theoretische Arbeit (31).

Analoge Publikationen gab es für die Funktionen des Medizinischen Hochschulbereichs, die an dieser Stelle nicht näher betrachtet werden. In der letzten Phase des IHFB gehörte die DV-gestützte Erstellung technologischer Raumbücher unter Einbeziehung und Aufarbeitung der gesetzlichen Vorschriften zu qualitativen Raumanforderungen zum Arbeitsgebiet “Projektierungsgrundlagen”.

Die Umsetzung der Forschungsergebnisse des IHFB muß – abgesehen von der Gutachtertätigkeit der Mitarbeiter und von zahlreichen Planungs-, Funktions- und Machbarkeitsstudien – als unbefriedigend bezeichnet werden, da die Organisation des Bauens in der DDR wie die Ausrichtung der Baukombinate auf bestimmte, wiederverwendbare “Produkte” oder die sehr begrenzten Möglichkeiten im Ausrüstungsbereich, wenig Spielraum für die Errichtung funktionsgerechter Hochschulbauten bot.

Die internationalen Aktivitäten des IHFB hatten einen ungewöhnlich breiten Umfang. An erster Stelle sei der regelmäßige, vertraglich vereinbarte Austausch von Studiendelegationen und von Fachinformationen mit Partnern in den “Sozialistischen Ländern” genannt. Partner waren dabei auf den Hochschulbau spezialisierte Projektierungsbüros und/oder Investitionsabteilungen der Hochschulministerien, beispielsweise die Direktion für Schulbau in Prag, das Ingenieur- und Projektierungsbüro für Schulbauten in Bratislava, die Direktion für Investitionen des kubanischen Hochschulministeriums, das Staatliche Projektierungsinstitut für Hochschulen in Moskau sowie Einrichtungen in Bulgarien und Polen. Diese internationalen Verbindungen dienten vor allem dem Erfahrungsaustausch und dem Kennenlernen der Ergebnisse von Forschung, Planung und Realisierung auf dem Gebiet des Hochschulbaus.

Im Jahre 1973 wurde die “Expertengruppe Materiell-technische Basis des Hochschulwesens der sozialistischen Länder” im Rahmen der Hochschulministerkonferenz sozialistischer Länder ins Leben gerufen. Die DDR-Delegation stellte Vorsitz und Sekretariat der Expertengruppe. Vorsitzender war bis zu seinem Tode 1985 der langjährige Direktor des IHFB, Prof. Dr. Werner Queck. Neben der DDR nahmen die Länder Bul-

garien, Kuba, Polen, Tschechoslowakei, UdSSR und Ungarn, jeweils repräsentiert durch Vertreter der Hochschulministerien und von Forschungs- bzw. Projektierungseinrichtungen, an der Arbeit der Expertengruppe teil. Gearbeitet wurde nach einem jährlich aktualisierten Arbeitsprogramm. Dabei übernahm jeweils eines der Länder die federführende Bearbeitung eines Themas. Daran interessierte Länder waren direkt oder durch die Evaluierung der Ergebnisse einbezogen. Das Themenspektrum umfaßte – teilweise analog zu den Aufgaben des IHFB – Probleme der Planung und Projektierung von Hochschulen, aber auch hochschulpolitische Fragestellungen. Zwischen den bilateralen Kontakten und der Tätigkeit der Expertengruppe gab es eine enge Wechselwirkung.

Nicht unerwähnt bleiben soll die Beratertätigkeit von Mitarbeitern des IHFB im Ausland, beispielsweise bei der Planung von Hochschulen in Algerien im Zusammenhang mit dem Export von Geräten und Ausrüstungen durch ein DDR-Unternehmen.

Von drei Ausnahmen abgesehen, gab es vor 1990 keine direkten Kontakte mit Institutionen der Bundesrepublik, die auf dem Gebiet des Hochschulbaus arbeiteten. Im Frühjahr 1990 wurde die Verbindung mit der Hochschul-Informations-System GmbH (HIS) in Hannover aufgenommen. Sie gipfelte in gemeinsamen Publikationen über den Hochschulbestand der DDR¹⁰ und in der Vorbereitung und Realisierung der Konvertierung der umfangreichen Dateien über die Gebäudenutzung der Hochschulen der DDR.

Andere Arbeiten in der Schlußphase des IHFB im Hinblick auf die Einordnung des Hochschulwesens der DDR in die Bundesrepublik wurden bedingt durch Vorbehalte und aus nicht immer nachvollziehbaren Gründen nicht zur Kenntnis genommen. Dazu zählten Arbeiten und Untersuchungen zum Bestand an flächenbezogenen Studienplätzen der Hochschulen entsprechend den Maßstäben der Hochschulbauförderung der Bundesrepublik, zum Hauptnutzflächenbedarf der Hochschulen entsprechend der Studentenzahlen 1990, zur Vergleichbarkeit der Baukosten der DDR mit denen der BRD oder zur Umrechnung aller Gebäudedaten

¹⁰ Rothe, Rudolf; Schmidt, Rainer: Baubestand der Hochschulen in der DDR – Statistischer Überblick. Dresden: Zentralinst. für Hochschulbildung, Abt. Hoch- und Fachschulbau; Hrsg. von der Hochschul-Informations-System GmbH Hannover, 1990

einschließlich der Wiederbeschaffungspreise gemäß DIN.¹¹ Kontaktversuche zur Zentralstelle für Wirtschaftliches Bauen in Freiburg blieben ergebnislos. Aus der Sicht des Verfassers wertvolle, über 25 Jahre geführte Datensammlungen des IHFB wurden nicht genutzt, um die Hochschulbauplanung in der Übergangsphase zu unterstützen.

Die Tätigkeit des IHFB, seit 1982 Abteilung Hoch- und Fachschulbau, stand natürlich politisch unter dem Makel der Einordnung in das Zentralinstitut für Hochschulbildung mit seiner Ausrichtung auf Hochschulpolitik und -ökonomie und damit seiner Systemnähe. Weiter war klar, daß der größte Teil der Forschungsergebnisse unter den neuen Bedingungen nicht oder nur bedingt verwendbar war, da sich beispielsweise die Planungsgrundlagen an der Organisation des Studiums in der DDR und die Projektierungsgrundlagen an den TGL-Vorschriften der DDR orientierten. Es blieben der Erfahrungsschatz, das methodische Rüstzeug, die Kenntnisse vor Ort und die Lernfähigkeit der Mitarbeiter des IHFB.

Trotz der oben genannten Bemühungen, sich auf die neuen Bedingungen einzustellen, wurde spätestens im Herbst 1990 deutlich, daß die weitere Existenz des IHFB über das Jahr 1990 hinaus – selbst bei Personalreduzierung um 50% – nicht möglich war. Ausschlaggebend waren die Überschneidung mit dem Arbeitsgebiet der Abteilung IV von HIS und die fehlende Trägerschaft bzw. Finanzierung. Eine “Ausgründung” als privates Planungsbüro für Hochschulbau wurde in Erwägung gezogen, jedoch wegen der anfangs zu erwartenden ungenügenden Nachfrage nach Büros aus den Neuen Ländern verworfen.

So kam es per 31.12.1990 zur Abwicklung des IHFB. Die sächliche Abwicklung, darunter die Archivierung von Unterlagen und die Reduzierung/Auflösung der Institutsbibliothek, wurde im Juni 1991 abgeschlossen.

Personell ergaben sich folgende Lösungen: Die Forschungsgruppe Medizinischer Hochschulbau wurde von HIS übernommen. Allerdings hat die HIS GmbH diese Erweiterung ihres Arbeitsfeldes nach zwei Jahren wieder rückgängig gemacht. Vier Mitarbeiter fanden eine Anstellung im Sächsischen Wissenschaftsministerium, eine noch größere Zahl in der Staatshochbauverwaltung des Freistaates Sachsen, insbesondere in den

¹¹ Horlitz, Gerhard; Stötzer, Andrea: Kostenkennzahlen für Umbewertung und Neubau von Hochschulgebäuden. Dresden: Zentralinst. für Hochschulbildung, Abt. Hoch- und Fachschulbau, 1990.

Staatshochbauämtern Dresden I und II. Wegen der großen Nachfrage nach Architekten nach 1990 hatte ein weiterer Teil von Mitarbeitern – teilweise noch vor der Abwicklung – keine Probleme, in privaten Planungs- und Projektierungsbüros Fuß zu fassen.

Medizinischer Hochschulbau in der DDR

Peter Korneli / Dietrich Gläser

“Medizinischer Hochschulbau” bedeutete in der DDR die besondere Beachtung und Erfüllung der Anforderungen der Ausbildung und der Forschung beim Bau sogenannter “medizinischer Hochschuleinrichtungen”, also beim Bau von Kliniken und theoretischen medizinischen Instituten an Universitäten und Medizinischen Akademien.

Das wurde nicht als Gegensatz zum allgemeinen Gesundheitsbau verstanden, sondern sollte diesen zur Erfüllung dieser spezifischen Aufgaben der Universitäten und Hochschulen ergänzen und weiterführen. Wenn dennoch zeitweise eine fachliche Differenzierung bei der Lehre, Forschung sowie Investitionsvorbereitung, also bei den Entwurfsgrundlagen und beim Entwurf festzustellen ist, so lag das an der geteilten Verantwortung für die Investitionen. Für den allgemeinen Gesundheitsbau – den Bau von Krankenhäusern, Polikliniken, Ambulatorien usw. – war das Ministerium für Gesundheitswesen zuständig. Die Verantwortung für die medizinischen Fakultäten mit ihren Kliniken und Instituten, damit auch für die Investitionen und den Bau trug das Ministerium für das Hoch- und Fachschulwesen.

Dennoch war es selbstverständlich, daß jedes Universitätskrankenhaus mit seiner Aufgabe der stationären und ambulanten Krankenbetreuung in ein Netz koordinierter Krankenbetreuung einbezogen werden mußte; und zwar so, daß die Ausrichtung dieses Netzes auf die Konzentration hochqualifizierter Betreuung im Universitätsklinikum erfolgte. Damit war die besondere Stellung der Hochschulmedizin als “Schwerpunkt” auch im Rahmen der Gesundheitsversorgung begründet.

Die Notwendigkeit solcher Definitionen ergab sich aus dem medizinischen Entwicklungsprozeß, wie er sich um das Jahr 1965 darstellte. In den Jahren zwischen 1950 und 1965 hatte sich, wie geschätzt wurde, das medizinische Wissen verdoppelt. Die Zahl aller medizinischen Forschungsberichte, Aufsätze und Monographien, die Jahr für Jahr erschienen, lag bei etwa einer Million. Dagegen wurde auf dem 15. Internationalen Krankenhauskongreß 1967 in Chicago festgestellt, daß der Arzt heute (1967)

noch so ausgebildet wird, als ob er seinen Beruf so ausüben könne, wie es vor 30 oder 40 Jahren üblich war. Diese Kritik galt nicht nur dem Studiengang, sondern ebenso sehr dem Ausbildungsrahmen, den Ausbildungsstätten.

Die Problematik lag auf der Hand. Neuplanungen und Neubauten in der ganzen Welt bemühten sich um Lösungen, die zu neuen Organisationsformen und damit zu neuen Forderungen an die Ausbildungseinrichtungen führen sollten und führten. Diese Forderungen verlangten neue und spezifische Funktionslösungen im Universitätsklinikum, die im normalen Versorgungskrankenhaus, auch beim Typ für hochspezialisierte Versorgung, nicht erforderlich erschienen, sofern es keine Lehrfunktionen übernahm.

Theoretische Arbeiten, Planungen und Neubauten aus diesen und den folgenden Jahren spiegeln diese Bemühungen um neue Formen wider. In Lund hat Hornyansky den "Zentralblock"¹, ein konzentriertes und zentralisiertes Universitätsklinikum, seit 1960 geplant und 1967 fertiggestellt. Riethmüller in Tübingen, Gabelmann in Freiburg u.a. bemühten sich um Größenordnungen und Flächenforderungen, um neue und logische Organisationsformen, Programme und Bauformen für Universitätsklinika. Aus Dänemark kamen vorbildliche Lösungen, wie für Vidovre oder Herlev in Kopenhagen. Das Kantonsspital in Basel von Felix Stalder wurde zum ersten Beispiel für eine Erneuerung auf einem alten Standort. Die entscheidenden Einflüsse waren aber vom Mc Masters Health Sciences Center, Hamilton, Kanada ausgegangen, das dem Krankenhausbau in Zielsetzung, Organisation, Technik und Architektur ganz entscheidende Impulse gegeben hat. Die Ergebnisse waren Planungen für zentrale Fakultätskomplexe wie für Tübingen, Heidelberg, Göttingen u.a.; aber auch die ausgeführten Neubauten in München-Großhadern, das AKH in Wien oder das Klinikum Aachen sind Zeugen dieser Auffassungen.

In der DDR waren im Zeitraum bis 1967 an den medizinischen Hochschuleinrichtungen vorrangig theoretische Institute neugebaut worden, wie z.B.

- an der Medizinischen Akademie Erfurt das Institut für Pathologie,
- an der Universität Leipzig die Institute für Anatomie und Physiologie,
- an der Universität Halle das Physiologisch-chemische Institut,

¹ Hornyanszky: "Erfahrungen bei der Projektierung und Realisierung des Zentralblockes im Universitätsklinikum Lund", Schriftenreihe Hoch- und Fachschulbau H. 6, S. 25, Dresden 1972.

- vorklinische Einrichtungen an der Medizinischen Akademie Magdeburg,
- an der Medizinischen Akademie Dresden das Pathologische Institut.

In den 50er und frühen 60er Jahren waren auch einzelne Fachkliniken an Universitäten neu errichtet worden, so in Berlin die Hautklinik, in Rostock der Komplex der Inneren Klinik oder in Dresden die Klinik für Chirurgie als Wiederaufbau eines Gebäudes der früheren Kinderklinik. Dabei spielte aber der Einfluß der jeweiligen Klinikchefs eine große Rolle bei den Planungsüberlegungen für Klinik- oder Fakultätskomplexe.

Zur Vorbereitung solcher umfangreicher Bauvorhaben hatten sich seit etwa 1963 an mehreren Stellen Arbeits- und Planungsgruppen gebildet, die ähnlich wie in der alten Bundesrepublik grundsätzliche Vorarbeiten für Programm, Organisation und Entwurf leisteten.

In Jena und Weimar begann 1963 unter Leitung des Rektors der Friedrich-Schiller-Universität, Prof. Franz Bolck, eine Gruppe um die Architekten Schirrmeister, Kurt Eberlein und Alfred Hecht, zu der dann auch Günter Ziegler und Gerhard Weber gehörten, mit der Planung für ein "Klinikum Jenense" in Jena-Lobeda. Von dieser Gruppe wurden ab 1966 auch Planungsarbeiten für die Medizinische Akademie Magdeburg übernommen, die dort von Agte, Maeß und Krohn begonnen worden waren.

Das Krankenhaus Halle-Kröllwitz war als Typ der Beginn für den Bau einer Reihe von Bezirkskrankenhäusern, die auch in Suhl und Nordhausen errichtet wurden. Für Universitätskliniken wurde dieser Typ neben Halle-Kröllwitz auch als Bettenhaus für die Universität Leipzig gebaut. Auch an dieser Planung, die von Rautengarten an der Deutschen Bauakademie entwickelt worden war, arbeitete ab 1966 die Jenenser Gruppe mit.

An der TH in Dresden arbeitete Peter Korneli im Entwurfsinstitut von Prof. Göpfert seit 1964 an Planung und Entwürfen für den Neubau der Frauenklinik Greifswald sowie zur gleichen Zeit an Grundsatzuntersuchungen und Projektstudien für das Komplexklinikum der Medizinischen Fakultät der Universität Rostock.

Was hier aufgezählt wird, betrifft allein die Planung und Vorbereitung von Bauvorhaben für die Medizinischen Fakultäten und Akademien in den 60er Jahren. Die umfangreichen Projekte des Gesundheitswesens für die neuerbauten Bezirkskrankenhäuser in Suhl, in Schwerin, Gera, Neubrandenburg, Frankfurt/Oder, Rostock Südstadt u.a. können hier nur erwähnt werden. Sie sind zum Teil, wie an den bereits erwähnten Orten

Halle, Jena-Lobeda und Leipzig, für den medizinischen Hochschulbau ergänzt und genutzt worden.

Mit der Gründung einer “Forschungs- und Entwicklungsstelle für die Technologie der Hoch- und Fachschulbauten” an der TH Dresden im März 1965, dem späteren Institut für Hoch- und Fachschulbau, erhielten die Arbeiten auf dem Gebiet des medizinischen Hochschulbaus einen fachlichen und organisatorischen Schwerpunkt. Zum Direktor dieser Einrichtung wurde Dr. Werner Queck berufen. Dr. Peter Korneli, stellvertretender Direktor, übernahm die Leitung des Bereiches Projektierungsgrundlagen, aus dem der spätere Bereich Medizinischer Hochschulbau hervorging.

Das Institut hatte die Aufgabe, die Grundlagen, wie Richtwerte, Raumprogramme, Raumbeispiele, Ausrüstungsvorschläge, als “Projektierungs- und Planungsgrundlagen” für die Investitionsvorbereitung aller Bereiche an Universitäten und Hochschulen, also auch für die Medizinischen Bereiche zu erarbeiten. Als fachliches Sammelbecken und koordinierendes Instrument begründete der Minister für das Hoch- und Fachschulwesen 1967 die “Arbeitsgruppe Medizinischer Hochschulbau” und berief als ihren Vorsitzenden Prof. Dr. Gert Staegemann und als Sekretär Dr. Peter Korneli (ab 1970 Vorsitzender). Als Mitglieder der Arbeitsgruppe wurden berufen:

Dr. Kurt Eberlein (Universität Jena), Dr. Alfred Hecht (Universität Jena), Dr. Weber (Universität Jena), Prof. Dr. med. Gerd Staegemann (MA Dresden), Dr. Peter Korneli (TH Dresden), Prof. Dr. med. Gießmann (MA Magdeburg), Dipl.-Ing. Maeß (MA Magdeburg), Prof. Dr. med. Heinz Köhler (Universität Leipzig), Prof. Dr. med. Wolfgang Rummler (Universität Halle), Prof. Dr. med. Hans Gliem (Universität Greifswald), Prof. Dr. med. Horst Klinkmann (Universität Rostock).

Diese Arbeitsgruppe führte am 10. und 11. Januar 1968 ihre erste wissenschaftliche Jahrestagung durch mit dem Thema: “Neue Gesichtspunkte beim Bau medizinischer Hochschuleinrichtungen unter Berücksichtigung der Veränderung in der Ausbildung”.²

Die Beiträge zu dieser Tagung zeigen eine deutliche Parallele zu den bereits zitierten Arbeiten in der Bundesrepublik von Riethmüler, Gabelmann, Mertens u.a. Die eigenen Planungsergebnisse wurden verglichen

² Beiträge zur wissenschaftlichen Jahrestagung der Arbeitsgruppe Medizinische Hochschulbauten in der Kommission Hoch- und Fachschulbauten beim Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen am 10./11. Januar 1968 in Gaußig. Dresden 1968.

mit Planungen für Neapel, Warschau, Wien und Seattle; sie zeigten aber durchaus selbständige “Modelle”, die sich an der “Studienreform” hin zu einer praxisnahen Ausbildung orientierten.

Im Rahmen dieser Tagung wurden die bereits erwähnten vier Neubauvorhaben für Jena, Halle, Magdeburg und Greifswald vom damaligen Leiter der Hauptabteilung Ökonomie im Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen Wolfgang König verkündet. Ihre theoretische, organisatorische und planerische Vorbereitung war auch gesichert, die praktische Realisierung verlief allerdings etwas anders als geplant. Nur das Bezirkskrankenhaus Halle-Neustadt (heute Klinikum Kröllwitz) konnte wie vorgesehen realisiert werden und wurde der Universität als Klinikum übergeben.

Die Pläne für ein neues komplexes Universitätsklinikum in Jena am Standort Lobeda konnten in der vorgesehenen Form nicht verwirklicht werden. An diesem Standort wurde von 1976 bis 1982 im Rahmen des Programmes für die Bezirkskrankenhäuser ein Klinikbau für die Innere Medizin errichtet. Die Universitätskliniken in Jena nahmen damit zugleich die Funktionen eines Kreis- bzw. eines Bezirkskrankenhauses wahr.

In Magdeburg entstanden ein Bettenhaus und eine Reihe kleinerer Neubauten wie die Notfallaufnahme mit chirurgischer Poliklinik sowie Umbauten zur Erneuerung bestehender Kliniken. Ein neues Krankenhaus für Magdeburg wurde erst in den 80er Jahren in Olvenstedt fertiggestellt.

Die Universitätsfrauenklinik Greifswald wurde nur notdürftig rekonstruiert.

Heute läßt sich sagen, daß die finanziellen und auch andere Voraussetzungen wie z.B. Baukapazitäten zur Errichtung großer komplexer Klinika nicht ausreichten. Eine solche umfassende Planung konnte erst mit dem Projekt “Neubau und Rekonstruktion der Charité in Berlin (1976-1982)” verwirklicht werden. Bis dahin aber entstanden eine Vielzahl von Planungen und wurden auch an mehreren Orten Rekonstruktionen und Sanierungen von bestehenden Kliniken vorgenommen. Unter vielen seien hier nur die wichtigsten genannt:

- Entwürfe für einen vorklinischen Institutskomplex an der Med. Akademie Erfurt (Hecht),
- Anbau eines Operationstraktes an die Chirurgische Klinik der Universität Leipzig (Korneli),
- Umbau von Op-Sälen für die Orthopädie an der Medizinischen Akademie Magdeburg (Korneli, Gläser),

- Rekonstruktion und Umbau der Op-Abteilung der Chirurgie in Jena (Korneli, Gläser) sowie eine Reihe weiterer Umbauten zur Modernisierung bestehender Kliniken an allen Universitätsstandorten, die aber angesichts des hohen Baualters der Gebäude nur die schlimmsten Mängel beseitigen konnten.

Nun bekamen die Planungsarbeiten einen neuen Schwerpunkt. Es wurden “Entwicklungskonzeptionen”, gleichzusetzen mit dem heutigen Begriff “Zielplanungen”, für die Universitätsstandorte bzw. Medizinischen Bereiche erarbeitet.

Die erste umfassende Entwicklungskonzeption befaßte sich mit dem Medizinischen Bereich der Karl-Marx-Universität Leipzig. Sie wurde 1973 am Institut für Hoch- und Fachschulbau an der TU Dresden unter der Leitung von Peter Korneli erarbeitet (Mitarbeiter: Kyaw Lat, Dahl, Böhme). Diese Arbeit ging von einem vollständigen Ersatzneubau, also von einem neuen zentralen Klinikkomplex auf einem unmittelbar benachbarten Standort aus. Aus heutiger Sicht ist klar, daß auch bei vorgesehenen Bauabschnitten die notwendigen Aufwendungen zu groß und damit nicht realisierbar geworden wären.

Für diese Planung wurden jedoch die Grundsätze und theoretischen Ausgangspunkte für den medizinischen Hochschulbau formuliert,³ die hier in Auszügen zitiert werden sollen. Zusammengefaßt ergaben sich drei Feststellungen zur Spezifik medizinischer Hochschuleinrichtungen:

- (1) Die Spezifik wird bestimmt durch die drei Hauptaufgaben: Lehre und Ausbildung, Forschung und Krankenbetreuung. Die entscheidende Aufgabe besteht in der Ausbildung und Forschung.
- (2) Die medizinische Lehre ist integraler Bestandteil der Hochschulausbildung. Die engen wissenschaftlichen Beziehungen zu den naturwissenschaftlichen und vielen technischen Fächern verlangen eine enge räumliche Nachbarschaft der medizinischen zu den naturwissenschaftlichen Ausbildungseinrichtungen.
- (3) Für die territoriale und bauliche Entwicklungsplanung der Universitäten erhält diese Forderung besondere Bedeutung. Die notwendige Koordinierung von Theorie und Praxis, möglichst in zeitlicher Einheit, verlangt in den gesamten praktischen Betrieb integrierte Ausbildungs-

³ Schriftenreihe Hoch- und Fachschulbau H. 6, hrsg. vom Institut für Hoch- und Fachschulbau an der Technischen Universität Dresden; Korneli: Gedanken und Thesen zur Organisation und Struktur medizinischer Hochschulkomplexe sowie zur schrittweisen Realisierung beim Bau medizinischer Hochschulkomplexe. Dresden 1972.

einrichtungen im klinischen wie im theoretischen Bereich, auf den Pflegestationen wie im Forschungslabor und als Voraussetzung dafür eine weitgehende Verbindung von Kliniken und theoretischen Fächern im "Komplexen Klinikum".

Die räumlichen Forderungen auf Grund der Spezifik bestehen folglich vorrangig in der Durchdringung aller Bereiche mit Ausbildungsaufgaben und daher mit Ausbildungsflächen oder -räumen.

In erster Linie bestimmten also Aufgabenstellung und Organisationsprinzipien die Gliederung und die Bauform medizinischer Hochschulkomplexe. Neben einer funktionellen Gliederung als Voraussetzung für eine sinnvolle Zusammenarbeit der Fächer sollte dabei die Gliederung nach den Arbeitsprozessen, also die Zusammenfassung aller Prozesse mit gleichen oder ähnlichen Tätigkeiten, mit gleichen oder ähnlichen Ansprüchen an das Bauwerk, an die Raumqualität, an die Ausrüstung und Installation, an die Krankenhaushygiene und andere Bedingungen angestrebt werden, um alle Anforderungen in einer sinnvollen Funktionsstruktur erfüllen zu können.

Auf Grund solcher Forderungen nach "Angebotsflächen für bestimmte Prozeßgruppen" (Abteilungen oder Fachbereiche mit gleichen oder ähnlichen Prozeßverläufen und damit gleichen oder ähnlichen Ansprüchen an die Qualität von Gebäuden und Räumen) wurde eine Gliederung in folgende Funktionsbereiche vorgeschlagen:

- (1) Zentrum für operative Tätigkeiten
- (2) Zentrum für medikamentöse Therapie, beide verbunden durch ein anästhesiologisches Zentrum sowie ein
- (3) Zentrum für alle Prozesse, die an apparative und technische Betriebsabläufe gebunden sind.

Der konsequenten Verfolgung solcher Ziele standen die Realisierungsprobleme entgegen. Die hohen Investitionskosten, die Probleme bei der Konzentration von Baukapazität sowie die differenzierten örtlichen Bedingungen, wie sie sich durch die vorhandene sehr alte, oft aber weiter nutzbare Bausubstanz ergaben, führten dazu, daß solche grundsätzlichen Überlegungen nur einmal, nämlich bei dem größten Investitionsvorhaben dieser Art, dem Neubau und der Rekonstruktion der Berliner Charité verwirklicht werden konnten. Diese Planung und ihre Ergebnisse sind in einem gesonderten Aufsatz erläutert.⁴

⁴ Vgl. den Beitrag von Korneli/Dellas: Neubau und Rekonstruktion der Berliner Charité, in diesem Band.

Für die anderen Medizinischen Fakultäten und Akademien wurden ab 1980 ausführliche und umfangreiche Entwicklungskonzeptionen (Zielplanungen) am Institut für Hoch- und Fachschulbau erarbeitet. Bezeichnenderweise wurden diese Planungen nun als "Studien zur Stabilisierung der materiell-technischen Basis der Bereiche Medizin an den Universitäten und Medizinischen Akademien" bezeichnet. Im Gegensatz zur Zielplanung für Leipzig rückte jetzt die Einbeziehung der vorhandenen und oft weiter nutzbaren Bausubstanz in den Mittelpunkt. Das ist nicht verwunderlich, wenn man die Baualterstruktur und die Bauzustandsanalysen betrachtet.

In den Jahren 1987/88 verfügte das gesamte Gesundheitswesen der DDR über eine Gebäudesubstanz von

- 100 Millionen m³ Rauminhalt,
- 530 Krankenhäuser,
- ca. 170.000 Betten (davon ca. 18.000 = 10,5% im Hochschulwesen).

Das Durchschnittsalter aller Gebäude betrug 56 Jahre. Fast die Hälfte aller Bauten (40%) waren vor 1919 errichtet, also 80 Jahre alt oder älter, vor allem an den Universitätskliniken. Auf der einen Seite mußte dieser riesige Gebäudefonds in jede Planung einbezogen werden, auf der anderen Seite zwang der ständige fortschreitende Verschleiß dazu, die Mittel auf viele einzelne Sanierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen zu verteilen. Der allgemeine Verschleiß konnte unter den Umständen und Bedingungen der DDR-Volkswirtschaft nicht mehr aufgehalten werden. Die Folge war eine gebäudetechnische Vernachlässigung, die sich in der Analyse des Bauzustandes von 1987 zeigte:⁵

- gut erhalten ca. 30%,
- geringe Schäden ca. 53% (Schäden mit fortschreitenden Schadensgrad),
- schwere Schäden ca. 15% (im Hochschulwesen 20%),
- unbrauchbar ca. 2%.

Die Zielplanungen sahen zwar Ergänzungsneubauten vor, konzentrierten sich aber auf die Erhaltung und Rekonstruktion.

Im Institut für Hoch- und Fachschulbau stand der Bereich medizinischer Hochschulbau, 1975 gegründet, bis 1986 unter Leitung von Prof. Dr. Kor-

⁵ Bauzustandsanalyse, im Auftrag des Ministeriums für das Gesundheitswesen erarbeitet vom Institut für Gesundheitsbau in Berlin (Direktor Prof. Dr. Korneli), Berlin 1998.

neli und wurde ab 1986 von Dr.-Ing. Dietrich Gläser geleitet. Dort wurden Zielplanungen für alle Medizinischen Hochschulbereiche, beginnend mit Greifswald, Rostock und Leipzig 1985 über Halle und Jena bis zu Erfurt, Magdeburg und Dresden 1989 erarbeitet. Daneben entstanden die Entwürfe für wichtige Ergänzungsneubauten, Umbauten und Rekonstruktionen, wie die zentralen Op-Trakte für die Medizinische Akademie Dresden oder die Medizinische Fakultät der Universität Rostock. Klinik-erweiterungen wurden für die Universität Greifswald (Chirurgie), grundsätzliche Rekonstruktionen für die Frauenklinik in Jena sowie die Orthopädische Klinik in Rostock geplant und zum Teil begonnen. So wurden auf der Grundlage dieser Entwürfe die zentralen Op-Abteilungen in Dresden und Rostock nach der Wende fertiggestellt.

Das war möglich, weil im Bereich Medizinischer Hochschulbau im Gegensatz zu den anderen Bereichen des Institutes für Hoch- und Fachschulbau größter Wert auf die persönliche Mitarbeit und die Anwendung theoretischen Wissens in der Planungspraxis und der Baudurchführung gelegt wurde. Auch diese Bemühungen wurden von der "Arbeitsgruppe" mitgetragen und unterstützt.

Die folgende Aufzählung zeigt die große Zahl von Universitätskliniken und Medizinischen Akademien, für die von dieser Gruppe etwa ab 1980 Umbau- und Sanierungsvorschläge (sog. Rekonstruktionen), soweit sie im gegebenen wirtschaftlichen Rahmen möglich waren, erarbeitet wurden:

Greifswald: Frauenklinik, Chirurgie, Orthopädie, Innere Medizin;

Rostock: Orthopädie, OP Trakt für Chirurgie, Frauenklinik, Nervenklinik;

Jena: Chirurgie, Augenklinik, Urologie, Kinderklinik (Knochenmarktransplantationen);

Halle/S.: Orthopädie, Stomatologie, Bettenhaus, Poliklinik;

Leipzig: Orthopädie, Chirurgie, Radiologie, Kinderklinik, Augenklinik, Stomatologie, Verpflegungszentrum;

Dresden: OP-Trakt, Chirurgie, Neurologie;

Erfurt: Chirurgie, Augenklinik, Neurologie;

Magdeburg: Kinder- und Frauenklinik, Orthopädie, HNO;

Berlin: Umbau des Bunkers in Friedrichshain zum Institut für experimentelle Transplantationsmedizin der Charité; Umbau der ehemaligen Universitäts-Frauenklinik zu theoretischen Instituten (ausgeführt, Immunologie).

Über die Aufgaben in der DDR hinaus wurde diese Gruppe im Rahmen von Studien und praktischer Entwurfstätigkeit auch im Ausland tätig. Durch Vermittlung des DDR Außenhandels wurden Studien (Grundlagenuntersuchungen und Vorentwürfe) erarbeitet für

- ein Biomedizinisches Zentrum in Algier,
- eine Universitätsklinik (400 Betten) in Guayaquil (Ecuador),
- eine “Islamklinik “ (100 Betten) in Oman,
- das Klinikum in Latakia, Syrien (Entwurfstätigkeit von Prof. Korneli in Damaskus).

Ebenso wurden aber auch die theoretischen Arbeiten intensiv betrieben. Derart konnten vier umfangreiche wissenschaftliche Tagungen (1968, 1970, 1972, 1980) mit internationaler Beteiligung durchgeführt werden.⁶ Neun ausführliche Forschungsarbeiten wurden im Zeitraum von 1972 – 1988 betreut und veröffentlicht, sieben davon führten zu Dissertationen und Promotionen. Die Planungsgrundlagen waren eine wesentliche Unterstützung und Hilfe für die Architekten in der Praxis.

Zusammenfassung

Der Medizinische Hochschulbau als spezielle Ergänzung und Erweiterung des Gesundheitsbaus hatte in der DDR seit 1963 eine solide theoretische Basis. Die Arbeitsgruppen in Jena und Dresden und das Institut für Hoch- und Fachschulbau schufen unter der wissenschaftlichen Leitung der Arbeitsgruppe Medizinischer Hochschulbau eine große Reihe technologischer und bautechnischer Grundlagen für die funktionsgerechte Gestaltung der Ausbildung und Forschung in Universitätskliniken und medizinisch-theoretischen Instituten.

Die im Laufe der Jahre, besonders ab 1978, ständig mehr eingeschränkten Realisierungsmöglichkeiten führten zu einer immer stärkeren Konzentration auf die bloße Instandhaltung, ohne dabei den Verschleiß der überalterten Bausubstanz aufhalten zu können. Jedoch, besonders am größten Investitionsvorhaben auf diesem Gebiet, dem Neubau und der Rekonstruktion der Berliner Charité, aber auch an vielen wichtigen Einzelvorhaben konnten Grundsätze und Thesen, wie sie durch die Arbeitsgrup-

⁶ Tagungsberichte veröffentlicht in Medizinische Hochschulbauten 1968, siehe Anm. 2; Schriftenreihe Hoch- und Fachschulbau, H. 1, Dresden 1970, Internationale wissenschaftliche Tagung “Stand und Entwicklungstendenzen im Hochschulbau”; Schriftenreihe Hoch- und Fachschulbau, H. 6, Dresden 1972, “Internationale Erfahrungen auf dem Gebiet des Medizinischen Hochschulbaues”; Schriftenreihe Hoch- und Fachschulbau, H. 19,1/19,2, Dresden 1980, “Stand und Entwicklungstendenzen des medizinischen Hochschulbaues”, Teil I, Teil II.

pe Medizinischer Hochschulbau erarbeitet und formuliert worden waren, zur Verwirklichung kommen und realisiert werden. Darüber hinaus fanden diese Grundlagen ihren Niederschlag in einer großen Reihe wissenschaftlicher Ergebnisse, die nicht ohne internationale Anerkennung in Ost und West blieben.

Mensabauten

Interview mit Ulf Zimmermann am 30. Juni 1997

Peer Pasternack: Herr Zimmermann, Sie waren bis 1990 Architekt bei TU-Projekt, einem Bautechnischen Projektierungsbüro des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen, angesiedelt an der TU Dresden. Was ist das für eine Einrichtung gewesen?

Ulf Zimmermann: TU-Projekt ist 1968 aus den Entwurfsinstituten der einzelnen Lehrstuhlinhaber an der Fakultät für Architektur hervorgegangen. Sicher hat bei der Gründung auch eine Rolle gespielt, daß man nicht gern gesehen hat, daß die Professoren damit zusätzliches Geld verdienen. Doch wichtiger war wohl etwas anderes: Man glaubte zu dieser Zeit noch, daß mit der Hochschulreform in größerem Umfang finanzielle Mittel für das Hochschulwesen zur Verfügung gestellt würden. Dafür wurden qualifizierte Planungseinrichtungen in Dresden, Weimar, Wismar und Leipzig geschaffen. Wir in Dresden waren zahlenmäßig mit immerhin 80 Mitarbeitern am stärksten besetzt. Jedes Planungsbüro sollte für ein bestimmtes Territorium Planungsleistungen erbringen. Allerdings sind dann nahezu alle Mensen bei uns in Dresden geplant worden. Wozu es nicht gekommen ist, war die ursprünglich erwartete große Expansion im Hochschulbau.

Neben TU-Projekt und den anderen Planungsgruppen gab es noch das Institut für Hoch- und Fachschulbau, gleichfalls an der TU Dresden angesiedelt. Seine Aufgabe bestand in der Grundlagenforschung, die in entsprechenden Schriftenreihen dokumentiert wurde.¹ Angeschlossen war diesem Institut eine Gutachterstelle, der jedes Projekt vorzulegen war.

Pasternack: Als Projektleiter haben Sie unter anderem den Bau von sieben Mensen realisiert: für die TH Ilmenau, die TH Merseburg und die In-

¹ Vgl. dazu die Beiträge von M. Rücker: Das Institut für Hoch- und Fachschulbau. Entwicklung, Aufgaben, Leistungen und Abwicklung, sowie von P. Korneli/D. Gläser: Medizinischer Hochschulbau in der DDR, in diesem Band.

genieurhochschule Wildau auf dem jeweiligen Campus, für die Martin-Luther-Universität in Halle/S. Am Weinberg, dann die Mensa Nord in Berlin, für die DHfK in Leipzig auf deren Campus, für die TU Dresden am Fritz-Foerster-Platz.

Zimmermann: Es kommen noch die Kombinationen dazu: Mensa und Hörsaalgebäude in Zwickau sowie Mensa und Bibliothek in Mittweida.

Ich war dadurch, daß ich mit meiner Architektengruppe mehrere Mensen gebaut hatte, plötzlich Mensa-Spezialist geworden. Der Bau von Mensen wurde forciert, nachdem auf die “Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen” orientiert worden war. Nach 1945 waren vorwiegend Lehrgebäude gebaut worden, kaum jedoch Mensen. Und so erfolgte die Mensaversorgung teilweise in ehemaligen Bauarbeiterbaracken.

Für uns bei TU-Projekt war es ein Glücksfall, daß diese neue Orientierung erfolgte. Dadurch haben wir fast nichts für den sog. “Schubkasten” geplant. Beinahe alles ist baulich umgesetzt worden.

Eines der schönsten Projekte war übrigens das für die Mensa der damaligen Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst. Leider sind wir über die Fundamentierungsarbeiten nicht hinausgekommen. Es war Ende der achtziger Jahre, und aus irgendeinem Grunde wurde der Bau gestoppt, die Bewehrung durch ca. zwei Meter hohe Plastezelte konserviert. Was daraus geworden ist, weiß ich nicht. Wir haben diesen Baustopp sehr bedauert, weil damit eine neue Konzeption von Mensabauten realisiert worden wäre.

Pasternack: *Inwiefern neue Konzeption?*

Zimmermann: Wir hatten mit der Ilmenauer Mensa, die für vier- bis fünftausend Essenteilnehmer konzipiert wurde, einen Mensatyp in der DDR entwickelt, den wir noch fünfmal in seiner Grundkonzeption an anderer Stelle gebaut haben. Dazu gibt es noch einen Ableger, nach dem die Mensa in Rostock errichtet worden ist. Diese Modifizierung des Ilmenauer Projektes ist dann für die Mensen in Freiberg, in Cottbus und wohl auch in Greifswald wiederverwendet worden.

Ursprünglich waren diese Wiederverwendungen an anderen Standorten nicht geplant. Die Ilmenauer Mensa ist 1972 fertiggestellt worden. Unter Beibehaltung der Bauhülle, der funktionellen und baulichen Grundstruktur wurden dann in den folgenden Jahren die anderen Mensen ge-

baut. Dabei konnten wir im Rahmen der jeweiligen örtlichen Anpassung Korrekturen am Projekt vornehmen. Neben der Berücksichtigung spezieller Nutzeranforderungen – hier ging es um funktionelle Veränderungen – wurden insbesondere die für das Raumempfinden charakteristischen Teile variiert. Vor allem über diese unterschiedliche innenräumliche Ausprägung wollten wir jedem Nutzer ein in seiner Wirkung standortspezifisches Haus übergeben. Dem Bemühen, das Bauwerk an Vorhandenes anzuschließen, die den Standort prägende räumliche und architektonische Struktur, den Ort also, zu respektieren und zu interpretieren, waren freilich Grenzen gesetzt.

Die originäre Konzeption entstand 1965 ohne Kenntnis anderer Mensaplanungen. Denn wir hatten weder Zugang zu entsprechender Literatur, noch durften wir außer Landes fahren, konnten also andere Lösungen nicht in Augenschein nehmen. Es blieb, mit gesundem Menschenverstand an die Aufgabe heranzugehen. Und so haben wir gefragt, was hat uns, als wir studierten, an unserer Mensa nicht gefallen. Zum Beispiel wollten wir den Eindruck einer Massenabspeisung durch geeignete Maßnahmen verhindern. Das gelang, indem wir nicht alle notwendigen Sitzplätze in einen großen Raum anordneten, sondern eine Aufspaltung in mehrere kleine Räume vornahmen. Es sollte kreuzungsfreie Wege für ankommende und abgehende Gäste geben. Das ließ sich durch die Lage der Küche im Obergeschoß organisieren. Und wir haben gesagt, das Gebäude soll ganztägig zu nutzen sein. Deshalb wurden eine Bierstube und eine Cafeteria in die Mensa integriert. Gerade diese Nebeneinrichtungen stießen jedoch auf enormen Widerstand der Ökonomen, die nur die Monofunktion Mensa sahen.

Als es zum Bauen kam, hatten wir gewissermaßen einen Standard für viele Jahre geschaffen. Später rüttelten wir daran und sagten: die Abschottung der Säle wollen wir aufgeben, um ein interessanteres Kommunikationsmilieu zu erreichen, indem wir die Speisesäle als offene Bereiche ausbilden, Niveauunterschiede schaffen usw. Dies stieß wiederum auf Widerstand, denn man sagte: Nein, eure alte Konzeption ist doch in Ordnung, so müssen wir weiterbauen.

***Pasternack:** Waren es Kostengründe, die da bei den Gegenargumenten eine Rolle gespielt haben?*

Zimmermann: Überhaupt nicht. Der Widerstand resultierte daraus, daß wir so viele Mensen nach dem gleichen Grundmuster gebaut hatten. Es

war der Fluch der bösen Tat: Es gab diese eine Konzeption, sie wird mehrfach gebaut, man gewöhnt sich daran und sagt, die ist doch gut. Dann kommt man selbst, will etwas anderes machen und stößt auf Unverständnis.

Wir haben es dann allerdings doch noch geschafft, in Mittweida (Abb. II.1/2) und in Zwickau (Abb. II. 3/4). Es kam jedoch noch ein anderes Argument hinzu: Ich hatte gefragt, warum wir eigentlich immer nur einzelne Gebäude bauen. Erst eine Bibliothek, dann die Mensa, dann noch dieses und jenes. Warum aber versuchen wir nicht einmal eine Fusion, eine Vereinigung verschiedener Funktionsstrukturen unter einem Dach? Unter diesem Aspekt haben wir verschiedene Entwürfe erarbeitet. Wir zeigten auf, daß damit Grund und Boden gespart werden kann, zum anderen gewisse Räume oder Einrichtungen nur einmal benötigt werden. Heizungszentralen, Toilettenanlagen und Gardaroben sind gemeinsam nutzbar. Folglich, so unser Argument, hat das alles etwas mit Ökonomie zu tun.

Und es kam hinzu, daß sich damit viel interessantere Kommunikationslösungen ergaben. Die Eingangshalle ist nicht nur Durchgangs- oder Verkehrsraum, sondern auch Erlebnisbereich. Besonders dann, wenn Cafeteria oder Bierstube mit in diesen Bereich integriert werden. Nicht nur der einzelne Raum interessierte uns, sondern das Gesamtgebäude mit seiner Verflechtung der einzelnen Bereiche.

Pasternack: Und bei der Entwicklung solcher Ideen waren Sie weitgehend abgeschlossen von internationalen Diskussionen?

Zimmermann: Richtig. Wir wissen ja alle, daß die Mauer nicht nur aus materiellen, sondern insbesondere aus ideologischen Gründen gebaut worden ist. Wir sollten mit bestimmtem Ideengut nicht konfrontiert werden. Ich habe eine Zeitlang noch Literatur auf dem Privatweg bekommen. Dann ging auch privat nichts mehr durch, alles wurde konfisziert. Einmal lag eine Fachzeitschrift beim Parteisekretär vor, aber er weigerte sich, sie mir auszuhändigen. Sie wurde eingezogen und der Architekturbibliothek zur Verfügung gestellt. Insofern realisierten wir völlig autonome Entwicklungen bei diesen "gesellschaftlichen Bauten", wie das damals hieß. Ich kann das aber nur für den Bereich sagen, den wir bearbeitet haben.

Ich hatte mehrfach versucht, daß, wenn ein neues Projekt anstand, eine Studienreise ins westliche Ausland zu erhalten. Es war nicht möglich.

Pasternack: Wie weit gingen denn die Vorgaben für die Projekte? Gab es neben Kosten- auch technische, vielleicht Materialvorgaben, und wurden ästhetische Normen formuliert?

Zimmermann: Es gab Vorgaben hinsichtlich des Flächen- und des Kubaturaufwandes und damit auch hinsichtlich der Kosten. Diese waren einzuhalten. Hinsichtlich der Materialien gab es weniger Regularien, bis auf die Tatsache, daß wir vom Grundsatz her alles mit sogenannten Fertigteilen errichten mußten.

Nur bei den großen Mensen war das nicht der Fall. Die sechs Großmensen, die wir gebaut haben, sind alle in Stahl errichtet worden, als sogenanntes Stahlskelett mit Stahlbetondecken. Bei der Wahl der Ausbauelemente haben uns die Baubetriebe teilweise arg mitgespielt, weil sie ihr Sortiment einsetzen wollten und alles versucht haben, um den manuellen Aufwand zu senken. Als wir z.B. äußerten, Sichtmauerwerk an der Mensa Nord in Berlin einzusetzen, gab es hartnäckigen Widerstand, der jedoch glücklicherweise gebrochen werden konnte.

Hinsichtlich des Innenausbaus, und das sieht man auch in den Mensen, waren wir in jeder Hinsicht freier. Erstens war hier die Reglementierung geringer, und zweitens konnten wir auf qualifizierte Handwerksbetriebe zurückgreifen. Vieles konnte für die jeweilige Bauaufgabe individuell entworfen werden: Leuchten, Stühle, Tische usw. Damit waren wir unabhängig von dem Sortiment, das die Industrie anbot. Außerdem ging vieles von den einsetzbaren Industrieprodukten in den Export. Zuverlässiger war da schon ein Gürtler, der immer unsere Leuchten herstellte. Wenn er den Auftrag annahm, konnte ich mich hundertprozentig auf die fristgerechte Lieferung verlassen. Auch deshalb haben wir viele Ausstattungselemente individuell entworfen.

Einschränkungen konnten höchstens dadurch entstehen, daß der ausführende Betrieb – wir mußten ja oft mit VEB Innenprojekt arbeiten – zum Zeitpunkt der Realisierung mitteilte, dieses Material oder jenes Ausstattungselement sei nicht beschaffbar. Kam z.B. ein neues, gestalterisch befriedigendes Produkt auf den Markt – ich erinnere mich an die eigens für den Palast der Republik entwickelten neuen Stühle –, dann wollten viele dieses einsetzen, aber die produzierte Stückzahl konnte den Bedarf nicht decken. Insofern war es meist schwierig, das jeweilige Wunschmodell zu bekommen.

Pasternack: Sie waren bei den Mensa-Projekten immer zugleich Innen- und Außenarchitekt?

Zimmermann: Ich habe immer meine Probleme, wenn jemand glaubt, man müsse einen sog. Innenarchitekten einsetzen, der das Objekt im Innern “schön” macht. Deshalb, weil man die Arbeit am Gebäude im Grunde nicht trennen kann. Ich denke doch nicht in Rohbaudimension, sondern sehe das Gebäude im fertigen Zustand vor mir.

Plato hat gesagt, das Reinste ist die Idee, die Umsetzung aber leidet am Handwerklichen. Aber wie soll ich meine Ideen jemandem anderen mitteilen? Also muß ich das Ganze schon so weit wie möglich in der Hand behalten. Für mich geht es um eine ganzheitliche Arbeit und um eine ganzheitliche Wirkung, und insofern möchte ich alles, bis zum Tisch, bis zum Stuhl, bis zur Leuchte und bis zur Kunst schon in der Hand behalten. Das ist mir zugestanden worden.

Nun muß ich aber auch sagen, daß wir vielleicht aufgrund unserer Arbeit ein paar Privilegien hatten. Wir erhielten zwei Architekturpreise, für die Mensa Dresden und für die in Mittweida. Diese Auszeichnungen haben uns sicher einige Türen geöffnet und uns eine Stellung eingebracht, wo manches etwas leichter ging, als es landesweit üblich war. Dadurch, daß wir einiges realisiert hatten, konnten wir immer wieder darauf verweisen, was wiederum neue Umsetzungen erleichterte.

Pasternack: Sie hatten als Architekt auch die Bekunstung der Mensen zu verantworten?

Zimmermann: Es gab ja in der DDR einen bestimmten Prozentsatz der Bausumme, der für Kunst reserviert war – das gilt wohl heute ebenso, nur hält sich keiner daran. Diesen Prozentsatz haben wir natürlich in Anspruch genommen. Die Verknüpfung von architektonischer Gestaltung und künstlerischer Form war immer mein besonderes Anliegen. Ich habe mir deshalb immer ausbedungen, daß ich die bildkünstlerische Ideenkonzeption entwickle.

Bei einer solchen Konzeption ging es darum zu entscheiden, an welche Stellen und in welchen Techniken künstlerische Werke integriert werden sollten: Glas- oder eine Textilgestaltung, Malerei oder Holzgestaltung usw. usf. Hinsichtlich der Auswahl der Künstler haben wir Vorschläge gemacht, konnten diese aber nicht immer durchsetzen.

Leipzig ist für mich ein Beispiel mit sehr schlechten Erfahrungen. Bei diesem Vorhaben wurden wir eigentlich das einzige Mal regelrecht ausgebootet. An der DHfK gab es einen "Kunstwart", wohl auf dem Gebiet Kunstgeschichte tätig, der zu keiner kooperativen Zusammenarbeit bereit war. Wir haben zwar einiges durchsetzen können, z.B. die Glasgestaltung im Erfrischungsraum mit den hinterleuchteten Glaselementen von Rudi Sitte oder im Kaminraum ein Bild von Günter Richter. Aber im Nachhinein sind die Räume regelrecht mit Kunst überfrachtet worden. Das alles geht auf diese eine Person zurück, die uns nie mehr eingebunden hat.

In Halle hatten wir Schwierigkeiten, weil sich dort der Verband Bildender Künstler sehr stark machte und seine eigenen Leute unterbringen wollte. Am Ergebnis sah man, daß einige, die aufgrund ihrer gesellschaftlichen Funktion beteiligt waren, zwar die größte Fläche in Anspruch genommen haben, aber damit nicht zurechtgekommen sind.

Angenehme Erinnerungen habe ich an das Hallenser Ehepaar Ratajczyk, mit dem wir mehrfach zusammengearbeitet haben. Sie konnten Gobelins und an verschiedenen Objekten auch Glasfenster realisieren. Von ihnen hängen Arbeiten sowohl in Ilmenau als auch in Berlin, Halle und Dresden.

***Pasternack:** Noch einmal zurück zum Rohbau und zur Außenfassade. Waren denn die Baubetriebe mit ihren Sortimenten in irgendeiner Weise auf Ihre Bedürfnisse eingerichtet, wenn sie schon den manuellen Aufwand für individuelle Fertigteile vermeiden wollten?*

Zimmermann: Beim Stahlbau konnten wir die sog. Menzeldecken einsetzen, kleinformatige Fertigteile, die ca. sechs Meter überspannten. Probleme hatten wir immer mit der Fassade, weil wir dort individuelle Brüstungs- und Simselemente vorgesehen hatten. Sie waren aus Leichtbeton und mußten individuell gefertigt werden, d.h. man mußte speziell für dieses Objekt eine Stahl-Form herstellen.

Bei den Mensen, die wir mit Fertigteilen, sog. VGB – Vereinheitlichter Geschoßbau hieß das damals – gebaut haben, gab es vorgefertigte Stützen, Riegel und Deckenplatten. Die Fassaden sind von uns immer individuell gestaltet worden. In Wildau haben wir Stahlelemente vorgestellt und dann Wärmedämmpakete mit einer Alu-Blende angebracht sowie Holzfenster eingesetzt. Diese Konstruktion wählten wir auch in Mittweida und teilweise in Zwickau. Es war der Versuch, aus dem unflexiblen Sortiment der Fassadengestaltung auszubrechen, weil dessen Elemente ur-

sprünglich für den Typus des Bürogebäudes entwickelt wurden: zwei Scheiben am Giebel, an den Längsseiten Brüstungselemente. Dies war die klassische Konstruktion des VGB, womit viele gesellschaftliche Bauten errichtet wurden.

Wir bekamen die Baubetriebe aus dem jeweiligen Territorium zugeordnet. Für Dresdner Bauvorhaben war es nicht möglich, Fertigteile aus Berlin zu beziehen. Was den Einsatz individueller Elemente betrifft, kam es immer auf Verhandlungsgeschick an. Es war entscheidend, daß man dort den richtigen Partner fand. Manchmal brauchte es vielleicht auch persönliche Sympathien, aber immer brauchte man eine große Portion Hartnäckigkeit. Ich behaupte, es war im gestalterischen Bereich mehr möglich als vielerorts realisiert wurde. Nur mußte man erhöhten Einsatz und Courage zeigen.

***Pasternack:** In welcher Weise waren diejenigen, die das Gebäude dann einmal nutzen sollten, also die Hochschulen, eingebunden in der Projektierung, und wie waren Sie als Architekt an der Bauausführung beteiligt?*

Zimmermann: Wenn ein neues Projekt anstand, ist unsere Planung immer im größeren Rahmen vorgestellt und darüber diskutiert worden. Nach der Übergabe haben wir natürlich – weil jeder Architekt sein härtester Kritiker sein sollte – immer nach Schwachstellen gesucht. Wir haben dann beim nächsten Objekt versucht, solche Fehler oder Schwachstellen auszumerzen. Es war insgesamt ein kooperatives Verfahren, in dem das Institut für Hoch- und Fachschulbau mit seinen Fachleuten ebenso beteiligt war wie jeder zukünftige Nutzer.

Die Beteiligung des Architekten an der Bauausführung geschah über Autorenkontrollen. Diese Tätigkeit war über sog. Autorenkontrollverträge abgesichert. Wenn ich mich an Mittweida erinnere, bin ich wohl durchgehend einmal in der Woche dort gewesen, am Schluß auch zwei- oder dreimal. Bei der Dresdner TU-Mensa, die ja vor unserer Haustür lag, waren wir täglich anwesend. Die Zusammenarbeit mit den Bauleitern war fruchtbringend und kooperativ, denn sie haben nichts anderes gebaut, als unsere Pläne besagten. Verglichen mit heute muß ich schon sagen: Die Kollegialität war seinerzeit größer.

Der Erweiterungsbau der Kunsthochschule Berlin-Weißensee

Hiltrud Ebert

Das erste Gebäude der Kunsthochschule Berlin-Weißensee wurde nicht bezogen, sondern besetzt. Ihr Initiator und Gründer, der Metallplastiker Otto Sticht, erkor Anfang 1946 das ehemalige Verwaltungsgebäude der Schokoladenfirma Trumpf in der Gustav-Adolf-Straße in Weißensee zum Sitz seiner Aufbauzentrale, überzeugt, daß im Nachkriegsdeutschland die Herstellung von Schokolade entbehrlich sei. Zwar bekam die Schule Monate später einen ordentlichen Mietvertrag, aber Sticht griff bei der Organisation weiterer Unterrichtsräume auf sein bewährtes Prinzip zurück. Seine unkonventionelle Art, Interessen durchzusetzen, stieß bei den Behörden auf Mißtrauen. Deren Belange erschienen ihm im Vergleich zu seinem missionarischen Auftrag, "für Weißensee im richtigen Moment um jeden Preis das Rechte zu tun",¹ belanglos. Ob Kalkül oder Obsession: Sticht schuf Tatsachen in Weißensee. 1947 erhielt er die Lizenz der Schule durch die SMAD, nicht zuletzt aufgrund seines steten und ausdrücklichen Hinweises auf den Arbeiterbezirk Weißensee, der geeignet sei, das "Bildungsmonopol des Westens" zu brechen.

Den Nachfolgern Stichts – er selbst mußte 1947 sein Amt aufgeben – lag jedoch weniger an der Symbolkraft dieses kulturellen Niemandslandes Weißensee, als an einer möglichst schnellen Behebung der desolaten Situation, in der sich die Schule seit ihrer Gründung befand. Die ewige Raumnot, die Verteilung der Unterrichtsräume auf mehrere Stadtteile, die dadurch erschwerte Kommunikation, die infrastrukturelle Notlage u.a.m. machten die Verlagerung der "Hochschule für angewandte Kunst" ins Stadtzentrum zum Dauerthema in Weißensee.

¹ Brief Stichts an den Weißenseer Bürgermeister Knapp v. 21.2.46, zit. n.: Drei Kapitel Weißensee. Dokumente zur Geschichte der Kunsthochschule Berlin-Weißensee 1946 bis 1957, hrsg. u. kommentiert von Hiltrud Ebert, Berlin 1996, S. 16.

Nach Gründung der DDR nahmen die diesbezüglichen Bemühungen der Hochschule Konturen an. Verhandlungen zwischen ihr, dem Magistrat und dem Volksbildungsministerium brachten 1949 einen Standort in der Neuen Wilhelmstraße ins Gespräch. Pläne wurden erstellt und erste Modelle entworfen. Als die Kulturverordnung vom März 1950 einen Neubau der Hochschule “auf dem Gelände, das begrenzt ist durch das Reichstagsufer, Neue Wilhelm Straße und Dorotheenstraße” im §1/Absatz 5 als staatliche Aufgabe festschrieb, schien das Ende der mißlichen Lage greifbar nah. Eine Summe von insgesamt 600.000 DM wurde in Aussicht gestellt und der Baubeginn auf den 24.7.1950 gelegt. Baupolizeiliche Verfügungen, ständige Veränderungen der Baufluchten und bautechnische Gutachten dämpften bald die Hoffnungen auf einen baldigen Umzug. Schon Ende November 1950 wurde das Projekt gestoppt, aber nicht völlig aus den Investitionsplänen gestrichen.

Als Ausweichobjekt bekam die Schule einen Gebäudekomplex in der Clara-Zetkin-Straße in unmittelbarer Nähe zur Humboldt-Universität zugewiesen. In dem stark zerstörten Anwesen konnte aber lediglich das zur Hochschule gehörende Institut für industrielle Gestaltung untergebracht werden. Eine Verbesserung der Ausbildungsbedingungen brachte das Haus in der Clara-Zetkin-Straße kaum. Im Gegenteil. Nunmehr war die Hochschule über fünf große Objekte in der Stadt verteilt, in Weißensee, in Schöneweide und nun auch in Mitte.

Der niederländische Architekt und Protagonist des Neuen Bauens, Mart Stam, seit Mai 1950 Direktor der Hochschule und Leiter des Instituts, führte einen hochmotivierten Kampf mit den Behörden. Das Laubengiepermilieu in Weißensee widersprach gründlich seinen Ambitionen, ästhetischen Avantgardismus und sozialistische Aufbauarbeit in einem modernen Gestaltungsplan zu vereinen – noch einmal nach dem enttäuschenden Ende seines sowjetischen Engagements für das Neue Bauen 1934. Das infrastrukturelle Dilemma in Weißensee stand allem entgegen, was Stam vom urbanen Umfeld einer Hochschule erhoffte: soziale Kommunikation und operative Integration in kulturelle Projekte. Sein Gestaltungsethos, entschlackt von den utopischen Verstiegenheiten der Vorkriegszeit, sah Stam in Übereinstimmung mit dem Aufbaupathos des ersten Fünfjahrplanes. Es war ein fundamentaler Irrtum.

Ulbrichts Attacken auf dem III. Parteitag im Juli 1950 gegen eine “Anzahl Architekten”, deren “formalistisches Denken” und “kosmopolitischen Phantasien” einer “fortschrittlichen deutschen Kultur” abträglich

seien, kündigten die politische Demontage Stams an. Seine öffentliche Stigmatisierung als “Formalist”, der nicht “Wortführer der Gestaltung einer realistischen Kunstentwicklung an dieser Schule” sein konnte, erfolgte wenige Monate später durch Ernst Hofmann, zweiter Sekretär der SED-Landesleitung Berlin, auf der 5. Tagung des ZK der SED im März 1951.

Vor diesem Hintergrund lag die Vermutung nahe, daß Stams Mißerfolg beim Schulneubau nicht nur einem undurchdringlichen Wust von negativen Baugutachten zuzuschreiben war. Stam hatte die Aufbau- und Modernisierungspläne der Hochschule so stark mit seiner eigenen Profilierung als Kulturrevolutionär, ja als historisch Berufener verknüpft, daß in den Augen seiner politischen Gegner jeder Erfolg dieses “spezifisch reformistisch bauhausartig[en]”² Niederländers als Stärkung klassenfeindlicher Position erscheinen mußte. Solche Befürchtungen veranlaßten auch Stams Widersacher, die Abtrennung des Instituts für industrielle Gestaltung von der Hochschule zu betreiben. Bis dahin ahnungslos, mußte Stam 1952 die entsprechende Entscheidung der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten (Stakuko) zur Kenntnis nehmen. Damit aber fiel auch der weitere Ausbau des Gebäudekomplexes in der Clara-Zetkin-Straße ins Wasser. Schließlich, nach Erteilung eines Hausverbotes im September 1952, sah Stam keine Arbeitsmöglichkeiten mehr in Berlin und verließ deprimiert Ende 1952 mit seiner Frau Olga die DDR.

Stams Nachfolger, Werner Laux, ein braver Gefolgsmann, geriet zwar nie in den Verdacht, eigene Pläne zu verfolgen, aber die prekäre Raumsituation zwang auch ihn, in dieser Sache gegenüber den Behörden aktiv zu werden, zumal nach dem Wegfall der Institutsräume ein optimaler Studienbetrieb kaum noch zu garantieren war. Schließlich kam Ende 1952 ein neuer Standort ins Gespräch: die Ruine der ehemaligen Scharnierfabrik Kühne auf dem Gelände Stalinallee/Ecke Warschauer Straße.

Helmut Holtzhauer, der mächtige Vorsitzende der Stakuko und oberster Dienstherr der Hochschule, befürwortete in einem Schreiben an den Magistrat von Groß-Berlin die Übertragung des Grundstückes an die Schule, da die “derzeitigen räumlichen Verhältnisse der Hochschule [...]

² Diese Charakterisierung Stams durch die Parteigruppe der Dresdner Kunsthochschule, deren Rektor Stam von 1948 bis 1950 war, angefertigt am 30.5.5, kam damals einer politischen Denunziation gleich und wurde zweifellos auch zu diesem Zwecke erbeten und erstellt, zit. n. Anm. 1, S. 105.

die Erziehung des künstlerischen Nachwuchses”³ gefährden würden. Es gab Zusagen über die Bereitstellung der Investitionsmittel. Der erste Bauabschnitt sollte 1953, der zweite ein Jahr später abgeschlossen sein. Nachdem auch dieses Vorhaben scheiterte, wandte sich Laux im September 1953 an das ZK der SED mit Bitte um eine “Beschlußvorlage zum Standort der Hochschule”. In der Zwischenzeit war ein Gebäude an der Friedrichstraße zwischen Johannis- und Ziegelstraße in Aussicht gestellt worden, angewiesen durch Hermann Henselmann, dem Chefarchitekten von Berlin.

“Dieses Objekt”, so Laux, “hat den großen Vorteil der unmittelbaren Nähe der Museen, der Staatsbibliothek, der Humboldt-Universität usw. Wir möchten noch hinzufügen, daß der Vorsitzende der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten, Genosse Holtzhauer, zu diesem Bauplatz Bedenken hat. Auch dieses Objekt droht in letzter Minute hinfällig zu werden.”⁴

Die Befürchtungen Laux’ bestätigten sich. Es ist anzunehmen, daß Holtzhauer seinen Bedenken politisch Nachdruck verliehen hat. In einer Nähe der Kunsthochschule zu den aufmüpfigen Studenten der Humboldt-Universität konnte er schwerlich einen Vorteil gesehen haben. Daß bei den jahrelangen Verzögerungs- und Verschleierungstaktiken der Behörden nicht nur finanzpolitische, sondern auch ideologische Argumente im Spiel waren, lag nahe, denn die “ideologisch schwächste”⁵ Kunsthochschule des Landes tat sich schwer im Kampf gegen “Formalismus und Kosmopolitismus”. Zwar verließen seit 1950 eine Reihe “bürgerlicher Kräfte” unfreiwillig die Hochschule und wurde die Hochschulleitung durch verlässliche Genossen ergänzt, aber man vermißte in Weißensee klassenkämpferisches Engagement.

Die Verweigerung eines innerstädtischen Quartiers konnte daher auch als Akt der Disziplinierung verstanden werden. Sie war ebenso Indiz für das latente Sicherheitsbedürfnis des politischen Apparates, der in den informellen Kommunikationsstrukturen der Bürger ein schwer zu kontrollierendes Risiko sah. Aus seiner Perspektive mußte ein Erweiterungsbau

³ Schreiben v. 24.12.52, Bundesarchiv (BA), DR 1 (Ministerium für Kultur) 511.

⁴ Brief Laux' an das ZK, Abt. Schöne Literatur und Kunst, v. 19.9.53, BA, DY 30 (SED) IV 2/906/121.

⁵ Einschätzung der Kunsthochschule Weißensee durch die Kulturabteilung des ZK der SED, v. 20.9.51, zit. n. Anm. 1, S. 105.

am alten Standort in Weißensee, der heutigen Bühringstraße, als optimale Lösung erscheinen, mit dessen Planung schließlich auch 1954 begonnen wurde. In Weißensee herrschte Einigkeit darüber, dies als Zwischenlösung zu akzeptieren, aber die Hoffnung auf einen zentralen Standort nicht aufzugeben.

Selman Selmanagic, Leiter der Architekturabteilung der Schule, übernahm die Projektierung. Mit Blick auf eine spätere Nutzung konzipierte er ein Oberschulgebäude, kein Haus für eine Kunsthochschule. So verzichtete er z.B. auf Ateliers mit Oberlicht, was für die freien Künste eine problematische Situation heraufbeschwor, und auf eine funktionsgerechte Integration von Studien- und Werkstättenbereich. Der Neubau brachte eine Entspannung der Notlage, führte aber nicht die in der Stadt zerstreuten Fachbereiche zusammen.

Den Anschein einer Übergangslösung oder eines reinen Zweckbaus machte das 1956 eröffnete Haus dann aber keineswegs. Schon von weitem signalisierte es Bedeutung. (Abb. III.1-3)

Die Projektierung des Erweiterungsbaus war einer der wenigen Bauaufträge, die Selmanagic in der DDR erhielt. Dafür gab es Gründe. Mit der Wende in der Architekturpolitik 1950 zu den "nationalen Bautraditionen" respektive zum "klassischen Erbe von Renaissance und Klassizismus" konnte sich der Bauhausschüler Selmanagic nicht identifizieren. Seine öffentlich bekundete Verachtung für den Griff in die "Mottenkiste"⁶ brachte ihm die jahrelange Ignoranz der Auftraggeber ein.

Selmanagic' Spielraum war zweifellos begrenzt, nicht nur, weil architektonische Entscheidungen Kompromisse mit den ästhetischen Erwartungen der staatlichen Auftraggeber erforderten. Die Projektierung entwickelte sich zum Modellfall kollektiver Arbeitsweisen von Architekten, Gestaltern und Bildenden Künstler, von Lehrern und Studenten.

Selmanagic entwarf den Erweiterungsbau als dreiflüglige Anlage, die er durch einen verglasten flachen Verbindungsgang mit dem dreigeschossigen Altbau, dem ehemaligen Verwaltungsgebäude der Firma Trumpf, verband. Der gläserne Verbindungstrakt vermittelt zwischen Straßenseite und Innenhof, zwischen Öffentlichkeit und Schule, ist Foyer und Ausstellungshalle gleichermaßen. An der Vorhalle schließt im Westen rechtwink-

⁶ Protokollierte Aussage Selmanagic' aus einem Bericht der Deutschen Bauakademie über eine Diskussionsrunde mit Architekten der Deutschen Werkstätten Hellerau, v. 7.6.55, in: BA, DH 2 (Deutsche Bauakademie) A/79.

lig das viergeschossige Seminargebäude an und daran, ebenfalls im rechten Winkel, das nördliche Haus mit Mensa und Aula. So entsteht ein Gebäudekomplex, der als offenes Karree einen Innenhof bildet und Assoziationen an eine Flügelanlage weckt. Selmanagic hat solchen Anklängen die klare Absetzung der drei Baukörper durch verschiedene Traufhöhen und differenzierte Fassadengestaltung entgegengesetzt. Auf diese Weise konnte er auch die spezifischen Funktionen der Gebäude transparent machen. Das war zwar modern gedacht, wurde aber durch die Akzentuierung einer hierarchisierenden Ordnung wieder verworfen, die sich zwangsläufig durch den Rückgriff auf architektonische Pathosformeln herstellt. Der Nordflügel mit Mensa und einer über zwei Stockwerke reichenden Aula erinnert an ein Kirchenschiff oder eine Feierhalle und will nicht recht zur Ästhetik des gegenüberliegenden Verbindungsgangs passen. Der Rang des Aula-Traktes wird architekturensymbolisch vermittelt, das Seminargebäude ist imposant durch seine Größe. Sie neutralisiert das Auratische des Nordflügels wieder.

Die Gestaltung des Mitteltraktes ist aufschlußreich für Selmanagic' Behauptung eines eigenen Ansatzes. Er verzichtete auf Architekturzitate, auf figurativen Schmuck, auf die Andeutung von Balustraden, Säulchen, Portalen usw., die er als Legitimation vollzogener Erbeaneignung hätte vorweisen können. Aber er machte auch Zugeständnisse: in der Wahl eines Walmdaches und des hohen Fensterformats. Flachdach und breitgelagerte Fenster, hätte er sie erwogen, wären einem Sakrileg gleichgekommen. Beide Formen galten als sichere Indizien einer "reaktionären" Architektur. 1952 wurde im Zusammenhang mit der Projektierung der Stalinallee eine mehrwöchige Debatte über "breite oder schmale Fenster" in die Presse lanciert, um schließlich mit der axiomatischen Beweiskraft des Renaissanceerbes hohe Fenster zur humaneren Form zu erklären. Dem konnte Selmanagic nicht entgehen, aber er kaschierte das "Erbe" bis zur Unkenntlichkeit. Er reihte die brüstungslosen Fenster zu einem Fensterband, faßte sie als serielle, nicht als autonome Formen auf, und die vertikalen Verglasungen der flankierenden Treppenhäuser ließ er als Mauereinschnitte stehen.

Man spürt die Absicht Selmanagic', das Strukturelle zu betonen, Sachlichkeit gegen Pathos zu setzen. Dazu gehörte auch die starke Betonung der Vertikalen durch plastisch und farblich hervorgehobene Lisenen. Sie überlagern sich mit den horizontalen Fensterbändern zu einer Rasterstruktur, die neben der Glasfassade des Mittelgangs Selmanagic' markanteste Referenz an die moderne Architektur war. Doch alles bleibt An-

deutung und erzeugt zwiespältige Empfindungen. Ein flaches Ornamentband in Traufhöhe, das den gesamten Gebäudekomplex umspannt, stoppt die Vertikaltendenz der Lisenen. Tektonisch unsinnig, mit formalen Reminiszenzen an die nonfigurative Abstrakte des Westens, hat es eine rein dekorative Funktion. Es stellt Modernität aus, nicht dar und bringt die latente Dissonanz zwischen Baukörper und Fläche ins Bewußtsein. So z.B. gliedert das geometrische Raster aus Lisenen und Fensterbändern nicht den Baukörper, sondern nur eine Binnenfläche der Wand, die sich harmonisch ins wohlproportionierte Gesamt-Wandbild fügt. In der Fassadengestaltung des Seminargebäudes folgt Selmanagic letztendlich dem Prinzip künstlerischer Komposition mehr als dem der Konstruktion. Das war sein Kompromiß, zwischen Kunstausdruck und funktionaler Architektur zu vermitteln. Konventionell in diesem Sinne ist auch Selmanagic' Dreiteilung des Gebäudes in eine Sockelzone, einen Mittelteil und ein Dachgeschoß. Morphologisch betrachtet, akzentuiert sie die Leiblichkeit des Körpers, nicht den gebauten Kasten.

Ein Neben- und Gegeneinander konträrer gestalterischer Ansätze ist das eigentliche Charakteristikum des Baus. Schon beim Betreten des Hauses wird die permanente Um- und Entwertung symbolischer und semantischer Formen vorgeführt. Der symbolische Anspruch der portikusartigen, reliefgeschmückten Eingangshalle wird im Innenraum nicht aufgenommen oder transformiert. Unvermittelt steht man in einem Gang, der nur gestattet, nach links oder rechts abzubiegen. Geradezu subversiv banal und antipathetisch sind die zwölf Reliefszenen, die Jürgen von Woyski 1955 in Keramik ausführte. Es war seine Diplomarbeit. Ängstlich ist er dem Dogma der "Lebensnähe" gefolgt: in der Porträtähnlichkeit der Figuren, im Streben nach Vergegenwärtigung und der Realistik der Gesten. Nur in einem Relief stößt man auf Sinnbildliches, dort, wo die Figur Selmanagic' das Modell des Schulneubaus wie eine mittelalterliche Stifterfigur präsentiert.

Im Gegensatz dazu haben die beiden Wandbilder von Kurt Robbel und Arno Mohr im Innern des Hauses symbolisches Gewicht. Robbels Bild im Treppenhaus, das das Seminargebäude mit den Nordflügel verbindet, stellt eine Hafenszene dar – ein Sinnbild der Arbeit. Robbel hat formale Konsequenzen aus dieser selbstgestellten Aufgabe gezogen. Die Formen sperren sich, illusionieren keinen Raum. Dieser wird assoziativ, durch Farbkontraste und eine geometrische Flächenkomposition erzeugt.

Diese antinaturalistische Formensprache ist Robbel von Vertretern der Behörden lange zum Vorwurf gemacht worden.

Mohrs Geschichtspanorama “Wendepunkt” im Aulavorraum, das den zeithistorischen Bogen vom Elend der Vergangenheit bis zur Verheißung eines kollektiven Glücks spannt, erntete ausschließlich Lob. Zwar fällt der Blick beim Betreten des Raumes sofort auf das Wandbild, aber der Weg in die Aula führt seitlich an ihm vorbei. Die Szene ist optisch nur schwer zu erfassen, da der Raum kaum Tiefe hat. Anscheinend ist sie für eine individuelle Rezeption nicht konzipiert. Sie weiht den Ort und imaginiert Geschichtsträchtigkeit, die im anschließenden Festsaal mit Bühne, Leuchtern,holzverkleideten Wänden und schweren Vorhängen zum großen Gefühl der Erhabenheit mutiert.

Selbst die Räume der darunterliegenden Mensa durchwehte ein Hauch von Feiertäglichkeit:holzgerahmte Türen, Sessel, Gardinen, Leuchter über den Tischen, Keramikteller an den Wänden. Der Maler und Rektor Bert Heller projizierte in zarten Linien und Farben den Kosmos der heimischen Fauna auf die Wand der Studentenmensa. Hier wurde kein urbaner Geist beschworen.

Die künstlerischen und kunsthandwerklichen Zutaten im Aula-Gebäude entstanden erst um 1955/56. Es ist anzunehmen, daß Selmanagic die Bekunstung seines Baus lange Zeit in Grenzen halten konnte. Mit seiner kritischen Haltung zur “künstlerischen Architektur” stieß er nicht nur auf Zustimmung unter seinen Kollegen. Laux forderte 1954, “Architekten als Baukünstler [auszubilden], die ein weitgehendes Empfinden für die Belange der bildenden Kunst haben”, und der Assistent Lutz Köhler kritisierte den abwesenden Selmanagic in einer Senatssitzung, weil dieser, entgegen den architekturpolitischen Leitlinien, “sich gerne auf den Standpunkt [stelle], eine bestimmte architektonische Aufgabe zu lösen, sei der Architektur ohne Hilfe der Schwesterkünste Plastik und Malerei möglich.”⁷

Möglicherweise haben Laux und andere Kollegen Selmanagic’ Nonkonformismus in Sachen “Baukunst” ängstlich registriert und gegen das drohende Mißfallen der Zentrale ihren Architekten punktuell und kollektiv überstimmt. Offensichtlich blieb es nicht bei innerbetrieblichen Meinungsverschiedenheiten. Die Verwaltung zog ihre Disziplin-Karte und

⁷ Laux, Protokoll der Senatssitzung v.13.11.54, Archiv Kunsthochschule Berlin (KHB), K1/53-56; Köhler, Protokoll der Senatssitzung v. 2.4.55, Archiv KHB, K1/52-55.

ließ verkünden, die Projektierung des 2. Bauabschnittes werde durch das Ministerium für Aufbau erfolgen, wogegen sich jedoch der Akademische Senat wehrte.⁸

Die Gestaltungsenergie der Kollegen läßt sich auch als gewachsenes Maß an Identifikation mit dem Gebäude, der Institution und/oder dem Staat interpretieren.

Ein Standortwechsel der Schule kam seit Baubeginn nicht mehr zur Sprache, nicht, weil dem Kollegium die Argumente abhanden gekommen wären, sondern weil sie niemand mehr äußerte. Mitte der 50er Jahre war der Eingliederungsprozeß der Kunsthochschule in die Verwaltungsbürokratie der DDR abgeschlossen. Ebenso waren die Machtverhältnisse zwischen Partei und Intelligenz, Politik und Kunst, die die “Formalismusdebatte” 1950/51 thematisiert und zugespitzt hatte, geklärt.

Andererseits läßt sich das Spektrum künstlerischer Haltungen, individuelles Engagement und kulturpolitische Akzeptanz eingeschlossen, nicht schlechthin als erzwungene Reaktion auf repressive Strukturen interpretieren. Die kulturellen Parolen der Parteiführung bedienten auch latente antimoderne Ressentiments und alte Sehnsüchte nach Übereinkunft mit Geschichte, einer Idee, einer Gemeinschaft. An der Visualisierung dieser Selbstaffirmation haben Künstler gearbeitet. Der Neubau in Weißensee ist eine beredtes Beispiel dafür.

Der Wohnzimmercharakter der Mensa, von dem heute nichts mehr zu spüren ist, ließ ahnen, welch kompensatorische Funktion das Gebot des “humanistischen Erbes” landesweit zu erfüllen hatte. Das Gefühl familiärer Geborgenheit überdeckte, was rational nicht auszuleben und diskursiv nicht zu bewältigen war: die Existenz von Widersprüchen, von Interessenkonflikten und Differenzen – komplexe Strukturen, die Gesellschaft determinieren. Die Politik steuerte gesellschaftliche Prozesse nicht, sie ignorierte sie, denn die historisch gewachsene Gesellschaft gefährdete permanent das proklamierte “Wir”, das dauerhaft nur durch autoritäre Befriedung von Konflikten zu garantieren war. Lehrer und Künstler der Hochschule waren Objekte und Subjekte dieser Praxis. Ob Anpassung, Opposition oder Identifikation hinter diesen oder jenen gestalterischen Entscheidungen gestanden haben, läßt sich heute kaum noch eruieren. Daß es möglich war, Individualität zu behaupten, zeigt das Hochschulge-

⁸ Mitteilung auf der Senatssitzung v. 7.9.56, der akademische Senat stellte sich hinter den protestierenden Selmanagic, Archiv KHB.

bäude. Es trägt Selmanagic' Handschrift, weicht ab vom Formenkanon der "nationalen Baukunst".

Die Stalinallee entstand an den Reißbrettern der leitbildsetzenden Architekten der Deutschen Bauakademie. Ihr Historismus war Bekenntnis und Konzept. Von diesem Stilwillen sind ihre Häuser geprägt. Der Bauhausschüler und Kommunist Selmanagic mochte nicht zu Schinkel zurück, ohne auch die Moderne zu befragen. Er war nicht ihr Apologet, aber auf der Suche nach einem architektonischen und städtebaulichen Konzept für eine sozialistische Gesellschaft hinter die Paradigmen des Neuen Bauens zurückzugehen, schien ihm widersinnig. Dem Gebäude der Hochschule sieht man das Dilemma an, eine ästhetische Position zu wahren, gesellschaftliche Veränderung zu wollen und Ideologie bedienen zu müssen.

Ob Selmanagic auf die Semantik der modernen Architektur zurückgreift oder künstlerischem Ausdruck gerecht werden will – in allem wirkt er unentschieden. Brüche, nicht Brechungen, bestimmen die Architektur des Gebäudes und seine formalen Anleihen sind alles andere als ein kalkuliertes Spiel mit Assoziationen. Gerade diese gestalterische Inkonsistenz macht Selmanagic als Produkt seiner Zeit transparent und als Mensch sympathisch, denn sie verweist auch auf seine Unfähigkeit zu heroischer Servilität, in der sich manche seiner Architektenkollegen eifrig geübt haben.

Sein Gebäude ist weder Beweis mangelnder Professionalität noch Zeugnis willensloser Unterwerfung, wohl aber Indiz für den Herrschaftsdiskurs der Zeit.

Welcher Kulturbegriff in ihm verhandelt und in Weißensee ästhetisch formuliert wurde, zeigt ein Vergleich mit dem Gebäude der *hochschule für gestaltung*, der hfg Ulm, das ebenfalls 1956 eröffnet wurde und dessen Architekt, Max Bill, wie Selmanagic Bauhausschüler war. Beide Institutionen entstanden erst nach dem Kriege.

Die Anlage auf dem Kuhberg bei Ulm hat mit der in Weißensee nichts gemein. Die einzelnen Gebäude der hfg, breitgelagerte weiße, zweistöckige Kästen, mit Ausnahme des vierstöckigen Wohnturms, folgen in ihrer Anordnung dem ansteigenden Rhythmus des hügeligen Geländes. Sie sind terrassenförmig in einer offenen Struktur miteinander verbunden, so daß keine Binnenräume entstehen oder sich eine Hauptachse abzeichnen würde.

Der Wohnturm setzt zwar einen vertikalen Akzent, aber er ist kein symbolischer Verweis auf ein funktionales oder ideelles Zentrum. Von

keinem Standpunkt aus bietet sich ein geschlossenes oder endgültiges Bild des Gebäudekomplexes. Alles scheint in Bewegung und vieldeutig. Undenkbar sind hier ästhetische Reminiszenzen an die Architekturgeschichte oder formale Zutaten, die nicht durch die Funktion des Gebäudes determiniert wären. Undenkbar auch ein Edelputz, wie er in Weißensee verwandt wurde, statt dessen geweißter Beton. Auch in den Innenräumen: geweißte Wände, rohe Holzverschalungen, glatter Schalbeton, schattenloses Leuchtstofflicht. In Ulm herrschte unverstellte Nacktheit des Materials, in Weißensee betonte man seine Sinnlichkeit.

Hier radikale Befreiung von Konventionen des Denkens und Fühlens, pronocierte Sachlichkeit – dort ein Rekurrieren auf Substanz, auf Ursprünglichkeit und die bindenden Kräfte der Tradition. Die Gegensätze könnten nicht größer sein.

Die Studenten der hfg waren nicht umstellt von ästhetischen und ideologischen Leitbildern, von Gemeinschaftssymbolen. Vergewisserungen boten nicht die Dinge, sondern diskursiv und experimentell gewonnene Überzeugungen. Die ästhetischen Paradigmen waren Programm: Funktionalität, Transparenz, Mobilität. Von Anfang an rief der antifaschistische Impetus der Ulmer politische Gegner aus dem konservativen Lager auf den Plan, unter deren zermürbenden Angriffen die Schule schließlich resignierte.

Das Konzept der Berliner Hochschule war kein hausgemachtes wie in Ulm, sondern ein staatlich verordnetes. Aber auch in Weißensee gingen nicht alle Rechnungen auf. Künstler, Gestalter und Architekten suchten nicht selten ihre eigenen Wege, denn die staats- und herrschaftslegitimatorisch motivierte Einbindung in eine “humanistische Tradition” bot auch Chancen für individuelle Selbstentpflichtung von politikgesteuerten, zweckdienlichen Aufgaben. Unter der Aura des Menschheitlichen konnte künstlerische Autonomie behauptet werden mit Verweisen auf ideologie-neutrale und kunstspezifische Gesetze, Konventionen und Mythen. Daß die den Künsten auferlegte ideologische Führungsrolle deren sanfte De-Sozialisierung beförderte, ist ein historisches Kuriosum, zumindest aber eine These.

Spätere Generationen jedenfalls haben die dezentrale Lage der Hochschule in Weißensee als Vorteil und den Innenhof als symbolischen Ort ihrer schöpferischen Existenz empfunden. Nun wird der Campus wieder zum Campos, zum offenen Feld.

Die Gebäude der Hochschule für Verkehrswesen in Dresden und ihre Weiternutzung durch die Hochschule für Technik und Wirtschaft

Valentin Hammerschmidt

Der Ministerrat der DDR ordnete am 6.3.1952 die Gründung einer Hochschule für Verkehrswesen mit Sitz in Dresden an; sie übernahm als Grundstock die bisherige Fakultät für Verkehrswissenschaften an der TH Dresden. Die HfV erhielt zunächst zwei Fakultäten: Verkehrsökonomik und Verkehrstechnik. Dazu kamen die zentralen Einrichtungen einer Hochschule samt der unvermeidlichen Abteilung für gesellschaftswissenschaftliche Grundlagen. Die Regierung der DDR folgte dabei dem sowjetischen Vorbild der Spezialhochschulen, die – anders als die Universitäten und Technischen Hochschulen – nach anwendungsbezogenen Querschnittsaufgaben organisiert waren. Die HfV war dem Ministerium für Verkehr direkt unterstellt und hatte Kader für die sich entwickelnde sozialistische Wirtschaft auszubilden – anfangs vor allem für die Reichsbahn.¹ Gleichzeitig wurde als Teil der Hochschule das Verkehrsmuseum gegründet, das jetzt in kommunale Trägerschaft kommt.² 1954 kam noch das Industrie-Institut zur Weiterqualifikation von Fachkräften hinzu. Auch eine Militärasektion wurde eingerichtet.

¹ Rede von Staatssekretär Prof. Dr. Gerhard Harig zur Eröffnung der Hochschule für Verkehrswesen, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Verkehrswesen Dresden*, Jg. 1, 1953, S. 2ff. Regierung der Deutschen Demokratischen Republik: Verordnung über die Bildung einer Hochschule für Verkehrswesen. Abgedruckt in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Verkehrswesen Dresden*, Jg. 5, 1957/58, S. 199.

² Joachim Günther: 5 Jahre Hochschule für Verkehrswesen, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Verkehrswesen Dresden*, Jg. 5, 1957/58, S. 189ff. Herbert Bräuning: Fünf Jahre Baugeschehen an der Hochschule für Verkehrswesen, ebd. S. 249 ff. Elfriede Rehbein: Eröffnung eines Verkehrsmuseums der Hochschule für Verkehrswesen, ebd., H. 2/3, 1956.

Die HfV nahm im September 1952 den Studienbetrieb auf; neben einigen Baracken standen ihr zunächst die Gebäude der ehemaligen verkehrswissenschaftlichen Fakultät der TH in der Hettnerstraße mit dem Audimax zur Verfügung. Diese Bauten gingen 1992 an die TH, inzwischen TU, zurück.

Die Aufbauplanung der TH Dresden lag damals in den Händen von Prof. Walter Henn. Im Rahmen des ersten Fünfjahrplans war ein Generalbebauungsplan für 12.000 Studenten gefordert worden.³ Henns damalige Bauten sind unpräntiöse, sachliche Gebäude, eher dem Heimatstil als einer radikalen Modernität verpflichtet.

So lag es nahe, Henn auch die Gesamtplanung für die HfV zu übertragen. Als Bauplatz hatte das Ministerium für Verkehr den Bereich östlich des Bayerischen Platzes (des heutigen Friedrich-List-Platzes) ausgesucht, neben dem zerstörten Altbau der Technischen Hochschule. Die Fläche zwischen der Hochschul- und der Reichsstraße (der heutigen Fritz-Löffler-Straße) sollte als Grünanlage gestaltet werden, überragt von der Aula der HfV. Östlich des Hauptgebäudes sah Henn die Gebäude der Verwaltung und zentralen Einrichtungen, der Institute und Labore sowie die Internate und Sportstätten vor. Dabei hatte er einzelne ältere Wohnhäuser und kleine Betriebe zu berücksichtigen. Den Abschluß des Gebietes bildet die Fachschule für Eisenbahnwesen, die zusammen mit der HfV ins Leben gerufen worden war. So wäre ein großer Campus, nur dem Verkehrswesen gewidmet, entstanden.

Die Gebäudegruppe an der Ostseite des Bayerischen Platzes sollte als erstes realisiert werden. Henn sah zwischen Hochschul- und Andreas-Schubert-Straße einen viergeschossigen Längstrakt mit angehängten Hörsaal- und Laborbauten vor, der von einer siebengeschossigen Hochhaus-scheibe überragt würde; auf ihrer Rückseite sollten viergeschossige Flügel einen quadratischen Hof bilden. Mit der asymmetrischen Baumassengruppierung reagierte er auf das Gelände und die städtebauliche Situation: man betritt den Platz nach der Unterführung beim Hauptbahnhof in einer Linksdrehung, die ihr Ende an der Dominante findet, die zugleich den Campus gegen den hohen Bahndamm abgrenzt.

Dieser Entwurf war die Grundlage für eine detaillierte Vorplanung, die im Sommer 1953 vom Entwurf- und Vermessungsbüro der Deutschen

³ Rede Walter Henns in: *Universitas Dresdensis*, Verleihung der Ehrendoktorwürde, Dresden, 2. November 1995.

Reichsbahn, Außenstelle Dresden (EVDR) erstellt wurde. Das Raumprogramm war auf 450 Immatrikulationen in jedem Jahrgang, insgesamt also 1.800 Studenten, ausgelegt.⁴

Da Stahl gespart werden mußte, hatte Henn das Hochhaus als Massivbau in Ziegelmauerwerk, allseitig mit Sandstein verkleidet, entworfen. Die vertikale Erschließung sollte durch ein Treppenhaus in der Mittelachse der Rückseite und zwei Gruppen von je drei Aufzügen erfolgen, davon jeweils einer als Schnellaufzug für die oberen drei Geschosse. Die Treppe sollte dreiläufig mit einem Zwischenpodest vor einer halbrunden Glaswand emporführen – eine typische Lösung der 50er Jahre. In den aufgehenden Geschossen sollten die Räume für die Lehrstühle und Seminare an beiden Seiten eines Mittelflurs liegen; an den Enden waren die Hör- und Zeichensäle vorgesehen. Entsprechend würde die Fassade an beiden Enden durch geschlossene Wandflächen begrenzt werden, dazwischen sich eine Fensterfront zwischen gemauerten Pfeilern spannen; das oberste Geschosß sollte zurückspringen. Die niedrigeren Seitentrakte waren als verputzte Lochfassaden mit hochrechteckigen Fenstern gedacht. Die HfV und das EVDR waren mit Henns Entwurf offensichtlich einverstanden; die Räte von Bezirk und Stadt hatten dem städtebaulichen Konzept zugestimmt und einen vorläufigen Bescheid bezüglich der Architekturkontrolle erlassen.⁵ Henns Architektur war “modern”, ohne radikal zu sein; in den Fensterformaten z.B. klang seine konservative Ausbildung (ab 1933 bei Wilhelm Kreis) nach. Der Entwurf entsprach etwa dem, was in der westdeutschen Bundesrepublik damals bei anspruchsvollen Verwaltungsbauten üblich war. Das konnte nicht gut gehen.

⁴ Pausen des Plansatzes mit einem Modellphoto sowie Durch- und Abschriften der Vorplanung des EVDR und der erforderlichen Stellungnahmen im Archiv der HTW.

⁵ Schreiben des Rats der Stadt Dresden, Dez. Aufbau, Abtlg. Stadtplanung und Architektur an das Entwurfsinstitut Prof. Henn vom 24.3.1953. S. auch EVDR, Erläuterungsbericht zum Bauvorhaben Titell. 11.27 HfV vom 28.7.1953, Pkt. 60 – Abschriften im Archiv der HTW.

*Lageplan von HfV und Fachschule für Eisenbahnwesen. Entwurf
Richard Paulick, 1954. Die ausgeführten Gebäude sind schraffiert dar-
gestellt (Umzeichnung: Dipl.-Ing. A. Langelahn)*

Der III. Parteitag der SED im Juli 1950 hatte den Kampf gegen “Formalismus und Kosmopolitismus” eingeläutet. Davon war besonders die Architektur betroffen, in der sich die neue Gesellschaftsordnung festlich darstellen sollte. Leitbilder für eine volksnahe “realistische” Baukunst sollte die Stalinallee geben.⁶ Walter Henn berichtete von unerfreulichen Belehrungen, die er sich in der Deutschen Bauakademie abholen mußte, die 1951 als oberste Kontrollinstanz gegründet worden war. Er führte aber bereits 1952 Berufungsgespräche mit der TU Braunschweig (im folgenden Jahr nahm er dort einen Lehrstuhl an).⁷

Am 21.7.1953 forderte der Rat des Bezirks Dresden eine Überarbeitung des Vorentwurfs; der Architekturbeirat hatte in ganz sachlicher Argumentation mehrere Punkte des Entwurfs kritisiert. Erheblich anders las sich das in einer neuerlichen Stellungnahme des EVDR vom 4.8.1953:

“Die Architektur entspricht in keiner Weise der Entwicklung unserer Architektur im fortschrittlichen Sinne, die aufgebaut sein muß auf dem kostbaren Erbe der Vergangenheit und der Kraft der fortschreitenden gesellschaftlichen Entwicklung. Der Formalismus, der in dem Vorprojekt noch zum Ausdruck kommt, muß verschwinden. Das Bauvorhaben würde, wenn es in der Form zur Ausführung käme, ein Fremdkörper im werdenden Gesamtbild Dresdens sein.”

Der Verfasser verwies auf die “vielen Diskussionen” über die bereits ausgeführten Neubauten der TH sowie auf die Ausführungen von Walter Ulbricht und Kurt Liebknecht zur Entwicklung der Architektur in der DDR.

Nun wandte sich der Planträger direkt an die sicherste Quelle und beauftragte den Nationalpreisträger Prof. Richard Paulick, Leiter einer Meisterwerkstatt bei der Bauakademie, mit der Überarbeitung aller Planungen. Paulick war früher einmal Mitarbeiter von Gropius gewesen und hatte die Nazizeit in Shanghai überstanden; wieder in Deutschland, konnte er sich nur zögerlich von der Baukunst der “Nationalen Traditionen” Kurt Liebknechts und Walter Ulbrichts überzeugen lassen; schließlich hatte er die neue Tonart getroffen und den Abschnitt C der Stalinallee gebaut. Diese Architektur brachte er jetzt nach Dresden.

Paulicks Lageplan besetzte den ganzen Campus mit spätbarocken Schlössern, Drei- und Vierflügelanlagen in der Art des späten 18. Jahrhunderts. Die Schnorrstraße als interne Erschließungsachse bildete am

⁶ Vgl. dazu: Jörn Düwel, Baukunst voran – Architektur und Städtebau in der SBZ/DDR, Berlin 1995.

⁷ Henn in: *Universitas Dresdensis*, op. cit.

Hochschulstadion einen Forumsplatz wie in einem römischen Legionslager. Die Grünanlage zwischen Hochschul- und Reichsstraße wurde nun bis auf die Anhöhe am Fritz-Förster-Platz hinaufgeplant und sollte von dort durch das Auditorium Maximum der TH beherrscht werden.⁸

Dieses “Maximalprogramm” umfaßte neben dem Auditorium Maximum, den Hör- und Übungssälen, Verwaltung und Instituten auch Mensa, Läden, Internate und Sportanlagen nebst Schwimmhalle – eine sich selbst genügende Hochschul-Kleinstadt für 2.500 Studenten ohne Bezug zur Großstadt.⁹ Urbanität als Überlagerung verschiedener Gesellschafts- und Lebensbereiche war auch im Sozialismus kein stadtplanerisches Ziel.

Von den groß geplanten Studentenwohnheimen wurde ein Flügel an der Gutzkowstraße bis 1955 gebaut – keine funktionelle Wohnanlage, sondern ein repräsentatives Gebäude mit Säulenportikus und Fronton im Mittelrisalit des Hauptflügels. Der Haupteingang führt jedoch nicht zu den Wohnungen, sondern in Clubräume; die Erschließung der Zimmer erfolgt über enge, dem fremden Besucher kaum auffindbare Treppenhäuser. War der Entwurf dieses Wohnheims “in individueller Projektierung steckengeblieben”, so sollte das nächste Internat an der Strehleiner Straße nun “den Weg zur Industrialisierung der Baustelle und des Bauwesens überhaupt” gehen (unrealisiert). Mittlerweile hatte nämlich die Allunions-Baukonferenz in Moskau (Dezember 1954) rationelle Produktionsmethoden gefordert; das 21. Plenum des ZK der SED und das X. Plenum der Deutschen Bauakademie hatten daraus Konsequenzen gezogen – zunächst ohne Änderung in der akademischen Formensprache.¹⁰

Am Ostende des geplanten Campus war die Fachschule für Eisenbahnwesen im Bau – ein lebendig gegliederter Baukomplex, den Friedrich-Wilhelm Wurm vom EVDR unter Anlehnung an die neobarocken Fronten der stalinistischen Altmarktbebauungen entworfen hatte.¹¹

Ausgangspunkt der Paulickschen Planungen war aber der Hauptkomplex am Bayerischen Platz. Paulick behielt Henns Baumassenverteilung

⁸ Lageplan abgedruckt in: Die Studentenwohnheime der Hochschule für Verkehrswesen in Dresden, in: *Deutsche Architektur*, Jg. III/1955, S. 212 ff.

⁹ Dresden: Hochschule für Verkehrswesen, in: *Deutsche Architektur*, Jg. III/1955, S. 43.

¹⁰ Die Studentenwohnheime der Hochschule für Verkehrswesen, op. cit.

¹¹ Fachschule für Eisenbahnwesen Dresden, in: *Deutsche Architektur*, Jg. III/1955, S. 262 ff.

bei und überarbeitete sie stilistisch wie funktional. Das Hochhaus wurde auf neun Geschosse erhöht und erhielt an den Schmalseiten fünfgeschos-sige Querflügel, die sich mit den rückwärtigen Trakten zu einem quadrati-schen Hof zusammenfügen sollten, was eine wenig glückliche Komposi-tion ergeben hätte. Das Hochhaus sollte nur Lehrstühle und die Hoch-schulleitung aufnehmen; außerdem in 9. Geschöß einen über die gesamte Gebäudelänge reichenden Saal für die H0-Modellanlage zur Simulation des Eisenbahnbetriebs. Die Hör- und Zeichensäle wurden in die Querflü-gel und den Seminartrakt verlegt. In letzterem wurden ausschließlich Un-terrichtsräume sowie Labore, weitere Zeichensäle, Sammlungen usw. un-tergebracht; an der Rückseite wurde ein großer Hörsaal mit 250 Plätzen angehängt – er ist heute das “Auditorium Maximum” der HTW.

Für den Seminarflügel wählte Paulick eine rosa Putzfassade mit Lise-nengliederung und Risaliten, die vage an die “örtliche Barocktradition” erinnern sollte; das Hochhaus mit seinen Annexen hingegen gibt sich in seiner Blockhaftigkeit als Abkömmling jener aus Schinkels Feilnerhaus destillierten Architektur, die Henselmann für die Bauten an der Weber-wiese in Berlin entwickelt hatte. Die Lisenen markieren dasselbe Achs-maß wie im “barocken” Seitenflügel, die Geschößhöhen nehmen nach o-ben hin subtil ab. Ein schmaler Triglyphenfries setzt die neunte Etage ab, mächtige Balustraden mit Eckakroterien bildeten die oberen Abschlüsse. Über dem Sandstein-Sockel wurde es mit unpolierter Meißner Keramik verkleidet. Es blieb das einzige direkte Derivat der Stalinallee im Stadt-bild von Dresden.

Die Umplanungen hatten Zeit gekostet. Nun wurde der Bau des Semi-nargebäudes vorgezogen. Der Grundstein wurde am 8.4.1954 gelegt; zum Herbstsemester 1955 konnte der erste Bauabschnitt, ein Jahr später der Rest des Gebäudes übergeben werden.¹² In den leergeräumten Trümmer-flächen stand es als einsame Kulisse, der Stadt wandte es eine Fassade mit 38 Fensterachsen, aber keinen Eingang zu – eine eher abweisende Geste. Die Zugänge erfolgten von der Rückseite her. Im Inneren bot es großzü-gige Treppenhäuser, Flure und Foyers; die Räume aber waren reine Klas-senzimmer. Lange Zeit mußte das oberste Geschöß als Schlafsäle für Stu-denten genutzt werden.¹³ Damals wurde das Seminargebäude über Kes-

¹² Herbert Bräuning: Fünf Jahre Baugeschehen der Hochschule für Verkehrs-wesen, op.cit.

¹³ Bericht ehemaliger Studenten.

selwagen der Reichsbahn, später mit Lokomotivkesseln geheizt. Dazu mußten Studenten im Dreischichtbetrieb Dienst tun. Erst zwischen 1964 und 1967 erfolgten die Anschlüsse an das städtische Fernwärmenetz.

Ende 1956 begannen die Aushub-Arbeiten für das Lehrstuhlgebäude mit den beiden Seitentrakten. 1959 wurde der Verbindungsflügel zum Seminargebäude übergeben, 1962 war wohl die gesamte Außenarchitektur fertiggestellt,¹⁴ aber die Ausstattung aller Räume des “Z-Gebäudes” zog sich noch einige Jahre hin. Die Ausführungsplanung im Sommer und Herbst 1958 lag vor allem in den Händen der Architekten Wurm und Suschke vom EVDR.¹⁵ Die äußere Erscheinung, aber auch die aufwendig geplante Ausstattung des Gebäudes waren Gegenstand heftiger Diskussionen.¹⁶ Die schon erwähnte “Große Wende im Bauwesen” im Anschluß an die Allunionskonferenz der Bauschaffenden hatte auch das Dogma des Akademismus erschüttert. Die HfV hielt sich aus dem Stilstreit weiterhin heraus, verwahrte sich aber dagegen, daß er auf ihrem Rücken ausgetragen werde. Immerhin bedürfe die HfV “als einzige Verkehrshochschule Deutschlands auch einer der Würde und dem Ansehen einer derartigen Institution entsprechenden äußeren Formgebung”.¹⁷

Von steifer Würde ist die Architektur Paulicks allerdings geprägt, langweilig und unangreifbar wie eine Partieresolution. (Abb. IV. 1/2) Hennis Entwurf hatte man vorgeworfen, daß er einen Skelettbau vortäusche, obwohl er ein Massivbau sei. Ironischerweise wurde das Lehrstuhlgebäude nun als Skelettbau aus Stahlbeton-Teilen realisiert, erscheint aber massiv. Die Kritik am Äußeren scheint von zwei Seiten gekommen zu sein: manchen war das Hochhaus zu “modern” für Dresden, andere wagten nun, den “Zuckerbäckerstil” der Stalin-Ära zu kritisieren, und erreichten zumindest, daß die Balustraden und Akroterien an den oberen Abschlüssen wegblieben.

Die Haupttreppe mit abstraktem Mosaik in typischen “DDR-Farben” (dominierend: Blau und Braun) ist der modernste Teil des Gebäudes, fern

¹⁴ Nach Fotos in *Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Verkehrswesen Dresden*, H. 2./1962, S. 281ff., und der Festschrift: 1952-1962. 10 Jahre Hochschule für Verkehrswesen “Friedrich List” zu urteilen.

¹⁵ Siehe die Legenden der Ausführungspläne im Archiv der HTW; dem entsprechen auch Erinnerungen älterer Kollegen.

¹⁶ Vermerk von Herbert Bräuning vom 21. 9. 1971, Archiv HTW.

¹⁷ Joachim Günther: Fünf Jahre Hochschule für Verkehrswesen, op. cit., S. 193, 204.

vom "Soz.Real". Sie wurde dreiläufig mit Zwischenpodesten in geradezu verschwenderischer Breite als wahre Staatstreppe angelegt – aber merkwürdigerweise nur bis ins sechste Geschoß geführt. Für die oberen drei Geschosse hielt Paulick schmale Nebentreppen an den Enden der langen Flure für ausreichend; das neunte Geschoß ist nicht einmal mit dem Aufzug erreichbar. Die Studenten wurden auf Distanz gehalten.¹⁸ Von dezentler Eleganz und verschwenderischer Größe waren die Räume der Lehrstühle: die Professorenzimmer zwei Fensterachsen breit (6,875m x 6,37m), die Räume der Oberassistenten, Assistenten und Sekretärinnen etwa halb so groß. Die Türen haben seitliche Gewände aus Naturstein, aber keine profilierten Stürze – möglicherweise ein Resultat von Einsparungen, denn auch die Kosten des Bauwerks wurden öffentlich kritisiert. Gespart wurde auch an den Aufzügen: von den sechs Fahrstühlen, die Henn projektiert hatte, blieben nur zwei, was zumindest für den heutigen Studienbetrieb unzureichend ist.¹⁹

Gleichzeitig mit dem Z-Gebäude wurde die Mensa mit Club- und Kulturräumen gebaut und bis 1961 fertiggestellt; weitere Planungen für einen großen Campus blieben Wunschträume, obwohl die Studentenzahlen stiegen – 1964 war die Zahl 3.000 überschritten.²⁰

Schon fünf Jahre nach der Gründung der HfV war der ideale Gesamtplan Paulicks auf die Realitäten zurückgeführt worden; nach dem Bau des Z-Gebäudes wurden noch eine Reihe von Institutsbauten geplant, deren Lage nicht mehr viel mit dem akademischen Flächen-Lay-Out von 1953 zu tun hatte.²¹ Erneut war 1958 der bisherige Perspektivplan (einschließlich der Studienpläne!) überprüft und an die wirtschaftlichen Möglichkeiten angepaßt worden. Daraufhin hatte Horst Grabner, Dozent für Verkehrsbauten an der HfV, einen neuen, deutlich reduzierten Bebauungsplan aufgestellt,²² der an die Planungen von Henn erinnert. Auch waren rea-

¹⁸ Mündliche Äußerung des damaligen Studenten Günter Otto, heute Rektor der HTW.

¹⁹ Ausführungspläne des EVDR von Juni bis September 1958 auf Grundlage der Pläne der Meisterwerkstatt Paulick vom Mai 1958; Archiv der HTW.

²⁰ Guido Müller: Festvortrag aus Anlaß der 15-Jahr-Feier der DDR, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Verkehrswesen Dresden*, H. 3/1964, S. 383ff.

²¹ Abgedruckt in: Herbert Bräuning, *Fünf Jahre Baugeschehen...*, op. cit., S. 250.

²² Lageplan vom Mai 1961/Planträger: Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen; Planbearbeitung: Akad. Arch. Horst Grabner, Doz. HfV; da-

listischere Bauzeiten festgelegt worden. Demnach sollten ab 1961 sukzessive die großen Forschungsinstitute errichtet werden, welche die Hochschule bisher vermißt hatte.²³ Mittlerweile war die Fakultät für Verkehrsbauwesen hinzugekommen, aber das große Institut für Verkehrsmaschinenteknik hatte Vorrang. Das große, viergeschossige Gebäude mit zwei Versuchshallen war 1958-60 vollständig projektiert worden; im Herbst 1961 wurde die Baugrube ausgehoben und Betonplatten für den Baubeginn im folgenden Frühjahr geliefert. Ein Ministerratsbeschuß vom 20.12.1961 legte die Baustelle still. 1965 bis 67 wurde das Projekt noch einmal überarbeitet und aus Wirtschaftlichkeitserwägungen um ein Stockwerk erhöht. Mangels Baukapazität wurde der Bau bis nach 1970 zurückgestellt, und blieb es für immer. Wegen des weiteren Ausbaus der HfV und steigender Studentenzahlen wurde ab 1969 ein achtgeschossiges Haus an der Strehleener Straße geplant. Baubeginn sollte 1972 sein; Ende 1971 wurde die Investitionssumme von 40 Mio. auf 9 Mio. Mark gekürzt. Damit hätte man noch einen der Seitenflügel hinter dem Z-Gebäude errichten können; als Baubeginn war 1974 vorgesehen – wiederum wurde das Projekt kurz zuvor gestrichen. 1971 sollte schließlich eine Sporthalle für die Studenten errichtet werden; die Stahlteile dafür waren bereits geliefert – sie mußten wieder verkauft werden.²⁴ Von einem weiteren großen Hörsaal und der Hochschulbibliothek, die Grabner konzipiert hatte, war längst nicht mehr die Rede. Die freien Flächen wurden nach und nach mit Bauten der Wohnungsbauserie 70 zugestellt.

1986/87 wurde noch einmal im Rahmen des Hochschulindustriekomplexes Drehstromantriebstechnik ein Bauvorhaben geplant und 1989 als Zentrallabor für Antriebstechnik begonnen.

Man richtete sich bei stetig steigenden Studentenzahlen in den vorhandenen Gebäuden ein; Foyers im Seminargebäude wurden als Sammlungs- und Unterrichtsräume genutzt; die großen Professorenzimmer wurden halbiert, Restflächen in Foyers und Fluren als Arbeitsräume abgeteilt, in die große Halle im Erdgeschoß wurden Wände eingestellt. Auch die

zu: Bebauungsplan-Entwurf von Doz. Horst Grabner, Erläuterungsbericht, 15. 2. 1959. Archiv der HTW.

²³ Herbert Bräuning: Das Investvorhaben der Hochschule für Verkehrswesen Dresden, in: *Hochschule für Verkehrswesen, Nachrichten und Mitteilungen*, 4/5, 1960.

²⁴ Bauliche Entwicklung der HfV (Vermerk des Direktors für Planung und Ökonomie Schubert vom 30. 9. 1973, Archiv der HTW).

provisorischen Baracken blieben weiter in Gebrauch (bis heute). S- und Z-Gebäude wurden in die Kreisdenkmalliste eingetragen und 1993 in die Denkmalliste des Freistaats Sachsen übernommen. Der Grund für den Denkmalschutz kann nur die Stellung der HfV in der DDR und die Monumentalität des Baus sein; denn als Zeitzeugnis ist er nur der zufällige Rest wechselnder Planungen; und baukünstlerisch wird man ihn auch unter den Kriterien seiner Entstehungszeit als ziemlich drittklassig einschätzen müssen.

Nach der “Wende” paßten die Spezialhochschulen nicht in das Hochschulsystem der Bundesrepublik; die Querschnittsaufgabe “Verkehr” war nach dem Ende der zentral gesteuerten Planwirtschaft obsolet. Die HfV wurde 1992 aufgelöst. Große Teile der Verwaltung und des Lehrkörpers der HfV wurden in die neugegründete (Fach-)Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) übernommen, die ein wesentlich breiteres Fächerspektrum vertritt. Integriert wurde eine Ingenieurschule für Vermessungswesen als eigener Fachbereich. Aus der Fakultät Verkehrsbau wurde der Studiengang Bauingenieurwesen, der mit dem neugegründeten Studiengang Architektur zu einem mehr oder minder gemeinsamen Fachbereich zusammengeschlossen wurden. Neu sind die Studiengänge Landespflege, Landwirtschaft und Gartenbau, die in Pillnitz ihren Standort haben, sowie der Fachbereich Gestaltung; neu organisiert wurde der Fachbereich Wirtschaftswissenschaften.

An Gebäuden stehen der HTW das beschriebene Hauptgebäude am Friedrich-List-Platz zur Verfügung, ferner die Provisorien der fünfziger Jahre und das ehemalige Zentrallabor für Antriebstechnik, für das es nach der Vereinigung von Reichs- und Bundesbahn keinen Bedarf mehr gab. Es dient jetzt als Laborgebäude für verschiedene Fachbereiche. Dazu kommen Baulichkeiten in Pillnitz. Eine neue Hochschulbibliothek wurde im Erdgeschoß des Z-Gebäudes eingerichtet. Die Studentenzahl – derzeit ca. 4.300 – übertrifft bereits die der alten HfV und wird noch steigen. Da die HTW – ein Erbe der HfV – in der Forschung einen Spitzenplatz unter den deutschen Fachhochschulen einnimmt, wird sich auch der Bedarf an Laborflächen eher noch erhöhen.

Die Umwandlung macht natürlich auch räumliche Veränderungen nötig, die mit der erforderlichen Generalsanierung und technischen Modernisierung des Gebäudes einhergehen. So ist die Organisation in Seminargruppen von je 20 Studenten, die an der HfV sehr rigoros bis in die Bele-

gung der Wohnheime²⁵ durchgeführt worden war, nur begrenzt aufrecht zu erhalten – schon aus Gründen des Raummangels ist das Zusammenfassen in größeren Einheiten unabdingbar. Eine Expertise der Firma Schnell & Partner bilanzierte (ohne Standort Pillnitz) 31.000 m² Hauptnutzfläche (einschließlich der Provisorien) und errechnete demgegenüber einen Bedarf von 51.000 m² HNF. Der Mangel an Hörsälen, Übungs- und Seminarräumen macht eine zentrale Raumverwaltung notwendig – mit allen Fesseln, die dieses für die Stundenplangestaltung der Fachbereiche bedeutet. So wird die räumliche Trennung der Professorenzimmer von den Unterrichtsräumen perpetuiert; wie ihre Vorgängerin ist die HTW eine Hochschule der langen Flure und Wege.

Aber auch Zuschnitt und Ausstattung der Räume sind problematisch. Die “Klassenzimmer” im Seminargebäude reichen für die heutigen Semestergrößen nicht aus; sie sind mit kleinen Schultischen vollgestellt, die Mitschreiben zur Qual und Zeichnen ganz unmöglich machen. Ordnungsgemäße Klausuren mit hundert und mehr Teilnehmern sind eigentlich kaum möglich.

Ferner müssen die Räume für den Einsatz moderner didaktischer Mittel nachgerüstet werden. Die Seminarräume hatten z.B. keine Verdunkelungsmöglichkeiten. Die Hörsäle waren offenbar einmal sehr gut mit Projektionsmöglichkeiten ausgerüstet; aber als der Verfasser im Herbst 1992 seine Professur antrat, waren alle Schalttafeln tot und Dia-Projektoren bei der Verwaltung unbekannt. Änderungen machen die neuen Arbeits- und Lehrformen nötig, die in der HfV keine Rolle spielten. Damals scheint die Ausbildung ein wesentlich theoretischer und sehr schulischer Frontalunterricht gewesen zu sein; Projektarbeit in Gruppen, am Modell oder im Zeichensaal wurde erst durch die künstlerischen Studiengänge eingeführt. Der Fachbereich Gestaltung hat dafür Räume erhalten, die der zentralen Bewirtschaftung entzogen werden mußten. Die 9. Etage, die dem Studiengang Architektur für studentische Arbeitsplätze zugesagt worden war, ist nach wie vor durch die Modellanlage für Eisenbahnbetrieb blockiert, die jetzt ins Eigentum der Technischen Universität übergegangen ist – und die TU denkt nicht daran, diesen Raum freizumachen.

²⁵ Vgl. Reinhard Göttner: Zur Erziehung in den Studentenwohnheimen, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Verkehrswesen Dresden*, Jg. 6, 1958/59, H. 2, S. 491ff.

1994 hat die HTW eine Vorplanung für eine Komplettsanierung im Umfang von ca. 59 Mio. DM vorgelegt. Der erste Bauabschnitt beinhaltet lediglich die Sanierung der Bausubstanz und die Modernisierung der Ausstattung. Dazu gehört auch die Anpassung der über Jahrzehnte zusammengebastelten Elektroinstallationen an die Vorschriften (Kosten: 29,3 Mio. DM).

Mittlerweile hat die Grundsanierung – bei laufendem Betrieb – begonnen; sie wird in einzelnen, jeweils das ganze Haus betreffenden Kampagnen sich über die nächsten Jahre hinziehen. Die Maßnahmen 1997 betreffen so notwendige Dinge wie die Sanierung der Dächer, der völlig durchfeuchteten Westfassade oder die Nachrüstung von Hörsälen und Seminarräumen. Aber nicht alle Maßnahmen finden die Zustimmung der Hochschulangehörigen. So hat die aufwendige Demolierung sämtlicher Waschbecken samt Entfernen der Steigleitungen in Professorenzimmern, sogar in Besprechungs- und Unterrichtsräumen und ihre Ersetzung durch Teeküchen regelrechte Erbitterung ausgelöst. Notwendige Maßnahmen wurden dafür zurückgestellt. Begründet wurde diese Verschlechterung des Standards mit Richtlinien aus Westdeutschland, die dem Sparen dienen sollen.

Raumgewinne bringt dieser Bauabschnitt noch nicht – im Gegenteil: Aus der denkmalpflegerischen Zielsetzung heraus werden Foyers, die bisher als Seminar- oder Übungsräume abgeteilt waren, wieder geöffnet.

Erst im 2. Bauabschnitt, der mit 11, 1 Mio. DM veranschlagt ist, sind nutzungsspezifische Maßnahmen zur Schaffung von Raumkapazitäten enthalten – z.B. Versuchseinrichtungen für Chemie, Elektrotechnik und das Bauingenieurwesen, Konstruktions- und Modellwerkstätten, Erweiterung der Hochschulbibliothek, in der die Regalfläche knapp wird. Für einen Anbau am Süden des Seminarflügels (der schon 1955 geplant war!) ist 1995 ein HBFV-Antrag gestellt worden. Er wird ausschließlich Labore enthalten (6 000m² HNF). Mit der Fertigstellung wird 2004/05 gerechnet. So kann man etwa abschätzen, wann das räumliche Defizit von 20.000 m² HNF endlich gedeckt sein wird. Wie es scheint, wird die Planungsgeschichte der HfV an der HTW weitergeführt.

Die Hochschule für Landwirtschaft in Neubrandenburg

Eine neoexpressionistische Architekturphantasie
von Hermann Henselmann

Gabriele Wiesemann

I.

Im strukturschwachen Bezirk Neubrandenburg lösten die Beschlüsse des VII. Parteitages der SED vom April 1967 besonders heftige Planungstätigkeit aus. Es war entschieden worden, das dringend erforderliche Wirtschaftswachstum in der DDR durch gezielte Investitionen in "Zukunftsindustrien" Chemie, Optische Industrie, Maschinenbau und insbesondere Elektronik zu erreichen.¹ Für den ganz überwiegend agrarisch geprägten Bezirk Neubrandenburg erhoffte man sich durch Neuansiedlung von Elektronik und Elektrotechnik einen starken wirtschaftlichen Impuls. Eine Hochschule für Landwirtschaft rundete als wissenschaftliche Institution, die ganz auf den Bedarf des Bezirkes zugeschnitten war, das Strukturkonzept ab.² Auch ihre geplante Tätigkeit war mit der 3. Hochschulreform von 1967 in den Dienst des Wirtschaftswachstums gestellt; es sollte nicht mehr nur Wissen vermittelt, sondern praxisnah geforscht werden.³ Von dieser engen Verknüpfung von Theorie und Praxis erwartete man einen deutlichen Zuwachs an Effizienz in der Nahrungsmittelindustrie. Es stand außer Frage, daß diese Institutionen nicht über den Bezirk verteilt errichtet, sondern in der Bezirkshauptstadt konzentriert werden würden.

¹ Vgl. dazu Dietrich Staritz: Geschichte der DDR. Frankfurt am Main 1996, S. 225.

² Vorlage für das Politbüro des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Betrifft: Konzeption für die baukünstlerische Gestaltung des weiteren Aufbaus der Stadt Neubrandenburg. Neubrandenburg, Juni 1968. Bezirksparteiarchiv der PDS Neubrandenburg, IV IB/2.6/499-501.

³ Gert-Joachim Glaeßner: Universitäten und Hochschulen. In: DDR-Handbuch. Bonn 1982, S. 1328-1395.

Der bevorstehende 20. Geburtstag der DDR gab den Anstoß, mit städtebaulichen Planungen zügig zu beginnen. Schon zehn Jahre zuvor hatte man auf dem V. Parteitag von 1958 verkündet, daß bis 1965 die letzten Spuren des Krieges in den zentralen Bereichen der Aufbaustädte beseitigt sein würden. Dieses Ziel hatte man jedoch weder in Neubrandenburg noch anderswo in der beabsichtigten Vollständigkeit erreichen können, da gleichzeitig der industrielle Wohnungsbau außerhalb der Zentren vorangetrieben wurde und die Kapazitäten der Bauwirtschaft für beides nicht ausreichten. Wenn auch absehbar war, daß sich die Städte der DDR zum Jubiläum nicht in makellosem Glanz präsentieren konnten, sollten zumindest Baukräne und Gerüste an Rohbauten vom Sieg des Sozialismus künden.

Am 5. April 1968 veröffentlichte das Politbüro des ZK der SED eine Direktive “über die weitere Arbeit an der städtebaulichen und architektonischen Gestaltung der wichtigsten Stadtzentren und Siedlungsschwerpunkte in Vorbereitung des 20. Jahrestages der DDR”.⁴ Diese Anweisung von höchster Stelle wurde Auslöser für die städtebaulichen Planungen in Neubrandenburg. Nun ging es nicht mehr nur darum, die neuen Institute in der Stadt unterzubringen, sondern zusätzlich noch das im Aufbau Fragment gebliebene Stadtzentrum zu vervollständigen.

Im Stadtzentrum Neubrandenburgs waren die Kriegsschäden – im April 1945 wurde der Bereich innerhalb des Stadtmauerrings durch Brandschätzung zu 80% zerstört – immer noch ablesbar.⁵ Außerdem haftete Neubrandenburg noch das Odium der Kleinstadt an, die sie vor dem Krieg immer gewesen war. Da man in den ersten Jahren des Aufbaus Rücksicht auf die überkommenen Strukturen genommen und auf dem mittelalterlichen Straßenraster maximal viergeschossige Häuser errichtet hatte, wollte das Schlagwort der “sozialistischen Großstadt” auf dieses Bezirkszentrum noch nicht so recht passen.

⁴ Vergl. die Direktive des Politbüros des ZK der SED und des Ministerrats der DDR über die sozialistische Umgestaltung und Erweiterung von Neubrandenburg vom 25.6.1968. Bezirksparteiarchiv der PDS Neubrandenburg, ohne Sign.

⁵ Zum Wiederaufbau Neubrandenburgs nach 1945 siehe Gabriele Wiesemann: Planungen für Neubrandenburg – Variationen über eine Kleinstadt. In: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar* 39 (1993) 1/2, Teil 2, S. 37-49; dies.: Aus dem Baukasten der Traditionen: Der Aufbau von Neubrandenburg 1945 bis 1970. Neubrandenburg 1995 (Schriftenreihe des Regionalmuseums Neubrandenburg Heft 25).

Eine gewisse überregionale Bedeutung hatte das kleine Landstädtchen nach 1933 mit der Ansiedlung von Rüstungsindustrie erhalten; die Einwohnerzahl war von 16.000 (1933) auf 20.000 (1939) gestiegen. Doch erst mit der Verwaltungsreform in der DDR, die Neubrandenburg 1952 in den Rang einer der 14 Bezirkshauptstädte der DDR erhob, stieg ihre Bedeutung – oder besser gesagt: zunächst der Anspruch an ihre Bedeutung. Von nun an überschlugen sich die Prognosen über das Stadtwachstum. Das Ministerium für Aufbau erwartete einen Zuwachs auf 35.000 Personen, der Rat des Bezirkes ging 1954 schon von 60.000 Personen aus und kurz darauf bereits von 75.000 bis 100.000 Personen.

Diesen Perspektiven kam die Bautätigkeit nur langsam nach. Zwar standen Neubrandenburg seit 1952 Mittel zu, die es ermöglichten, mit dem lang geplanten Bau von Wohnhäusern überhaupt erst einmal zu beginnen, doch öffentliche Gebäude, die den Funktionen der Stadt als Verwaltungssitz und kulturelles Zentrum entsprochen hätten, wurden kaum errichtet. Lediglich der Sitz der Volkspolizei entstand 1952, ein Jahr später folgte die Poliklinik der Volkspolizei. An der “Magistrale” wurde 1955-57 ein Hotel errichtet, das Haus des Handwerks 1955-57, das Kreisamt der Polizei 1957, ein Kaufhaus 1957-60, das Kulturhaus am “Zentralen Platz” 1963-65 und schließlich die Bezirksverwaltung am östlichen Rand des Zentrums 1966-67. Ein kommunales Rathaus fehlte nach wie vor.

Schon früh wurde der Aufbau der Stadt von der zentralen Planungsinstanz der DDR, der Deutschen Bauakademie in Berlin betreut bzw. entsprechend den Regierungsvorgaben beeinflusst. Im Dezember 1952 hatte das Ministerium für Aufbau der Stadt schriftlich mitgeteilt, daß es nun die Planungen für Neubrandenburg übernehmen würde. Letztlich beschränkte man sich dann doch darauf, ein Modell der Berliner Stalinallee in die Provinz zu schicken. Schon mit diesem geringen Aufwand erreichte man das wichtigste gestalterische und gleichzeitig politische Ziel dieser Zeit, die “Magistrale” der Bezirkshauptstadt als Reminiszenz an die “Magistrale” der Hauptstadt der DDR auftreten zu lassen. Als 1954 der Stil der “Norddeutschen Renaissance” für Neubrandenburger Neubauten verbindlich geworden war, unterstützte Hanns Hopp, der Leiter der Meisterwerkstatt II an der Bauakademie, die Architekten des Neubrandenburger Entwurfsbüros für Hochbau bei der ästhetisch ansprechenden Formulierung der Entwürfe.

Der sich 1957/58 anschließende Wettbewerb für den Zentralen Platz wurde in regionaler Verantwortung vom Rat des Bezirkes durchgeführt.

Die Umsetzung der noch ganz dem Gedanken maßstäblichen Wiederaufbaus verpflichteten Wettbewerbsergebnisse scheiterte jedoch am Einspruch des Politbüros, das mittlerweile das neue Leitbild der offen bebauten "modernen" Stadt für verbindlich erklärt hatte. Um den weiteren Aufbau im Sinne der politischen Vorgaben zu leiten, wurde erneut die Bauakademie eingeschaltet. Als "ständiger Betreuer" Neubrandenburgs wurde Hermann Henselmann⁶ eingesetzt, Chefarchitekt des Instituts für Sonderbauten der Deutschen Bauakademie.⁷ Auf seine Initiative hin wurde am "Zentralen Platz" das Haus der Kultur und Bildung von Iris Grund 1963 bis 1965 errichtet, der erste Bau, der bewußt mit dem alten Straßenraster brach und dessen hoher schlanker Turm ein erstes Fanal der Moderne in die Stadt setzte.

II.

Als man sich im April 1968 eilig daran begeben mußte, die Direktive des Politbüros in einen städtebaulichen Entwurf umzusetzen, wurde erneut Hermann Henselmann beauftragt. Unter seiner Leitung erarbeitete eine Gruppe von Architekten Neubrandenburgs und der Bauakademie, darunter Werner Dutschke, einen Plan, der schon im Juni 1968 dem Politbüro zur Genehmigung vorgelegt werden konnte.

Ein umfangreiches Repertoire an Neubauten war in der Stadt unterzubringen. Der (erheblich vergrößerte) Zentrale Platz sollte mit einem Rathaus, einem Haus der Gewerkschaft und einem Flügel des Hotels endlich allseitig geschlossen werden. Statt des kleinen Kaufhauses aus den fünfziger Jahren war ein großes und modernes Warenhaus geplant. Schon für dieses raumgreifende Programm war der Kern des ehemaligen Landstädt-

⁶ Hermann Henselmann (1905-1995) wurde 1951 Direktor des Instituts für Theorie und Geschichte der Baukunst der Deutschen Bauakademie (DBA). Von 1954 bis 1959 war er Chefarchitekt von Berlin, seit 1959 Chefarchitekt des neugegründeten Instituts für Sonderbauten der DBA, 1964 bis 1966 Chefarchitekt des Instituts für Typenprojektierung, 1966 bis 1970 Chefarchitekt des Instituts für Städtebau und Architektur sowie ab 1969 Leiter der Experimentalwerkstatt der DBA. Emeritierung 1972. Siehe auch Hermann Henselmann: "Ich habe Vorschläge gemacht". Hrsg. von Wolfgang Schäche. Berlin 1995.

⁷ Bericht des Rates des Bezirkes Neubrandenburg über die Erfüllung der Beschlüsse des V. Parteitages der SED und des Politbüros des ZK der SED über den Wiederaufbau der zerstörten Stadtzentren, 24.3.1961. Bundesarchiv Potsdam DH2/A/365.

chens fast zu eng, es gab jedoch noch einige Straßenzüge “völlig überalterter” Bausubstanz, die man zur Disposition stellen konnte.

Um auch die neuen Institutionen an repräsentativer Stelle anzusiedeln, definierte man den zentralen Bereich neu und erweiterte ihn um eine ebenso große Fläche nach Osten. An der neuen Mitte, außerhalb der Stadtmauer, sah man einen großen Platz vor, an dem die Neubauten ganz unter sich waren: die Hochschule für Landwirtschaft für 2000 Studenten, mit Institutsgebäude, Auditorium Maximum und Internat, das Haus der Elektroindustrie und das der Bauindustrie. (Abb. V.1-4)

Sicher hat es Henselmann bedauert, daß die Sichtachse vom bisherigen Zentralen Platz nach Osten bereits durch die Bezirksverwaltung in Anspruch genommen war und er mit seinem neuen Platz nach Süden ausweichen mußte. Dank des mittelalterlichen Straßenrasters standen hier weitere Blickachsen in Richtung des alten Zentrums zur Verfügung.

Architektonisches Glanzstück des gesamten Planes wurde die Hochschule für Landwirtschaft, deren Entwurf sich Henselmann persönlich vorbehielt. Alle anderen Gebäude waren als einfache Scheiben gedacht, den Hochschulkomplex jedoch faßte er als Bildzeichenarchitektur auf – genau wie den Turm der Universität Leipzig, den er als “leicht aufgeschlagenes Buch” in den Monaten zuvor konzipiert hatte. In der alten Verlags- und Universitätsstadt Leipzig lag der Rückgriff auf dieses Vorbild sehr nahe. Neubrandenburg hingegen hatte an gewerblichen Traditionen, aus denen sich ein prägnantes Motiv hätte ableiten lassen, außer vermischem Handwerk, diverser Kleinindustrie oder der Rüstungsproduktion nicht viel zu bieten. Allgemein verständliche Bilder aus der Landwirtschaft, die sich auf die Funktion der Universität beziehen lassen konnten, hätten allenfalls die industrielle Seite der Produktion betonen dürfen. Mit sicherem Gespür für den *genius loci* der Stadt wählte Henselmann stattdessen die mittelalterliche Stadtmauer und ihre Tore als Vorbild für die neue Hochschule. Mit dieser Stadtbildrezeption stand er ganz in der Tradition der Romantik. Spätestens seit Caspar David Friedrich identifizierte man die Stadt bewußt mit dem Bild dieser Bauten, an ihnen machte sich das Heimatgefühl fest.⁸

⁸ Sonnenaufgang über Neubrandenburg, Caspar David Friedrich, ca. 1835 (Kunsthalle Hamburg). Die im Krieg unbeschädigt gebliebene Stadtmauer mit ihren vier Toren wurde weit über 1945 hinaus als Trägerin städtischer Identität begriffen und blieb in allen frühen Wiederaufbauplanungen und -maßnahmen bis 1958 maßstabsgebende Bezugsgröße.

Henselmann komponierte sein Ensemble als 115 Meter hoch aufragendes "Tor" mit anschließender "Stadtmauer", einer langen Scheibe, die einen leichten Bogen beschreibt. Das historische Vorbild zitiert Henselmann fast wörtlich. Genau wie das Stargarder Tor ist der Universitätsturm mit einem Staffelgiebel ausgestattet, seine Front mit Lisenen und Blendfeldern gegliedert und – in Anlehnung an die Reihe von Adorantinnen – mit zwei Monumentalplastiken (Bauernfiguren?) bestückt. Selbst im Material bezog sich Henselmann auf das mittelalterliche Vorbild. Lisenen und Figuren sollten aus rotem Friedländer Ton hergestellt werden. Die Hochhausscheibe ist mit ihrem Schwung und den aufgesetzten "Wiekhäusern" ganz eindeutig als "Stadtmauer" zu erkennen.

Für Henselmanns Zwecke eigneten sich die mittelalterlichen Bauten perfekt. Das dringende Bedürfnis nach einem markanten Turm als obligatorischer "Stadtkrone" konnte durch Rückgriff auf ein Tor befriedigt werden. Mit der Baukörper- und Oberflächengliederung des Tores und dem stadträumlich wirksam umzusetzenden Schwung der Mauer boten sich ihm eine Fülle von architektonischen und städtebaulichen Qualitäten, die sich hervorragend ummünzen ließen. Auch die geforderten Funktionen ließen sich im großvolumigen Bau mühelos unterbringen. Sogar die "Wiekhäuser" fanden als "Maisonette-Penthäuser für Professoren" ihre Bestimmung.

Ohne bildhafte Bezüge blieben die beiden Wohnhochhäuser für Studenten am südlichen Ende der Scheibe. Die Türme, auf rechteckigem Grundriß und mit leicht abgeschrägten Kanten, sind betont schlicht gehalten. So treten sie nicht in architektonische Konkurrenz zum großen Turm, dienen aber als sein optisches Gegengewicht und halten die Komposition in der Balance. Das Auditorium Maximum ist mitten auf dem großen Platz situiert. Mit seinem stark aufgefalteten Dach ist es zweifellos großplastische Architektur, bleibt jedoch ungegenständlich.

So suggestiv die Zeichnung Henselmanns in ihrem lockeren Duktus wirkt, so überraschend einleuchtend es Henselmann hier versteht, historische Formen für moderne Nutzung plausibel werden zu lassen, so grotesk ist doch dieser detailgetreue Rückgriff auf die Stadtgeschichte im Zusammenhang des gesamten städtebaulichen Plans für Neubrandenburg, der eine Vernichtung alter Bausubstanz in einem bisher nicht gekannte Ausmaß vorsah.

Dabei bezogen sich die Abrißplanungen nicht nur auf durchschnittliche Wohnhäuser des späten 18. und des 19. Jahrhunderts, die zu dieser Zeit ohnehin kaum jemand erhaltenswürdig fand. Es hätte auch das Schiff

der mittelalterlichen Marienkirche abgerissen werden sollen, das in den Umfassungsmauern erhalten war und nur sein Dach und Gewölbe im Brand bei Kriegsende verloren hatte. Lediglich der Kirchturm sollte stehen bleiben – als historische Stimulanz für das Museum, das am bisherigen Standort des Kirchenschiffes in modernen Pavillons eingerichtet werden würde. Daß sogar ein Teil der Stadtmauer dem neuen Warenhaus weichen sollte, daß also gerade ein Teil jenes Ausschnittes der Stadtgeschichte beseitigt werden sollte, den Henselmann zeichenhaft überhöhte, zeigt nur allzudeutlich, worum es ihm bei seinem Entwurf wirklich ging. Nicht um die historische Tradition selbst, sondern um ihre Aneignung, um das “Neu-Erfinden” von lokaler Identität. Er wollte gleich zweifach identitätsstiftend wirken. In den rezipierten Formen fand er ein Sinnbild für den Ort und in ihrer Anpassung an moderne Bautechnologie und der gigantischen Höhe des Turms ein Sinnbild für die moderne (sozialistische) Gesellschaft und ihre wirtschaftliche Potenz.

Henselmann erläuterte selbst, welche im Grunde gegensätzlichen gesellschaftlichen Anforderungen an ihn – den Architekten – er mit diesem Entwurf berücksichtigt, welchen Gordischen Knoten er mit leichter Hand löst.

“Seine [des Architekten] Aufgabe ist so kompliziert, weil das entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus einen dynamischen Charakter hat, die Bauwerke aber statisch sind. Diese Dialektik zwischen der dynamischen Stadtentwicklung und einer Statik nicht nur der Gebäude sondern auch des Heimatbildes ist das besondere Problem, das uns beschäftigt. Beide, Dynamik und Statik, müssen in einer dialektischen Einheit zusammengeführt werden.”⁹

Wenn man in diesem Zitat den Begriff “Sozialismus” durch die “fortschrittsorientierten sechziger Jahre” ersetzt, hat man den Kern seiner Aussage erfaßt und die Vermutung bestätigt, die sich schon aus der Analyse des städtebaulichen Entwurfes für Neubrandenburg ergab: sein “Stadtter” will als jene dialektische Einheit vom Bild des Fortschritts und dem der Tradition verstanden werden.

III.

Das Neubrandenburger Hochschulgebäude war das dritte einer Serie großplastischer Architekturen, die Henselmann Ende der sechziger Jahre

⁹ Hermann Henselmann: Unsere Stadtzentren. In: *Die Weltbühne. Wochenschrift für Politik, Kunst, Wissenschaft*. 5. März 1968, S. 303-307, hier S. 304.

entwarf.¹⁰ Den Auftakt setzte 1967 ein Wettbewerbsentwurf für den Leninplatz in Berlin-Friedrichshain. Einem Lenindenkmal, mitten auf dem Platz, das gleichzeitig eine Leninbibliothek aufnehmen sollte, gab Henselmann die Form einer aufgerollten Fahne. Als Anfang des Jahres 1968 die Fertigstellung der Stadtzentren in der DDR anstand, übertrug er den Gedanken des Bildzeichens auf die geforderten stadtbildprägenden Dominanten. Die ersten vier Entwürfe gestaltete er als Hochhäuser, die letzten beiden als flache Komplexe mit großen Hallen. Für den Wettbewerb um ein Universitätshochhaus in Leipzig entwarf Henselmann von Januar bis März 1968 das schon erwähnte "Buch".¹¹ Bis Juni 1968 entstanden die Zeichnungen der Neubrandenburger Hochschule als "Stadtmauer und -tor" und im August 1968 die des hoch aufragenden "Schiffsbugs" in Rostock, der als Haus der Wissenschaften, Kultur und Bildung genutzt werden sollte.¹² Im darauffolgenden Jahr 1969 plante er einen zylindrischen Turm mit seitlichem Schlitz und Dachaufsatz als "Fernrohr" – ein Forschungshochhaus für die Zeiss-Werke in Jena. Zuletzt entstanden 1970 das Modell für Plauen, eine Stadthalle mit gläserner Kuppel im Design Plauener Spitze, und das Modell für Halle, ein Freizeitzentrum, dessen große Halle an die Form eines Salzkristalls erinnern soll.

Theoretische Überlegungen zur Semantik seiner Architektur haben Henselmann bei der Wahl seiner Motive ganz offensichtlich nicht geleitet. Lediglich beim ersten seiner Entwürfe, der Berliner Leninbibliothek, hat er die Form des Gebäudes dezidiert aus seinem Inhalt entwickelt: die rote Fahne ist das Symbol der sozialistischen und kommunistischen Arbeiterbewegung und des von Lenin begründeten Sowjetstaates schlechthin. Schon beim zweiten, dem "Buch", überlagert sich die sinnbildliche Be-

¹⁰ Zu Henselmanns Bildzeichenarchitekturen siehe Bruno Flierl: Hermann Henselmann – Architekt und Architektur in der DDR. In: Hermann Henselmann. Gedanken, Ideen, Bauten, Projekte. Berlin 1978, S. 26-52, in dieser Publikation Abbildungen aller Entwürfe außer dem "Tor" für Neubrandenburg; ders.: Hermann Henselmann – Bauen mit Bildern und Worten. In: Kunstdokumentation SBZ 1945-1990. Köln 1996, S. 386-429, insbesondere S. 394-398.

¹¹ Karin Löffler: Die Zerstörung. Dokumente und Erinnerungen zum Fall der Universitätskirche in Leipzig. Leipzig 1993, zum Wettbewerb um das Universitätshochhaus S. 131-143.

¹² Eine signierte und datierte (22.8.68) Handzeichnung Henselmanns ist abgedruckt in: Hermann Henselmann. "Ich habe Vorschläge gemacht". Hrsg. von Wolfgang Schäche. Berlin 1995, S. 159. Das in den Publikationen von Flierl (1978, Abb. 89-93 und 1996, S. 396) abgebildete Modell ist auf 1969 datiert.

deutung des Zeichens – für die Wissenschaft an der Universität – mit der stadtgeschichtlichen Bedeutung – als Rückgriff auf die Tradition der Verlage. Beim Jenaer Turm liegt der Fall ähnlich: die Zeiss-Werke hatten in der Stadt eine derartig große Bedeutung, daß ein Bild aus ihrem Umfeld stellvertretend für die Stadt als Ganzes stehen konnte. In allen anderen Städten (Neubrandenburg, Rostock, Plauen, Halle) fehlt ein Bezug zwischen dem Inhalt und der Form der Bauten völlig, der lokale Bezug des Motivs war allein ausschlaggebend für seine Wahl.

Wie unbekümmert Henselmann bei seiner Motivsuche vorging, wie wenig ihm auch gesellschaftspolitische Symbolik sozialistischen Inhalts bedeutete, beweist gerade der Neubrandenburger Entwurf. Als Abbild von Architektur fällt dieser aus der Reihe der gebauten Sinnbilder außerarchitektonischen Inhalts heraus. Eine gesellschaftlich relevante theoretische Aussage hätte sich jedoch nur an den Sinnbildern festmachen können – so am Leipziger “Buch” die These “Wissen ist Macht”.¹³ Bei den anderen zeichenhaften Architekturen verlöre sich eine solche Interpretation in Beliebigkeit. Wichtig war nur, daß er unopportune Motive vermied. Daß die Darstellung einer Kirche oder ein Rückgriff auf Rüstungsindustrie zur sofortigen Ablehnung des Entwurfes durch den “gesellschaftlichen Auftraggeber” geführt hätte, war klar.

Worum es Henselmann eigentlich ging, liegt auf der Hand. Die Ortstypik seines gebauten Bildes mußte unmittelbar einleuchten, jeder neue Bau mußte sich von den zuvor entworfenen völlig unterscheiden, und – dem nicht uneitlen Architekten besonders wichtig – die gewählte Form mußte sich in einen möglichst brillanten eigenen Entwurf umsetzen lassen.

Diese Prioritäten lassen sich auch in der Formulierung der Bilder nachweisen. Es ging Henselmann erneut weitaus mehr um die Qualität der neuen Architektur als um eine korrekte Wiedergabe des Bildes. So wählte er für die notwendigen Fenster des Jenaer Forschungsturms eine runde Form, die sich mit “Linsen” konnotieren ließ, und blieb damit im Umfeld der optischen Industrie. Er konterkariert zwar das eigentlich gewählte Bild des “Fernrohrs”, wenn er dessen Oberfläche mit “Linsen” perforiert, steigert mit diesem eigenwilligen Oberflächenmuster den architektonischen Reiz seines Entwurfs jedoch sehr.

Ihre suggestive Kraft beziehen alle diese Zeichnungen Henselmanns aus ihrer Realitätsferne. Ohne sich unmittelbar mit der Realisierbarkeit

¹³ Flierl 1996 (wie Anm. 10), S. 395.

seiner Entwürfe auseinandersetzen zu müssen, konnte er seine Bilder mit großer Unbefangenheit malen.

Seine Bildzeichenarchitekturen waren im Grunde Architekturphantasien, die dann von anderen Architekten – natürlich immer unter Abstrichen an ihrer genialisch wirkenden Spontaneität – zuerst in Modelle und in wenigen Fällen auch in baureife Planzeichnungen umgesetzt wurden.

Die architektonische Großplastik Henselmans kann man als Verwirklichung der alten Idee vom Gesamtkunstwerk begreifen, der Verschmelzung von Architektur und bildender Kunst in einem Objekt, das notwendigerweise Architektur sein muß. Einen ersten großen Schritt in diese Richtung hatte Henselmann schon Anfang der sechziger Jahre mit dem Berliner Haus des Lehrers getan: Der sieben Meter hohe Bildfries von Walter Womacka, der sich um den gesamten Baukörper herumzieht, war integraler Bestandteil der architektonischen Komposition.

Der wichtigste Anstoß für diese Phase ikonischer Architektur, die in der DDR ganz wesentlich auf Henselmans Anregungen zurückzuführen ist,¹⁴ ging jedoch von der zeitgenössischen soziologischen Diskussion aus. Nach der ersten Begeisterung über die Aufbauleistungen in den kriegszerstörten Städten hatte inzwischen – in Ost wie West – Ernüchterung über die im Aufbau immer gesichtsloser werdenden Städte eingesetzt. Die von Menschen entleerten Innenstädte waren trostlos und ohne urbanes Leben; die industriell errichteten und überall gleichen Wohnsiedlungen ließen das vermissen, was man heute “Wohnumfeldqualitäten” nennt. So geriet die Wirkung dieser Umwelt auf den Menschen in das Blickfeld von Psychologen, Soziologen, Städteplanern und Architekten. Selbstverständlich hat Henselmann die Diskussionen außerhalb der DDR engagiert verfolgt und solche resonanten Publikationen wie Alexander Mitscherlichs “Unwirtlichkeit unserer Städte”, die 1965 erschien, rezipiert. Nur wenig später bemühte man sich auch in der DDR, in der 1965 immerhin bereits 90% aller Wohnungen industriell produziert wurden, um wissenschaftlich fundierte Aussagen über das Wohnverhalten.

Mitte der sechziger Jahre führte das Institut für Städtebau und Architektur der Bauakademie, dessen Chefarchitekt Henselmann seit 1966 war, gemeinsam mit dem Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der

¹⁴ Zwei Entwürfe architektonischer Bildzeichen dieser Zeit sind von anderen Autoren bekannt. Das Rostocker Kollektiv R. Lasch schuf mit einem “Segel” einen Alternativentwurf zu Henselmans “Schiffsbug”; für Magdeburg, die Stadt des Schwermaschinenbaus, entwarf das Kollektiv P. Michalk einen sechseckigen Turm, dessen Grundriß der Form eines Schraubenkopfes entlehnt ist.

SED eine soziologische Enquête durch. Das Ergebnis verblüffte seinerzeit die Experten. Es stellte sich heraus, daß der Mensch durchaus nicht die berechenbare Einheit ihrer städtebaulichen Planungen war, für den ihn die Planer lange gehalten hatten. Er wurde als irrationales, von Gefühlen bewegtes Wesen wiederentdeckt. 1967, also kurz bevor Henselmann das erste städtische Wahrzeichen entwarf, stellte er erste Ergebnisse der Studie vor:

“Bedeutsam ist, daß der Drang zur Mobilität in bezug auf den Wechsel des Wohnortes oder des Wohngebietes nicht so groß ist, wie ursprünglich angenommen wurde; im allgemeinen ist eher das Bedürfnis nach einer festen Anwurzelung vorhanden. Die Menschen möchten bei allem Drang, zu reisen oder Ausflüge zu machen, doch eine unverwechselbare Heimat haben. Dieser Drang nach Beheimatung ist es wohl auch, der den Widerspruch gegen die Monotonie seelenloser Typen erzeugt. Wenn wir unsere alten Städtebilder betrachten und auch die Kommunikationsräume, Plätze, Straßen und das Spiel der Raumfolgen, dann ist das Hervorstechendste ihre Unverwechselbarkeit. Diese Unverwechselbarkeit der städtebaulichen Räume verbindet sich mit Gebäuden, die, wie der Informationstheoretiker zu sagen pflegt, ikonographische Zeichen darstellen, als Türme und Tore, eine bestimmte Plastizität der Baukörper, Brunnen und Denkmäler, die das Heimat- und Erinnerungsbild prägen helfen.”¹⁵

Genau hier sollten die städtischen Wahrzeichen Henselmanns wirksam werden.

Es war kein Zufall, daß unter den Architekten der DDR gerade Hermann Henselmann Ende der sechziger Jahre mit diesen Bildzeichenentwürfen hervortrat. Seit jeher hatte er, der sich mit dem Zeichenstift ebenso eloquent auszudrücken wußte wie mit Worten, die Architektur der DDR um außergewöhnliche Lösungen bereichert.

Als im Sommer 1951 die drei Leiter der Meisterwerkstätten der Bauakademie zu einem Wettbewerb geladen waren, in dem binnen weniger Tage eine DDR-spezifische Architektur der Nationalen Traditionen erfunden werden sollte, überzeugte allein der Vorschlag von Henselmann. Sein Entwurf für das Hochhaus an der Weberwiese gefiel im Rückgriff auf Schinkel genauso wie in der architektonischen Qualität. Als nur wenig später die Adaption des Klassizismus an der Stalinallee schal zu werden begann, war es wieder Henselmann, der eine neue Wendung in der DDR-Architekturentwicklung einleitete. Im Wettbewerb für den Platz Bersarin-

¹⁵ Hermann Henselmann: Städtebau und Kommunikation. Vortrag auf der Straßenbautagung 1967. In: Vom Himmel an das Reißbrett ziehen. Hermann Henselmann – Baukünstler im Sozialismus. Ausgewählte Aufsätze 1936 bis 1981. Berlin 1982, S. 73 – 86, hier S. 82.

straße/Warschauer Straße Anfang 1953 reichte er gleich zwei Entwürfe ein: die Turmhelme am östlichen Eingang der Stalinallee zitierten einmal Langhans' neugotischen Turmhelm der Marienkirche, einmal Gontards Kuppeln der Kirchen am Gendarmenmarkt.

Im Wettbewerb um die Gestaltung des Stadtzentrums von Berlin 1959 setzte er sich über die Vorgaben der Auslobung hinweg und schlug als signifikante Stadtkrone nicht etwa ein massives Regierungshochhaus vor, sondern – als Sinnbild für die moderne Informationsgesellschaft – einen schlanken Fernsehturm, dessen rubinroter Kugelkopf auf den nur ein gutes Jahr zuvor in den Weltraum katapultierten Sputnik Bezug nahm. Mit Henselmans Haus des Lehrers in Berlin, das 1961-64 errichtet wurde, begann die Rezeption des modernen Bautypus eleganter Hochhausscheiben in der DDR. Kurz vor seiner Emeritierung 1972 hat er mit den architektonischen Großplastiken noch ein letztes Mal markante Zeichen gesetzt.

IV.

Großplastische Architektur hat in Deutschland eine lange Tradition. Zu den bekanntesten expressionistischen Gebäuden, die sich in ihrer Form auf außerarchitektonische Bilder beziehen, gehört Mendelsohns Hutfabrik in Luckenwalde (1921-23), deren Färbereigebäude im Querschnitt an einen Hut erinnert. Die Ostspitze des Chilehauses von Fritz Höger (1922-24) ist als "Schiffsbug" zu lesen und somit ein eindeutiges Symbol für die Hansestadt Hamburg. Das Chilehaus kann damit als direktes Vorbild für Henselmans "Schiffsbug" in Rostock gelten. Genau wie Henselmann hatte schon Höger diese Form ganz bewußt gewählt, da sich in ihr die lokale Charakteristik mit einer architektonisch dramatischen Wirkung ideal verbinden ließ.¹⁶

Genausowenig wie sich Henselmann vom Bau der Berliner Mauer abhalten ließ, seine Kontakte zu westlichen Architekten zu pflegen und die soziologische Debatte der Zeit zu verfolgen, hat er sich in der Rezeption der zeitgenössischen Entwicklung internationaler Architektur irgendwel-

¹⁶ Kai Uwe Scholz: "Flaggschiff aus Stein". Zur Ikonographie des Chilehauses in Hamburg. In: Elisabeth Fuchs-Belhamri, Kai Uwe Scholz: Zwischen Hamburg und Holstein: Der Architekt Fritz Höger 1877-1949. Hamburg 1997, S. 29-59, zu Högers Bemühungen, durch stadtplanerische Vorarbeiten die dramatisch zugespitzte Bugform des Baus zu erreichen S. 38.

che Beschränkungen auferlegt. In den sechziger Jahren waren die Zeitschriften voll von immer größeren Hochhaustürmen und immer gewagteren Konstruktionen. Die Entwürfe suchten die neuen bautechnischen Möglichkeiten in spannungsreicher Architektur auszureizen, traten jedoch durchaus auch als gebaute Bilder auf. Henselmans Phantasie haben sie in jedem Fall beflügelt. In die Reihe der indirekt oder direkt wirksamen Vorbilder gehört die Kirche Notre Dame du Haut in Ronchamps von Le Corbusier (1950-55), die Entwürfe von Oskar Niemeyer für Brasilia (1957-1960) oder die Visionen der Metabolisten in Japan, insbesondere der von Kenzo Tange.¹⁷ Eindeutig bildhafte Architektur war die Oper in Sydney von Jörn Utzon (1957-73), deren Standort direkt am Meer für die aufrecht stehenden Betonschalen des Daches die Assoziation an hintereinander aufgefächerte Segel zwingend nahelegt, oder die unmittelbar vor Henselmans Entwürfen fertiggestellte Marina City in Chicago von Bertrand Goldberg (1964-67): zwei zylindrische Hochhäuser, deren Fassaden mit regelmäßig angeordneten halbrunden Balkons besetzt sind und so an Maiskolben erinnern.

Wie genau Henselmann mit seinen Bildzeichenarchitekturen den Geist der Zeit einzufangen vermochte, beweist nicht zuletzt ein parallel entstandener Entwurf aus dem Westen Deutschlands. Die Bayerischen Motorenwerke ließen sich für ihre Hauptverwaltung in München einen "Vierzylinder" errichten (Karl Schwanzer, 1970-72), dessen Aluminiumverkleidung die Assoziation zum Kernstück des Automotors perfekt machen. Die Wirkung des Turms wird – genau wie es Henselmann in seinen Kompositionen tat – durch einen niedrigeren Bau gesteigert, eine weitere Architekturplastik; hier eine silberglänzende tiefe Schüssel, die das Museum aufnimmt.

V.

Die Henselmann'schen Hochhaustürme und die mit ihrer Projektierung verbundenen städtebaulichen Umstrukturierungsmaßnahmen gigantischen Ausmaßes waren die letzte Blüte, die die Technikbegeisterung und Machbarkeitseuphorie der sechziger Jahre in der DDR trieb. Sie fußen auf einer gewaltigen Überschätzung der Wirtschaftskraft des Landes, die schon

¹⁷ Vgl. dazu Flierl 1996 (wie Anm. 10), S. 397.

kurz darauf einer realistischeren Sicht und der völligen Umorientierung auf Wohnungsbau weichen mußte. Damit markieren sie den Höhe- und gleichzeitig Endpunkt einer Epoche, deren Beginn man im letzten Jahrhundert suchen muß.

Mit dem VIII. Parteitag der SED 1971 wurden alle wirtschaftlichen Kräfte auf den Wohnungsbau konzentriert und die Planungen für großdimensionierten Gesellschaftsbau gekippt. Die Entwürfe Henselmans landeten folglich in der Schublade. Ausgeführt wurden nur die beiden Projekte, die sich zur Zeit des Parteitages schon im Bau befanden. In Leipzig wurde im Anschluß an die Sprengung der Universitätskirche am 30. Mai 1968 der Universitätsturm nach dem Ausführungsentwurf von Helmut Ullmann bis 1975 errichtet. Das Hochhaus in Jena wurde vom Kollektiv H. Rauch, U. Balke, F. Rihl zur Baureife gebracht und noch während des Baus (1970-73) der Universität zugeschlagen.

Dem Neubrandenburger Projekt jedoch war keine Zukunft beschieden. Zwar hatte das Ministerium für Hoch- und Fachhochschulwesen bereits den Rahmen für den Bau der Hochschule gesteckt: sie sollte mit allen Nebengebäuden 4,9 Mio Mark kosten, ihr Bau war für 1971 bis 1975 vorgesehen.¹⁸ Ulbricht persönlich besiegelte das Schicksal des Henselmann'schen Entwurfs, als er während einer Vorstellung des Projektes kommentarlos den Turm aus dem Stadtmodell brach. Seine Zustimmung zum Abriß der Marienkirche gab er nicht.¹⁹ Ulbricht kann durchaus noch unter dem Eindruck des gesellschaftlichen Aufruhrs gestanden haben, den die Sprengung der von Kriegseinwirkungen völlig unbehelligten Leipziger Universitätskirche kurz zuvor erzeugt hatte.²⁰ In diesem Zusammenhang könnte ihn auch der eigentlich harmlose Rückgriff auf mittelalterliche Stadttraditionen gereizt haben, denn der Neubau eines "backsteingotischen Tores" hätte unter dem Eindruck der kurz zuvor erfolgten Vernichtung einer gotischen Kirche möglicherweise den Volkszorn entfachen können.

¹⁸ Vorlage für das Politbüro des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Betrifft: Konzeption für die baukünstlerische Gestaltung des weiteren Aufbaus der Stadt Neubrandenburg. Neubrandenburg, Juni 1968. Bezirksparteiarchiv der PDS Neubrandenburg, IV IB/2.6/499-501.

¹⁹ Gespräch mit Iris Grund, 1991.

²⁰ Zur Sprengung der Leipziger Universitätskirche siehe Löffler 1993 (wie Anm. 11).

Der Architekt erlebte, als der ihm sonst so geneigte “gesellschaftliche Auftraggeber” seine Zustimmung versagte. Henselmann muß diese Zurückweisung als eine große Niederlage empfunden haben. Entgegen seiner sonstigen Gewohnheit, zur Vermehrung seines Ruhms auch die nicht gebauten Entwürfe zu publizieren, blieb das Projekt der Hochschule für Neubrandenburg unveröffentlicht.

Neubau und Rekonstruktion der Berliner Charité

Peter Korneli / Geerd Dellas

Diese Betrachtungen sind keine “Aufarbeitung zur Bewältigung der Geschichte”, sondern ein Stück “Baugeschichte”, ein Kapitel aus der Geschichte des Krankenhausbaus in Deutschland zur Zeit der Teilung Deutschlands. Der Bericht befaßt sich mit einem bedeutenden Medizinischen Universitätskomplex, mit dem wahrscheinlich berühmtesten Namen unter den deutschen Universitätskliniken, mit der Charité in Berlin.

Wie in der Bundesrepublik, begann man auch in der ehemaligen DDR Anfang der 60er Jahre mit grundsätzlichen Überlegungen zur Reform des Medizinstudiums, zu neuen Organisationsformen für die Verbindung von Krankenbetreuung und medizinischer Forschung sowie zu neuen Anforderungen, wie sie die Entwicklung der Medizintechnik stellte. Einfluß darauf hatten auch Erkenntnisse aus den Planungen im Ausland, wie z.B. für Vidovre und Herlev in Kopenhagen, für das Kantonspital in Basel oder für das AKH in Wien, ebenso wie die großen Neubauten in der Bundesrepublik in München-Großhadern, Aachen u.a. Entscheidende Impulse für Zielsetzung, Organisation, Technik und Architektur des Krankenhausbaus jener Jahre gingen vom McMasers Health Sciences Center in Kanada aus. Diese grundsätzlichen Überlegungen und die Erfahrungen aus den genannten Beispielen führten zu räumlichen und organisatorischen Forderungen an den “Medizinischen Hochschulbau”, die von der “Arbeitsgruppe Medizinischer Hochschulbau” beim Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen formuliert wurden und den Planungen für Universitätskliniken zu Grunde gelegt wurden.

In dieser Arbeitsgruppe, vom Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen berufen, fanden sich Vertreter verschiedener Forschungs- und Planungsteams, die in Jena, Weimar, Dresden u.a. Orten an dieser Problematik arbeiteten. Deren Ergebnisse und Erkenntnisse wurden gewissermaßen gebündelt und auf wissenschaftlichen Tagungen oder anderen Veröffentlichungen als Planungsgrundlagen für den medizinischen Hochschul-

bau empfohlen und eingeführt.¹ Doch nur einmal gelang die Umsetzung der in diesem Zusammenhang entwickelten Idealvorstellungen: beim Neubau und der Rekonstruktion der Charité. (Abb. VI.1/2)

Während zu dieser Zeit in der alten Bundesrepublik und im westlichen Europa noch der Krankenhausneubau im Vordergrund stand (München-Großhadern, Aachen, AKH Wien), gewann etwa ab 1975 die Betrachtung der Altbausubstanz und die rationelle Nutzung bestehender Krankenhäuser in der DDR immer größere Bedeutung. Und das, angesichts eines Bestandes an Gesundheitsbauten von 100 Millionen m³ Rauminhalt und 530 Krankenhäusern mit 170.000 Krankenhausbetten, vor allem auch aus notwendigen wirtschaftlichen Erwägungen.

Auch die Planungen für die Charité in Berlin begannen 1973 mit Überlegungen, ein komplexes Universitätsklinikum an einem neuen Standort in Berlin-Pankow, in Herzberge oder Kaulsdorf zu errichten und den historischen Platz in Berlin-Mitte für das Universitätsklinikum aufzugeben. Trotz bereits bestehender Beschlüsse der Staatlichen Plankommission konnte dieser, sicherlich falsche Weg vermieden werden. Ein besonderes Verdienst kommt dabei Prof. Ehrhardt Gißke, dem Direktor der Aufbauleitung Sondervorhaben Berlin zu, der sich vehement für die Erhaltung des historischen Standortes und die Einbeziehung der vorhandenen historischen Bausubstanz einsetzte.

Die berühmte Berliner Charité, 1710 als "Pesthaus" vor den Toren der Stadt gegründet, hatte nach wechselvollem Schicksal ihre größte Bauperiode von 1897 bis 1917 erlebt. In diesen 20 Jahren entstand jener Gebäudekomplex, der sich als Bild verbindet mit der früheren Stellung, die dieses Universitätsklinikum bis in die 30er Jahre unseres Jahrhunderts einnahm. Nach den Plänen von Kurt Diestel wurde eine städtebaulich geschlossene und in der Architektur einheitliche Anlage errichtet. Dieser Klinikkomplex, nach den Forderungen und Erfahrungen der neueren ärztlichen Wissenschaft und Gesundheitslehre der Zeit um 1900 gebaut, konnte die Forderungen der Medizin unserer Tage nicht mehr voll erfüllen.

Mit dem Beschluß des Politbüros der SED und des Ministerrates der DDR vom Juli 1975 wurde die Entscheidung für den Neubau und die Re-

¹ Vgl. dazu ausführlich den Artikel von P. Korneli/D. Gläser: Medizinischer Hochschulbau in der DDR, in diesem Band.

konstruktion der Charité am alten Standort getroffen. Damit waren die wesentlichsten Ausgangspositionen für die Planung gegeben:

- Der historische Standort mit seiner großen Tradition bleibt erhalten und wird weiterentwickelt.
- Die bestehenden Gebäude und die architektonische Konzeption der Anlage werden weitgehend erhalten und durch eine grundlegende Rekonstruktion an die zukünftigen Anforderungen angepaßt.
- Zur Ergänzung und Erweiterung der vorhandenen Bausubstanz werden Neubauten errichtet, die im Zusammenwirken mit der vorhandenen Bausubstanz der Qualifizierung des gesamten Bereiches Medizin der Humboldt-Universität dienen sollen.

Die bestehende Situation am jetzigen Standort erlaubt die bei der Größe und Kompliziertheit der baulichen Aufgabe notwendige Realisierung in Etappen. Diese Planung und ihre Ergebnisse soll im Mittelpunkt der folgenden Betrachtungen stehen.

Die Grundsätze der Arbeitsgruppe medizinischer Hochschulbau konnten bei dieser Planung weitgehend angewandt und verwirklicht werden. Die von Prof. Ehrhard Gißke geleitete Aufbauleitung Sondervorhaben wurde zum Generalauftragnehmer bestimmt. Erhard Gißke nahm persönlich großen Anteil, besonders während des Baues.

Die grundlegenden Studien wurden von Korneli und Eberlein (Wiemar) zusammen mit Gerhard Guder (Dresden) und Josef Kaiser (Berlin) erarbeitet. Im Jahre 1975 wurde Prof. Dr. Korneli zum "Leitenden Architekten" für dieses Vorhaben an die Aufbauleitung Sondervorhaben berufen. Mit ihm kamen von der TU Dresden Dietrich Gläser, Wolfgang Janzen (verst.) und Heinrich Bollow (verst.) in die Entwurfsgruppe. Als Generalprojektant für die Durchführung wurde der Ingenieurhochbau Berlin unter Leitung von Karl-Ernst Swora benannt. Die medizinischen Anforderungen sowie die organisatorischen Grundlagen wurden unter Leitung von Prof. Dr. med. Geerd Dellas erarbeitet, der als Direktor für Neubau und Rekonstruktion in enger Zusammenarbeit mit den Architekten großen Einfluß auf alle Entwürfe und den Bau nahm.² Die Gesamtleitung übernahm als "Generalauftragnehmer" Prof. Erhard Gißke, der Direktor

² Schriftenreihe Hoch- und Fachschulbau, H. 19, 1/19.2, hrsg. vom Institut für Hoch- und Fachschulbau Dresden, 1980, "Stand und Entwicklungstendenzen des Medizinischen Hochschulbaues". III. Internationale wissenschaftliche Tagung.... 23. bis 24. April 1980 in Dresden.

der Aufbauleitung Sondervorhaben Berlin. Die Bauleitung lag in den Händen von Fritz Oske. Auch von Seiten der Arbeitsgruppe Medizinischer Hochschulbau wurde diese Arbeit aktiv unterstützt. Hier muß besonders der Einfluß von Prof. Dr. Horst Klinkmann genannt werden. Über die große Zahl der Mitarbeiter gibt die Veröffentlichung zur Eröffnung des Charité-Neubaus "Charité, Neubau und Rekonstruktion des Universitätsklinikums der Humboldt-Universität zu Berlin"³ ausführlich Auskunft.

Für die Generalplanung gingen unsere Überlegungen von folgenden Grundprinzipien aus:

1. Ausgangspunkt: Alle Einrichtungen des Bereiches Medizin der Humboldt-Universität werden schrittweise am Standort Charité konzentriert. Diese Forderung bedeutete die Erweiterung dieses Standortes über die bisherigen Grenzen hinaus. Das bedeutete die Einbeziehung von Außenkliniken – Frauenklinik, Augenklinik, Unfallklinik, Orthopädische Klinik – in den klinischen Komplex bereits in der ersten Baustufe.
2. Ausgangspunkt: Altbauten und Neubauten werden so miteinander verbunden, daß sie eine funktionelle Einheit bilden. Neubau oder Rekonstruktion bestehender Gebäude sind gleichwertige Maßnahmen zur Qualifizierung des Gesamtkomplexes. Ziel dieser Überlegung war die Schaffung einer "Arbeitseinheit für alle Fächer", im übertragenen Sinne eine "Arbeitseinheit unter einem Dach".
3. Ausgangspunkt: Um die vorhandene Substanz voll in die Verfügungsfläche eines zukünftigen modernen medizinischen Hochschulkomplexes einzubeziehen, wird sie entsprechend ihrer funktionellen und technischen Möglichkeiten eingesetzt. Grundlage hierfür war eine Flächenanalyse.
4. Ausgangspunkt: Es wurden neue Formen der Arbeitsorganisation unter dem Aspekt der Gemeinschaftsarbeit angestrebt, die bei der zunehmenden Spezialisierung allein die erstrebenswerte und erforderliche "Gesamtschau" ermöglichen können. Sie verlangen neben der räumlichen Zusammenfassung aller Bereiche die Zusammenarbeit in zentralen Einrichtungen, in denen sowohl die Spezialisten als auch die immer komplizierter und teurer werdende Ausrüstung zusammengefaßt werden.
5. Ausgangspunkt: Die zukünftige Funktionsstruktur soll einer Gliederung nach Prozeßgruppen folgen – das sind Gruppen von Nutzern mit gleichen oder weitgehend gleichen Tätigkeiten und damit gleichen

³ Charité, Neubau und Rekonstruktion der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin, Hauptstadt der DDR 1976-1982, Herausgeber: Aufbauleitung Sondervorhaben Berlin. Bauakademie der Deutschen Demokratischen Republik, Bauinformation DDR, Berlin 1982.

Ansprüchen an die Bausubstanz und Ausrüstung. Gleiche Funktionen wurden, z.T. auch über die Fachgrenzen hinweg, in Funktionszonen zusammengefaßt, um alle Forderungen der jeweiligen Prozeßgruppe zu gewährleisten. Dieses Ordnungsprinzip mußte zugleich eine Gliederung in differenzierte Reinheitszonen ermöglichen, d.h. es mußte dabei auch eine Ordnung der Funktionen entsprechend den besonderen Forderungen der Krankenhaushygiene erfolgen. Der Gesamtbereich wurde so gegliedert, daß eine Steigerung der Reinheit der Räume in Richtung auf die Raumgruppen mit höchsten Hygieneanforderungen wie z.B. Operationsabteilung möglich ist.

Das Ergebnis dieser Überlegungen führte zu der inzwischen realisierten Konzeption.

Für alle Funktionen mit besonders hohen Ansprüchen an die Bausubstanz, an die technische Gebäudeausrüstung und an die Medizintechnik wurden Neubauf Flächen errichtet, die sämtliche dieser Ansprüche voll erfüllen.

Alle vorrangig operativ tätigen Fächer wurden in einem neuen Chirurgisch Orientierten Zentrum räumlich zusammengefaßt und funktionell miteinander verbunden. Weiterer Bestandteil dieses Zentrums ist die gesamte Intensivmedizin. Für die nicht operierenden Disziplinen wurde die Altbausubstanz rekonstruiert. Die Verbindung zwischen beiden Schwerpunkten bildeten der zum Neubau gehörende diagnostische Funktionalbereich, die Physiotherapie und die zentrale Poliklinik, die in rekonstruierten Altbauten arbeitet.

Ein leistungsfähiger Wirtschaftsbereich mit Zentralküche und Speisesälen wurde an zentraler Stelle geschaffen. Im Bereich des Invalidenparks entstand ein Wohnensemble für die Mitarbeiter der Charité. Ein neues Heizwerk wurde an der Scharnhorststraße errichtet.

Die 1. Baustufe von 1976–1982 umfaßte den Neubau des Chirurgisch Orientierten Zentrums (COZ), die Errichtung des neuen Gebäudes für die Speisenversorgung, den Wohnungsbau und das Heizwerk.

Die architektonische Konzeption der alten Charité mit ihren roten Backsteinbauten, im Sommer übergrünt von wildem Wein, blieb erhalten, ja, sie sollte dort wiederhergestellt werden, wo spätere Eingriffe das bekannte Bild dieses Ensembles, wie es sich mit dem Namen Charité verbindet, entstellend verändert hatten. Der Neubau des Chirurgisch Orientierten Zentrums wurde zum funktionellen wie städtebaulichen Zentrum der Charité zwischen dem historischen Klinikgelände und den Komplexen

der theoretischen Institute an der Hessischen/Hannoverschen Straße. Um ein sinnvolles Zusammenwachsen und funktionelles Durchdringen von Neubau und vorhandener Altbausubstanz zu erreichen, wurde der Komplex des COZ über die Luisenstraße bis in das alte Klinikgelände hinein fortgeführt. Nach Abschluß und Fertigstellung des gesamten Komplexes ist eine "Arbeitseinheit unter einem Dach" von der zentralen Poliklinik bis zum Funktionsbereich des Chirurgisch Orientierten Zentrums entstanden, die hier nur kurz beschrieben werden soll:

Der zentrale Funktionaltrakt des COZ wurde über die Luisenstraße in das historische Gelände der Charité weitergeführt. Er enthält zentrale Diagnostikbereiche und andere Abteilungen, die von allen Kliniken genutzt werden. Er liegt damit im Mittelpunkt zwischen dem ambulanten Bereich und dem großen stationären Bereich des chirurgischen Zentrums und kann somit von beiden Seiten gleichermaßen genutzt werden.

Nördlich vom Funktionaltrakt und dem darüberstehenden Bettenhaus entstand der zentrale Operationsbereich. Die Verbindung zwischen dem Operationstrakt und dem zentralen Verkehrskern bildet die Funktionszone für die Intensivmedizin. Der zentrale Verkehrskern in der Mitte des Funktionaltraktes verbindet mit 14 schnell laufenden Aufzügen in vertikaler Richtung das Bettenhaus mit seinen 15 Pflegegeschossen.

Eine horizontale Verbindung wurde auf der Kellerebene zwischen dem Versorgungszentrum und dem COZ geschaffen. Auf dieser Ebene liegen die Ver- und Entsorgungszentralen, die Zentralsterilisation, die Desinfektionsanlagen und andere Dienstleistungsbereiche. Damit wird diese Ebene zur Haupttransportebene für alle horizontalen Transporte.

Die zentrale Eingangsebene für das COZ bildet das Erdgeschoß des Funktionalbereiches mit dem zentralen Verkehrskern in der Mitte. Die Führung ambulanter und gehfähiger stationärer Patienten sowie der Besucher erfolgt über die Haupthalle an der Rezeption bzw. Auskunft vorbei entweder zur Aufnahme oder in die entsprechenden Ebenen der Funktionsdiagnostik.

Die Anfahrt der liegenden Patienten führt zu einer Aufnahme für liegende und Akutpatienten mit geschlossener Wagnervorfahrt im therapeutischen Funktionalbereich und Op-Bereich. Von der Aufnahmehalle für liegende Patienten sind die traumatologische Poliklinik, der Notfallaufnahmebereich, die ITS sowie der Aufzugskern zu den Pflegestationen zu erreichen.

Die Verteilung der Funktionen auf den vier Ebenen des Funktionalbereiches wurde so vorgenommen, daß die Frequenz ambulanter Patienten von unten nach oben abnimmt. Zugleich wurde eine Differenzierung der horizontalen Wege angestrebt, so daß jeweils auf der südlichen Seite die allgemeinen Wege verlaufen, während die Nordseite nach Möglichkeit den internen Wegen vorbehalten bleiben sollen.

Die beschriebene Gliederung entspricht dem Bestreben, Funktionszonen für Prozeßgruppen mit gleichen oder ähnlichen Ansprüchen an die Raumqualitäten zu schaffen. Eine rationelle Nutzung kostenintensiver Geräte für die Funktionsdiagnostik wird durch die Bildung solcher zentraler Bereiche erzielt. Das gleiche gilt für die Operationsabteilung. In einem selbständigen Baukörper ist für alle Fachdisziplinen ein zentraler Operationsbereich mit 26 Op-Einheiten vorgesehen.

Hier ist nun Gelegenheit, noch einmal auf die erforderliche Gliederung in Reinheitszonen hinzuweisen, die ja eine Steigerung der Hygieneanforderungen in Richtung auf die Op-Abteilung ermöglichen sollte. Die klar gegliederten Prozeßgruppen Intensivmedizin und Operationsabteilung sind durch ein strenges System von Hygienebarrieren, von anderen Bereichen getrennt. Die Wegeführung strebt an, undefinierte Kreuzungen auf den Wegen zu diesen Bereichen zu vermeiden.

Die Operationssäle sind auf 3 Ebenen mit jeweils 8 Op-Saaleinheiten verteilt.

Der Funktionsablauf im Operationstrakt wurde nach getrennten prä- und postoperativen Wegen geplant. Dadurch wird nicht nur genügend Stauraum gewonnen, sondern es ergeben sich psychologische und hygienische Vorteile für den Patienten durch einen kreuzungsfreien Ablauf im Operationssaal. Die Op-Abteilung ist symmetrisch aufgebaut. In der Mittelzone zwischen 4 Op-Sälen auf jeder Seite ist eine Raumgruppe vorgesehen, in der die Funktionsräume der Anästhesie, ein Aufwachraum die Substerilisation und Flächen für einen Betten- und Sterilgutvorrat angeordnet sind. Die Operationseinheiten haben direkte Verbindung (ebenen-gleich) zur Intensivtherapie und postoperativen Intensivüberwachung. Die Transporte zur Zentralsterilisation und zur zentralen Bettenaufbereitung sind kreuzungsfrei gewährleistet.

In der 2. Ebene des Op-Traktes sind die Entbindungsabteilung sowie die pädiatrisch-neonatologische Intensivtherapie und die Frühgeborenenabteilung eingeordnet. Die Entbindungsabteilung ist in direkter räumlicher Nachbarschaft zur neonatologischen Intensivtherapie und zum Pflegebe-

reich für Frühgeborene und pathologisch Neugeborene angeordnet, so daß alle Elemente der Perinatalogie direkt miteinander verbunden und zu einer Einheit zusammengefügt sind.

Die Funktionsflächen für die Intensivmedizin sind auf den vier Ebenen des Verbindungsbaues zwischen Funktionstrakt und Op-Block (BT 4) angeordnet. Sie sind auf der Südseite vom zentralen Aufzugsknoten direkt zu erreichen und schließen auf der Nordseite über eine Schleuse an den Op-Bereich an.

Die Pflegestation aller Fächer des Chirurgisch Orientierten Zentrums sind in 15 Etagen (Ebene 6 – 20) im Hochkörper über dem Funktionaltrakt zusammengefaßt. Jede Pflegeebene teilt sich in zwei Stationen. Jede Station enthält 32 Betten. Die Stationen sind teilbar in zwei Pflegegruppen. Jede Pflegegruppe verfügt über einen Behandlungsraum und einen Schwesternarbeitsraum unrein. Beide Pflegegruppen zusammen nutzen den Schwesternaufsichtsplatz, den Schwesternarbeitsplatz rein, Patientenbad, Teeküche, Lager und Tagesraum. Damit wurde die Voraussetzung geschaffen, die Pflegegruppen einer Station, wenn notwendig oder erwünscht, durch zwei verschiedene Fächer zu belegen. Jeder Pflegestation sind weiterhin Arzt-, Schwestern- und Studentenräume zugeordnet. Die Diensträume und der Seminarraum (einen pro Ebene) wurden an der Nordseite angeordnet. Alle Neben- und Funktionsräume sind im Innern des Bettenhauses untergebracht.

Entsprechend der These von der Differenzierung der Wege und Gänge ist der Personalflur an der Nordseite vom Patientenflur klar getrennt. Wir sehen einen besonderen Vorteil, weil es so möglich ist, funktionelle Überlagerungen zu vermeiden und gegenseitige Störungen auszuschließen. Die Hauptaufgabe des Universitätsklinikums, die Ausbildung, verlangt eine Durchdringung aller Bereiche mit Unterrichtsräumen und Flächen. Im Bettenhaus, dem Schwerpunkt für die praktische Ausbildung, ist auf jeder Etage ein Seminarraum (insgesamt 15) angeordnet. Darüber hinaus verfügen die Stationen über Schreibtischarbeitsräume für Studenten, Diplomanden und Doktoranden. In jeder Etage des Funktionaltraktes stehen Seminarräume (zugleich Konferenzräume) zur Verfügung. In den Operationsabteilungen, der Entbindungsabteilung und den ITS-Bereichen sind Unterrichtsräume nicht vorhanden. Hier werden Studenten wie sonstiges Personal praktisch eingesetzt. Die dafür erforderlichen Flächen sind berücksichtigt.

Als erste Ergänzung wurde am östlichen Ende des Funktionalbaues ein Unterrichtstrakt, der neben einem Hörsaal mit ca. 350 Plätzen weitere Seminarräume enthält, errichtet. Dieser Unterrichtsbereich ist direkt vom zentralen Verkehrskern zu erreichen. Von außen wird er über einen gesonderten Eingang mit Halle, Garderoben und Sanitäreinrichtungen erschlossen.

Diese hier beschriebene Gliederung führte zu spezifischen Grundsätzen für Organisation und Leitung. Das Profil des Bereiches Medizin wird durch seine Disziplinen bestimmt, die sich in einem historischen Prozeß herausgebildet haben. Bei aller Notwendigkeit zur Konzentration und Zentralisation, bei aller Notwendigkeit, die einzelnen Funktionsbereiche prozeßorientiert zu gliedern – unabhängig von den Fachgrenzen – wurde niemals daran gedacht, die gewachsenen Klinikstrukturen aufzulösen. Strukturveränderungen waren jedoch dort notwendig, wo die alten Strukturen diesen notwendigen Konzentrationsprozeß hemmten (z.B. in der Labor- und Röntgendiagnostik).

Neue Organisation- und Leitungsformen mußten auch für den Operationstrakt gefunden werden. Eine wichtige Konsequenz bestand darin, die Anpassungsfähigkeit und Flexibilität zu garantieren. Wir denken, daß diese Grundsätze im Modell zur Leitung und Organisation zentralisierter Funktionsbereiche der Charité verwirklicht werden konnten.

Zum Schluß soll noch einmal auf den wichtigen Grundsatz der Erhaltung und Nutzung der wertvollen Altbausubstanz hingewiesen werden. Entgegen den Vorschlägen für einen anderen Standort in Berlin wurde die Charité auf dem historischen Standort weiterentwickelt, obwohl allen Beteiligten klar war, daß diese Lösung große Probleme mit sich bringen würde. Allen Planern war aber auch die "Bedeutung dieses historischen Standortes" klar.

Das bestehende Gebäudeensemble und die architektonische Konzeption der Anlage wurden erhalten und durch eine grundlegende Rekonstruktion und Modernisierung an die zukünftigen Anforderungen angepaßt. Damit wurde die Planung nicht nur dem historischen Standort gerecht, sondern es war auch möglich, die umfangreiche wertvolle, bestehende Bausubstanz neben ihrer historischen Würdigung sinnvoll in den zukünftigen Komplex einzufügen.

Eine räumliche Einheit, möglichst unter "einem Dach", wurde angestrebt. Die "Zentrale Poliklinik" entstand in den Gebäuden entlang der

begrenzenden Luisenstraße. Als Folge dessen wurden die bestehenden Gebäude untereinander und mit dem Neubau verbunden.

Das typische Gesicht der alten Gebäude wurde fast vollständig erhalten und sorgfältig repariert. Die Neubauteile sollen sich durch ihre einfache klare Gliederung von der historischen neugotischen Architektur absetzen und durch ihre Zurückhaltung die Altbauten zur Geltung kommen lassen.

Durch diese Einstellung gegenüber der historischen Altbausubstanz und durch deren Behandlung in der Generalplanung wurde die gezeigte integrierte Lösung des Neubaus und der Rekonstruktion sowie Modernisierung der Berliner Charité zum Beispiel für ein Herangehen an solche aktuelle Aufgaben, nämlich

- die vorhandenen Krankenhäuser funktionsfähig zu erhalten,
- diese Gesundheitseinrichtungen der sich ständig weiter entwickelnden und immer komplexer werdenden medizinischen Aufgabenstellung anzupassen,
- die historischen Gebäude nicht nur, sondern auch als lebendige Architekturdenkmale und als Zeugnisse der Medizingeschichte zu erhalten.

Der Entscheidungsprozeß für die Sprengung der historischen Universitätsgebäude in Leipzig¹

Katrin Löffler

“Bauarbeiter leisteten Maßarbeit” nannte der “Stadtreporter” der *Leipziger Volkszeitung* seine Kolumne über die Sprengung der 700jährigen Universitätskirche am 30. Mai 1968.² So zynisch das auch für die Gegner dieses Zerstörungswerkes geklungen haben mag, er hatte recht: Ein Bericht über die Schäden an den Gebäuden im Umkreis der Kirche listet Geringfügigkeiten auf: kleinere Mauerschäden, einige Fensterscheiben, eine Lampe, ein Spiegel, ein Aquarium, eine Türfüllung – mehr ging nicht zu Bruch. Unwiederbringlich verloren war allerdings ein Bauwerk von hohem stadt-, universitäts- und kunstgeschichtlichem Rang. In den folgenden Wochen wurden auch die anderen Universitätsgebäude, die den Krieg überdauert hatten, beseitigt.

Die Paulinerkirche war Teil des Dominikanerklosters gewesen, das 1543 im Zuge der Säkularisation der 1409 gegründeten Universität übereignet wurde. Als Bettelordenskirche war sie für den mitteldeutschen Raum von kunstgeschichtlichem Interesse;³ außerdem gehörte sie zu den wenigen Bauten, die in der prosperierenden Handels- und Messestadt aus dem Mittelalter erhalten geblieben waren. Den Zweiten Weltkrieg hatte sie nahezu unbeschadet überstanden. Nachdem im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts auf dem Gelände des alten Klosters Neubauten errichtet worden waren, war sie das älteste erhaltene Bauwerk der Universität.

Sie hatte jahrhundertlang als Ort akademischer Feierlichkeiten und als Begräbnisstätte für Universitätsangehörige gedient, war Wirkungsstät-

¹ Dieser Beitrag basiert auf meiner Erschließung und Darstellung des Aktenmaterials zur Vorgeschichte der Sprengung der Universitätskirche Leipzig: Die Zerstörung. Dokumente und Erinnerungen zum Fall der Universitätskirche Leipzig, Leipzig 1993.

² *Leipziger Volkszeitung*, 31. Mai 1968, S. 12.

³ Siehe Elisabeth Hütter: Die Pauliner-Universitätskirche zu Leipzig. Geschichte und Bedeutung, Weimar 1993.

te für Universitätschor und Universitätsorganisten, Gottesdienstraum für Studentengemeinde und katholische Propsteigemeinde;⁴ Theologiestudenten hielten von der Kanzel ihre erste Predigt, Musikstudenten übten an der wertvollen Orgel der Firma Eule. Die Kirche war somit vielfältig in das kulturelle, akademische und kirchliche Leben Leipzigs eingebunden; mit ihr verbanden sich zahlreiche persönliche Erfahrungen und Erinnerungen. Insofern ist es nicht verwunderlich, daß die Absicht der Zerstörung dieses Bauwerkes die stärksten Proteste und Interventionen zwischen dem 17. Juni 1953 und dem Oktober 1989 auslöste.

Die Akten der Parteiarchive, des Stadt-, Bezirks- und Universitätsarchivs machen deutlich, daß die maßgeblichen Entscheidungen zur Beseitigung der Kirche bereits 1960 gefällt wurden. Wenn in späteren Planungsphasen die Erhaltung der Universitätskirche oder des ganzen Komplexes eine der möglichen Bebauungsvarianten war, so war das wenig ernst zu nehmen bzw. der bewußt täuschenden Informationspolitik geschuldet.

Das Skandalon, eine intakte mittelalterliche Kirche zu sprengen, und zwar in solcher Eile, daß nur ein Teil der wertvollen Innenausstattung geborgen werden konnte, war im wesentlichen das Ergebnis zweier Faktoren: Zum einen spielten die städtebaulichen Vorstellungen der Zeit und ihre politisch-ideologische Fundierung eine bedeutende Rolle, und zum anderen gab die Karl-Marx-Universität entscheidende Impulse. Später verhinderten Ignoranz, Unbildung und Machtdemonstration der Parteifunktionäre, daß die Einbeziehung der Kirche in den Neubau ernsthaft erwogen wurde. In den beschließenden Gremien wie der Stadtverordnetenversammlung und dem Senat der Universität wurde dem Abriß fast ausnahmslos zugestimmt; die Motive dafür mögen vielfältig gewesen sein.

Die Einflußnahme der Universität auf den Entscheidungsprozeß war für die Öffentlichkeit nicht erkennbar und dürfte bis heute kaum in ihrem Gewicht bekannt sein; dagegen war der politisch-ideologische Faktor offenkundig.

⁴ Die katholische Propsteikirche befand sich an der Rudolphstraße gegenüber dem Neuen Rathaus und war beim schweren Bombenangriff auf Leipzig vom 4. Dezember 1943 zerstört worden. Seit Mai 1946 feierte die Gemeinde, durch die Umsiedler nach dem Krieg zahlenmäßig stark angewachsen, ihre Gottesdienste in der Universitätskirche, die dadurch im Stadtzentrum die Kirche mit der höchsten Auslastung war.

Städtebauliche und politisch-ideologische Grundlagen

Die Vorstellungen vom Wiederaufbau Leipzigs zielten in den ersten Nachkriegsjahren “nicht auf durchgreifende Neugestaltung, sondern auf rekonstruierenden Wiederaufbau”.⁵ Für den Augustusplatz bedeutete dies die Orientierung auf weitgehende Wiederherstellung des historischen Platzensembles, d.h. des Neuen Theaters, Bildermuseums und Augusteums, des teilzerstörten Hauptgebäudes der Universität. Die begrenzten wirtschaftlichen Möglichkeiten verhinderten die “Realisierung dieses denkmalpflegerisch intendierten Aufbaukonzeptes”.⁶ In den folgenden Jahren gab man Schritt für Schritt die historische Platzgestalt auf.

1950 wurden die “Sechzehn Grundsätze des Städtebaus” beschlossen, deren städtebauliches Leitbild die “bis 1955 reichende erste Entwicklungsetappe der sozialistischen Baugeschichte in der DDR entscheidend geprägt hat”.⁷ Darin heißt es:

*“Im Zentrum der Stadt liegen die wichtigsten politischen, administrativen und kulturellen Stätten. Auf den Plätzen im Stadtzentrum finden die politischen Demonstrationen, die Aufmärsche und Volksfeiern an Festtagen statt. Das Zentrum der Stadt wird mit den wichtigsten und monumentalsten Gebäuden bebaut, beherrscht die architektonische Komposition des Stadtplanes und bestimmt die architektonische Silhouette der Stadt.”*⁸

Man verwies auf das Vorbild der Sowjetunion. Führende Architekten der DDR wie Gerhard Kosel und Kurt Liebknecht hatten selbst jahrelang in der UdSSR gearbeitet. Im “Handbuch für Architekten” von 1954 wird das “alte, aus krummen Gassen bestehende Moskau” erwähnt, das zu “einer der schönsten Städte mit vielen geraden, breiten Straßen und modern eingerichteten Wohnhäusern” umgestaltet werde; auch die Hochhäuser werden hervorgehoben.⁹

Nicht mehr Tempel, Schlösser, Kirchen, Villen für die Bourgeoisie oder Verwaltungsgebäude für Konzerne und Banken sollten errichtet wer-

⁵ Topfstedt, Thomas: Augustusplatz – Karl-Marx-Platz – Augustusplatz. Aufbauplanung und Neugestaltung nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Thomas Topfstedt/Pit Lehmann (Hg.): Der Leipziger Augustusplatz. Funktionen und Gestaltwandel eines Großstadtplatzes, Leipzig 1994, S. 69–76, hier S. 69.

⁶ Ebd.

⁷ Topfstedt, Thomas: Städtebau in der DDR 1955–1971, Leipzig 1988, S. 10.

⁸ Handbuch für Architekten, hg. von der Deutschen Bauakademie, Berlin 1954, S. 102.

⁹ Ebd., S. 80f.

den, sondern Bauten für das ganze Volk, verkündete Walter Ulbricht in seiner Rede anlässlich der Gründung der Deutschen Bauakademie 1951. Der Architekt, so sagte er, müsse von “Begeisterung für das Neue” erfüllt sein, nur dann könne er “den fortschrittlichen Ideen der Menschen der neuen Zeit in den Bauwerken künstlerischen Ausdruck verleihen”.¹⁰ In diesen Jahren wurde aber auch gefordert, wertvolle alte Bausubstanz einzubeziehen, so in den “Sechzehn Grundsätzen des Städtebaus” und in Ulbrichts Rede 1951:

*“In hoher Achtung vor den großen Leistungen der deutschen Architekten der Vergangenheit werden wir die noch vorhandenen Bauwerke von Kunstwert unter Denkmalschutz stellen [...] Wir dürfen nirgends zulassen, daß die schöne Gestaltung historischer Plätze oder Gebäude durch Bauten von formalistischer Stillosigkeit zerstört wird.”*¹¹

Der tatsächliche Umgang mit der Tradition sah jedoch anders aus. Es sollte nicht um “Wiederaufbau schlechthin”, sondern um den “Aufbau sozialistischer Großstädte” gehen.¹² Die Widerstände bei der Aneignung des städtebaulichen Erbes “resultierten zum Teil aus einer Unterschätzung ihres kulturellen Wertes. Bestimmend war der Wunsch, wo immer es möglich erschien, das Alte durch Neubauten abzulösen, weil nur in diesen der konstitutive architektonische und städtebauliche Ausdruck einer im Aufbau begriffenen sozialistischen Gesellschaft gesehen wurde.”¹³ Mit ent-

¹⁰ Rede Walter Ulbrichts beim Festakt anlässlich der Gründung der Deutschen Bauakademie am 8. 12. 1951, hg. vom Amt für Information der Regierung der DDR.

¹¹ Ebd.

¹² So hieß es beispielsweise im Beschluß des Zentralkomitees der SED über die “Umgestaltung Magdeburgs zu einer sozialistischen Großstadt und die Aufgaben der Partei” vom 19. Mai 1953, in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. IV, Berlin 1954, S. 419.

¹³ Topfstedt (1988, Anm. 7), S. 54f. Daran änderte sich auch in den sechziger Jahren nicht viel: “Die ideologische Bedingtheit des in den 1960er Jahren noch beträchtlich gestörten Verhältnisses gegenüber dem städtebaulichen und architektonischen Erbe erweist sich insbesondere in der konfrontativen Absicht, durch den Bau neuer, gleichsam als ‚Siegesmale‘ der sozialistischen Gesellschaft verstandener Höhendominanten und Platzensembles die Denkmäler vergangener Geschichtsepochen zu entwerten oder gar zu beseitigen [...]. Dieser Einstellung fielen u.a. die Leipziger Universitätskirche [...] und in Potsdam das Stadtschloß [...] sowie die dortige Garnisonskirche [...] zum Opfer, weil man in ihnen nicht das zu erhalten bereit war, was sie waren, nämlich Baudenkmale hohen Ranges, sondern sie als deplaciert im neuen Ensemble einer sozialistischen Architektur empfand.” (Ebd., S. 58)

sprechenden Argumenten wurde häufig im Fall der Leipziger Universitätskirche auf platte Art und Weise argumentiert.

Die DDR bildete keine Ausnahme im Bestreben, sich von überkommenen Bautraditionen zu lösen; in allen europäischen Ländern gab es die Tendenz, die Enge der Städte zu beseitigen, großzügig und verkehrsgerecht zu bauen und Modernität zu demonstrieren. In den sozialistischen Staaten wurde allerdings dem Städtebau und der Architektur "eine übertragende ideologische Bedeutung beigemessen";¹⁴ die städtebauliche Programmatik wies der "überkommenen Stadt und ihren historischen Bauten nur noch eine untergeordnete kulturelle Bedeutung"¹⁵ zu.

Dieses Konzept wirkte sich unmittelbar auf den Augustusplatz aus, der seit 1945 Karl-Marx-Platz hieß und zum zentralen Platz bestimmt war.¹⁶ Bereits 1950 wurde der Wiederaufbau des Neuen Theaters aufgegeben und die Errichtung eines neuen Opernhauses angeordnet.¹⁷ Dieser Bau, 1960 eingeweiht, war an den Proportionen des klassizistischen Vorgängerbaus orientiert und stellte die Wiederaufbaupläne für Süd- und Westseite des Platzes nicht in Frage. Entscheidender im Zusammenhang mit den Planungen dieser Zeit war ein anderer Faktor. Ein Wettbewerb 1951 zum Bau der Oper hatte ein "Kulturhochhaus" ins Spiel gebracht, das dem Wunsch nach städtebaulichen Dominanten entsprach. Da es auf dem Standort des Bildermuseums wegen der Nachbarschaft zum Europa-Hochhaus nicht hätte errichtet werden können, sollte es den Platz des Neuen Theaters einnehmen und die Oper auf die Südseite des Augustusplatzes verlegt werden. Der Plan zu einem solchen Kulturhochhaus wurde spätestens 1953 aufgegeben; allerdings artikulierte sich bereits zu dieser Zeit die "grundsätzliche Disponibilität des historischen Baubestandes und die bauliche Manifestation eines politischen Herrschaftsanspruches in Gestalt einer Hochhausdominante".¹⁸

¹⁴ Topfstedt (1994, Anm. 5), S. 71.

¹⁵ Ebd., S. 72.

¹⁶ Leipzig, zweitgrößte Stadt der DDR und Messestadt, gehörte seit 1951 außerdem zu den sogenannten Aufbaustädten, deren Wiederaufbau besonderes politisches Gewicht beigemessen wurde. Das bedeutete, daß die Deutsche Bauakademie als zentrale wissenschaftliche Institution des Bauwesens bei den Planungen mit herangezogen werden mußte und Beschlüsse auf der Ebene des Politbüros gefaßt wurden.

¹⁷ Vgl. dazu Topfstedt (Anm. 5), S. 69ff.

¹⁸ Ebd., S. 70.

Zwei Varianten für den Standort Karl-Marx-Platz sandte Rektor Georg Mayer Ende Mai 1959 an die SED-Bezirksleitung. Beide sahen die Verrollung der Universitätskirche und die Neubebauung des Geländes vor

Der hochgeschossige Neubau am Karl-Marx-Platz hätte nach den Planungen der Universität die Paulinerkirche verdeckt

Das Vorhaben, den Augustusplatz mit einer städtebaulichen Dominante zu versehen, tauchte ab 1963 in Form des Universitätshochhauses wieder auf. Dieser Hochhaus-Plan spielte in den internen Diskussionen um den Universitätsneubau eine nicht unwichtige Rolle, da er den Abbruch der Altsubstanz nachdrücklicher legitimieren konnte als ein Neubau ohne Hochhaus. Planungen, die das Hochhaus weg vom Augustusplatz und näher an den Ring rückten, wurden demzufolge verworfen.

Ein wichtiger Schritt für die städtebauliche Planung Leipzigs war der Politbürobeschluss vom 30. Juni 1959 über den Aufbau des Leipziger Stadtzentrums. Er sah für den Augustusplatz vor, die östliche Platzfront mit Neubauten zu schließen, an der Südseite das Bildermuseum wieder aufzubauen sowie an der Westseite das Augusteum zu erhalten und die Universitätskirche auf einen rückwärtigen Standort zu versetzen, um durch einen vorgetzten Neubau auch diese Platzfront "einheitlich" zu gestalten. Die Ostseite erhielt in den Jahren 1961 bis 1965 mit dem Hauptpostamt und dem Hotel "Deutschland" eine neue Bebauung. Das alte Bildermuseum wurde ab Juni 1962 in mehreren Abschnitten gesprengt; ein geplanter Neubau kam nicht zustande. Die Südseite des Platzes war somit aufgegeben, so daß vom historischen Platzensemble nur noch die Westseite mit der Universität ihr ursprüngliches Aussehen besaß – die Chancen für ihren Erhalt hatten sich dadurch deutlich verschlechtert.

Die Verrollung der Universitätskirche in den Planungen von 1959 war durchaus ernst gemeint, allerdings scheiterten bereits die Bemühungen, einen Projektierungsbetrieb zu gewinnen. Bis zu einem Bebauungsplan, der auch auf die Kirche verzichtete, war es nun kein großer Schritt mehr, forciert durch die Forderungen der Universität. Der Rat der Stadt Leipzig gab am 21. Juni 1960 eine Untersuchung für die Bebauung der Süd- und Westseite ohne Altsubstanz in Auftrag. Vier Architektenkollektive lieferten Entwürfe, einer davon erhielt die Kirche am alten Standort. Dieser Entwurf wurde in einer Ausstellung zum Wiederaufbau Leipzigs im Oktober 1960 nicht gezeigt, vielmehr fragte Stadtarchitekt Walter Lucas in der LVZ, ob es sich lohne, Ruinen auszubauen, die den Anforderungen der Gegenwart nicht genügen. "Oder soll das zerstörte Alte einem neuen Größeren und Schöneren Platz machen, um den zentralen Platz unserer Stadt nach den Grundsätzen des sozialistischen Städtebaus großzügiger und einheitlicher zu gestalten?"¹⁹

¹⁹ *Leipziger Volkszeitung*, 16. 10. 1960, S. 8.

Der Protest, den die Bebauungspläne ohne Universitätskirche auslösten, führte dazu, daß der Abbruch der Kirche auf Anweisung Ulbrichts durch die Presse dementiert und die Öffentlichkeit künftig ausgeschlossen wurde.

Die Rolle der Universität

Die Karl-Marx-Universität hatte mit ihren Forderungen nach ausreichend Raum, die nicht unberechtigt waren, maßgeblichen Anteil daran, daß es schließlich zu Bauplanungen kam, die auch die Universitätskirche preisgaben. Die Kriegsschäden an den Universitätsgebäuden waren beträchtlich;²⁰ für die Wiederaufnahme des akademischen Betriebs im Februar 1946 hatten zahlreiche behelfsmäßige Lösungen gefunden werden müssen, so daß die Universitätseinrichtungen in noch größerem Maße als vor dem Krieg über das Stadtgebiet verstreut waren. Die ersten Baumaßnahmen nach 1945 dienten überwiegend der Wiederherstellung zerstörter medizinischer und naturwissenschaftlicher Institute bzw. Kliniken, und auch der Bau neuer Gebäude nach 1951 kam vor allem diesen Bereichen zugute.

Während der gesamten fünfziger Jahre favorisierte die Universität das Konzept eines eigenen Viertels, das zwischen Bayrischem Platz und Technischer Messe entstehen sollte. Dieses Gelände war dafür prädisponiert, denn dort befanden sich bereits viele Universitätseinrichtungen; außerdem lag es zentrumsnah und umfaßte zum großen Teil Freiflächen. Im Jahr 1950 erarbeitete eine Dresdner Architektengruppe einen Plan, der "großzügig angelegt war, aber leider in keinem Verhältnis zu den damaligen Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung der DDR stand".²¹ Die weitere Planung des Universitätsviertels wurde vom Entwurfsbüro für Hochbau beim Rat der Stadt Leipzig übernommen.²²

Der Wunsch nach einem geschlossenen Universitätsgebiet südöstlich vom Stadtzentrum führte dazu, daß die Universität das Augusteum gern aufgeben hätte. In einer Besprechung am 4. November 1955 zwischen

²⁰ Die höchste Angabe mit 80 Prozent findet sich bei Heinz Füßler: Leipziger Universitätsbauten. Die Neubauten der Karl-Marx-Universität seit 1945 und die Geschichte der Universitätsgebäude, Leipzig 1961, S. 13.

²¹ Ebd., S. 38.

²² Vgl. zu diesen Planungen und zu den Bauleistungen bis 1959 die ausführliche Beschreibung bei Füßler.

Vertretern der Universität, der Stadt und des Zentralkomitees der SED äußerte Hubert Jusek, Verwaltungsdirektor der Universität und später einer der vehementesten Streiter für die Neubauvariante, das Augusteum genüge den modernen Anforderungen nicht; die Universität lege deshalb keinen Wert darauf. Auch dessen schlechter baulicher Zustand kam zur Sprache; ein Notdach wurde vorgeschlagen, um das Gebäude vor weiterem Verfall zu schützen. Die Universität äußerte jedoch unmißverständlich ihre prinzipielle Bereitschaft, das Augusteum an einen anderen Träger abzugeben und es beispielsweise als Museum oder Kulturhaus nutzen zu lassen.

Rektor Georg Mayer erbat 1956 mehrere Gutachten zum baulichen Zustand des Augusteums, u.a. vom Direktor des Kunsthistorischen Instituts, Prof. Heinz Ladendorf, der den Wert der historistischen Architektur, die in dieser Zeit generell wenig geachtet wurde, hervorhob. Die Universität nahm nun – vermutlich auf Veranlassung der Aufbauleitung Leipzig – den Wiederaufbau des Augusteums in den Blick, denn das 550jährige Jubiläum der Universität 1959 stand bevor. Es kam aber zu keiner klaren Entscheidung. Stadtarchitekt Lucas konstatierte im Juni 1957, daß das Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen nur einen Teil des neuen Perspektivplanes der Universität bestätigt habe und daß das Augusteum nicht darunter sei. Es müsse endlich ein Grundprojekt für den Wiederaufbau in Auftrag gegeben werden, auch wenn die Verwirklichung zeitlich noch nicht abzusehen und bis zur Jubiläumsfeier nicht zu erreichen sei. Auch hinsichtlich des Universitätsviertels bestanden Unklarheiten; Lucas vermerkte überschneidende Interessen von Messe, Deutscher Bücherei und Universität.

Leipzigs Oberbürgermeister Erich Uhlig äußerte im Februar 1958 in einem Bericht für den Rat der Stadt, daß die Vorplanung für das Augusteum bis März 1958 abgeschlossen und der Neubau des Universitätsviertels nicht vor 1970 begonnen werde. Den Akten läßt sich aber entnehmen, daß die Universität nach wie vor den Wiederaufbau des Augusteums ablehnte. Als Anfang 1959 die Parteikommission der Universität über den anstehenden Perspektivplan für die Jahre 1959 bis 1965 debattierte, plädierte Rektor Mayer für einen Neubau. Ende Mai informierte er Paul Fröhlich, den 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Leipzig, über die Vorstellungen der Universität. Zwei Standorte stünden für die gesellschaftswissenschaftlichen Einrichtungen zur Diskussion: der alte am Karl-Marx-Platz oder ein neuer im geplanten Universitätsviertel; letzterer sei für die Universität vorteilhafter. Im Stadtzentrum seien aufgrund des Raumbes-

darfs zehn bis dreizehn Geschosse notwendig; sollte dies nicht mit städtebaulichen Vorstellungen konform gehen – was offensichtlich war – müßte die Straße des 18. Oktober als Standort gewählt werden. Für den Standort Innenstadt waren zwei Varianten beigefügt; beide zeigten die Paulinerkirche 45 Meter in Richtung Universitätsstraße verrollt und einen vielgeschossigen Neubau an ihrer Stelle. Der Perspektivplan, den der Senat am 22. Juni 1959 beschloß, sah keine Mittel für das Augusteum vor. Die Festschrift zur 550-Jahr-Feier der Universität verkündete die Idee des Neubaus am Karl-Marx-Platz, ohne die historische Bausubstanz zu erwähnen:

“Das Rektorat mit den Prorektoraten und der Verwaltungsdirektion sowie einige gesellschaftswissenschaftliche Fakultäten sollen auf dem Gelände des alten Universitätsgebäudes in einem neuen Gebäude untergebracht werden. Die äußere Begrenzung für eine komplexe Bebauung wird durch den Karl-Marx-Platz, die Universitätsstraße und die Grimmaische Straße festgelegt. Ein Flächenaufteilungsplan und die funktionelle Lösung des Baukomplexes mit der äußeren architektonischen Gestaltung sind in Bearbeitung.”²³

Das Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen als zentraler Planträger bestärkte die Universität in ihren Forderungen und informierte am 13. Juni 1959 den Leiter der Abteilung Wissenschaften beim Zentralkomitee der SED, Johannes Hörnig, über den Stand der Dinge. Das Projekt des Universitätsviertels werde durch Bestrebungen des Deutschen Fernsehfunks gefährdet, im Bereich der Straße des 18. Oktober ein Zentrum des Fernsehfunks zu bauen. Außerdem wolle die SED-Bezirksleitung Leipzig dem Politbüro vorschlagen, den Universitätskomplex am Karl-Marx-Platz aus städtebaulichen Gründen wieder aufzubauen. Aufgrund des Raumbedarfs sei aber ein Wiederaufbau ausgeschlossen; statt dessen brauche man zehn- bis dreizehngeschossige Neubauten.

Aus diesem Schreiben geht auch hervor, daß sich die Universität nicht nur an die SED-Bezirksleitung gewandt hatte, sondern ebenso an den Rat der Stadt und den Rat des Bezirkes. Ihre Wünsche waren demnach bekannt, fanden aber zunächst keine Berücksichtigung. Der Politbürobeschuß vom 30. Juni 1959 schien die Diskussion zunächst zugunsten des Augusteums zu entscheiden, doch die Auseinandersetzungen hörten nicht auf.

In einem Bericht vom 24. Oktober 1959 kritisierte Stadtbaudirektor Helmut Ober, daß der Rat der Stadt versäumt habe, sich mit den zentralen

²³ Karl-Marx-Universität Leipzig. Festschrift zur 550-Jahr-Feier, Leipzig 1959, S. 214.

Planträgern abzustimmen. So sei hinsichtlich der Universitätsbauten im Stadtzentrum noch keine Klarheit mit dem Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen erzielt worden. Im Augenblick bestünden noch Einwände der Universität gegen den Ausbau des Augusteums.

Am 28. Oktober trugen Vertreter des Staatssekretariats und der Universität ihr Anliegen im Wirtschaftsrat des Bezirkes vor. Der Bericht vermerkt, daß sie auf einem geschlossenen Universitätsgebiet beharrten und andere Lösungen für das vorgesehene Gelände (Fernsehzentrum, Messemagistrale) nicht anerkannten. Sie sprachen sich nicht gegen die Erhaltung des Augusteums aus, so der Bericht, sondern gegen dessen Übernahme durch die Universität. Bei der gesamten Leitung, so habe Rektor Mayer geäußert, bestünde kein Interesse an der Traditionsstätte, nur Professor Frings sei in Erinnerungen an die alte Sächsische Akademie der Wissenschaften verliebt. Auf den Politbürobeschuß angesprochen, hätten sie behauptet, erstmals davon zu hören; die weitere Diskussion habe aber gezeigt, daß alles unternommen werde, den Beschluß zu hintergehen. Die Beratung endete mit dem Ergebnis, daß sich die Universität an die SED-Bezirksleitung wenden wolle, um eine Aufhebung des Politbürobeschlusses zu erwirken.

Zwei Tage später mußte sich der Verwaltungsdirektor der Universität, Hubert Jusek, vor der SED-Bezirksleitung verantworten. Er wurde des parteiwidrigen Verhaltens beschuldigt, und die SED-Parteispitze des Bezirkes Leipzig, an diesem Tag ohne Paul Fröhlich, forderte nachdrücklich den Wiederaufbau des traditionsreichen Augusteums unter Berufung auf den Beschluß des Politbüros und die Äußerungen Walter Ulbrichts, der die Erhaltung der Universität in ihrem historischen Stil gefordert habe. Auch Rektor Mayer wurde kritisiert, der in einer Diskussion um das Augusteum den Umzug in ein solch repräsentatives Gebäude abgelehnt habe.

In Berlin setzte sich wiederum das Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen für die Interessen der Karl-Marx-Universität ein. Franz Dahlem, 1. Stellvertreter des Staatssekretärs, wandte sich am 17. November 1959 an Kurt Hager, der im SED-Zentralkomitee u.a. für Wissenschaft zuständig war, und kritisierte die mangelnde Abstimmung der Partei- und Staatsorgane mit der Universität vor der Beschlußfassung. Die Arbeitsgruppe Hoch- und Fachschulpolitik beim Zentralkomitee befand im Januar 1960, daß die Einwände des Staatssekretariats berechtigt seien. Das Staatssekretariat habe aufgrund der unklaren Lage bislang keinen Projektierungsauftrag für das Hauptgebäude vergeben. Als Kompromiß

wurde vorgeschlagen, daß die Universität die notwendigen Maßnahmen zum Schutz des Hauptgebäudes vorfinanzieren und später zurückerhalten solle.

Währenddessen bestand der neue Leipziger Oberbürgermeister Walter Kresse bei der Universität auf der Erfüllung des Beschlusses. Im Dezember 1959 wies er in einer Besprechung mit Universitätsvertretern darauf hin, daß das Hauptgebäude als unter Denkmalschutz stehend behandelt werde; und im Januar 1960 bat er Jusek, mit dem Staatssekretariat den Wiederaufbau des Augusteums, der im nächsten Siebenjahrplan Leipzigs vorgesehen sei, abzusichern. Stadtarchitekt Lucas beklagte sich in einer Sitzung des Rates des Bezirkes im Februar 1960 über mangelnde Unterstützung durch die Universität.

Die Universitätsleitung schien einzulenken, denn ein Brief von Rektor Mayer an den Oberbürgermeister vom 4. März 1960 signalisierte die Bereitschaft, das Augusteum durch die Universität zu nutzen. Allerdings hält eine Aktennotiz von Stadtarchitekt Lucas Ende April fest, daß Verwaltungsdirektor Jusek in Berlin wegen der Unklarheiten bezüglich Augusteum und Universitätsbibliothek verhandeln werde. Jusek scheint sich noch einmal nachdrücklich für den Neubau eingesetzt zu haben, denn Staatssekretär Girnus bat am 12. Mai 1960 Walter Ulbricht, helfend einzugreifen. Ohne Wissen der Universität und des Staatssekretariats sei der Wiederaufbau des Augusteums in die Vorlage für den Politbürobeschuß eingebracht worden und stoße bei Rektor, Senat und vielen Professoren auf Ablehnung.

Inzwischen waren die Bemühungen um die Verrollung der Universitätskirche gescheitert und dadurch der vorgesezte Neubau in Frage gestellt. Das führte im Zusammenhang mit den beharrlichen Forderungen der Universität nach einem Neubaukomplex dazu, daß die gesamte historische Bausubstanz zur Disposition gestellt wurde. Am 21. Juni 1960 ordnete der Rat der Stadt eine Untersuchung der Bebauung der Süd- und Westseite des Augustusplatzes ohne Altsubstanz an. Walter Ulbricht, der am 9. Oktober 1960 die in Vorbereitung befindliche Ausstellung "Wir bauen unsere Stadt, alle helfen mit" besuchte, wies die Einwände des CDU-Stadtrates Wittstock bezüglich des Kirchenabbruchs zurück: Die Kirche sei Bestandteil der Karl-Marx-Universität, ihre eventuelle Beseitigung stelle keinen Eingriff in die Belange der christlichen Bürger dar. Und er berief sich auf die Vorschläge der Universität: Die Forderungen der Professoren zur Gestaltung eines Gesamtkomplexes seien gut.

Die Universität war damit ihren Zielen ein großes Stück nähergekommen. Man kann ihr in der Planungsphase bis Anfang 1960 nicht den Vorwurf machen, auf den Abriß der Paulinerkirche hingearbeitet zu haben, da sie bis dahin die Hoffnung auf ein geschlossenes Universitätsviertel und einen Wechsel der Trägerschaft für das Augusteum hegte. Die Geringschätzung des Hauptgebäudes und seine Preisgabe, aus heutiger Perspektive unverständlich, bedeutete nicht gleichzeitig den Wunsch nach Beseitigung der Kirche.

Der Zusammenhang von Abbruch des Augusteums und Abbruch der Kirche wurde aber evident, nachdem sich die Verrollung der Kirche als undurchführbar erwiesen hatte. Nun mußte das Beharren auf einem Neubau auch die Kirche gefährden. Ganz offenkundig zeigte sich die Bereitschaft der Universität, die Kirche aufzugeben, als in der Planungsphase 1962/63 erneut der Aufbau der Altsubstanz als Möglichkeit erwogen wurde (lediglich aus ökonomischen Gründen!). Rektor Georg Mayer schrieb am 27. April 1963 an Oberbürgermeister Walter Kresse, die einhellige Meinung des Senats sei, die Altsubstanz zu beseitigen und einen Neubau zu errichten. Insofern ist den damaligen Entscheidungsträgern der Universität ein gehöriges Maß an Mitverantwortung für die Zerstörung des alten Universitätskomplexes zuzuweisen.

Die weiteren Planungen

Obwohl im Politbürobeschuß vom 30. Oktober 1962 noch einmal die Erhaltung der Altsubstanz erwogen wurde, hatte diese Möglichkeit keine Chance auf Verwirklichung. Zu stark war der Wunsch nach architektonischer Manifestation des politisch-ideologischen Herrschaftsanspruches am zentralen Platz. Die weitere Planung kann hier nicht im einzelnen ausgeführt werden,²⁴ generell aber läßt sich sagen, daß die Kirche und die anderen Universitätsgebäude schon eher der Zerstörung anheimgefallen wären, wenn es nicht ökonomische Probleme gegeben hätte. Alle Vorschläge, wenigstens den Innenraum der Kirche zu erhalten, wurden ignoriert, obwohl sie dem Anspruch auf bauliche Neugestaltung der Westseite des Platzes genügt hätten. Die Jury, die 1968 über die fünf Entwürfe des

²⁴ Vgl. dazu Löffler (Anm. 1) und Christian Winter: Die Auseinandersetzung um die Universitätskirche St. Pauli zu Leipzig. Vorgeschichte und Umstände der Zerstörung, Diss. Leipzig 1994.

Wettbewerbs zu befinden hatte, vergab keinen ersten Preis, der zweite Preis ging an das Dresdner Architektenkollektiv. In Berlin wurde dieses Ergebnis nicht berücksichtigt; nach einer Aussprache mit Walter Ulbricht notierte Werner Heynisch, Präsident der Deutschen Bauakademie, daß der Entwurf des Berliner Architektenkollektivs unter Leitung von Hermann Henselmann als Grundlage der weiteren Planung dienen sollte. Bis zuletzt war somit die Konzipierung des Universitätskomplexes ein Paradigma für das Funktionieren autoritärer Machtstrukturen.

Vom “Weisheitszahn” zum Werbesymbol

Der Leipziger Universitätsturm im Wandel seiner Bewertung

Thomas Topfstedt

“Als Abschluß der Bebauung des Karl-Marx-Platzes wird auf universitätseigenem Gelände ein neuer zentraler Komplex der Karl-Marx-Universität als Stätte der Forschung, Lehre, Aus- und Weiterbildung errichtet. Damit wird dieser Platz zu einem Zentrum der Wissenschaften, des technischen Fortschritts und durch Kongresse und wissenschaftliche Symposien zu einem nationalen und internationalen Treffpunkt. Die Raumbestimmung innerhalb des zentralen Komplexes der Karl-Marx-Universität erfolgt im Zusammenhang mit der Hochschulreform. Gebaut wird ein Hauptgebäude an der Westseite des Platzes mit modernsten Ausbildungseinrichtungen und dem Rektorat, in dessen Erdgeschoßzone besonders wirkungsvolle Kommunikationen von studentischer Jugend und Arbeitern, von Lernenden und sich qualifizierenden Bürgern ermöglicht werden. Weiterhin entsteht ein ungefähr 140 m hohes Universitätsgebäude, das durch seine unverwechselbare Gestaltung dem Ensemble das entscheidende Gepräge gibt. An der Südseite des Karl-Marx-Platzes fügt sich in den Grüngürtel des Promenadenringes das Auditorium maximum ein. An diese Komplexe schließen sich weitere Ausbildungsstätten, Hörsäle und Seminarräume sowie die Mensa an. Sie stellen gemeinsam funktionell und gestalterisch das zentrale Ensemble der Karl-Marx-Universität dar. Es ist Ausdruck der Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, der beispielhaften Entwicklung der Wissenschaften zu einer Hauptkraft unserer Gesellschaftsordnung. Die überragende Bedeutung besteht auch darin, daß es sich um den ersten Neubau eines zentralen Universitätskomplexes unserer Republik, also einer sozialistischen Universität an traditionsreicher Stätte handelt.”¹

Mit diesen knappen und zugleich vollmundigen Worten umriß Horst Siegel, damals Chefarchitekt der Stadt Leipzig, das Funktionsprogramm und die ideologische Zielsetzung des Leipziger Universitätsneubaus. Die Erschließung der Baustelle, für die im Mai/Juni 1968 durch die Sprengung der teilruinösen alten Universitätsgebäude und der völlig intakten gotischen Universitätskirche auf barbarische Weise Platz geschaffen worden

¹ Siegel, Horst: Stadtzentrum Leipzig. In: *deutsche architektur* 1968, Heft 10, S. 594/ 597.

war,² begann noch im gleichen Jahr. In frappierendem Tempo – jede Woche etwa ein Geschoß – wuchs der im monolithischen Gleitverfahren gegossene Betonkörper des Universitätshochhauses empor. Die übrigen Bauten wurden in der üblichen Stahlbeton- und Stahlskelettmontagebauweise errichtet. Dank solcher hochrationalisierten Bauverfahren konnte das Rektoratsgebäude bereits im September 1971 seiner Bestimmung übergeben werden. Hochhaus, Seminargebäude und Mensa wurden mit Beginn des Herbstsemesters 1973 genutzt, die Gesellschaftswissenschaftliche Zweigstelle der Universitätsbibliothek und der Hörsaalkomplex 1974 eröffnet. Nach einer insgesamt sechsjährigen Projektierungs- und Bauzeit war der Neubaukomplex einschließlich der Außenanlagen 1975 fertiggestellt und in vollem Betrieb.³ (Abb. VII.1)

Zu diesem Zeitpunkt hatten viele Universitätsangehörige die dramatischen Konflikte des Jahres 1968 bereits aus ihrem Alltagsbewußtsein verdrängt, doch war auch nirgendwo die noch Ende der sechziger Jahre im Namen des “gesellschaftlichen Fortschritts” vorgetäuschte⁴ oder tatsäch-

² Zur Planungsgeschichte des Universitätsneubaus und den politischen Gründen, die zur Beseitigung des historischen Universitätskomplexes mit der Universitätskirche führten, siehe Katrin Löffler: Die Zerstörung. Dokumente und Erinnerungen zum Fall der Universitätskirche Leipzig, Leipzig 1993.

³ Eine sachliche, instruktive Beschreibung des fertiggestellten Bautenensembles gibt Helmut Ullmann: Neubaukomplex der Karl-Marx-Universität Leipzig, in: *deutsche architektur* 1974, Heft 2, S. 72ff.

⁴ So äußerte sich der damalige Rektor der Leipziger Karl-Marx-Universität, Prof. Ernst Werner, in der *Leipziger Volkszeitung* vom 24. Mai 1968: “Ich habe 1946 in den Trümmern der alten Universität mein Studium begonnen. (...) In unseren kühnsten Träumen hätten wir nie geglaubt, daß diese neue Universität [Henselmans Entwurf, d.Verf.] so gigantisch, so zukunftssträchtig aussehen wird. Wir Studenten der ersten Stunde sind begeistert von diesem neuen Plan und stehen voll dahinter. Für uns ist das vor allem ein überzeugender Beweis, daß unser Weg der richtige ist. Wir werden uns des großen Namens, den unsere Universität trägt, auch in Zukunft würdig erweisen.” Fünfundzwanzig Jahre später bekannte er: “Der Neubau goß die Funktionsuntüchtigkeit gewissermaßen in Stein. Durch den Turm wurden wir von den Studenten getrennt. Das haben wir Henselmann auch immer wieder gesagt. Aber er nahm unsere Einwände gar nicht ernst. Als Protegé Ulbrichts hatte er Rückenwind und war überzeugt davon, daß er den Wettbewerb gewinnen würde. Ich habe aus Befangenheit gegenüber Henselmann nicht an der Jury teilgenommen, weil ich mich mit diesem Mann nicht an einen Tisch setzen wollte. Georg Mayer vertrat mich. (...) Es waren schwere Zeiten. Das einzige, was ich hätte tun können, wäre der Rücktritt gewesen. Dazu fehlte mir der Mut, nicht nur wegen der zu erwartenden Maßregelung, sondern auch wegen der Autoritätsgläubigkeit gegenüber den

lich ehrlich gemeinte Zustimmung zum Universitätsneubau mehr auszumachen. Die ursprünglich von nicht wenigen gehegte, auf naiver Fortschrittsgläubigkeit sich gründende Erwartung, daß – gleichsam als “Belohnung” für den Abrißakt – mit den neuen Gebäuden eine nachhaltige Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Hochschullehrer und die Studierenden erreicht würde, war längst einer großen Ernüchterung gewichen. Sie hatte ihre Ursache sowohl im nicht vollständig verwirklichten Bauprogramm wie auch in grundlegenden strukturellen und bautechnischen Mängeln, die mit der Zeit immer deutlicher zutage traten.

So wurde das *Auditorium maximum*, das für das gesamte kulturelle Leben der Universität eine eminent wichtige Rolle gespielt hätte, bald wieder aus der Planung genommen. Statt dessen entstand 1977-1981 das Neue Gewandhaus, in dem die Universität eher als geduldeter denn als wirklich willkommener Gast ihre alljährlichen Immatrikulationsfeiern und einige andere Veranstaltungen durchführen konnte. Die um einen langweiligen Innenhof gruppierten Neubautrakte, allen voran das unwirtliche Seminargebäude, erwiesen sich mit ihrer Inbetriebnahme wenig funktional, weil im Raumprogramm viel zu starr und vor allem nicht erweiterungsfähig für einen Lehrbetrieb, dessen Raumbedarf aufgrund steigender Studentenzahlen kontinuierlich zunahm. Dabei war der größte Teil der naturwissenschaftlichen Fachrichtungen in seinen angestammten Institutsbauten verblieben und lediglich die Gesellschaftswissenschaften (mit Ausnahme einiger Disziplinen wie Kunsterziehung, Musikwissenschaft und Musikpädagogik) im Neubau am Karl-Marx-Platz angesiedelt worden. Dies führte in der Tat zu einer räumlichen Konzentration vieler Lehrinrichtungen an einem Ort, doch wäre ein wesentlich besseres Resultat durch Wiederaufbau beziehungsweise den Ausbau des historischen Universitätsensembles zu erreichen gewesen, wie es die Entwicklungsplanungen für den Altbau noch bis zum Ende der fünfziger Jahre vorgesehen hatten.

Nur sehr bedingt war auch ein anderes Ziel, die organische Einbindung des Neubaukomplexes in das Stadtzentrum und damit die “enge Verbindung der studentischen Jugend mit dem gesellschaftlichen Leben in der Stadt”,⁵ verwirklicht worden, denn es fehlte – mit Ausnahme der

höchsten Staatsorganen. Darin sehe ich meine Schuld. Der Rücktritt wäre die einzige Chance gewesen, und die habe ich vertan.” (Löffler 1993, S. 142 f.)

⁵ Ullmann 1974, a.a.O., S. 72.

Galerie im Hörsaalbau – das entsprechend großzügig ausgelegte Raumangebot für eine öffentliche kulturelle Nutzung. Der Neubaukomplex der Karl-Marx-Universität war mit seinen moralisch und materiell rasch alternden Bautrakten nach den damals international gängigen Prinzipien einer strikten Funktionstrennung ohne städtebauliche oder architektonische Bindung an das historisch gewachsene Gefüge der Leipziger Innenstadt errichtet worden. Was entstand, war eine Art Mini-Campus, dem das Umfeld für fast jegliche weitere Entwicklung fehlte.

Im Gegensatz zu diesen baukünstlerisch belanglosen Gebäuden gelang es, mit dem Bau des sich dem Karl-Marx-Platz zuwendenden Universitätshochhauses eine eindrucksvolle architektonische Geste zu formulieren. Henselmann stellte in seinem Entwurf drei konkav einschwingende, mit einer hellen Stahl-Aluminium-Vorhangsfassade verkleidete Betonscheiben so zueinander, daß sie einen dynamischen, in seiner Großform dreieckig erscheinenden Turmkörper bilden. Im Sinne der damals grassierenden Bildzeichen-Architektur⁶ sollte das Hochhaus als “aufgeschlagenes Buch” und mithin als bauliche Metapher für “Wissenschaft” verstanden werden. Eine zusätzliche semantische Aufladung im Sinne einer allgemeinen Siegesymbolik erfuhr der Turm durch seinen 20 Meter hohen, als Stahlfachwerkkonstruktion ausgeführten Aufsatz in Gestalt einer kühn aufgipfelnden “Fahne”. Durch diese eigenwillige Formung hat das Leipziger Universitätshochhaus eine unverwechselbare Gestalt erhalten und prägt noch heute die Stadtsilhouette als das höchste Bauwerk Leipzigs.

Weniger gut stand es freilich von Anfang an um die Gebrauchseigenschaften des Turmes. Nach Henselmanns ersten Vorstellungen sollte er fensterlos ausgeführt werden und übereinandergestapelte Hörsäle enthalten, was gewaltige Verkehrsflächen und eine Vielzahl von Nottreppenhäusern und Fahrstühlen erfordert hätte. Dieses funktionell absurde Konzept wurde mit baupolizeilichen und finanziellen Argumenten rasch zu Fall gebracht, doch erwies sich auch die schließlich verwirklichte Nutzung des Turmes als folgenschwere, weil den genuinen Abläufen des universitären Betriebes zuwiderlaufende Fehlentscheidung: in das Hochhaus zogen die zu verschiedenen Sektionen zusammengefaßten Fachbereiche (d.h. die ehemaligen Institute) und die Sektionsleitungen ein, wodurch die Lehrenden definitiv von den Studierenden getrennt wurden. Die Hoch-

⁶ Topfstedt, Thomas: Städtebau in der DDR 1955-1971, Leipzig 1988, S. 61ff.

schullehrer und die wissenschaftlichen Mitarbeiter saßen räumlich beengt und mit einem völlig unzulänglichen Arbeitsinstrumentarium im Turm; die Studierenden aber hatten nach Auflösung der alten Institutsstrukturen und der dazugehörigen, einst wohlausgestatteten Institutsbibliotheken überhaupt keine richtige Heimstatt mehr. Die unausbleibliche Folge war, daß jegliche spontane Kommunikation zwischen Lehrenden und Studierenden und damit die auf einer unmittelbaren räumlichen Nachbarschaft von Forschung und Lehre, von Bibliothek, Seminarraum und Hörsaal beruhende herkömmliche Form der akademischen Ausbildung wenn nicht völlig unterbunden, so doch ungeheuer erschwert wurde.

Wer fortan neue Fachliteratur lesen und sich nicht mit mageren Handapparaten begnügen wollte, mußte unweigerlich den Turm verlassen, so daß die eigentliche wissenschaftliche Arbeit, ja jede produktive geistige Tätigkeit, überall, nur nicht im Universitätsturm, stattfand. Im Hochhaus wurde verwaltet, Präsenzzeit abgesessen und dem Versammlungs(un)wesen gehuldigt. Studenten traf man im Hörsaalbau, im klaustrophobische Ängste auslösenden Seminargebäude, in der Universitätsbibliothek, in der Mensa und zu jeder Tageszeit in den zahlreichen Cafés der Innenstadt, wo auf vergnüglich ineffektive Weise viel Zeit zwischen den Lehrveranstaltungen verbracht wurde, weil es eben keine Institutsräume mit Arbeitsmöglichkeiten für die Studenten mehr gab.

So führte die mit der Zerschlagung der traditionellen akademischen Strukturen einhergehende konsequente Funktionsentflechtung nicht zu einer besseren Ordnung des Hochschulbetriebes, sondern Schritt für Schritt zu immer schlechteren Arbeitsbedingungen. Hermann Henselmans vielgepriesener, durch seine kühne Form zweifelsohne bestechender “Turm der Wissenschaft” wurde für alle, die gezwungen waren, dort ständig zu arbeiten, zu einer Dauerbelastung. Weder funktionierten die Belüftungsanlagen zuverlässig, noch war bei der völlig unpraktischen vertikalen Verteilung der universitären Einrichtungen auf insgesamt 23 Etagen⁷ ein effektiver Personentransport möglich. Zumeist war nur ein Teil der Fahrstühle in Betrieb, wodurch enervierend lange Wartezeiten und beklemmende Personenstaus zum Regelfall wurden.

⁷ Die Etagen 2, 14 und 26 sind Installationsgeschosse; die 27. Etage enthält das heute leider geschlossene Panorama-Café, zu dem man mittels eines speziellen “Blitzlifts” gelangte.

Es verwundert kaum, daß der Universitätsturm von seinen Nutzern nicht gerade geliebt wurde, und daß ihn die Leipziger Bürger, die – wie übrigens auch alle Besucher der Stadt – ohnehin keinen freien Zugang zu den universitär genutzten Räumlichkeiten des Turms hatten, dem Hochhaus mit einer gewissen Gleichgültigkeit begegneten. Dessen ungeachtet fand der seitens der SED-Presse lancierte Spitzname “Uniriese” in der Öffentlichkeit eine bis heute erstaunlich breite Akzeptanz. Die Universitätsangehörigen hingegen nannten das wenig geschätzte Bauwerk prosaisch kurz “der Turm” oder sprachen mit ironischer Distanz vom “Weisheitszahn” (in Studentenkreisen waren des weiteren im Umlauf “Professoren-rutsche” und “Kaderabschußrampe”; damit erschöpfte sich der Volkswitz).

Als mit der politischen Wende 1989/90 die Neustrukturierung der *Alma mater Lipsiensis* begann und diese ihren alten traditionsreichen Namen Universität Leipzig wiedererhielt, war der Universitätsturm zunächst nur von innerbetrieblich administrativem Interesse. Seine Erstausrüstung aus den frühen siebziger Jahren war noch immer so gut wie vollständig vorhanden und, von der maroden Infrastruktur bis hin zu den abgewetzten Fußbodenbelägen und dem tristen Einheitsmeublement der Professoren- und Assistentenzimmer, hoffnungslos verschlissen. Sukzessive wurden mit erheblichem finanziellen Aufwand die gravierendsten Mängel behoben, d.h. neue sanitäre Einrichtungen und zwei neue Fahrstühle eingebaut, die Räume schrittweise renoviert und – dank anfänglich recht großzügiger Berufungsmittel – völlig neu möbliert. Wo es anging, schuf man durch eine zweckmäßigere Raumaufteilung bessere Arbeitsbedingungen für die Wissenschaftler und die Angestellten, richtete Seminarräume mit Handbibliotheken ein und gestaltete im Rahmen begrenzter Möglichkeiten eine Arbeitswelt, mit der sich die Universitätsangehörigen endlich zu identifizieren begannen. Die funktionellen Grundschwächen des Universitätshochhauses – Raumangel, räumliche Trennung der größeren Institute von den Orten der Lehre, lange Wartezeiten und Personenstau vor den Fahrstühlen – aber blieben bestehen und konnten bloß gemildert werden. (Abb. VII.2/3)

Zu Beginn der neunziger Jahre kam, begleitet von einem rasch sich entfaltenden Bauboom, Bewegung in die Besitzverhältnisse im Leipziger

Stadtzentrum.⁸ So bot die Leipziger Messegesellschaft, die sich seit 1991 mit Neubauplänen trug, einige ihrer großen innerstädtischen Mustermeßhäuser zum Verkauf an. Es war dies für die Universität eine einmalige Chance, sich bei Wahrung aller zentralen Standortvorteile räumlich in Richtung Innenstadt zu erweitern, etwa durch die Adaption des Städtischen Kaufhauses, in dessen gewaltiges Bauvolumen die Raumkapazität des Uniturmes bequem hätte umgelegt werden können. Leider wurden diese Mittel nicht bewilligt, so daß der ehemalige Messehauskomplex 1993-1996 zu einem Büro- und Geschäftshaus der Nobelklasse ausgebaut wurde. Die Universität aber verblieb in ihrer alten baulichen Hülle, wobei das Raumproblem durch steigende Studentenzahlen und durch die Rückübertragung zahlreicher, seit 1946 universitär genutzter Immobilien im Stadtgebiet sich immer mehr zuspitzte.

In den Ziel- und Entwicklungsplanungen der Leipziger Universität spielte das Hochhaus zunächst keine exponierte Rolle, wenngleich die hohen Sanierungskosten von Anfang an Sorgen bereiteten und deshalb auch die Möglichkeiten des Verkaufs erwogen wurden. Das Turm-Problem wurde erst im Oktober 1994 zur öffentlichen Angelegenheit, als das Universitätshochhaus vom Sächsischen Staatsministerium für Finanzen zum Verkauf ausgeschrieben wurde. Es eskalierte in der Folgezeit zu einem erbitterten Rechtsstreit zwischen dem sächsischen Freistaat und der Leipziger Universität.⁹ Im Rahmen dieser Auseinandersetzungen erfuhr der Universitätsturm einen erstaunlichen Prozeß der ideellen Umwidmung: er wurde zum baulichen Symbol der Leipziger Universität erklärt und damit zu einem unveräußerlichen Gut, in dem sich das altverbürgte universitäre Körperschaftsvermögen manifestierte. Rektor Prof. Cornelius Weiss faßte die Gründe für den im Senat mit großer Mehrheit unterstützten Sinneswandel wie folgt zusammen:

“Wir haben unsere Zustimmung [für den beabsichtigten Verkauf, d. Verf.] verweigert, weil wir nicht über die Randbedingungen informiert wurden. (...) Der Universitätsturm hat außerdem eine kostenlose Werbewirkung. Er findet sich auf zahlreichen Postkarten, Städteführern und Postern. Das Hochhaus ist der Orientierungspunkt in Leipzig. (...) Wir haben im Mai

⁸ Topfstedt, Thomas: “Gründerzeiten” im Leipziger Stadtzentrum. In: Hans G. Helms (Hrsg.), Die Stadt als Gabentisch, Leipzig 1992, S. 325ff .

⁹ Eine instruktive Chronik der Ereignisse vom Juni 1993 bis zum März 1997 ist unter dem Titel “Hochhaus und kein Ende” in *Universität Leipzig*, Ausgabe April 1997, S. 8ff, zusammengestellt worden. Siehe auch den Beitrag von Peer Pasternack: Intransparenz & Konfliktkarriere, in diesem Band.

1995 einem Verkauf zugestimmt weil wir die Bedeutung von Immobilien und Wahrzeichen in der neuen Gesellschaft unterschätzten. Außerdem wurden uns hohe Sanierungskosten suggeriert. Nach einem Lernprozeß haben wir unsere Zustimmung dann rückgängig gemacht.“¹⁰

In der Tat ist der Universitätsturm schon im Laufe der achtziger Jahre neben dem Alten Rathaus, dem Völkerschlachtdenkmal und dem Neuem Messengelände zu einem international bekannten Wahrzeichen der Messestadt avanciert. An diese Entwicklung knüpften 1990 die Werbeagenturen geradlinig an, und auch in den universitätseigenen Druckerzeugnissen tauchte das werbewirksame Bild des Turmes immer öfter auf, sei es in strenger Stilisierung oder – wie im Falle des Universitätsfunk-Logos – sozusagen als *architecture parlante et écoutante* mit Mikrofon und Kopfhörern neckisch aufgarniert.

Es wäre sehr verdienstvoll, der Nutzungsgeschichte des Leipziger Universitätsturmes in Verbindung mit seiner Rezeptionsgeschichte einmal systematisch nachzuspüren, und sei es nur zur Erklärung des Wandels der Bewertungsmuster. Denkbar wäre es, daß am Ende einer solchen Untersuchung die bekannte Einsicht des Stoikers Epiktet stünde: “*commovent homines non res, sed de rebus opiniones*” (nicht die Dinge, sondern die Meinungen über die Dinge erregen die Menschen).

¹⁰ Weiss, Cornelius: “Fühle mich hintergangen” (Iv.), in *Kreuzer. Leipziger Illustrierte*, 3/1997, S. 8.

Intransparenz & Konfliktkarriere

Wie der Universität Leipzig nach dem Ende der DDR ihr Hochhaus abhandeln kam

Peer Pasternack

Das 29stöckige Hochhaus am Leipziger Augustusplatz war als Bestandteil des Universitätszentralkomplexes zwischen 1968 und 1973 errichtet worden. (Abb. VII.1) Im Grundriß dreiecksförmig, zeichnet es sich infolge nach innen gewölbter Außenwände durch maximalen Grundstücksverbrauch bei minimalem Raumgewinn aus. Der Anteil der Hauptnutzfläche an der Nettogeschoßfläche liegt mit 45% deutlich unter dem in Bürogebäuden üblichen Wert von 70% Hauptnutzfläche zu 30% Verkehrs-, Nebennutz- und Funktionsfläche. Die Etagenarchitektur ist kommunikationsfeindlich – zumal im Zusammenhang mit der konsequenten Trennung von den Hörsälen und Seminarräumen, die in anderen Gebäuden des Komplexes separiert sind. Hinzu treten die – in allen Teilen des Zentralkomplexes der Universität anzutreffenden – Probleme einer permanent defekten Klimaanlage bei hier zudem nicht öffnungsfähigen Fenstern. Diese Nachteile des Hochhauses hatten ihm beizeiten ein schlechtes Image bei seinen Insassen verschafft.

Architekturhistorisch kann über den Leipziger Turm ähnliches gesagt werden, wie es im Ergebnis eines Projekts zum Jenaer Universitätshochhaus, das gleichfalls auf Entwürfe Henselmans zurückgeht, formuliert worden ist: “Es bleibt ein Bergfried, eine an der mittelalterlichen Architektursymbolik orientierte ‘Trutzburg der Wissenschaft’, die für DDR-Verhältnisse einem Prunkbau gleichkommt.” Es repräsentiert die Avantgarde der späten sechziger Jahre und “zählt ebenso wie das etwa gleichalt-rige BMW-Hochhaus in München zum International Style”.¹ –

¹ Nachforschungen über ein Herrschaftssymbol. Kunsthistorische Annäherung an den “Turm von Jena”, in: *Uni-Journal Jena* 1/1999, S. 14f.; vgl. Michael Diers et al. (Hg.): *Der Turm zu Jena. Architektur und Zeichen*, Jena 1999. Während das Leipziger Universitätshochhaus ein aufgeschlagenes Buch assoziieren soll, ist der Jenaer Turm, ursprünglich als Forschungshochhaus für das Carl

Am 8. November 1991 hielt das Rektoratskollegium in einem "Grundsatzbeschuß zur baulichen Entwicklung der Universität Leipzig" unter anderem fest:

*"Die Universität will auch in der Zukunft zum geistig-kulturellen Profil der Stadt beitragen. Dies kann sie mit Aussicht auf Erfolg nur dann, wenn sie – wie in den vergangenen Jahrhunderten – im Zentrum der Stadt präsent ist... Konsequenz dieser Festlegung ist, daß die Universität ihre historischen Standorte in der Innenstadt beibehält... Dies betrifft in erster Linie die weitere Nutzung ihrer Grundstücke und Gebäude am Augustusplatz... Hier sollen weiterhin das Rektorat mit dem Verwaltungszentrum und geisteswissenschaftliche Institute angesiedelt bleiben."*²

Ein halbes Jahr darauf, im Mai 1992, wurde den Mitgliedern des Akademischen Senats eine "Zielplanung für die Universität Leipzig" zugeleitet. Sie enthielt u.a. eine Bewertung des Zustandes der Gebäudesubstanz. "Schwerwiegende Mängel am Rohbau" träten bei zahlreichen Gebäuden auf, u.a. auch bei zwei Häusern des Innenstadtkomplexes. Keine solchen Mängel allerdings hatte das in Fließbetonbauweise errichtete Hochhaus aufzuweisen. Folglich wurde es als feste Größe in die Planungen einbezogen.³

Mindestens bis zu diesem Zeitpunkt galt das Hochhaus architektonisch wie funktional noch als integraler Bestandteil des in der Leipziger City gelegenen Universitätskomplexes. Das änderte sich, wie erst später bekannt werden sollte, im Juni 1993. Da befaßte sich das Rektoratskollegium erstmals mit dem Hochhaus separat. In einem Gutachten war der Sanierungsaufwand auf 240-300 Mio. DM geschätzt worden. Die Universitätsleitung stellte Entscheidungsbedarf fest.⁴ Im Januar 1994 erkundigte sich der Rektor bei der Stadt Leipzig nach deren Meinung zu einem Verkauf des Hochhauses. Die Stadt äußerte sich dazu grundsätzlich positiv.⁵ Zugleich wurde in diesem Zusammenhang erstmals öffentlich, daß die Universitätsleitung über eine Veräußerung nachdenkt.

Zeiss-Werk projiziert, einem Fernrohr nachempfunden und sollte anfangs gar linsenförmige Fenster haben, um auf die optische Industrie zu verweisen.

² Zur künftigen baulichen Entwicklung der Universität Leipzig. Grundsatzbeschuß des Rektorats vom 8. November 1991, S. 1, unveröff.

³ Vgl. Zielplanung für die Universität Leipzig. Stand Mai 1992, o.S., unveröff.

⁴ Vgl. Hochhaus und kein Ende, in *Universität Leipzig* 2/1997, S. 8.

⁵ Ebd.

Es brauchte allerdings eine "Anregung aus dem Senat",⁶ ehe dessen Mitgliedern am 8. März 1994 eine "Information zur Nutzung des Universitätshochhauses" gegeben wurde: Das Rektoratskollegium überlege, ob das Gebäude durch einen Neubau an anderer Stelle – außerhalb des Stadtzentrums – zu ersetzen sei. Beruhigend hieß es zugleich: "An einen Umzug in nächster Zeit ist nicht gedacht."⁷

Damit schien das Problem jedenfalls nicht akut. Offenkundig gab es in der Senatssitzung am 3.5.1994 eine nochmalige Anfrage in dieser Sache, denn lt. Protokoll "bekräftigt" der Rektor ausdrücklich: Es werde keine Entscheidung der Universitätsleitung zur Nutzung des Hochhauses "ohne ausführliche Diskussion in den dafür zuständigen Gremien fallen".⁸

Im Juni 1994 bat das Staatliche Liegenschaftsamt die Universitätsleitung, keine öffentliche Debatte über das Hochhaus zu führen, da dies die Verkaufsverhandlungen behindern würde. Das Rektorat folgte dieser Bitte und verschwieg auch gegenüber dem Akademischen Senat den Fortgang der Ereignisse. Zugleich beschloß es – nach wie vor unberaten durch eine inneruniversitäre Öffentlichkeit – eine aus späterer Sicht fatale Großzügigkeit: Der Bitte des sächsischen Finanzministeriums um Verzicht auf das Grundstück im Falle einer Veräußerung des Hochhauses solle entsprochen werden.⁹

Ein halbes Jahr nach der ersten offiziellen Information, im September 1994, unterrichtete der Kanzler den Akademischen Senat, wiederum erst auf Anfrage,¹⁰ über die aktuelle Sachlage. Die Universitätsleitung präferiere wegen der geringeren Kosten eines Neubaus gegenüber der Sanierung des Hochhauses den Neubau. Auch die Entscheidung, ggf. das Grundstück an den Freistaat abzugeben, so wird später behauptet werden,¹¹ sei dabei dem Senat bekannt gegeben worden. Dem Protokoll zufolge geschah dies allerdings nicht. Dort ist vielmehr vermerkt: "Entscheidungen, die mit dem Verkauf und dem Auszug aus dem Hochhaus

⁶ Protokoll der Sitzung des Akademischen Senats der Universität Leipzig (i.f. Senatsprotokoll) vom 8.3.1994, S. 2 und 12.

⁷ Ebd., S. 12.

⁸ Senatsprotokoll vom 3.5.1994, S. 16.

⁹ Vgl. Hochhaus und kein Ende, a.a.O., S. 8.

¹⁰ Vgl. Senatsprotokoll vom 10.1.1995, S. 3.

¹¹ Vgl. Hochhaus und kein Ende, a.a.O., S. 8.

verbunden sind, werden... am 20./21.10.1994 getroffen und dem Senat zur Sitzung am 8.11.1994 zur Kenntnis gegeben."¹²

Ausweislich des Protokolls der Senatsitzung vom 8.11.1994 erfolgte auch diese Information nicht.¹³ Hingegen war Ende Oktober die internationale Verkaufsausschreibung des Hochhauses erfolgt.¹⁴ "Rührt sich Protest?", fragte ein Journalist den Kanzler der Universität: "Gutjahr-Löser vermittelt den Eindruck, daß sich die Universität auf dem Weg zur Gesundung gern vom 'Weisheitszahn' trennt. Argumente, daß man damit ein Wahrzeichen aufgibt, kontert er mit dem Verweis auf die fast sechshundertjährige Geschichte der zweitältesten deutschen Universität: 'Was sind da 25 Jahre?'"¹⁵

Doch nun plötzlich reagierten auch diejenigen, die im Universitäts-hochhaus Tag für Tag arbeiteten. Der Dekan der Fakultät für Sozialwissenschaften und Philosophie, Christoph Hubig, stellte in einer Zuschrift an das Universitätsjournal richtig: Es sei keineswegs so, daß die Professoren und Dozenten einem Umzug zugestimmt haben, wie es die Presse berichte. Vielmehr bedauerten die Fakultätskollegen, daß gerade jetzt, nachdem die Institute und der Lehrbetrieb konsolidiert sind, neue Unruhe und Unsicherheit entstünden:

"Abgesehen davon, daß uns die finanzbezogenen Argumente, soweit wir sie überhaupt erfahren, nicht überzeugen (die Renovierungskosten werden zwischen 30 und 230 Mio. angegeben, die Neubaukosten zwischen 50 und 500 Mio.), bedauern wir den Verlust eines organischen Arbeitszusammenhangs sowie eines Wahrzeichens der Universität."

Zudem habe sich wohl in den Köpfen einiger Planer "die naive Vorstellung eingenistet, beim Umzug von Geistes- und Sozialwissenschaften brauche man nur einige Schreibtische umzustellen." Das Hochhaus beherberge mit seinen Instituten "auch etliche wissenschaftliche Dachverbände, Redaktionen, Archive, Maschinenparks sowie eine ganze Reihe von Drittmittelprojekten..., deren Grundausstattung die Universität zu garantieren

¹² Senatsprotokoll vom 13.9.1994, S. 24.

¹³ Vgl. Senatsprotokoll vom 8.11.1994, 16 S.

¹⁴ Vgl. die Anzeige "The Free State of Saxony represented by the Saxon Ministry of Finance offers without obligation: Hochhaus Augustusplatz, Leipzig", in *Financial Times*, 21/10/94.

¹⁵ Siegfried Stadler: Der Weisheitszahn wird geopfert. Die Universität Leipzig verkauft ihr Hochhaus und plant einen Neubau, in *F.A.Z.*, 26.10.1994.

hat." Schließlich monierte der Dekan, daß man über die Vorhaben allein aus der Presse erfahre.¹⁶

In der nächsten Senatssitzung kam es daraufhin zu einer kontroversen Debatte. Die Universitätsleitung meinte, "ausreichend über den Verkauf des Hochhauses... informiert" zu haben. Dekan Hubig betonte nochmals, er müsse der Behauptung widersprechen, "der Umzug erfolge auf Wunsch der im Hochhaus arbeitenden Professoren."¹⁷

Ein studentisches Senatsmitglied faßte die in Rede stehende Entwicklung hin zur gegebenen Situation zusammen:

"... der Senat (ist) über einen geplanten Verkauf des Universitätshochhauses erstmals über die lokale Presse informiert und auch danach erst auf Anfrage eines studentischen Senatsmitgliedes genauer durch die Universitätsleitung informiert worden... Diese Unterrichtung schloß mit der Aussage, daß noch nichts zu entscheiden ist. Die nächste Information einige Wochen darauf schloß mit der Mitteilung, daß durch den Senat nicht mehr zu entscheiden ist."

Er "hält es für notwendig festzuhalten, daß im Senat folglich niemals eine Entscheidung über das Universitätshochhaus getroffen worden ist, sondern immer nur Informationen entgegengenommen werden konnten."¹⁸

Andere Dekane, deren Fakultäten nicht im Hochhaus sitzen, vermerkten, die im Senat "mehrfach" gegebenen Informationen seien "ohne Widersprüche angenommen" worden. Folglich bestünde kein Nachholebedarf an Beschlüssen. Jedenfalls regte Rektor Cornelius Weiss jetzt an, "Informationen über den Stand der Verhandlungen als ständigen Tagesordnungspunkt der Senatssitzungen vorzusehen."¹⁹

Zunächst wurde in der Folgezeit erst einmal kein Käufer gefunden bzw. konnte kein akzeptables Kaufangebot mit potentiellen Interessenten ausgehandelt werden.²⁰ Der Rektor führte im Laufe des Jahres 1995 mehrere Gespräche zum Hochhaus mit Interessengruppen innerhalb der Universität. Im Juni 1995, bei einem Treffen mit der GEW-Hochschulgruppe, sprach er sich erstmals für den Verbleib des Hochhauses bei der Universi-

¹⁶ Christoph Hubig: Schwankende Zahlen. Zum bevorstehenden Verkauf des Universitätshochhauses, in *Universität Leipzig* 7/1994, S. 31.

¹⁷ Senatsprotokoll vom 13.12.1994, S. 22.

¹⁸ Senatsprotokoll vom 10.1.1995, S. 3 (=Ergänzung des Senatsprotokolls vom 13.12.1994, S. 22).

¹⁹ Senatsprotokoll vom 13.12.1994, S. 22.

²⁰ Andreas Tappert: Die Zukunft des Uni-Hochhauses ist wieder offen, in *Leipziger Volkszeitung*, 17.6.1995.

tät aus.²¹ Zugleich wurde überraschend bekannt, daß Weiss "persönlich... von Anfang an gegen einen Verkauf gewesen" sei. Er habe sich "jedoch aufgrund der allgemeinen Stimmung an der Uni mit dem Verkaufsgedanken anfreunden" müssen.²² Den Sinneswandel innerhalb der Universitätsspitze erläuterte Weiss später so:

"Der Universitätsturm hat... eine kostenlose Werbewirkung. Er findet sich auf zahlreichen Postkarten, Städteführern und Postern. Das Hochhaus ist der Orientierungspunkt in Leipzig. [...] Wir haben bis Mai 1995 einem Verkauf zugestimmt, weil wir die Bedeutung von Immobilien und Wahrzeichen in der neuen Gesellschaft unterschätzten. Außerdem wurden uns hohe Sanierungskosten suggeriert."²³ Nach einem Lernprozeß haben wir unsere Zustimmung dann rückgängig gemacht."²⁴

Nun allerdings hatte der Vorgang bereits erhebliche Eigendynamik gewonnen. Das sächsische Finanzministerium forcierte seine Bemühungen, das Hochhaus verkauft zu bekommen. Die Universitätsleitung hatte sich unterdessen darauf verständigt, ihre ursprüngliche Zusage zum Verzicht auf das Grundstück zurückzuziehen. Sie informierte das Finanzministerium im September 1995 entsprechend.²⁵

Im Laufe des Jahres 1996 verlieh dann die Einfügung eines neuen Elements dem Vorgang eine gewisse Dramatik: Die Universitätsleitung stellte jetzt einen Zusammenhang her zwischen dem Hochhaus-Grundstück einerseits und dem Körperschaftsvermögen der Universität, das in den 50er Jahren verstaatlicht worden war, andererseits. Damit wurde das Hochhaus symbolisches Referenzobjekt für eine inhaltlich deutlich erweiterte Auseinandersetzung.

Nun ging es um ca. 40 Immobilien, deren Besitzverhältnisse zwischen sächsischer Landesregierung und Universität strittig waren. Daran gekoppelt war die Frage nach den Möglichkeiten autonom verfaßter Hoch-

²¹ Vgl. Hochhaus und kein Ende, a.a.O., S. 9.

²² Stephan Schön: Keine Chancen für den Verkauf des Uni-Riesen. Leipziger Rektor will das Universitätshochhaus behalten, in *Sächsische Zeitung*, 16.6.1995.

²³ Im November 1996 ging das sächsische Wissenschaftsministerium nur noch von einem Sanierungsaufwand von 100 Mio. DM aus. (Vgl. Hochhaus und kein Ende, a.a.O., S. 9)

²⁴ Cornelius Weiss (Iv.): "Fühle mich hintergangen", in *Kreuzer. Leipziger Illustrierte* 3/1997.

²⁵ Vgl. ebd.

schulen, eigenes Körperschaftsvermögen zu bewirtschaften. Damit ging es letztlich um das Verhältnis von Wettbewerbs- und Vermögensfähigkeit von Hochschulen, wie es nicht zuletzt in den aktuellen Reformdebatten intensiv diskutiert wurde.²⁶ Die Universität wollte sich mit den Immobilien den Anspruch auf selbständig zu bewirtschaftendes Vermögen sichern. Die Landesregierung hingegen zeigte keine Neigung, auf Filetgrundstücke in der Leipziger Innenstadt zu verzichten. Die Universität warf daher der Regierung vor, ihre Ansprüche aus ungerechtfertigten Verstaatlichungsaktionen der DDR-Regierung abzuleiten. Das Wissenschaftsministerium zieh daraufhin die Universität, im Verhältnis zu den anderen sächsischen Hochschulen nach einseitigen Vorteilen zu streben.²⁷

Es kam in der Folge zu verbalem Schlagabtausch mit den Dresdner Wissenschafts- und Finanzministerien und gerichtlichen Auseinandersetzungen. Im Januar 1997 erhielt die Universität einen negativen Zuordnungsbescheid, datiert vom 19.12.1996. Am gleichen Tag war der Freistaat Sachsen als Eigentümer des Hochhausgrundstücks in das Grundbuch eingetragen worden. Bereits zwei Tage zuvor hatte das sächsische Kabinett die Übertragung des Hochhauses an die DePfa-Bank AG im Rahmen eines Tauschgeschäftes beschlossen. Ein Gericht sollte später feststellen, daß der Zuordnungsbescheid rechtswidrig ergangen war. Doch bereits am 17. Januar 1997 untersagte das Amtsgericht vorläufig weitere das Hochhaus betreffende Eintragungen, einschließlich Vormerkungen, im Grundbuch. Drei Tage darauf trug das Grundbuchamt dennoch eine Vormerkung zugunsten der DePfa-Bank ein. Bis zum März 1997 bestätigten dann allerdings verschiedene Gerichte die Position der sächsischen Staatsregierung.²⁸ Im April legte die Universität Revision beim Bundesverwaltungsgericht ein.²⁹

Am Ende diesen konfliktreichen Jahres, gekennzeichnet durch Sondersitzungen des Senats und drastische Pressemitteilungen, wählte das Konzil eine neue Hochschulleitung. Am 2. Dezember 1997 ins Amt ein-

²⁶ Vgl. Albert Funk: Leipzigs Rektor kämpft auch für die Hochschulautonomie. Streit um Körperschaftsvermögen der Universität, in *F.A.Z.*, 14.2.1997.

²⁷ Vgl. Universität Leipzig: Pressemitteilung vom 22.1.1997; Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst: Presseinformation vom 5.2.1997.

²⁸ Vgl. Hochhaus und kein Ende, a.a.O., S. 9f.

²⁹ Universität Leipzig: Pressemitteilung vom 30.4.1997.

geführt, war eine ihrer ersten Amtshandlungen, den Hochhausstreit nicht weiter zu verfolgen. Im Mai 1998 schließlich beschlossen Senat und Rektorat endgültig den Auszug der Universität aus dem Hochhaus im darauffolgenden September.³⁰

Um diese Entscheidung, den Universitätsturm noch vor Fertigstellung eines Ersatzobjektes aufzugeben, zu legitimieren, wurden nun auch verbindliche Zahlen veröffentlicht: 2,4 Mio. DM Bewirtschaftungskosten verursache das Hochhaus jährlich; die Erneuerung der Klimaanlage würde (einmalig) 0,5 Mio. DM kosten; Elektrik und Aufzüge seien störanfällig und folglich in der Unterhaltung kostenintensiv.³¹ Statt dessen zogen die bislang im Hochhaus untergebrachten Institute dann in vier verschiedene angemietete Häuser im weiteren Umkreis des Universitätszentralkomplexes. Deren Mietkosten betragen jährlich 3 Mio. DM, zzgl. einmalige Umzugskosten von 1,5 Mio. DM, desweiteren Kosten für den Anschluß und Betrieb der Telekommunikationseinrichtungen und Datenvernetzung sowie teilweise Neumöblierung.³² Mit anderen Worten: Die Ersatzunterbringung ist im ganzen teurer, als es ein vorläufiger Verbleib im Hochhaus gewesen wäre.

Im Jahre 2001 sollen die zwischenquartierten Institute schließlich einen Neubau in der Nähe der Universitätsbibliothek außerhalb des Stadtzentrums beziehen. Dessen Errichtung verursacht Baukosten von ca. 61 Mio. DM. Die Ersatzquartiere wie der Neubau haben eine Reihe funktionseller Vorteile gegenüber dem (unsanierten) Hochhaus. Nicht zuletzt sind sie kommunikationsfreundlicher. Dafür jedoch werden die Kommunikationsanlässe erheblich reduziert: Da die Lehrveranstaltungen weiterhin im Universitätszentralkomplex am Augustusplatz stattfinden müssen, wird es die Studierenden nur höchst selten in die Räumlichkeiten ihrer abseits gelegenen Institute verschlagen.

Es kann festgehalten werden: Die ungünstige Position der Universität in dem Streit um das Hochhaus hatte ihre Ursache darin, daß das Rektorats-

³⁰ Siegfried Stadler: Zahnlos in die Zukunft. Unbrauchbar: Die Leipziger Universität räumt ihr Hochhaus, in *F.A.Z.*, 16.5.1998, S. 38.

³¹ Universität Leipzig, Kanzler: An alle Mitarbeiter im Universitätshochhaus, 22. Juni 1998 [Rundschreiben], S. 4f.

³² Angaben nach: Sitzung des Senats am 16. Juni 1998, in *Universität Leipzig* 4/1998, S. 3.

kollegium anfangs völlig rückkopplungsfrei handelte. Dadurch kamen Entscheidungen zustande, die der Interessenlage der Betroffenen widersprachen. Die von der Universitätsleitung jahrelang gepflegte Intransparenz bezüglich des Hochhauses schuf so erst die Voraussetzungen dafür, daß aus der Angelegenheit eine Affäre werden konnte. Ohne diese Intransparenz wäre frühzeitig klar geworden, daß mehr dafür als dagegen spricht, der Universität das Hochhaus zu erhalten. Folglich hätte dann die Universität 1994 nicht leichtfertig auf das Hochhaus-Grundstück verzichtet. Damit wäre ein wichtiger Anlaß für die späteren politischen und gerichtlichen Auseinandersetzungen mit dem Dresdner Finanzministerium nicht gegeben und das regelmäßige Unterliegen der Universität vor Gericht weit weniger programmiert gewesen.

Die 1997er Perspektive des Rektoratskollegiums fand sich referiert, als der Gesamtvorgang im Universitätsjournal dann folgenderweise zusammengefaßt wurde:

"Bei Nutzern des Hochhauses gab es seit Inbetriebnahme im Jahre 1973 viele Klagen über die Arbeitsbedingungen. Dies führte zusammen mit den sehr hoch veranschlagten Sanierungskosten 1993/94 zur Entscheidung, daß Hochhaus zugunsten eines Neubaus aufzugeben. Erst das Scheitern des Verkaufs 1995 verstärkte die Diskussionen in der Universität zugunsten eines Erhalts. Dabei wurden die inzwischen teilweise verbesserten Arbeitsbedingungen, die Nähe zu den Hörsälen, die wesentlich geringer zu veranschlagenden Sanierungskosten, aber auch der Symbolcharakter des Hochhauses als Wahrzeichen der Universität und Leipzigs als Universitätsstadt hervorgehoben. Zugleich wurde durch die negative Haltung des S[ächsischen]M[inisteriums für]F[inanzen] zum Grundstücksvermögen der Universität und den Verkauf des Mehring-Hauses die Entscheidung zum Hochhaus als Grundsatzfrage für den Immobilienbesitz der Universität und möglicherweise für den Standort Innenstadt insgesamt angesehen."³³

Als das Rektoratskollegium zu diesen Einsichten gelangt war, war es zu spät.

Trost über den Verlust läßt sich finden, wenn die literarischen Spuren, die das Gebäude als Uni-Turm hinterlassen hat, in Augenschein genommen werden. Zwei Beobachter mit dem Blick des Fremden waren vom Hochhaus und seinem Innenleben hinreichend angeregt:

"In einem Buch leben, das keine Seiten hat, in einer Fahne wohnen aus Beton. Ein Leben auf den Wind warten, ein Leben als Fußnote. Die langen leeren Treppen, die sich wie dichter gefalteter Rauch durch 25 Stockwerke ziehen. Von oben aber gibt es kein Zurück mehr. Das oberste Stockwerk ist ein Schrottplatz. Dort bleiben die gescheiterten Aufzüge liegen, dort staut

³³ Hochhaus und kein Ende, a.a.O., S. 10.

sich das Wasser, und das ehemalige Panorama-Café ist vollgestopft mit rostigen Gebeten und bleichen Slogans.

*Es gibt ein Mittel, Farbe ins Treppenhaus zu bringen, ohne daß man die schmutzigen Wände streicht: Singen. Ich hörte gestern eine Frauenstimme, die sich lustvoll durch dies Treppenhaus schwang, das Geländer herunterrutschte, sich sekundenlang wie eine schöne Seifenblase im Dunkeln hielt und dann mit dem lauten Knall einer Stahltür verstummte.*³⁴

So Elmar Schenkel, seit 1993 als zugewanderter Anglistik-Professor in Leipzig, nicht ohne Melancholie. Dietrich Schwanitz, vom Hamburger Uni-Betrieb vorzeitig ermattet und daher frühpensioniert, hat nur noch die Kraft für despektierliche Romane, in denen nicht allein Frauen im allgemeinen, Feministinnen im speziellen, sondern auch die Osis keine Schonung erfahren:

*“Habe ich Ihnen noch nie von meiner Zeit in Leipzig erzählt? Grausig, kann ich Ihnen sagen. Stellen Sie sich die Universität wie unseren Philosophenturm vor, nur fünfmal so hoch. Innen alles schummrig und kafkaesk. Der Fahrstuhl hält nie in dem Stockwerk, das Sie gedrückt haben. Sie irren durch einen Kaninchenbau wie Alice im Wunderland. Merkwürdige Wesen, die Sie stumm anblicken, sausen aus Türen und verschwinden in anderen Türen. Alles scheint nach einer Verabredung zu funktionieren, von der Sie allein ausgeschlossen sind.”*³⁵

Dennoch: Einen aufsehenerregenden Teil ihres innerstädtischen Standorts hat die Universität Leipzig mit dem Hochhaus trotzdem verloren.

³⁴ Elmar Schenkel: Leipziger Passagen. Prosastücke, Stuttgart 1996, S. 15.

³⁵ Dietrich Schwanitz: Der Zirkel. Roman, Frankfurt a.M. 1998, S. 108.

Zeichen der Universität oder platzbeherrschendes Monument?

Zur Planungs- und Entstehungsgeschichte des Leipziger Universitätsreliefs¹

Hubertus Adam

Als Walter Ulbricht im April 1968 mit Nachdruck dafür plädierte, den Leipziger Universitätsneubau nach der von Hermann Henselmann vorgesehenen und im vorangegangenen Wettbewerb mit dem dritten Preis ausgezeichneten Konzeption – Turmhochhaus und Faltwerkkuppel des Auditorium Maximum – zu realisieren, stand ein konkretes bildkünstlerisches Programm noch nicht zur Debatte. Dabei waren es zwei Stichworte, die den kunst- und architekturtheoretischen Diskurs der Zeit grundierten: “Synthese” und “Monumentalität”. Dahinter verbarg sich die Forderung, Plastik, Malerei und Architektur im Stadtraum zueinander in Beziehung zu setzen.²

Der Synthesegedanke avancierte seinerzeit zum bestimmenden Charakteristikum sozialistischer gegenüber kapitalistischer Urbanität und damit zum Medium im Kampf gegen die Konvergenztheorie im Bereich der Architektur. Künstler sollten so früh wie möglich an der Projektierungs-

¹ Der Autor hat 1994 erstmals die Entstehungsgeschichte des Reliefs dokumentiert: Hubertus Adam, “Unsere Gesellschaft bedarf der monumentalen Darstellung ihrer großen revolutionären Inhalte”. Eine Idee und ihr Scheitern – Anmerkungen zum Leipziger Universitätsrelief, in: Thomas Topfstedt/Pit Lehmann (Hg.), *Der Leipziger Augustsplatz. Funktionen und Gestaltwandel eines Großstadtplatzes*, Leipzig 1994, S. 87-104. Dort auch eine ausführliche Dokumentation der nach 1989 eingeleiteten Diskussion um Erhalt oder Demontage des Kunstwerks.

Ohne intensive Gespräche mit Klaus Schwabe und Rolf Kuhrt hätte dieser Beitrag nicht geschrieben werden können; ihnen sei dafür herzlich gedankt.

² Cf. vor allem: B. Flierl, Bildkünstlerische Konzeptionen für große städtebauliche Ensembles, in: *Bildende Kunst* 1966, S. 507-512; außerdem: B. Geyer, Synthese von Architektur und bildender Kunst, in: *Deutsche Architektur*, 1970, S. 483-485.

arbeit des Architekten beteiligt werden;³ hätten sich die Künste in der spätbürgerlichen Gesellschaft auseinanderentwickelt, so seien im Sozialismus die Grundlagen für eine Wiedervereinigung von bildender Kunst und Architektur gegeben.⁴ Die permanente Repetition des Synthese-Problems in den Printmedien der DDR deutet aber darauf hin, daß die dort artikulierten Idealvorstellungen mit der Realität wenig gemein hatten; die Geschehnisse in Leipzig stehen zu den Postulaten in krassem Widerspruch: Künstler waren an den Planungen zunächst überhaupt nicht beteiligt.

Nachdem die Altbausubstanz noch im Mai 1968 abgebrochen worden war, konnte mit den Baumaßnahmen auf dem Leipziger Universitätsgelände im Juli begonnen werden. Während für die Universität konkrete Baupläne vorlagen, existierten hinsichtlich der übrigen Neubauprojekte am Platz wenig mehr denn vage Vorstellungen. Ein bildkünstlerisches Konzept für die Universität betraf jedoch auch den Karl-Marx-Platz, mithin einen urbanen Raum der Stadt Leipzig, und war folglich nur im Rahmen einer Gesamtplanung zu entwickeln. Ernst Ullmann, Dozent des Kunsthistorischen Instituts, forderte deshalb am 15./16.8.1968 eine "einheitliche politisch-ideologische und künstlerische Gesamtkonzeption für die Architektur und die bildende Kunst" ebenso wie "ein ikonographisches Programm der bildkünstlerischen Ausgestaltung des Ensembles",⁵ zunächst allerdings ohne nachhaltigen Erfolg.

Kontroversen um die Konzeption im Jahr 1969

Am 13.1.1969 legte Stadtrat Gehrke dem Rat der Stadt ein erstes Konzept für die künstlerische Gestaltung des Karl-Marx-Platzes vor. Sollte an der platzseitigen Hochhausfassade das Thema "Ernst Thälmann spricht zur Jugend", am Auditorium Maximum "Lebensfreude" und an der Rückseite des Gebäudekomplexes zur Universitätsstraße hin "Die Bedeutung der revolutionären Studenten- und Dozentschaft während der Novemberrevolution" visuell umgesetzt werden, so forderte Gehrke als Vorgabe für

³ G. Hallmann, Akademie beriet über Synthese von Architektur und Kunst, in: *Bildende Kunst* 1968, S. 610f., hier S. 610.

⁴ Cf. A. Weidner, Zur Wiedervereinigung von Architektur und Kunst im Sozialismus, in: *Bildende Kunst* 1967, S. 201-205.

⁵ Ernst Ullmann, Dominante und (oder) Zweckbau? Die neue Karl-Marx-Universität in Leipzig und die Baukunst, in: *Neues Deutschland*, 15./16.8.1968.

die Supraporte über dem Haupteingang im nördlichen Drittel des Rektoratsgebäudes “Lehre, Forschung – Anwendung der wissenschaftlichen Arbeit in der Praxis”.⁶

Weil keinerlei Absprache mit der Universitätsleitung erfolgt war, lehnte der Stadtrat die Konzeption jedoch ab. Das bewog den Vertreter der Stabsgruppe Neubau, Manfred Kossok, die Bildung einer aus Professoren bestehenden, somit rein universitären Arbeitsgruppe anzuregen.⁷

Inzwischen hatte der Rat der Stadt selbst eine umfangreiche “Politisch-ideologische Gesamtkonzeption zur Durchführung der Beschlüsse des Politbüros zur baukünstlerischen Stadtgestaltung” vorgelegt. Diese Grobdisposition zur memorialen Überformung der Topographie Leipzigs⁸ wurde am 5.2.1969 von der Bezirksleitung der SED angenommen und zur weiteren Ausarbeitung bestimmt.⁹ Als ideologischer Nukleus sollte der Karl-Marx-Platz auf die Verbindung von Wissenschaft und Revolution verweisen, getreu einem Diktum Walter Ulbrichts: “Marx wurde und war deshalb ein großer Wissenschaftler, weil er zugleich Revolutionär war, und konnte deshalb ein Revolutionär von weltgeschichtlichem Rang werden, weil er durch und durch Wissenschaftler war.”¹⁰

Der “Politisch-ideologischen Gesamtkonzeption” zufolge war dieser Gedanke in einem “monumentalen Kunstwerk” auf Höhe des geplanten Auditorium Maximum zu konkretisieren, während dem Eingang des Universitäts-Hauptgebäudes jetzt das Thema “Karl Marx und das revolutionäre weltverändernde Wesen seiner Lehre” zugesprochen wurde. Universitätsbezogene Themata hätten die Innenbereiche des Neubaukomplexes

⁶ Stadtrat Gehrke, Politisch-ideologische Konzeption der künstlerischen Gestaltung des Karl-Marx-Platzes, 8.1.1969: UAL (Universitätsarchiv Leipzig), R199, S. 57-61.

⁷ Manfred Kossok (Stabsgruppe Neubau) an Prorektor Möhle, 15.1.1969; UAL, R199, S. 70. Kossok war seit dem 20.6.1968 Beauftragter des Rektors für den Neubau.

⁸ Zum Begriff der “memorialen Topographie”: H. Adam, Von der Last der Monumente. Politische Denkmäler der DDR in Leipzig, in: *Leipziger Blätter*, H. 25/Herbst 1994, S. 82-87.

⁹ Cf. “Politisch-ideologische Gesamtkonzeption zur Durchführung der Beschlüsse des Politbüros zur baukünstlerischen Stadtgestaltung”. Vorlage des Oberbürgermeisters, angenommen in der Sitzung der SED-BL vom 5.2.1969: StAL, SED-BL IVB-2/3/067]

¹⁰ Laut der “Politisch-ideologischen Gesamtkonzeption” äußerte Ulbricht diese Sentenz auf einem Kolloquium zum 150. Geburtstag von Karl Marx 1968.

charakterisiert: “Sozialistische Wissenschaft und Forschung” (Hörsäle), “Jugend und Sozialismus” (Hof), “Einzug der Arbeiter- und Bauernstudenten in die Universität 1946” und “Durchsetzung der Hochschulreform”.

Weiter sah man vor, exponierte Punkte des übrigen Stadtraums durch Denkmäler oder Wandbilder ideologisch zu besetzen, beispielsweise den Dimitroff-, Engels-, Thälmann- und den in Karl-Liebknecht-Platz umbenannten Bayrischen Platz. Bezeichnenderweise erfüllte sich das Konzept der ideologischen Codierung erst nachts. Es wurde gefordert, die Koordinaten dieser memorialen Topographie anzustrahlen und zu akzentuieren, während der historisch gewachsene Stadtraum im Dunkeln verblieb; es sei “ein Prinzip der Modulation auszuarbeiten, das die inhaltlichen Hauptakzente der ideologischen Konzeption auch nachts erlebbar werden läßt und die Dominanten der spezifischen Stadtsilhouette erleuchtet.” Mit der Anstrahlung des Hochhauses und des Universitätsreliefs fand die Idee später – wenn auch nur partiell – ihre Realisierung.

Mittlerweile war an der KMU ebenfalls eine bildkünstlerische Konzeption ausgearbeitet worden, die am 19.3.1969 der Universitätsleitung vorlag,¹¹ aber von den Fixierungen des Stadtrates deutlich abwich. Eine Koordination gelang offensichtlich nicht. Als ideologischer Hauptaussage-träger war an eine Unterlaufplastik “Idee des Marxismus” auf dem Karl-Marx-Platz gedacht. Diese vage Thematik sollte durch andere Kunstwerke differenzierend konkretisiert werden: ein Wandbild “Wissenschaft und Internationalität” am Formkern des Auditorium Maximum, ein Marx-Standbild mit beigeordneter narrativer Reliefwand im Innenhof und eine Gestaltung aus Glas und Beton über dem Eingang des Rektoratsgebäudes, die “der Jugend zu widmen” sei.

Die noch sehr unbestimmten Vorgaben wurden durch ein ausführliches Papier präzisiert,¹² das die im Frühjahr 1969 auf Kossoks Anregung hin entstandene Arbeitsgruppe erstellte. Sie setzte sich aus Mitgliedern des Baukombinates Leipzig, dem Helmut Ullmann vorstand, und einem Kollektiv des VBKD des Bezirks Leipzig unter Leitung von Bernhard

¹¹ Cf. Stabsgruppe Neubau, Kulturell-künstlerische Gestaltung des Neubauensembles am Karl-Marx-Platz, 6.3.1969; UAL, R199, fol.74/75; Beilage: Gerhard Winkler, Standorte für Kunstwerke am Komplex Karl-Marx-Platz, Karl-Marx-Universität, 27.2.1969; *ibid.*, fol. 76-78.

¹² Bildkünstlerische Grundkonzeption für den Komplex Karl-Marx-Universität, 14. 4. 1969; UAL, R199, fol. 159-173.

Heisig zusammen. Erstmals waren hier als Gesamtsumme für Werke der bildenden Kunst 3,5 Mio. Mark ausgewiesen.

Weiterhin fungierte dort das plastische Monument “Idee des Marxismus-Leninismus” auf dem Platz, “im Kreuzungsbereich aller Hauptblickbeziehungen und Erlebnisbereiche des Karl-Marx-Platzes”, als ideologischer Nukleus. Das Monument solle als bedeutendster Bildträger des Komplexes in Erscheinung treten und “die ideologisch-inhaltliche Hauptaussage übernehmen”.¹³ Die Supraporte über dem Haupteingang sei der “sozialistischen studierenden Jugend” zu widmen – die dritte inhaltliche Vorgabe innerhalb weniger Monate. Für das Kunstwerk, das als Beton-Klinker-Kombination oder als Hochrelief in Aluminium ausgeführt werden und 14,40 x 6 Meter messen sollte, standen als Orientierungssumme 250.000 Mark zur Verfügung.¹⁴ Im Inneren des Gebäudes müsse diesem Objekt, in dem “bewußt das illustrative Moment auszuschalten” war, ein Wandbild korrespondieren: “Das Streben der studierenden sozialistischen Jugend nach Erkenntnis, abgehandelt an historischen Marksteinen der Entwicklung der Wissenschaften”.¹⁵

Das Karl-Marx-Denkmal im Hof wurde ebenso aus dem im Februar entwickelten Konzept übernommen wie der den zylindrischen Formkern des Auditorium Maximum schmückende Wandfries “Internationalität und Wissenschaften”, mit seinen gewaltigen Dimensionen von 140 x 9,5 Metern und einem Kostenaufwand von 800.000 Mark das größte und zugleich teuerste Kunstwerk des Neubaukomplexes.¹⁶

Aus bislang ungeklärten Gründen wurde die thematische Vorgabe für dies Supraporte im Laufe des Jahres 1969 erneut revidiert. Nun hieß der Titel, wie es schon der Rat der Stadt im Frühjahr vorgesehen hatte, “Karl Marx und das revolutionäre weltverändernde Wesen seiner Lehre”. Allerdings stieß die redundante Memorierung der Person Karl Marx – durch den Namen von Universität und Platz, durch das platzbeherrschende Monument, das Denkmal im Hof und nun auch noch durch die Supraporte – auf Kritik, und man versuchte, der memorialen Tautologie durch eine Erweiterung der Vorgabe (“Leninismus – Marxismus unserer Epoche”) zu

¹³ Cf. *ibid.*, fol. 162v.

¹⁴ *Ibid.*, fol. 163r., 167r.

¹⁵ *Ibid.*, fol. 168r.

¹⁶ Cf. *Ibid.*, fol. 163v., 169r.; durch Beleuchtung sollte die nächtliche Rezeption des Wandbildes ermöglicht werden.

entgehen.¹⁷ Ausschlaggebend für diese Neudefinition war das bevorstehende Leninjahr 1970.

Einigung im Frühjahr 1970

Trotz vielfältiger Konsultationen zwischen bildkünstlerischer Arbeitsgruppe, Universitätsleitung, Rat der Stadt, "Beirat für Architektur und bildende Kunst beim Rat der Stadt"¹⁸ und SED-Kreisleitung war die Situation am Ende des Jahres 1969 völlig verfahren. Es drängt sich die Vermutung auf, daß die diversen Kompetenzüberschneidungen konkurrierender und zur gegenseitigen Absprache nicht befähigter Gremien und Kommissionen sich kontraproduktiv auswirkten. Auf einer Beratung beim Rat der Stadt kam der Chefarchitekt Horst Siegel zu einem vernichtenden Urteil: Die thematischen Vorgaben für die einzelnen Kunstwerke seien ungenügend durchgearbeitet; die mehrfachen Beratungen der Gesamtkonzeption hätten nicht zu einer Bestätigung geführt; die Frage des zentralen Monuments sei "völlig unklar"; zur Gestaltung des Innenhofes und des Frieses am Auditorium Maximum gäbe es unterschiedlichste Ansichten. Auch müsse geprüft werden, ob die Größe der Supraporte über dem Haupteingang hinreichend sei.¹⁹

Hilfe erhoffte man sich daraufhin von einem weiteren Gremium, einer aus Wissenschaftlern der Universität gebildeten Mentorengruppe, die in ständigem Kontakt mit den (noch zu bestimmenden) Künstlern die Konzeption weiterentwickeln sollte.²⁰

¹⁷ Stellungnahme der KMU zur Vorlage "Komplex Karl-Marx-Universität – Bildkünstlerische Grundkonzeption", 28.10.1969; UAL, R199, fol. 199/200.

¹⁸ Nach mehrfacher Anmahnung durch die SED-Bezirksleitung wurde der Beirat erst am 5.8.1970 durch das dem Büro des Chefarchitekten der Stadt unterstellte "Büro für architekturbezogene Kunst" ersetzt; cf. Peter Guth, Wunschbilder und Wirklichkeit – Ein Versuch über architekturbezogene Kunst in Leipzig, in: Büro für architekturbezogene Kunst und Denkmalpflege Bezirk Leipzig (Hg.), Architekturbezogene Kunst Bezirk Leipzig 1945-1990. Standortinventar, Leipzig 1990, hier S. 14.

¹⁹ W. Soltau (wiss. Sekretär der Stabsgruppe Neubau), Aktennotiz über eine Beratung des Rates der Stadt, 8.12.1969; UAL, R199, fol.228/229.

²⁰ Cf. Aktennotiz des Prorektors Poeggel v.18.12.1969 über eine Aussprache beim Rat des Bezirks und Rat der Stadt am 13.12. über bildkünstlerische Gestaltung des Karl-Marx-Platzes; UAL, R199, fol. 207-209.

Schließlich konnte der Rat der Stadt der SED-Bezirksleitung im Frühjahr 1970 eine in Zusammenarbeit mit der Universität erstellte und aktualisierte politisch-ideologische Gesamtkonzeption vorlegen.²¹ Die Vorgabe für die Gruppenplastik auf dem Platz hieß jetzt, das früher einmal für die Supraporte vorgesehene Thema aufgreifend, “Die revolutionäre, siegreiche Arbeiterklasse im Sozialismus und die allseitig gebildete, sozialistisch erzogene zukunftsfrohe Jugend”. An Stelle des Marx-Denkmal im Innenhof trat eine Großplastikgruppe “Genosse Walter Ulbricht im Gespräch mit Wissenschaftlern und Studenten” – die erste Plastikgruppe der DDR mit der Person Ulbrichts, wie die Autoren lobend konstatierten.²² Die Titel für den Fries des Auditorium Maximum (“Die Wissenschaft – eine Hauptproduktivkraft im Sozialismus”) und die Supraporte des Rektoratsgebäudes (“Leninismus – der Marxismus unserer Zeit”) blieben bestehen, für das Wandbild im Gebäudeinneren formulierte man “Arbeiterklasse und Intelligenz sind im Sozialismus in untrennbarem Bündnis unter Führung der Arbeiterklasse, mit der Partei an der Spitze, verbunden”. Zusätzlich sollte das Hauptgebäude durch ein Schriftband mit der bekannten Feuerbach-These Marx’ bekrönt werden: “Die Philosophen haben die Welt verschieden interpretiert, es kommt darauf an, sie zu verändern.” Da dieser Leitsatz allerdings schon an den Universitäten Jena und Berlin angebracht worden war, wurde als Alternative eine andere Marx-Sentenz angeführt: “Die Theorie wird erst zur materiellen Gewalt, wenn sie die Massen ergreift.”

Mit dieser Konzeption erklärte sich die Bezirksleitung einverstanden, lehnte aber die Vorgaben für das übrige Stadtgebiet Leipzigs (Johannis-, Engels-, Karl-Liebknecht-Platz, Platz der Republik, Rosental) als zu wenig detailliert ab.

Für die Universität war eine Grundlage geschaffen worden, die sich umsetzen ließ. Erstmals finden sich in der Konzeption auch Künstlernamen und Fristen für Wettbewerbe. Entwürfe für den Fries des Auditorium

²¹ Rat der Stadt, Verwirklichung der politisch-ideologischen Gesamtkonzeption zur bildkünstlerischen Gestaltung nach Schwerpunkten. Vorlage v. 5.2.1970 für die Sekretariatssitzung der SED-Bezirksleitung, 12.2.1970; StAL (Staatsarchiv Leipzig), SED-BL IV B-2/3/104.

²² Diese Idee war im Sommer schon wieder aufgegeben worden; cf. E.Ullmann, Revolutionäre Inhalte fordern monumentale Kunst in Synthese mit der Architektur, in: *Universitätszeitung der Karl-Marx-Universität Leipzig*, 1970, Nr. 30, S. 6.

Maximum sollten bis zum 1.12.1970 eingereicht werden, als Künstler wurden Willi Sitte, Bernhard Heisig²³ und Gerhard Bondzin vorgeschlagen. Abgabetermin für den Wettbewerb um Supraporte und Innenwandbild sollte der 1.7.1970 sein; man dachte an eine Konkurrenz zwischen Walter Womacka, Willi Neubert, Max Gerhard Uhlig und Klaus Schwabe (Supraporte) sowie Wolfgang Mattheuer, Werner Tübke, Lothar Zitzmann und Arno Rink (Wandbild).

Neben ortsansässigen Leipziger Kapazitäten griff man somit auf auswärtige Künstler zurück, die sich mit Wandbildern in der DDR schon einen Namen gemacht hatten.

Wettbewerb für die Portalgestaltung

Die Wettbewerbe für die Portalgestaltung und das Wandbild im Inneren des Rektoratsgebäudes wurden den Festlegungen entsprechend im März 1970 ausgeschrieben. Abweichend von den ursprünglichen Überlegungen konzentrierte sich die Konkurrenz für das Wandbild auf Arno Rink, Lothar Zitzmann und Werner Tübke, bei der Portalgestaltung auf Gerhard Eichhorn, Max Gerhard Uhlig, Bernhard Heisig und Klaus Schwabe. Von Lothar Zitzmann abgesehen, beschränkte man sich auf Leipziger Künstler und verzichtete auf die überregionale Prominenz. Eingereicht werden mußten für die Supraporte Entwürfe im Maßstab 1:10.²⁴

Das genaue Programm hatte im Februar 1970 gelautet:

“Durch eine oder mehrere sozialistische Menschengruppen ist auszudrücken:

- das von kapitalistischer Ausbeutung befreite Volk ist unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei an der Spitze, der SED, die geschichtsbildende Kraft in der Epoche des weltweiten Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus;*
- unter Führung der Partei hat sich der Mensch seine Umwelt erobert und gestaltet sie schöpferisch – die sozialistische Gemeinschaft der Menschen beherrscht Wissenschaft und Technik, die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten gestalten die Zukunft der Menschheit – den Sozialismus/Kommunismus;*

²³ Nach eigenen Aussagen fertigte Heisig einige Entwürfe für den Fries des Auditorium Maximum an; cf. Brief Heisigs an den Verfasser, Anfang 1994 (undat.).

²⁴ Also ungefähr im Format 144 x 60cm.

- *die Ideen des Kommunistischen Manifestes, die Lehren von Marx, Engels und Lenin sind in der DDR verwirklicht; die Arbeiterklasse hat keine von den Interessen des Volkes getrennten Interessen, diese Lehren führten zur Oktoberrevolution und zum Aufbau des Sozialismus in der UdSSR als Grundmodell des Sozialismus, sie bestimmen die Entwicklung der Welt von heute und morgen, so auch die in der DDR in fester Freundschaft und Verbundenheit zur Sowjetunion.*”²⁵

Alle Teilnehmer bedienten sich einer mehr oder minder zeichenhaften Bildsprache. Gerhard Eichhorn zeigte in seinem graphischen Entwurf die nach links blickenden Köpfe von Lenin und Marx im Typus der Profilstaffel, davor zwei Fäuste, die eine mit Fackel, die andere mit Hammer und Sichel. Wabernde flammenartige Elemente, denen auch die Haare Marx’ angeglichen waren, bildeten zusammen mit Fragmenten von Sternen einen die heterogenen Bildelemente vereinenden unruhigen Hintergrund. Erkennbar sind auch eine Friedenstaube und das Symbol des Händedrucks, hier als Zeichen des gemeinsamen Kampfes von Marx und Lenin, aber auch als Hinweis auf die SED zu verstehen.

Max Gerhard Uhlig gestaltete seinen Entwurf in einem an Gestaltungsprinzipien Walter Womackas angenäherten plakativ-populären Stil. Das Zentrum der streng dreigliedrigen Komposition nahm ein aufgeschlagenes Buch mit dem beherrschenden Schriftzug “Karl Marx” ein, darunter der Händedruck und eine Nelke. Eine Profilstaffel mit fünf Köpfen unterschiedlicher Nationalität repräsentierte den sozialistischen Leitwert²⁶ “Völkerfreundschaft” auf der rechten Seite, während sich in der linken Szene eine Bäuerin mit Ährengarbe und ein Mann mit Zirkel gegenüberstehen. Der zwischen beiden Figuren befindliche Hammer erlaubt, diese Szene der Vereinigung von Bauern und technischer Intelligenz unmißverständlich als symbolische Umsetzung des Staatswappens der DDR zu verstehen.

Ein Alternativentwurf Uhligs macht deutlich, daß er mit seinen Bildelementen die Struktur der Fassadenverkleidung aufgreifen wollte. Dieser Gedanke fand jedoch bei der Jury keine Resonanz. Vielmehr müsse sich

²⁵ Rat der Stadt, Verwirklichung... (Anm. 21).

²⁶ Zum Begriff “sozialistischer Leitwert”: H. Adam, Zwischen Anspruch und Wirkungslosigkeit. Bemerkungen zur Rezeption von Denkmälern der DDR, in: *Kritische Berichte*, 1991, H. 1, S. 44-64, hier S. 52ff.; ders., Arme, magere Mythen. Überlegungen zur Ikonographie des Sozialismus, in: K. Flügel/W. Ernst (Hg.), *Musealisierung der DDR? 40 Jahre als kulturhistorische Herausforderung*, Bonn 1992, S. 25-43.

die Gestaltung “gegen die Fassade und ihre Struktur als eigene Individualität” absetzen, so Jury-Mitglied Ernst Ullmann.²⁷

Ullmann selbst favorisierte die im Gegensatz zu Eichhorn und Uhlig nicht graphisch, sondern malerisch aufgefaßten Entwürfe von Bernhard Heisig,²⁸ die zusammen mit dem Bildhauer Gerhard Lichtenfeld plastisch umgesetzt werden sollten. Heisig reduzierte die Vielzahl von Symbolen auf eine einzige einprägsame Symbolgestalt mit weit ausgebreiteten Armen, eine aufstrebende (Ikarus-)Figur, Paraphrase über das zu dieser Zeit beliebte Thema “Der Mensch greift nach den Sternen”.²⁹ In einer Variante, dem eigentlichen Wettbewerbsbeitrag, fügte Heisig den Kopf von Karl Marx und eine aufrecht stehende Figur hinzu, die ein Atommodell mit Elektronenbahnen hält. In der DDR-Ikonographie fungierte das Element als Signifikant für den ungebremsten Fortschritt der Wissenschaft schlechthin.

Klaus Schwabe reichte ein in Zusammenarbeit mit dem Maler Frank Ruddigkeit und dem Grafiker Rolf Kuhrt entstandenes Modell ein. Auffälligstes Merkmal des Entwurfs ist der gewaltige, leicht nach rechts orientierte Marxkopf auf der linken Reliefhälfte. Die zugehörige linke Hand ist zur Faust geballt und stößt auf der rechten Seite vor, Marx’ rechte Hand hält die den linken Abschluß bildende Fackel. Damit breitet Marx das übrige Geschehen gleichsam vor dem Betrachter aus. Durch die Fackel ist Marx als Prometheus charakterisiert, eine schon zu Lebzeiten des Philosophen übliche mythologische Überhöhung.³⁰ Den Gedanken “Leninismus – der Marxismus unserer Zeit” setzten die Künstler mit der vor den Lippen des Marxporträts angeordneten Gruppe, die von Lenin geführt wird, durchaus suggestiv um: Marx’ Gedanken werden durch Lenin zur Tat. Die Leningestalt greift typologisch auf Gerassimows berühmtes Bild “Lenin auf der Tribüne”³¹ zurück, ist aber als Ganzkörper

²⁷ Ernst Ullmann, Entwürfe für Portalwand und Wandbild stehen zur Diskussion, in: *Universitätszeitung*, 1970, Nr. 30, S. 7.

²⁸ Zu Heisigs Entwürfen cf. auch: Peter Guth, *Wände der Verheißung. Zur Geschichte der architekturbezogenen Kunst in der DDR*, Leipzig 1995, S. 227f.

²⁹ “Ich wollte eine Figur die den Arm ausstreckte, so daß sie wie eine Sonnenuhr wirkend bei der wechselnden Tagesbeleuchtung auch wechselnde Sichten bot. Es war eine Figur, die 'der Jugend' gewidmet sein sollte...”: cf. Brief Bernhard Heisigs an den Verfasser, Anf. 1994 (undat.).

³⁰ Cf. eine allegorische Darstellung nach dem Verbot der *Rheinischen Zeitung* 1843: W. Blumenberg, Marx, Reinbek 1962, S.47.

“Lenin auf der Tribüne”³¹ zurück, ist aber als Ganzkörper durch den wehenden Umhang des Revolutionärs zusätzlich dynamisiert.³²

Eine an Lenin anschließende, die gesamte Reliefhöhe ausfüllende, ungelentk modellierte Figur bildet die Mittelachse des Reliefs. Sie weist zum einen mit einer deiktischen Geste auf die in einer zurückliegenden Ebene aufmarschierende Menschenmenge, deren Protagonisten sich die Hand reichen und damit die Vereinigung der Arbeiterparteien oder den Zusammenschluß von Arbeiterklasse und Intelligenz symbolisieren, und zum anderen auf die astralen Elemente am rechten Bildrand, welche die Zukunft des Sozialismus repräsentieren. In üblicher Leserichtung kann das Relief auch als Zeitstrahl verstanden werden: unterdrücktes Proletariat (Arbeitergestalt mit erhobenem linkem Arm zwischen Fackel und Marxporträt) – Marx – Lenin – Vereinigungsszene (DDR) – Zukunft. Diese Bewegung wird zusätzlich durch die fahnenartigen Elemente des Hintergrundes unterstützt, die aber auch als Buchseiten interpretiert werden könnten.

Alle Entwürfe, die von der Jury am 4.7.1970 erstmals begutachtet wurden, blieben bis zum Ende des Monats in der Leipzig-Information ausgestellt. Anschließend fiel die Entscheidung zugunsten des Entwurf von Ruddigkeit/Kuhrt/Schwabe. Werner Tübke führte in der Folgezeit das Innenwandbild aus.³³

Entstehungsprozeß des Reliefs

Welche Gründe die Jury dazu bewogen haben mögen, den Entwurf der drei Künstler auszuwählen, bleibt unklar. Ernst Ullmann hatte sich im Vorfeld der Entscheidung vehement für das Projekt Heisigs ausgesprochen und bezweifelt, ob das Tonmodell von Schwabe und seinen Mitarbeitern ohne Qualitätsverlust vergrößert werden könne. Man muß den Künstlern jedoch zugute halten, daß ihre Komposition die Anforderungen der Ausschreibung am ehesten erfüllte und zudem auf penetrante DDR-Symbolik verzichtete, die in den kunstgewerblichen Entwürfen von Uhlig

³¹ Dieses Bild von 1929 (Zentrales Lenin-Museum, Moskau) geht zurück auf ein historisches Foto Lenins; abgeb. in: H. Weber, Lenin, Reinbek 1992, S. 145.

³² Ähnlich, wenn auch weniger dynamisch, M. G. Manisers Lenin-Denkmal in Uljanowsk (1940); frdl. Hinweis v. Martin Schönfeld, Berlin.

³³ Dazu: E. Beaucamp, Werner Tübke – Arbeiterklasse und Intelligenz. Eine zeitgenössische Erprobung der Geschichte, Frankfurt/M. 1985.

und Eichhorn dominierte. Im Gegensatz zu Heisig war das Tonmodell plastisch aufgefaßt, wenn auch gewisse Schwächen (Mittelfigur!) kaum übersehen werden konnten. Ob die Jury bewußt junge Künstler mit dem Auftrag betraute, die im Umgang mit Auftraggebern und diversen Kommissionen weniger erfahren und damit möglicherweise leichter zu beeinflussen waren, muß dahingestellt bleiben. Nach eigenen Aussagen der drei Beteiligten kam der Wettbewerbssieg relativ unerwartet: "Passiert ist uns dann tatsächlich, daß wir gegen die Konkurrenz... den Wettbewerb gewonnen hatten. Das mußte nicht nur uns, sondern viele andere ebenso überrascht haben."³⁴

Eine zügige Ausführung des Preisträgerentwurfs wurde jedoch verhindert, da sich schon im Herbst des Jahres 1970 die Rahmenbedingungen erneut änderten. Ausschlaggebend dafür war ein Beschluß des Ministerrates, die Bauarbeiten am Auditorium Maximum vorerst einzustellen.³⁵ Zudem entfiel das dominierende Monument auf dem Karl-Marx-Platz, an dem Dieter Dietze arbeitete.³⁶ Im März 1971 teilte das Baukombinat der Bezirksleitung mit, daß Verträge für die künstlerische Gestaltung in Höhe von 1,2 Mio. Mark abgeschlossen worden seien;³⁷ man entschied sich, keine weiteren Aufträge zu bewilligen. Damit hatte sich die anfangs für die bildkünstlerische Ausgestaltung veranschlagte Summe von 3,5 Mio. auf annähernd ein Drittel reduziert.

Schließlich brachte das Jahr 1971 mit der Ablösung Walter Ulbrichts auf dem 16. Plenum und den neuen städtebaulichen Richtlinien des eilig anberaumten VIII. Parteitages (Forcierung des Wohnungsbaus) das Ende für das Programm der memorialen Überhöhung der Stadtzentren.

Die sich überstürzenden Ereignisse eines guten halben Jahres hatten zur Folge, daß das Relief von einem peripheren Ideologieträger zu einem

³⁴ Klaus Schwabe, in einem Brief vom 23.11.1993 an den Verf.

³⁵ Cf. Protokoll Sekretariatssitzung der SED-BL v. 11.11.1970; StAL, SED-BL IV B-2/3/126.

³⁶ Dem Kustos der Universität, Rainer Behrends, zufolge hieß das Thema zuletzt "Der Mensch erobert den Kosmos" (lt. Schreiben an den Verf. v. 16.12.1992); nach Klaus Schwabe "Walter Ulbricht inmitten einer ihn verehrenden Kinderschar". Versuche des Verfassers, mit Dietze selbst Kontakt aufzunehmen, mißlingen.

³⁷ Brief des VE Wohnungs- u. Gesellschaftsbaukombinates Leipzig an die SED-BL, 4.3.1971; StAL, SED-BL V B-2/3/137.

platzbeherrschenden Kunstwerk avancierte,³⁸ mithin in den Stadtraum hineinwirkte und sich nicht mehr vornehmlich auf die Universität bezog. Dafür war aber der Entwurf von 1970 nicht geeignet. “Wir [sc. Schwabe, Ruddigkeit, Kuhrt, H.A.] waren sehr erstaunt, als man wieder an uns herantrat und von uns, auf der Basis des Wettbewerbsgewinns (nicht des Entwurfs!) eine veränderte, wenn nötig völlig neue, aber nun platzbeherrschende Lösung abforderte.”³⁹

Wie eine Tonskizze belegt, wurde der ursprüngliche Entwurf Schritt für Schritt umgearbeitet. Zunächst rückte die (ursprünglich in der hinteren Reliefebene befindliche) aufmarschierende Menschenmenge mittels einer keilförmigen Formation ins Zentrum der Gestaltung. Das aufbrechende Proletariat mit Lenin an der Spitze fand sich nun nach links verschoben, die Leninfigur entfiel ganz. Die anfängliche Idee, das Geschehen vor den Armen Marx’ sich abspielen zu lassen, war damit aufgegeben. Konsequenterweise hätte auch auf den nun unmotiviert großen Kopf des Philosophen verzichtet werden müssen, doch versagten sich die Auftraggeber diesem Vorschlag der Künstler.

In einer weiteren Tonskizze wurde der Mann mit erhobenem Arm in der linken oberen Ecke zu einem Rufer umgearbeitet. Auf der linken Seite wurde eine Szene des Lernens eingefügt, um das Relief zur symmetrischen Dreigliedrigkeit zu erweitern. Aus dieser Konzeption entwickelte sich ein Tonmodell im Maßstab 1:5, das Ende 1971 fertiggestellt war⁴⁰ und als Vorlage für den Gips im Maßstab 1:1 diente. Das Tonmodell entsprach daher der späteren Bronzeausführung.

Vergleicht man Tonmodell und Bronzeausführung mit dem ersten Entwurf, so fällt auf, daß die zeichenhafte Bildsprache einer realistischeren Figurenauffassung gewichen ist. (Abb. VIII.5) Der festgesetzte Termin für die Einweihung (25. Jahrestag der DDR) erzeugte einen großen Zeitdruck, so daß die Künstler arbeitsteilig voringen. Schwabe konzentrierte sich auf den linken Teil, Ruddigkeit auf die Mittelgruppe, Kuhrt arbeitete an der rechten Seite.

³⁸ Zeitweilig erwogen die Architekten, einen schachtelartigen Rektoratssaal über dem Haupteingangsbereich auf Stützen in den Platzraum vorspringen zu lassen. Das Relief hätte dessen platzseitige Stirnwand geschmückt.

³⁹ Klaus Schwabe, aus dem Brief an den Verf. v. 23.11.1993.

⁴⁰ Es wurde im Januarheft 1972 der *Bildenden Kunst* publiziert; J. Schmidt, Dieter Dietze – Klaus Schwabe. Zwei junge Leipziger Bildhauer, in: *Bildende Kunst* 1972, S. 17-20, hier S. 19.

Die achtfigurige Zentralgruppe wird von einer entschlossenen weiblichen Figur angeführt, die als Nike oder – eingedenk des Bildes von Delacroix – als Freiheit verstanden werden kann. Sie verkörpert die vorwärtsdrängende Kraft des Sozialismus. Ein aufragendes fahnenartiges Element akzentuiert die Hauptperson (und einzige weibliche Figur!) des Reliefs zusätzlich. Dahinter staffelt sich der Demonstrationzug in die Tiefe, wobei die äußeren Gestalten als Scharnierfiguren den Bezug zu den seitlichen Feldern herstellen. Eine gerade die Jacke anziehende männliche Gestalt scheint sich von dem siebenfigurigen Zirkel der Diskutierenden oder Lernenden gelöst zu haben und ist im Begriff, sich in den Zug der Aufbrechenden einzureihen. Unter den Studierenden befindet sich auch ein Schwarzafrikaner, der die Idee der Völkerfreundschaft repräsentiert. Links vom Fächer der Mittelgruppe vermittelt der auf der Höhe der Schläfen des Marxkopfes nach vorne Geneigte zu der diagonal Richtung Mitte drängenden, aus sechs Personen bestehenden Gruppe der Arbeiter. Arbeiterklasse und Intelligenz, so lehrt das Relief, konstituieren gemeinsam die zukunftsbereite sozialistische Gesellschaft. Dem Rufer links korrespondiert am rechten oberen Reliefrand eine ähnlich exponierte, skeptisch in die Ferne schauende Gestalt, möglicherweise eine Darstellung der Wachsamkeit.

Um das optische Auseinanderbrechen der additiv gereihten Bildfelder zu vermeiden, vereinheitlichte das Künstlerkollektiv die Kleidung der Personen durch eine kleinteilige Fältelung, zum anderen hinterlegte es die gesamte Szenerie mit einem an kubofuturistische Gestaltungstendenzen der Jahre um 1918⁴¹ angelehnten Reliefgrund aus gesplitterten Fahnen- und Sternfragmenten. Es handelt sich mithin um eine “grafische, keine tektonische”⁴² Lösung, wie Schwabe selbst rückblickend zugestand. Die gewaltige Relieftiefe von drei Metern erlaubte aber, die Umrißlinie in Schrägsicht (also von der Ecke Goethe-/Grimmische Str.) zu Henselmans Hochhaus-Silhouette in Bezug zu setzen und somit wenig ansatzweise die Idee der “Synthese” zu verwirklichen.⁴³ Die Position an der

⁴¹ Cf. die kurze Besprechung durch Dietrich Schubert in: ders., Alfred Hrdlickas Denkmal für Friedrich Engels, in: *Pantheon*, Jg. 41, 1983, S. 245-253, hier S. 249. Schubert war der erste westliche Kunsthistoriker, der das Relief publizierte.

⁴² K. Schwabe, Brief an den Verf. v. 23.11.1993.

⁴³ Zur problematischen Wahrnehmung des Reliefs cf. Peter Guth 1995, S. 236f.

Fassade des Rektoratsgebäudes blieb dagegen eher zufällig, keineswegs zwingend.

Größte Schwierigkeiten bereitete die Ausführung des Gusses. Weder die Künstler noch die Gießerei Lauchhammer hatten Erfahrung mit dem Bronzeuß eines Kunstwerks von solcher Größe. Zudem mußte Schwabe zu dieser Zeit einen sechsmonatigen Reservedienst bei der NVA absolvieren. Fünf Stukkateure erstellten das Modell aus 40 Tonnen Gips über einer Drahtkonstruktion; der Guß erfolgte in 60 Teilen. Unter Termindruck mußte das entstehende Relief noch einmal zur Hälfte auseinandergenommen werden, da zwischen den Teilen noch eine Spalte von 30 cm klaffte. Die dem Rektoratsgebäude vorgesetzte Stahlträger-Stützkonstruktion, in welche die Einzelteile des Reliefs eingehängt wurden, war von den Künstlern in Zusammenarbeit mit Bauingenieuren entwickelt worden, da die Architekten die Zusammenarbeit aufgekündigt hatten und das Gebäude selbst das immense Gewicht des Kunstwerks nicht tragen konnte. Termingemäß wurde das Relief zwei Tage vor dem 25jährigen Republikjubiläum am 5.10.1974 übergeben. Seine Gesamtkosten betragen 1,12 Mio. Mark.⁴⁴ (Abb. VIII.1-4)

Rektor Gerhard Winkler würdigte die “bildkünstlerische Darstellung der bewegenden Kraft unserer Ideologie, die der Universität ein neues Wahrzeichen gebe”. Es sei abschließend zu einem “freundschaftlichen Gespräch” zwischen Horst Schumann, dem 1. Sekretär der Bezirksleitung, und den Künstlern gekommen, vermeldete die “Leipziger Volkszeitung” so lapidar wie nichtssagend.⁴⁵

⁴⁴ Nach Informationen von K. Schwabe erhielten die Künstler für ihre fast fünfjährige Arbeit zusammen ein Honorar von 120.000 M – auch für DDR-Verhältnisse eine eher kärgliche Summe. Die Kosten für die Stukkateurarbeiten betragen 200.000 M, der Guß in Lauchhammer erforderte 800.000 M. 1970 waren – ohne Kalkulationsgrundlage – von den 1,5 Mio. M für die bildkünstlerische Ausgestaltung der Universität lediglich 550.000 M für das Relief vorgesehen. Die Beschaffung des Differenzbetrages (750.000 M) bereitete im Jahr 1973 erhebliche Schwierigkeiten, zumal noch Kosten für die zusätzlichen Baumaßnahmen anfielen. Cf. Vorlage des Rektors an die SED-BL über die Realisierung des Neubau-Komplexes, 21.2.1973: StAL, SED-BL IV C-2/3/104.

⁴⁵ Relief an der Universität feierlich enthüllt, in: *Leipziger Volkszeitung*, 6.10.1974.

“Die Fledermaus” oder “Antiimperialistische Solidarität” aus der Perspektive des Blochschen Prinzip Hoffnung

Ein Gespräch mit dem Maler Hartwig Ebersbach, Schöpfer der “Fledermaus”-Installation im Hörsaalgebäude der Leipziger Universität, und Kustos Rainer Behrends, 27. August 1997

Monika Gibas: Herr Ebersbach, Herr Behrends, uns interessieren die Umstände der Entstehung des Kunst-Objekts, das im universitätsinternen Sprachgebrauch den Namen “Fledermaus” bekam. (Abb. IX) Es ist neben dem Tübke-Bild und dem Marx-Relief eines der nun noch drei festinstallierten Kunstwerke im Gebäudekomplex der Universität Leipzig und es rankt sich, ja nun nicht gerade eine Legende, aber doch eine Art von Konfliktgeschichte um dieses Kunstwerk. Können wir versuchen, die Entstehungsgeschichte zu rekonstruieren?

Hartwig Ebersbach: Ja, Anstoß der Entstehung war ein vom Rat des Bezirkes Leipzig ausgeschriebener Wettbewerb aus Anlaß des 30. Jahrestages der SED-Gründung und ihres IX. Parteitages im Jahre 1976. An dem hatte ich mich beteiligt, auf Einladung. Die Aufgabe, die gestellt war, lautete, ein Kunstwerk zu einem der ausgeschriebenen Schwerpunktthemen zu schaffen. Die Schwerpunktthemen waren unter anderem: Weiterentwicklung der führenden Rolle der Arbeiterklasse, die sozialistische Entwicklung auf dem Lande und das Bündnis zwischen Arbeitern und Genossenschaftsbauern, die Freundschaft zur Sowjetunion und zu anderen sozialistischen Bruderländern, die internationale Arbeiterbewegung sowie der Kampf um Demokratie und Fortschritt in den imperialistischen Ländern und, als letzter Punkt, der Schutz des realen Sozialismus und die Sicherung des Friedens.

Ich weiß nicht mehr genau, wer an diesem Wettbewerb alles teilgenommen hat. Ich habe an solchen Wettbewerben teilgenommen, um meine eigentliche Malerei zu finanzieren. Ebenso habe ich in einem hervorragenden Team Messegestaltung gemacht. Insofern war ich einigermaßen vertraut mit dem Problem, wie man auf Messen und Ausstellungen politische Schwerpunkte verkauft. Bei dieser Wettbewerbsausschreibung nun

fiel mir auf, daß ein wichtiges politisches Thema von der Abteilung Kultur des Rates des Bezirkes einfach vergessen worden war: die internationale Solidarität. Ich habe das also dort gesagt und einen Entwurf zu diesem Thema gemacht.

Der Entwurf bestand aus verschiedenen, wie auf einer Wäscheleine aufgehängten, unterschiedlich großen Bildteilen. Die Mitte bildete eine große Zentralfigur, ein Auferstehender, und auf den Flanken waren Gescheiterte und Siegreiche dargestellt. Die Idee dazu ist mir durch die Lektüre von Blochs "Prinzip Hoffnung" gekommen. Ich hätte damals schon gern den Sozialismus mit erneuert, aber nach einer anderen Phantasie. Also, ich habe nicht Lenin, sondern Bloch gelesen, eben das "Prinzip Hoffnung". Für mich ist das Interessanteste im "Prinzip Hoffnung", seinem vielleicht wichtigsten Werk, die Utopie, auch die Gescheiterten können Siegreiche, Sieger der Geschichte sein. Wie damals zum Beispiel Chile. Und dieses Hoffnungsbild hat mir sehr gefallen, allerdings nicht leninistisch, weil es nicht um Gewalt ging, sondern als Utopie, als Traum.

Ich habe also den Vorentwurf gemacht. Bei meinen Arbeiten auf Messen und Ausstellungen mit der DEWAG in Dresden lernte ich einen jungen Architekten kennen. Wir haben die "Messe der Meister von Morgen" gemacht, deren Zentralgestaltung. Der junge Mann, Georg Honerla, war sehr experimentell und sehr interessiert an künstlerischen Fragen. Wir haben dann irgendwann zusammen weitergearbeitet an dem Entwurf. Er hat mir Dreiecksflächen hineingearbeitet zwischen die Bildteile, so daß die Bilder anfangen, allmählich zu kippen, auf den Betrachter zu. So entstand diese freie Figur, die im Raum hängt.

Das wurde mit Wohlwollen beim Rat des Bezirkes angenommen und ich durfte mir aus zwei Standorten, wo es ihrer Meinung nach hätte realisiert werden sollen, einen aussuchen. Das war einmal im Freien, in Grünau, als Neubaugebiet damals attraktiv, und zum anderen die Universität. Ich habe überlegt und mir dann gedacht, naja, Neubaugebiet. Die Frauen, die da von der Arbeit kommen oder vom Einkaufen mit ihren schweren Netzen, die gucken nur nach unten und nicht nach oben. Außerdem hätte ich experimentell neue Techniken versuchen, untersuchen müssen, also wie kriege ich denn Freiluftmalerei hin, Keramik oder was auch immer. Das war zu gespenstisch. Aber in der Universität wußte ich, wenn es da hängt, gehen Tag für Tag tausende Studenten vorbei, müssen vorbei, können nicht ausweichen und laufen darauf zu. Und dann habe ich das der

Universität eingeredet. Doch da hören wir vielleicht Herrn Behrends dazu, wie das alles weitergegangen ist.

Rainer Behrends: Am 15. Juli 1976 fand eine Beratung statt, an der Hartmut Klopsch, Hartwig Ebersbach, der Leiter der damaligen Stabsgruppe Neubau, Dr. Sudau und ich teilgenommen haben. Der Anlaß war, daß Hartmut Klopsch, der mal bei mir Student gewesen ist, sagte, also wir haben ein Projekt mit Hartwig Ebersbach, und das ist jetzt soweit, daß man ernsthaft darüber reden könnte, wo es realisiert werden soll. Danach bin ich bei Hartwig Ebersbach in der Liviastraße gewesen, habe mir mit ihm seine Entwürfe angesehen und schließlich gesagt, daß ich mir denken könnte, es für den Hörsaalbau in dessen erster Etage zu vollenden. Denn durch den Einschnitt 1968 standen von der Investbausumme nicht 2,5 sondern nur noch 0,5 Prozent für baugebundene Kunst zur Verfügung, und für das Gebäude z.B., in dem die allermeisten Leute verkehren würden, nämlich den Hörsaalbau, war dadurch überhaupt keine Kunst mehr vorgesehen. Die war vollständig gestrichen worden.

Wir strebten aber natürlich danach, dies irgendwie zu kompensieren, und da kam diese Idee zur rechten Zeit. Außerdem hatte mich dieses Projekt sehr begeistert. Die Fassung, über die wir damals sprachen, war so gedacht, daß das verspannte Segeltuch sein sollte. Also von dieser Idee war ich ungeheuer fasziniert. Am 15.7.76 fand also diese Beratung statt, und es wurde gesagt, wir könnten den Hörsaalbau dafür nehmen, Herr Ebersbach war bereit, das Gemälde für diesen Raum zu gestalten. Es wurde festgelegt – und das war entscheidend –, daß die Finanzierung durch den Rat des Bezirkes erfolgt. Damit war das klar. Im Juli 1976 wurde der Vertrag über das Projekt vom damaligen Prorektor für Gesellschaftswissenschaften, Professor Piazza, unterzeichnet. Es wurde in den Universitätsplan aufgenommen, und damit war für alle Beteiligten die Bahn frei. Daraufhin entstand ein Werkvertrag, der vorsah, daß diese Tafelbilderkombination, nun mit dem Arbeitstitel "Internationale Solidarität", geschaffen wird. Zeitablauf und Finanzierung wurden festgelegt, und Herr Ebersbach hat dann eine Konzeption eingereicht, die noch in unseren Akten zum Kunstwerk existiert.

Ebersbach: Und dann mußte ich plötzlich gesellschaftliche Berater haben. Also beim Rat des Bezirkes ging das Konzept ja noch durch unter dem Titel "Internationale Solidarität". Aber an der Universität, bei den

Gesellschaftswissenschaftlern, gab es Probleme. Vom Arbeitstitel “Internationale Solidarität” hat sich das dann zum Titel “Antiimperialistische Solidarität” verwandelt.

Gibas: Können Sie sich an die Argumentation erinnern?

Ebersbach: Es wurde angemerkt: Da müsse man schon differenzieren, was Solidarität ist. Das sei keine Caritasbewegung für ein in den Brunnen gefallenes Kind. Das müsse aus der Tradition der Arbeiterbewegung schon vorbereitet sein, der Drang zur Überwindung eines Systems. Und den Leuten, die das schon geprobt haben, denen kommt Hilfe zu.

Behrends: In dem Werkvertrag, den wir gerade erwähnt haben, ist der Passus enthalten: gesellschaftliche Beratergruppe, Gremium beim Prorektor für Gesellschaftswissenschaften. Dieses Gremium hat ein einziges Mal getagt. Es bestand aus Professor Piazza als Prorektor für Gesellschaftswissenschaften, Dr. Soltau von der Neubaugruppe, Hartmut Klopsch, der den Rat des Bezirkes vertrat, dann Dr. Dietmar Keller, 2. Sekretär der Kreisleitung der SED an der Karl-Marx-Universität, Professor Kossok, Revolutionswissenschaftler und Lateinamerikaforscher, Professor Hackethal und Professor Barthel, das waren auch zwei Gesellschaftswissenschaftler, und Manfred Teufel, damaliger Chef des Büros für baugebundene Kunst.

Gibas: War dieses Gremium extra für diese Entscheidung gegründet worden, oder war das eine ständige Einrichtung?

Behrends: Die hat Professor Piazza für dieses Projekt gegründet, und es wurde, wie gesagt, nur ein einziges Mal beraten.

Ebersbach: Um das “Konzept zu qualifizieren”. Ich mußte mich dann theoretisch bilden zu dem Thema, um zu Differenzierungen zu kommen und habe dann eine inhaltliche Konzeption geschrieben. Es gibt da Schwerpunktthemen, internationale Arbeiterbewegung, realer Sozialismus, antiimperialistische nationale Befreiungsbewegung...

Gibas: Das heißt, Sie haben also Fachliteratur dazu gelesen, auf Empfehlung des Gremiums?

Ebersbach: Ja sicher, ich weiß auch nicht mehr, wo ich das her hatte.

Behrends: Ich besitze das Konzept noch, wir können also daraus zitieren. Die wichtigen Aussagen sind natürlich die Sachen, die unmittelbar mit der Arbeit zu tun haben und deren Impuls. Also es wird hier gesagt: Bildidee – eine sozialistische Auferstehung. Dann werden ganz wichtige Aussagen gemacht zu dem Bild, und ausgeführt, es wäre dem Bild mit einem Titel "Trotz und Hoffnung" besser gedient. Dann wurden die Erlebnisebenen charakterisiert, die durch die Bildform entstehen – anlaufen, einlaufen, unterlaufen. Das war ja das, was mich von Anfang an begeistert hat, daß es also ein Bild ist, das mich sozusagen aufnehmen kann.

Dann muß Herr Ebersbach offenbar sehr schnell gearbeitet haben, denn ich habe am 14. September an ihn einen Brief geschrieben, und da war ich etwas beleidigt. Also in dem Brief steht: "Es wird mir gesagt, daß Sie jetzt die Arbeit an dem großen Bildwerk abgeschlossen haben und das in Partnerschaft mit der Universität entstehen sollte." Also, da ist zwischen dieser offiziellen Rederei im Juli bis September das Bild fertiggestellt worden, und Sie hatten es bereits zur Nachjury für die 8. Kunstausstellung der DDR eingereicht. Das war demzufolge alles schon passiert, und das habe ich Ihnen damals geschrieben und Sie auch wissen lassen, einerseits begrüße ich, daß Sie fertig sind, andererseits bin ich traurig, daß Sie mich nicht davon unterrichtet haben.

Dann hat der Rates des Bezirkes reagiert und mitgeteilt, das Bild sei zur VIII. Kunstausstellung nachgereicht und auch angenommen worden, werde aber dort nicht ausgestellt.

Ebersbach: Das wußten die damals schon?

Behrends: Das wußte der Rat des Bezirkes schon. Aber statt dessen ist es ja dann im Informationszentrum auf dem Sachsenplatz ausgestellt worden. Da wurde ein Hilfsgerüst gebaut, in dem das Bild hing. Claus Baumann hat seinerzeit einen Text dazu geschrieben. Am 21. Dezember 1977 fand dann die Endabnahme statt. Nach der Ausstellung auf dem Sachsenplatz wurde das Bild zunächst in der Universität eingelagert, weil die Fertigstellungsarbeiten am Hörsaalgebäude noch liefen. Die Decke war noch nicht installiert.

Ebersbach: Ja, ja, da hatten wir noch Hudeleien, weil durch die Brandschutzbestimmungen die Maße der Decke dann andere waren als wir sie vorab hatten. Wir befürchteten sogar, daß die Konstruktion vielleicht nicht mehr aufstellbar sein würde unter diesen Bedingungen.

Behrends: Am 26. Juni 1978 wurde erklärt, daß weder die Feuerwehr noch sonst jemand Bedenken anmelde, und daß die Installation beginnen kann. Dann haben Sie bis Ende August eingebaut, mit Herrn Honerla, und am 11. Oktober haben wir eine öffentliche Diskussion zum Kunstwerk veranstaltet. Daß es eine öffentliche Vorstellung geben solle, das hatten Herr Ebersbach und ich bereits 1977 miteinander vereinbart.

Ebersbach: Das hat in meiner Erinnerung dann noch einmal einen ganz anderen Zusammenhang bekommen. Ich weiß nur noch, als das Bild dann hing, kam es zum Krach. Und ich erinnere, daß Herr Rathmann, damals Rektor der Universität, gesagt hat, das Bild kommt mir nicht ins Haus. Und wenn ich es eigenhändig mit dem Hammer wieder herunterhole, das Bild kommt nicht ins Haus. Das war, als es schon hing.

Gibas: Aber Professor Rathmann war damals in der Kommission, die über die Konzeption beraten hatte, doch dabei, haben Sie beide erinnert? Wieso dieser Sinneswandel?

Behrends: Also ich halte das schlichtweg für eine Legende. Meine Erinnerung ist eine andere. Der Termin war gemeinsam vereinbart und als Aushang gedruckt worden. Wenige Tage vor dem Termin sausten dann plötzlich Leute herum und erzählten, die Universität würde sich gegen dieses Bild sträuben und wäre für einen sofortigen Abriß. Es war ja schon installiert. Das kam mir böhmisch vor. Ich hatte das Projekt betrieben, die beiden Künstler hatten gebaut, wir hatten das Ganze mit den Handwerkern diskutiert, die sich allerdings nicht gerade erfreut über das Werk äußerten. Aber das war nur eine Debatte am Rande. Dann kam plötzlich Herr Professor Heisig und sagte, was ist denn hier los, die Universität will das Bild beseitigen usw. Ich sagte, ich weiß nur, wir wollen öffentlich reden, zu der anberaumten Diskussionsrunde. Also gut sagte er, ich komme und dann werden wir ja sehen. Sie werden sich erinnern, Herr Ebersbach, in dem Flur saßen ziemlich viele Leute. Jeder, der kommen wollte, konnte kommen. Wir hatten gedacht, es passiert irgend etwas. Dann hat Herr Pro-

fessor Piazza, der Prorektor für Gesellschaftswissenschaften ein paar völlig belanglose Worte gesprochen, und Herr Ebersbach hat im Anschluß daran versucht, sein Bild zu erklären.

Ebersbach: Ja, ich kann mich erinnern, das war ziemlich schwierig. Alles hat gesagt, das wäre gar nicht nötig gewesen. Also die Unruhe, ich weiß nicht, ich habe mit dem Rathmann nicht selbst gesprochen. Es ist mir nur zugetragen worden, daß er das Bildwerk mit dem Hammer herunterholen wollte, wenn es nicht anders ginge, eigenhändig. Ich habe dann jedenfalls Angst bekommen und habe versucht, Hilfe zu holen. Ich habe Professor Heisig angerufen und ich weiß nicht, wen noch. Ich könnte mir vorstellen, den Rat des Bezirkes als Auftraggeber. Da habe ich dann gesagt, da spinnt einer, helft mir.

So war es dann auch, es kam zur öffentlichen Verteidigung. Ich habe mich vorbereitet, war sehr aufgeregt, da ich nicht wußte, was passiert. Alle waren da, außer Rathmann selbst, der hat seinen Prorektor vorgeschickt. Es war schon eine eigenartige Geschichte. Das Bild ist dann auch nach Dresden zur Kunstaussstellung gegangen, ist aber dort nicht aufgehängt worden. Ich bin selbst nach Dresden gefahren, um die Begründung für die Ablehnung – es gäbe dort keinen Platz im Foyer –, selbst nachzuprüfen. Es hätte Platz gegeben. Also es gab nicht nur eine, sondern viele komische Geschichten um das Bild herum. Ich habe dann auch gesagt, wenn das Bild mal hängt, wir nehmen das nie wieder ab, und wir haben dann nicht mehr daran gerührt, damit es hängen bleibt.

Gibas: Wer Ihnen diese Hiobsbotschaft gebracht hatte, daß der Rektor Rathmann gegen das Werk sei, wissen Sie aber nicht mehr?

Ebersbach: Nein, das weiß ich nicht mehr. Ob mir der Rat des Bezirkes das zugetragen hat oder wer nun sonst, das kann ich nicht mehr sagen.

Gibas: Mit Professor Rathmann haben Sie nicht darüber gesprochen?

Ebersbach: Nein, ich habe zwar später mal einen Schüler von Herrn Rathmann kennengelernt, der beim Verlag Volk und Wissen als Lektor gearbeitet hat. Der hat mir gesagt, er könne sich überhaupt nicht vorstellen, daß der Rathmann so reagiert.

Behrends: Jedenfalls, der tagelang vorher angekündigte Eklat fand an diesem Tage nicht statt, fiel aus. Aber alle waren da. Das wäre ja nun die Möglichkeit gewesen, dagegenzuschießen, aber es hat keiner getan. Also war das Bild am Platz, und es hieß von diesem Augenblicke an “die Fledermaus”.

Gibas: Wo kam der neue Name her?

Ebersbach: Wahrscheinlich die Assoziation von einem zufliegenden Vogel. Wenn sie die Treppe heraufkommen, kommen sie langsam in das Bild, sie werden aufgenommen. Es war einfach der populäre studentische Titel.

Gibas: Vielleicht können wir noch einmal versuchen, den Inhalt dieser öffentlichen Diskussion zu rekonstruieren. Heute kann sich ja kaum noch einer vorstellen, daß ein Künstler vor einer speziell für sein Werk installierten Kommission von Wissenschaftlern seine Werkintentionen de facto verteidigen muß, daß man in solcher Runde mit ihm diskutiert über die Anmutungen, nicht nur über die ästhetischen, sondern auch über die inhaltlichen Probleme seines Kunstwerkes. War das für Sie ein normaler oder ein außergewöhnlicher, nur bei dieser speziellen Arbeit erfahrener Vorgang?

Ebersbach: Also ich habe immer Probleme gehabt, auch mit anderen politischen Bildern, die ich gemacht habe. Zum Beispiel mit dem Chile-Bild. Das war für das Armeemuseum in Dresden viel zu blutig. Also: Die Armee konnte kein Blut sehen! Dann David und Goliath, das hat auch Probleme gemacht, weil sie den Ebersbach offensichtlich immer als schillernde Figur, als Schlitzohr aufgefaßt haben. Es könnte sich hinter den Bildgestaltungen etwas verbergen, das sie nicht genau beurteilen können. Der Vorwurf war in diesem Fall: Die Sowjetunion sei groß und die DDR klein, ob ich vielleicht das meinte. Also es war immer kompliziert, wenn ich mal versucht habe, in die Diskussion einzugreifen oder im Kunstzusammenhang, etwa sozialistischer Realismus, erneuernde Elemente oder sinnhafte Befragungen für mich herzustellen. Oder auch mal andere Quellen zu nutzen, als die, die man schon kannte, den Bloch eben, der für mich eine Fundgrube war. Das hat mich wahnsinnig fasziniert und ich habe mir gedacht, da könnte man auch Kunst erneuern, damit auch am System rüt-

teln und etwas wach machen. Ich habe da schon konstruktiv gedacht. Die gesellschaftliche Beratung war insofern wichtig, als sie gesagt haben, wir wollen Konkretes. Ich mußte also dann die Figuren konkret machen, sie mußten konkrete Züge bekommen. Links oben sind der Barrikadensänger Ernst Busch, Gagarin, Neruda, Angela Davis. In der unteren Ebene die Gescheiterten, wie z.B. Che Guevara, Lumumba. Also, es sollte nicht so eine allgemeine Auferstehung sein, unverbindlich, namenlos. Und ich muß sagen, das hat dem Bild nicht geschadet.

Behrends: Zumal ja die ganze Konkretisierung nicht so geführt worden ist, daß sie sofort ablesbar wäre, sondern eingefügt in den ganzen Duktus.

Ebersbach: Dann hat es auch noch eine ästhetische Verwandlung gegeben damals. Der Entwurf war noch in der Ästhetik des Vorbildes Lovis Corinth, und bei der Übertragung habe ich dann gemerkt, das läßt sich nicht einfach übertragen, das braucht neue Form, neue Ästhetik. Da habe ich mich sehr schwer getan. Da bin ich in eine richtige Krise gekommen. Dazu gibt es Legenden, die sind aber auch wahr. Vielleicht habe ich sie selbst verbreitet. Ich habe an dem Bild nackt gemalt, nachts und am offenen Fenster. Tagsüber konnte ich nicht malen, selbst das Tageslicht hätte mich abgelenkt, aber nachts war ich mir überlassen und die Welt war offen, ich konnte also alle Ströme auf mich beziehen und für mich reproduzieren an diesem offenen Fenster. Da gab es eine Veränderung, mein Bruder, Wolfram Ebersbach, auch ein Maler und oft unterschätzt, hat mir da behilflich sein können. Er hat mir ein Kokoschka-Buch gebracht in dieser Zeit und da gibt es ein Bild, das mich inspiriert hat. Ich kannte es auch noch von der Reproduktion. "Gentleman pleas" waren damals sicherlich verpönt, aber ich habe es mir geleistet, und es ist ein eigenständiges Bild geworden.

Ich kann mich auch noch erinnern an die Montage. Ich habe noch Erinnerung an die Überraschungen, die es damit gegeben hat, daß es drei Erlebensebenen gibt. Also so nah heranzugehen an das Bild, wie ich selbst dran bin beim Malen, damit man über die Struktur etwas erfahren kann, über den Künstler. Was ist das für einer, der sowas macht, wie er es macht. Dann etwas zurückgehen, dann sich das erschließen, was auch gemeint ist. Und dann gibt es noch etwas: wie funktioniert es im Raum als dritte Ebene, wenn man noch weiter zurückgeht. Und es spiegelt sich auch noch in der Decke wie eine Riesenorgel. Das war schon ein tolles Erlebnis! Das war nicht geplant, aber es hat der Sache sehr gedient.

Aber alle inhaltlichen Geschichten, die Diskussionen, das kriege ich jetzt nicht mehr zusammen. Da habe ich auf Sie gehofft, Herr Behrends, daß Sie vielleicht noch etwas wissen.

Behrends: Ein Problem damals, als das Bild entstand 1977, war ja in der Leipziger Kunst das Thema Solidarität. Es war z.B. so eine Sache mit dem Soli-Beitrag. Das war ja so ein freiwilliger Zwang. Jeder lieferte da monatlich irgendetwas ab, und es kam nie eine Erklärung, was eigentlich mit dem Geld passiert. Alle wußten, daß es in der gesamten DDR jeden Monat ein erheblicher Betrag sein mußte. Und da fing das mit Diskussionen unter den Studenten an, wanderte dann in Richtung der jungen Künstler. So entstanden dann um Mattheuer herum Bilder zum Thema. Jürgen Schäfer zum Beispiel hat damals solch ein Bild gemalt, wo aus einer absolut nackten Erde eine offene Hand herauskommt und ein normaler Bürger gibt was in die Hand hinein. Aber so, als wollte er damit nichts zu tun haben. Und so brach hier eine Diskussion aus um das Thema: Was ist eigentlich Solidarität? Ist das so eine Geschichte, die man einfach abarbeitet? Man schmeißt einfach etwas rein? Oder ist es eine Sache, die mit einem selber etwas zu tun hat, ist es eine existentielle Geschichte. Und da kam dieses Bild, die "Fledermaus".

Die Mittelfigur der ganzen Installation ist einer, der sich erheben will, und wenn er sich erheben kann, ist es ein Riese, eine gigantische Figur! Aber damit er sich erheben kann, sind an den schmalen Seiten viele, viele Hände, die ihn nicht tragen, sondern stützen, die Hilfe zur Selbsthilfe geben. Das war plötzlich ein Thema, mit dem das Bild ganz aktuell wurde. Und da hatte es auch seine wirkliche Brisanz, deshalb verebbten dann sicherlich auch sehr schnell Diskussionen gegen das Bild, wenn es denn welche gegeben hat.

Beim Hinsehen – wissen Sie, wenn man ein Buch nicht gelesen hat, ein Musikstück nicht gehört hat, ein Bild nicht gesehen hat, kann man unendlich viel reden, aber wenn man dann konkret vor so etwas geführt wird, relativiert sich manches sehr schnell. Ich glaube, das ist bei diesem Bild passiert. Zumal es in einem malerischen Gestus vorgetragen wurde, der damals schlicht und einfach zunächst schockierte. Also man mußte entweder hinsehen oder sich abwenden, eine andere Entscheidung gab es nicht. 1977, das war lange bevor die "Wilden" erfunden worden sind. Daß hier plötzlich ein Angebot vor allem an die jungen Leute war, die damals studierten, etwas, das ihnen entsprach, was sozusagen in ihnen rumorte, das machte das Bild eigentlich schnell zu einem festen Bestandteil seiner

Umgebung. Zumal es eben völlig ungeplante Effekte gab, die Herr Ebersbach geschildert hat: daß es sich im Fußboden, in der Decke gespiegelt hat und sozusagen eine Erscheinung im Raum wurde, was sehr schön ist, auch heute noch.

Gibas: Und gab es nach dieser einen öffentlichen Diskussion unmittelbar nach der Bildinstallation weitere Debatten? Gab es organisierte Führungen und Diskussionen?

Ebersbach: Nein, ich war froh, daß es damit seinen endgültigen Platz gefunden hat, mit seiner Abnahme und Annahme. Wenn ich jetzt in der Konzeption lese, welche Schwerpunkte ich konzipiert habe, die ich mir auch irgendwo hergeholt hatte – also Ästhetik wächst auch erst in meiner eigenen Entwicklung, da sind eine Reihe von Sätzen drin, die habe ich damals noch gar nicht ahnen können, die muß ich also auch irgendwo her haben. Ich habe gesammelt, organisiert, zitiert, es klingt gut: Kunst ist noch nie für die Vergangenheit gemacht worden. Kunst sieht dann der Gegenwart ähnlich, wenn sie nicht die Veränderungen aus dem Auge verliert. Das hat die gesellschaftliche Relevanz einer *dokumenta* heute, die ständige Emanzipation des Menschen. Sie greift ein in revolutionäre Prozesse und weist auf eine möglichst nahe Zukunft hin. Hier haben wir es wieder, Prinzip Hoffnung, Utopie. Ich hab damals noch nicht wissen können, daß Utopien auch Ideologien gebären und daß Ideologien eigentlich mehr schaden als nützen, weil sie Gesellschaft und Menschen entzweien. Gut, so kompliziert sind die Dinge. In dieser Zeit, als selbst hinter einem schwarzen Rahmen der Verdacht lag, es könnte ein symbolischer Ausdruck sein – also da meint er ja sicher auch was damit, wenn er ein Bild schwarz rahmt –, in diesen sensiblen oder, sagen wir mal, hysterischen Zeiten wurden solche Sätze in einer Konzeption auch geprüft, was meint er, was steckt dahinter.

Gibas: Ich finde es allerdings kurios, daß es zur Konzeption des Werkes eine sehr intensive Diskussionsrunde gab, doch das Beratungsgremium sich dann nicht noch einmal zusammengefunden hat, als das Bild fertig war.

Ebersbach: Das war dann die Abnahme. So liefen Projekte ab. Man reicht ein Ideenprojekt ein, das war bei mir sehr ausführlich mit Modell beim Rat des Bezirkes. Dann kommt das Ausführungsprojekt, dort wird

entschieden oder verhandelt, wo das hinkommt. Und dann kommt die Abnahme, die Endabnahme. Insofern war es ein ganz normaler Ablauf, wie ich das von der Messe her auch kannte. Nur die ganze Unruhe, die es zwischendurch gab und plötzlich der Hammer, wo immer der herkam, das hat das ganze Ding kompliziert.

Behrends: Zu der Frage, ob es danach noch studentische oder andere Diskussionen gegeben hatte, da muß ich ganz einfach gestehen: Mir haben die Diskussionen gereicht, die nach der Fertigstellung von Tübkes Wandbild geführt worden waren, und die ich nicht wiederholen wollte und nicht wiederholen will. Daß da irgendwelche Gruppen auftreten und sagen, so sind wir nicht und das Bild entspricht uns nicht, so etwas wollte ich mit niemandem wieder führen. Es hat auch niemand gefordert und gewollt. Sie haben sich das Bild selber angesehen und gut.

Ebersbach: Aber der Titel hängt heute nicht mehr drunter: “Antiimperialistische Solidarität”. Das ist jetzt neutral.

Behrends: Aber was Peter Guth in der Anmerkung 734 in seinem Buch “Wände der Verheißung” schreibt, das stimmt nicht. “Bei der offiziellen Bildabnahme durch den Rat des Bezirkes und Künstlerkollegen wurde die Universität überstimmt. Für den Mechanismus ist interessant, daß der Rat des Bezirkes die Universität zwingen konnte, das Bild aufzuhängen.” Das ist schlicht und einfach falsch. Er war nicht dabei. Ich habe es nachvollzogen. Am 21. Dezember haben wir das Bild übernommen und damit war die Sache abgetan. Also das ist zu korrigieren, sollte es eine zweite Auflage geben.

Ebersbach: Da müssen wir ihn fragen, meiner Meinung nach war er dabei. Und “überstimmt”, gut, wenn Herr Rathmann zum Schluß selbst den Schwanz einzieht und seine Prorektoren vorschickt...

Behrends: Der Rat des Bezirkes hat die Universität zu keinem Zeitpunkt zu irgend etwas gezwungen. Im Gegenteil, er hat uns über Hartmut Klopsch gefragt, ob wir Interesse entwickeln können.

Ebersbach: Das bezieht sich sicher auf die öffentliche Verteidigung. Wenn die Legende stimmt – lassen wir es mal unter Legende laufen –, “das kommt runter, das Bild und wenn ich das mit dem Hammer mach”, dann ist das vielleicht eine Überziehung der Tendenz, daß das Bild trotz Widerständen an der Universität geblieben ist oder in die Universität gekommen ist. Dann müssen wir es so sehen.

Gibas: Zur Tendenz der Diskussion hatten Sie gesagt, der Prorektor für Gesellschaftswissenschaften, Herr Professor Piazza habe sozusagen ganz neutrale Einleitungsbemerkungen gemacht.

Behrends: Das Bild ist weder unter Druck zur Universität gekommen, noch trotz Widerständen bei ihr verblieben. In der Diskussion hat Herr Ebersbach dann sein Bild verteidigt, sehr engagiert, sehr kompliziert. Er wollte sein Bild in geschichtsphilosophische Zusammenhänge erheben, und dann ist man ihm ins Wort gefallen: “Halt die Klappe...!”

Gibas: Öffentlich?

Behrends: Naja, Herr Heisig ist da nicht zu bremsen.

Gibas: Gab es kontroverse Meinungen in dieser öffentlichen Verteidigung?

Behrends: Es gab zum Beispiel, soweit ich mich erinnere, Nachfrage nach dieser Galerie der Köpfe. Warum der und jener. Aber das ist natürlich normal, wenn ich dort Gagarin male oder Angela Davis, die ja damals nicht auf der Verliererstrecke waren.

Ebersbach: Das ist die obere Ebene, die der Sieger, der möglichen Sieger.

Behrends: Naja, die möglichen Sieger, von denen wir wissen, daß sie bald, also sehr bald weg und echte Verlierer waren und nicht die Verlierer, die Sie unten als Stein gemalt haben. Das Bild ist heute aus ganz anderer Perspektive ebenso spannend, wie es 1977 spannend war.

Gibas: Also die Nachfragen waren ganz konkret, zu ganz konkreten Bild-details, aber keine offenen Polemiken?

Ebersbach: Also ich weiß das nicht mehr, vielleicht können Sie mir da helfen. Mir war dann auch wie bei jeder Prüfung schwarz vor Augen und ich habe dann eben meine Sachen abgelassen, von denen ich glaubte, die müßten bekannt gemacht werden. Sicher auch zur Ästhetik und zur Malform. Warum ich also diese Form gewählt habe, die Ruppigkeit, weil man damit Lebendigkeit herstellt und sich nicht nur eine Illustration ergibt. Und auch solche Inhalte, die für mich wichtig gewesen sind, Auseinandersetzung mit dem "Prinzip Hoffnung". Da weiß ich genau, wo die Kritik auch angekommen ist, daß ich mich lieber mit Lenin beschäftigen sollte.

Gibas: Das war vor der Kommission, der Hinweis auf Lenin?

Ebersbach: Ich habe es dann auch aufgegeben, nach diesen vielen Enttäuschungen, Bilder mit gesellschaftlicher Relevanz zu machen. Ich habe eine Kehrtwendung gemacht, habe mich selbst definiert als die kleinste Gesellschaft und habe eine existentialistische Position eingenommen, habe alles über *mich* erklärt: "Ich bin die Welt". Ich habe alle Energien nach innen gerichtet. Da habe ich einen neuen Ansatz gefunden, das hat mich eigentlich erst bekannt gemacht im Westen. Da gab es dann Anerkennung, die ich im eigenen Land nicht gefunden habe, Ausland war das damals, Bundesrepublik, noch weiter weg.

Gibas: Aber mit Ihrem Bild identifizieren Sie sich noch?

Ebersbach: Nach wie vor. Natürlich. Dazu bekenne ich mich. Auf meinem Entwicklungsweg gibt es viele Irrungen und Wirrungen, zu denen bekenne ich mich. Zu den guten Versuchen, auf die ich auch gerne wieder zurückkomme, die ich auch gerne zeige, stehe ich. Irrungen und Wirrungen sind ein System, mit dem ich damals groß geworden bin, und ich als Subjektiver, als Individuum, Sie wissen ja, das hat eine Vorgeschichte: Der Künstler in der Gesellschaft, was ist das. Da gab es frühe Diskussionen, da habe ich viel Ärger gehabt mit einem Selbstbildnis mit Freunden. Ich habe das dann verbrannt. Da wurde diskutiert "Vom Ich zum Wir". Die Kollektivgeschichte. Und ich habe es genau umgekehrt gemacht, "Vom Wir zum Ich". Daß sich da Kollisionen ergeben mußten, ist klar.

Behrends: Was mich dann mit dem Bild noch danach beschäftigt hat: 1980 produzierte der Seemann-Verlag ein Buch über die Kunstschatze der

Karl-Marx-Universität. Unter den Gemälden wollte ich dieses Bild aufgenommen haben. Ich habe einen Text geschrieben, habe auch Fotos herstellen lassen. Da hat mir dann der Herr Keil, der Verlagschef vom Seemann-Verlag, am 7. Mai 1980 geschrieben: "Das Werk 'Antiimperialistischer Widerstandskampf und internationale Solidarität' wurde in Absprache mit dem Herausgeber Professor Ullmann ersatzlos gestrichen. Das Übergewicht an zeitgenössischer Kunst wäre noch stärker geworden." Das war nun wirklich der einzige Eingriff, den ich erfahren habe, daß hier also ein Kollege, noch dazu von der Universität, sagte, nein also das brauchen wir nicht. Es war schon merkwürdig. Es wäre nämlich das einzige wirklich zeitgenössische Bild gewesen in dem Band, deshalb wollte ich es gern drin haben. Das war 1980 aber offenbar noch etwas zu früh.

Zweierlei Maß

Kunst am Bogensee

Jörn Schütrumpf

Anders als Görings “Karinhall” in der Schorfheide und Hitlers “Berghof” auf dem Obersalzberg überstand Goebbels Landsitz den Krieg weitgehend unversehrt.¹ Nördlich von Berlin, tief in den Wäldern bei Wandlitz am kleinen Bogensee hatte er im englischen Landhausstil eine Villa samt Gebäuden für die Bediensteten und die SS-Wachmannschaften sowie – etwas abseits gelegen – ein Haus für seine Schwiegermutter errichten lassen. Ab Sommer 1944, als die Bombardements den Aufenthalt im Reichspropagandaministerium in der Berliner Wilhelmstraße immer gefährlicher machten, befand sich am Bogensee Goebbels’ Hauptquartier – hier holten sich die “Schriftleiter” wöchentlich die neuesten Sprachregelungen ab, im eigens eingerichteten Kinoraum begutachteten der Reichspropagandaminister und sein Anhang die Wochenschauen, mit denen der “Durchhaltewille” der Bevölkerung gestärkt werden sollte.

1946 übergab die SMAD insgesamt 23 Schlösser und ähnliche Gebäude, darunter auch Goebbels’ Landsitz, an die gerade gegründete Freie Deutsche Jugend. Diese Häuser waren nicht zur Erholung für von Krieg und Nachkrieg besonders drastisch betroffene Jugendliche gedacht; in ihnen hatte die Jugendorganisation Schulen einzurichten.² Diesen Schulen wurde ein hoher Stellenwert zugemessen, konnte sich die SED doch gerade unter Jugendlichen anfangs kaum auf Anhänger stützen.

¹ “Karinhall” ließ Göring selbst in Schutt legen, während der “Berghof” am 25. April 1945 durch die Royal Airforce zerstört wurde. – Ulrich Chaussy, Christoph Püschner: Nachbar Hitler. Führerkult und Heimatzerstörung am Obersalzberg, Berlin 1995, S. 7f.

² Ulrich Mählert: Die Freie Deutsche Jugend 1945–1949, Paderborn u.a. 1995, S. 154.

Schon 1945 hatte die Besatzungsmacht angesichts eines Organisationsgrades der deutschen Jugendlichen am Ende der NS-Zeit von 95 Prozent ihren ursprünglichen Gedanken, in einer künftigen Jugendorganisation nur Mitglieder zu dulden, die nicht der Hitlerjugend angehört hatten, aufgeben müssen. 1946, nach der Gründung der FDJ, folgte nun der nächste Schritt. Da sich viele einfache Hitlerjungen und BDM-Mädchen verweigerten und an ihren NS-Ideen festhielten (vor allem an der These vom “Übermenschen”), konzentrierte sich die SED nun auf deren Leitfiguren: das ehemalige untere Führungskorps von HJ und BDM.³

Bei der Umerziehung der Jugendlichen, nicht zuletzt der aktivistischen NS-Anhänger, spielten die Schulen der FDJ eine wichtige Rolle. Hier wurde ein wesentlicher Teil des Personals ausgebildet, mit dem in der Folgezeit die Schlüsselstellungen in der Gesellschaft erobert wurden.⁴ Gerade Angehörige der Jahrgänge 1927/28 bis ca. 1930, also jener Jahrgänge, aus denen der Kern der späteren DDR-Eliten hervorging, die das Land bis 1989 regierten,⁵ erlebten hier ihren Karrierestart in die Nachkriegszeit.

Zur zentralen Schule, zur “Jugendhochschule der FDJ”, avancierte Goebbels’ letztes Hauptquartier. Nach Ulbrichts strategischer Wendung weg von einem gleichberechtigten Bündnis aller Hitler-Gegner und hin zu einer Versöhnung mit den “nationalsozialistischen Massen”⁶ im Zuge der Stalinisierung der SED wurden die Schulen, sowohl der SED als auch der

³ Diese Idee hatte der Jugendsekretär der sächsischen KPD, Robert Bialek, noch 1945 entwickelt und mit Zustimmung von Wilhelm Pieck zuerst in Sachsen erprobt. – Heinz Lippmann: Honecker. Porträt eines Nachfolgers, Köln 1971, S. 63f. Über das weitere Schicksal Bialeks siehe Michael Herms, Gert Noack: Der “Schlesierausschuß” der VVN im Visier der SED-Führung (1946 bis 1952), hefte zur ddr-geschichte 47, Berlin 1997, S. 21f.

⁴ Ein Überblick zu dieser Problematik findet sich bei Mihai D. Gheorghiu: Die Schulen der Kommunistischen Parteien und ihr Erbe. Studie über die Ausbildung ehemaliger Eliten, in: *Utopie kreativ*, Heft 64, S. 77ff.

⁵ Nicht viel anders war die Entwicklung in der Bundesrepublik, nur daß hier diese Generation zum Teil heute noch an den Schalthebeln sitzt.

⁶ Walter (Ulbricht): Für die Versöhnung des deutschen Volkes, in: *Deutsche Volkszeitung*, Prag, 18. Oktober 1936, auch abgedruckt in: *Utopie kreativ*, H. 71, S. 32ff.; Jörn Schütrumpf: Versöhnung der antifaschistischen und nationalsozialistischen Massen: in ebd., S. 28ff.; ders.: “Besprechungen zwischen ehemaligen VVN-Kameraden ... dürfen nicht mehr stattfinden.” Antifaschismus in der DDR, in: Dieter Vorsteher (Hg.): Parteiauftrag: ein neues Deutschland. Bilder, Rituale und Symbole der frühen DDR, München/Berlin 1996, S. 143ff.

FDJ, noch wichtiger. Denn ein zentrales Instrument bei der Eroberung der Gesellschaft waren die “Apparate” (Partei, kommunale und staatliche Verwaltungen, Jugendorganisation, Gewerkschaft etc.), die nach 1948 massiv ausgebaut wurden; entsprechend stieg der Bedarf vor allem an jungen, von der Geschichte der deutschen Linken “unbelasteten” Kadern, die mit einem entsprechenden Geschichtsbild motivierbar waren. Goebels’ Villa wurde zu klein, zusätzliche Baracken mußten errichtet werden.

Doch auch das reichte nicht. Deshalb erhielt Anfang der fünfziger Jahre die FDJ die Genehmigung, auf dem Gelände eine richtige Schulanlage zu errichten. Kurt Liebknecht und Hermann Henselmann legten im Politbüro Pläne für ein Ensemble vor, das – an der vorhandenen Bebauung orientiert – sich in die Landschaft einfügen sollte. Ulbricht verlor beinahe die Beherrschung:

“Es handele sich hier nicht um den Bau eines Erholungsheimes, sagte er, nicht um eine Feriensiedlung, sondern um eine Hochschule der Jugend, um ein Institut sozialistischer Erziehung, um ein Denkmal des Sozialismus. Das müsse sich auch im Baustil manifestieren. Ohne Rücksicht auf die Zeichnung der Architekten entwarf Ulbricht mit einem Rotstift auf dem Millimeterpapier griechische Tempel mit ionischen Säulen. Dabei entwickelte er seine grundsätzlichen Vorstellungen über sozialistische Architektur, entwarf ein Bild von neu entstehenden sozialistischen Städten, wies wiederholt auf das Projekt der Stalinallee hin, betonte das gigantische Vorbild der Sowjetunion”.⁷

In dieses Ambiente wurden mehr als dreißig Jahre später aus verschiedenen Hoch- und Fachschulen der DDR eine Reihe Kunststudenten eingeladen.⁸ Es stand der 40. Jahrestag der Existenz der Jugendhochschule, deren erster Lehrgang vom 22. Mai bis 6. Juli 1946 durchgeführt worden war, bevor. Der forumähnliche Platz mit Blockrandbebauung und Repräsentativbauten an den erhöht angelegten Stirnseiten war allerdings in den fünfziger Jahren nicht beendet worden. Ulbrichts Vorgaben hatten die Kosten bis Ende 1952 schon auf das Dreifache der Planungen hochschnellen las-

⁷ Lippmann, S. 147.

⁸ Ausführlicher dazu Monika Flacke: “Junge Kunst im Auftrag”. Die “bild-künstlerische Ausgestaltung” der FDJ-Jugendhochschule “Wilhelm Pieck” in Bogensee, in: dies. (Hg.): Auf der Suche nach dem verlorenen Staat. Die Kunst der Parteien und Massenorganisationen der DDR, Berlin 1994, S. 120f.; dies./Jörn Schüttrumpf: Junge Kunst im Auftrag. Die Jugendhochschule “Wilhelm Pieck”, in: Monika Flacke (Hg.): Auftragskunst der DDR 1949-1990, München/Berlin 1995, S. 343.

sen – von den ursprünglich veranschlagten 6 Millionen DM hatten allein die Stukkateursarbeiten zweieinhalb Millionen verschlungen. Nun, in der ersten Hälfte der achtziger Jahre, sollte die klaffende Lücke mit einem dem Stil des Platzes nachempfundenen Bau geschlossen werden; um die Patina, die sich auf die bestehende Anlage gelegt hatte und ihre Monstrosität noch verstärkte, vollständig zu beseitigen, reichten die Mittel hingegen nicht. Man beschränkte sich auf eine künstlerische Neugestaltung der Eingangsbereiche zu den Wohnbauten. Außerdem wurde für eine kleine Plattenbausiedlung eine Schneise in den Hochwald geschlagen.

Die Kunststudenten sollten sich an der Neugestaltung der Anlage beteiligen, denn Künstler, die schon fest im Beruf standen, waren für solche Aufträge kaum noch gewinnbar.⁹ In der Projektbeschreibung hieß es:

*“Die Jugendhochschule ‘Wilhelm Pieck’ wird bis 1985 umfassend rekonstruiert und erweitert. Gleichlaufend dazu wird sie [...] bildkünstlerisch ausgestaltet. Der Einsatz von Kunstwerken und die Realisierung einer einheitlichen Gestaltungskonzeption hat zum Ziel, die Erziehung standhafter, der Partei ergebener Funktionäre der FDJ sowie die Vertreter ausländischer Jugendorganisationen zu unterstützen und ihr ästhetisches Empfinden zu schulen. Ziel ist, die bildkünstlerische Ausgestaltung bis zum 22. Mai 1986, dem 40. Jahrestag der Schule, abzuschließen.”*¹⁰

An der Ausschreibung hatten sich mehr als 100 Studenten verschiedener Hoch- und Fachschulen beteiligt¹¹ – Maler, Bildhauer, Grafiker, Keramiker, Innenarchitekten, Gebrauchsgraphiker, Fotografen, Textil-, Metall-, Email- und Holzgestalter. Für die einzelnen zu gestaltenden Bereiche der Jugendhochschule wurde ein Konzept entwickelt und mit den zuständigen

⁹ Zu den Schwierigkeiten, mit denen die SED-Führung schon in der ersten Hälfte der siebziger Jahre zu kämpfen hatte, als es um eine Ausgestaltung des “Palastes der Republik” ging, siehe: Bärbel Mann, Jörn Schütrumpf: Galerie im Palast der Republik, in: Auftragskunst der DDR, S. 245ff.

¹⁰ Konzeption für die bildkünstlerische Ausgestaltung der Jugendhochschule ‘Wilhelm Pieck’. Beschluß des Sekretariats des Zentralrates der FDJ, 28.6.1983, hrsg. vom Sekretariat des Büros am 1. Juli 1983, in: Bernd Ludewig: Erfahrungen und Ergebnisse aktiver gesellschaftlicher Auftragspolitik der FDJ, dargestellt am Beispiel des Zentralen Jugendobjektes “Bildkünstlerische Ausgestaltung der Jugendhochschule ‘Wilhelm Pieck’”, Diplomarbeit (Mschr.), Parteihochschule ‘Karl Marx’ beim ZK der SED, Berlin 1987, Anlage 1.

¹¹ Hochschule der Bildenden Künste Dresden, Kunsthochschule Berlin-Wießensee, Hochschule für industrielle Formgestaltung Halle, Hochschule für Graphik und Buchkunst Leipzig, Fachschule für angewandte Kunst Schneeberg, Fachschule für angewandte Kunst Heiligendamm.

Vertretern der Jugendhochschule durchgesprochen. Das besondere Augenmerk lag auf der Gestaltung des Innenhofes, während man in anderen Bereichen eher großzügig verfuhr: "In den Bereich des Appellplatzes sind Standort und Form der Wilhelm-Pieck-Ehrung so zu erarbeiten, daß eine spannungsvolle Gesamtanlage entsteht."¹² Die Bilder, die für die Wohnhäuser, das Kulturhaus, die Schulungsräume usw. in Auftrag gegeben wurden, stellte man unter die Themen: "Revolutionäre Traditionen", "Kommunistische Zukunft" sowie "FDJ und Gegenwart". Anders als bei vergleichbaren Aufträgen in der frühen DDR wurden den Künstlern keine großen Einschränkungen bei der Bildfindung auferlegt.

Wie zwei Mentoren der Studenten, die Malerin Jutta Damme und der Maler Bernhard Heisig, berichteten, wurden die Studenten nicht direkt von der FDJ angesprochen, sondern die Betreuung war den Lehrern überlassen.¹³ Zur Auswahl der Studenten, die sich am Projekt beteiligen durften, hieß es: "Die Aufgaben sind entspr. ihrer zentralen kulturpolitischen Bedeutung den leistungsstärksten FDJ-Studenten bzw. Diplomanden und Aspiranten zu übertragen und durch die jeweiligen Abteilungsleiter bzw. Leiter der Meisterklassen verantwortlich zu mentorieren."¹⁴ Die Lehrer entschieden also über die Freiräume der Studenten. Die Mentoren selbst mußten sich auf unterschiedliche Weise auf das Projekt einlassen. Dietmar Kuntzsch, als Mentor für die Innenhofgestaltung mit der Wilhelm-Pieck-Ehrung zuständig, war enger mit der FDJ verbunden.¹⁵ Bernhard Heisig hingegen, eingesetzt als "künstlerischer Leiter" des Projektes, kümmerte sich wenig um die Umsetzung in Bogensee.

Das Projekt Bogensee war aufgrund seiner Größe für die einzelnen Arbeitsgruppen in seiner Gesamtheit nicht zu überblicken, auch arbeiteten die verschiedenen beteiligten Hochschulen nicht zusammen. Die Bilder und Skulpturen, die für die Jugendhochschule geschaffen wurden, sind

¹² Künstlerische Gestaltung der Jugendhochschule Wilhelm Pieck. Zentrales Jugendobjekt der künstlerischen Hoch- und Fachschulen. Konzeptionelle Beteiligung der Kunsthochschule Berlin, S. 3. Archiv Kuntzsch, Dietmar, Berlin. Dietmar Kuntzsch, Professor für Architektur an der Kunsthochschule Weißensee, war mitverantwortlich für die Innenhofgestaltung in Bogensee.

¹³ Gespräch Monika Flacke mit Jutta Damme, damals Professor an der Hochschule in Dresden, am 7.7.1994, und Bernhard Heisig, damals Professor an der Hochschule in Leipzig, am 8.7.1994.

¹⁴ Gespräch Monika Flacke mit Dietmar Kuntzsch am 10.10.1994.

¹⁵ Ebd.

weder in der Qualität noch in der künstlerischer Aussage einheitlich. Die Studenten arbeiteten zusammen mit ihren Lehrern an den Hochschulen, ohne auf den Auftraggeber, den Zentralrat der FDJ, Rücksicht nehmen zu müssen. Jutta Damme berichtete, daß sie mit den Studenten nach Bogen-see gefahren sei, um einen Eindruck von der Anlage zu erhalten. Einfluß auf die Bilder habe dieser Ausflug jedoch nicht gehabt.¹⁶

Einschränkend hierzu ist anzumerken, daß es den Studenten schwergefallen sei, das Thema "Kommunistische Zukunft" zu bearbeiten – so schreibt Bernd Ludewig, der als Beauftragter des 2. Sekretärs des Zentralrats der FDJ das Projekt über drei Jahre lang begleitete, in seiner Diplomarbeit. Daraufhin habe die Jugendorganisation "zwecks besserer Durchdringung und Bewältigung"¹⁷ Untergruppen gebildet.

Für die Studenten bot die Teilnahme an dem Bogenseeprojekt durchaus Vorteile: Sie konnten ein zusätzliches Jahr an der Hochschule verbringen und erhielten Geld dafür. Hartmut Piniek meinte sogar, daß die Studenten diesen Auftrag als Geldquelle gesehen hätten; außerdem wäre bei großem Engagement auch eine Westreise genehmigt worden.¹⁸

Wie stets in der Kunst der DDR hatten die Maler am stärksten mit der Nähe zur Politik zu kämpfen, während Keramiker, Innenarchitekten und verwandte Produzenten sich seit 1955 weitgehend aus der politischen Bevormundung entlassen sahen. Für die Freiheit bzw. Nicht-Freiheit, die den Kunststudenten bei der Verwirklichung des Bogenseeprojekts gewährt wurde, ist deshalb die Malerei ein brauchbarer Indikator. Sie bewegt sich von der Auseinandersetzung mit dem sozialistischen System bis hin zu diffusen und abstrahierende Bildern.

Aus der Klasse von Jutta Damme stammt das Bild "Lebensader" von Siegfried Appelt.¹⁹ Das Bild hinterläßt zwar keinen beklemmenden Ein-

¹⁶ Ein großer Teil der fertiggestellten Bilder und Skulpturen findet sich im Katalog: Junge Kunst im Auftrag. Jugendobjekt "Bildkünstlerische Ausgestaltung der Jugendhochschule 'Wilhelm Pieck'" (Katalog), hrsg. vom Zentralrat der FDJ, Potsdam 1986.

¹⁷ Vgl. Ludewig, S. 45.

¹⁸ Hartmut Piniek, 1950 in Wolgast geboren, studierte nach einem Berufsleben als Maler, Bühnenmaler, Schweißer und wissenschaftlicher Zeichner an der Hochschule für Graphik und Buchkunst in Leipzig bei Professor Heisig von 1979 bis 1984. Danach war er Meisterschüler bei Heisig und später bei Professor Rink.

¹⁹ Siegfried Appelt, 1956 in Wittenberg geboren, studierte von 1979 bis 1984 an der Hochschule für bildende Kunst in Dresden bei Jutta Damme. Zusätzlich

druck, doch ist es in gedämpften Tönen gemalt, die keine optimistische Stimmung verbreiten. Eher nachdenklich und verloren wirken die Gestalten. Das Bild ist in zwei Hälften geteilt, in eine Licht- und in eine Schattenseite. Die Figuren agieren allein, sind isoliert und in sich versunken. Sie wirken beinahe resigniert. Die "Lebensader" scheint fundamental gestört zu sein.

Bruno Griesel²⁰ aus der Heisig-Klasse, stellte sich mit dem Bild "Diskussion"²¹ dem von der FDJ ausgegebenen Thema "Kommunistische Zukunft". Zu sehen sind zwei Männer, die – entgegen der Titelaussage – nicht miteinander diskutieren. Der jüngere Mann schweigt, während der ältere sich leicht vorbeugt und sich ungläubig an die Stirn faßt. Mit seinem rechten Arm umgreift er in einer beinahe väterlichen Geste den Rücken des jungen Mannes. Stocksteif und kerzengerade scheint dieser die Ausführungen zu hören, ihnen aber nicht folgen zu wollen. Das Hintergrundplakat macht deutlich, worüber die beiden streiten. Offenbar versucht der Ältere dem Jüngeren die Lehren des Leninismus nahe zu bringen, und er kann nicht glauben, daß diese nicht angenommen werden.

Hartmut Piniek, Schüler von Heisig, wollte sich zunächst nicht an dem Projekt beteiligen, bis er durch "Bernhard Heisig dazugekommen"²² sei. Sein Bild "Familie unterwegs" ist eine Art Selbstporträt. Im Vordergrund des Bildes steht eine Familie, die der Künstler als seine eigene bezeichnet hat. Sie ist eingebunden in einen Kreis von Menschen, die, sich den Rücken zukehrend, auf etwas zu warten scheinen. Allerdings fällt auf, das dieses Warten kein Ziel hat. Piniek schätzte das Bild offenbar so sehr, daß er eine Kopie anfertigte und nach Bogensee gab.

Der "Stehende" von Ulrich Schollmeyer,²³ ein weiterer Absolvent von Jutta Damme, wendet dem Betrachter den Rücken zu. Seine Kopfhaltung

reichte er für Bogensee die Bilder: Lebensader, Menschen unter Tage, Am Strand und Zinnerz (Lebensader) ein. Vgl. Junge Kunst im Auftrag, S. 93.

²⁰ Bruno Griesel, 1960 in Jena geboren, studierte von 1981 bis 1986 an der Hochschule für Grafik und Buchkunst in Leipzig bei Professor Bernhard Heisig.

²¹ Im Zusammenhang mit dem Auftrag in Bogensee entstanden außerdem die Bilder: Student, Studierende und Familie. Vgl. Junge Kunst im Auftrag, S. 97.

²² Gespräch Monika Flacke mit Hartmut Piniek am 25. August 1992 in Oelzschau bei Leipzig. Das Bild "Familie unterwegs" war das einzige, das für die Jugendhochschule entstand. Vgl. hierzu: Junge Kunst im Auftrag, Potsdam 1986, S. 99.

²³ Ulrich Schollmeyer, 1959 in Altenburg geboren, studierte von 1980 bis 1985 an der Hochschule für bildenden Künste in Dresden. Zusätzlich reicht er für

macht deutlich, daß er auf eine junge Frau wartet. Die Landschaft, vor der er – wie der Wanderer über dem Nebelmeer von Caspar David Friedrich – steht, erinnert an die Ödnis der Landschaften im Braunkohlebergbau.

Die Freiheit, die der Auftraggeber Zentralrat der FDJ den Kunststudenten ließ, war für die Auftragspolitik der späten DDR generell typisch²⁴ und wäre überhaupt nicht erwähnenswert, hätte sie nicht so sehr kontrastiert mit dem Klima, das in der Jugendhochschule der FDJ, aber auch in vergleichbaren Einrichtungen gepflegt wurde. An diesen Schulen, in denen das hauptamtlich beschäftigte Personal für die Apparate ausgebildet wurde, offenbarte sich das ganze Dilemma der SED-Kaderpolitik: Nach 1945 war für fähige, oft mit Schuldgefühlen über eine – nicht selten nur vermeintliche – eigene NS-Vergangenheit belastete Jugendliche das Angebot, im neuen System Schlüsselpositionen besetzen zu dürfen, durchaus attraktiv gewesen. Hingegen für die in den fünfziger Jahren ins Berufsleben eintretende Generation hatte diese Perspektive schon deutlich an Attraktivität verloren, zeigte sich doch, daß der Disziplinierungsdruck, dem die neuen Eliten ausgesetzt waren, sie in bedingungslos Ausführende verwandelt hatte – bei Strafe des eigenen sozialen Absturzes. Die Folge war, daß eine “negative Auslese” einsetzte. Sieht man von idealistisch gestimmten Jugendlichen ab, die es zu allen Zeiten gab und die oft sehr schnell aus den Apparaten auch wieder “ausgeschieden” wurden, ließen sich nun diejenigen, die glaubten, sich auch außerhalb der Apparate verwirklichen zu können, immer seltener auf eine FDJ- und Parteikarriere ein.

So zogen in die Schulen von FDJ und Partei nicht nur intellektuell immer anspruchlosere, dafür um so besser disziplinierbare Kursanten ein, auch das Niveau des Lehrpersonals – schon am Anfang dieser Entwicklung nicht sonderlich hoch – bewegte sich abwärts. Zum einen wurden selbständige Köpfe, da unbequem, schon ab 1949 zunehmend verdrängt. Prototypisch dafür kann das Beispiel von Heinz Kallabis (Jg. 1930, Flüchtling aus Breslau) gelten: Ende der vierziger Jahre 2. Sekretär der FDJ-Gebietsleitung der Wismut, ab 1955 Aspirant an der SED-Parteihochschule, 1960 Promotion mit einer noch heute lesenswerten Disserta-

Bogensee die Bilder: Berührung, Lösung, Tanz, Paar, und Ausfahrt ein. Vgl. Junge Kunst im Auftrag, S. 101.

²⁴ Ausführlich zur Entwicklung der Auftragspolitik in der DDR: Monika Flacke (Hg.): Auftragskunst der DDR 1949-1990, München/Berlin 1995.

tion über die Brigadeentwicklung, ab 1962 stellvertretender Leiter dieser Schule, 1964 aus ideologischen Gründen entfernt, danach Betriebssoziologe in Berlin, ab 1965 erneuter Aufstieg, dieses Mal an der Gewerkschaftshochschule in Bernau bis zum Leiter einer Sektion, 1969 wegen Revisionismus fristlos entlassen.²⁵ Solche Karriereverläufe wirkten sich nicht nur durch die Aussonderung einzelner nivellierend auf das Niveau der Lehrerschaft an den Schulen von FDJ, SED usw. aus. Nicht minder wichtig war der Disziplinierungsdruck, der so auf die im Lehrkörper Verbleibenden ausgeübt wurde.

Zum anderen gingen von den Absolventen der Universitäten nur noch diejenigen an die Schulen von FDJ, SED usw., denen – aus welchen Gründen auch immer²⁶ – kaum etwas anderes übrigblieb.

Ergebnis dieser Entwicklung war, daß an den Schulen – nicht zuletzt an der Jugendhochschule – ein Klima herrschte, das von hohem Disziplinierungsdruck und Niveauverfall gekennzeichnet war. Schüler, Lehrer und die Erwartung der übergeordneten Apparate, willfähigen Nachwuchs zu erhalten, hatten sich weitgehend angeglichen. Die Schulen “produzierten” zwar weiterhin für Schlüsselpositionen das Personal, das jedoch in der Lebenswirklichkeit außerhalb der Schulen immer weniger in der Lage war, seine Aufgaben: Organisation und Disziplinierung der Gesellschaft wahrzunehmen. Mit dem an den Schulen Erlernten ließ sich gegenüber Dritten, vor allem gegenüber Jugendlichen, die dem Staat indifferent bis ablehnend gegenüberstanden, keinerlei Autorität mehr erwerben. Und Druck ließ sich in der späten DDR auch immer weniger ausüben.

Nicht zuletzt junge Künstler waren kaum noch zu begeistern, gar zu etwas zu zwingen. Sie konnten nur noch auf die Art und Weise zum Mit-tun motiviert werden, wie beim Auftrag für die Jugendhochschule geschehen. Das, was sie in verschiedenen Bildern thematisierten, hätte – wäre es von einem Lehrer oder gar von einem Schüler ausgesprochen worden – an der Jugendhochschule sofort zu einem politischen Erdbeben geführt. Da jedoch von Künstlern anderes nicht mehr zu haben war, entschloß sich der FDJ-Zentralrat, das Ergebnis seines Auftrages zu feiern:

²⁵ Heinz Kallabis: Ade, DDR. Tagebuchblätter 7. Oktober 1989 bis 8. Mai 1990, Berlin 1990.

²⁶ Dabei konnte auch eine Studienunterbrechung durch eine Entbindung ausschlaggebend sein – ein Fall, den der Verfasser Anfang der achtziger Jahre an der Karl-Marx-Universität Leipzig aus ziemlicher Nähe selbst miterlebte.

“Die Erfahrungen und Ergebnisse dieses dreijährigen Prozesses lassen unmißverständlich erkennen, wie wichtig und unabhkömmlich der politische Einfluß auf die Entwicklung von Künstlern und ihrer Kunst ist (...) Nur so wurde es möglich, daß sich die Persönlichkeitsentwicklung noch enger mit dem künstlerischen Schaffensprozeß verknüpfte, daß die Einheit von politisch-ideologischer Arbeit und künstlerischem Schaffen auf einem immer höheren Niveau hergestellt werden konnte.”²⁷

Erziehungsbilder

Wandmalereien an Hochschulen der DDR diesseits und jenseits der Staatsbürgerkunde

Martin Schönfeld

1. Vom Erziehungsgedanken zum Erziehungsstaat

Der Nationalsozialismus hatte durch seine gewalttätige Politik in erschreckender Weise die Demokratieunfähigkeit breiter Bevölkerungskreise und einen Mangel an moralischem Gefühl und Ethik zutage gefördert. Mit der Befreiung Deutschlands von diesem bislang einmaligen Terrorsystem wurde die demokratische Neubildung der deutschen Gesellschaft zur dringenden Aufgabe. Die Westalliierten prägten das Schlagwort der "Reeducation". In diesem Sinne forderten in den ersten Nachkriegsjahren deutsche Philosophen und Erziehungswissenschaftler eine "Umstimmung des Volkscharakters" (Otto Friedländer 1945), eine "Versittlichung" (Wilhelm Flitner 1945) oder eine "reinigende Umschmelzung" (Karl Jaspers 1945). Johannes R. Becher, der spätere erste Kulturminister der DDR, hatte 1946 eine von ihm verfaßte Schrift unter den programmatischen Titel der "Erziehung zur Freiheit" gestellt. Becher sprach von einem kollektiven Wandlungsprozeß als entscheidender Grundlage einer neuen Gesellschaft. Eine wesentliche Rolle sollten dabei die Literatur und die Dichtung spielen.

Zur allgemeinen geistigen Erneuerung hatte die Sowjetische Militäradministration (SMAD) in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) Kulturoffiziere eingesetzt. Sie waren mit der deutschen Kultur sehr vertraut und bauten ihre Hoffnungen zu einer moralischen Erneuerung der Bevölkerung auf eben deren klassischen Werke. Noch in den Trümmern und notdürftig wiederhergestellten Veranstaltungsorten fanden die ersten Theateraufführungen und Musikveranstaltungen statt. Auch im Ausstellungswesen drängte die SMAD auf baldiges Engagement, so daß bereits 1946 die ersten großen überregionalen Ausstellungen in Berlin und Dresden stattfinden konnten. Die von der SMAD eingesetzte Deutsche Verwaltung

für Volksbildung forcierte ihrerseits die Reform des öffentlichen Schulwesens. In der SBZ wurde 1946 die Einheitsschule eingeführt, die bildungspolitisch als ein großer Fortschritt hin zu einer Demokratisierung des Bildungswesens gewertet wurde.

Die kulturpolitische Linie der SMAD blieb nicht ohne Folgen für die von ihr besonders protegierte politische Kraft: Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) stellte in ihren ersten kulturpolitischen Programmen nicht weniger die erzieherische Bedeutung der Kunst und Kultur heraus. Fortschreitend bestimmte sie die wesentliche Aufgabe der Kunst als ein Mittel zur Bewußtseinsbildung der Bevölkerung. Schauspiel, Musik, Literatur und die bildende Kunst sollten auf die Öffentlichkeit einwirken und die von der SED formulierten gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Fragen vermitteln. Spätestens mit der Staatsgründung der DDR bestimmte sich die Aufgabe der bildenden Kunst als eine politisch-propagandistische. Die Partei beanspruchte für sich die Rolle eines kollektiven Erziehers der Öffentlichkeit, und somit sah sie sich gerechtfertigt, die Kunst als ein Medium in diesem umfassenden Erziehungsverhältnis zu nutzen. Die allgemeine politische Erziehung zur Volksdemokratie zielte auf Überzeugungsarbeit, und zu diesem Zwecke sahen die SED und ihre Funktionäre die Instrumentalisierung der Künste als gerechtfertigt an.

2. Künstlerischer Aktivismus

Mit den von der SED erhobenen Forderungen an das Schaffen der bildenden Künstler zeigten sich breite Teile der Künstlerschaft einverstanden. Bereits seit 1946 hatten sich besonders in Berlin und Dresden Arbeitsgemeinschaften der in der SED organisierten bildenden Künstler formiert. Sie griffen die Ideen einer sozialpolitisch engagierten Kunst aus den 20er Jahren auf. Sie wollten sich mit ihren Werken an der Demokratisierung der Gesellschaft aktiv beteiligen. Der Künstler sollte nicht mehr isoliert in seinem eh nicht mehr vorhandenen Atelier arbeiten. Er sollte statt dessen in der Öffentlichkeit stehen und die beklagte "Entfremdung" zwischen Kunst und Publikum aktiv überwinden.

Die geforderte gesellschaftspolitische Inanspruchnahme der Kunst weckte unter den Malern den Drang zu einem künstlerischen Aktivismus. Der am gesellschaftlichen Aufbau aktiv beteiligte Künstler wurde zum neuen Leitbild. Seine Werke sollten ein Teil der Öffentlichkeit sein und nicht nur in den Salons feiner Ästheten hängen.

Die Maler erhoben das Wandbild, das direkt *al fresco* oder *al secco* auf die verputzte Wandfläche aufgemalte Bild, zur “Forderung unserer Zeit” (Alice Lex-Nerlinger 1948). Das Wandbild entsprach der gesellschaftlichen Demokratisierung als ein demokratisches, weil allen Bevölkerungskreisen zugängliches Bild. Die Künstler verwiesen auf die Male-rien der mexikanischen Muralisten Rivera, Orozco und Siqueiros, die ih-nen direkter Anstoß und Anregung waren. Der künstlerische Elan und sein gesellschaftspolitischer Wille fanden ihren Ausdruck in einer Reihe von Wandbildgestaltungen, die seit 1948 entstanden sind.

Viele dieser Werke der frühen Wandbildbewegung in der DDR fielen nachfolgend dem Formalismus-Verdikt zum Opfer und sind heute nicht mehr erhalten.¹ Die der Wandmalerei eigenen stilistischen Vereinfachun-gen wurden zum Vorwand einer kunstpolitischen Kampagne genommen. Anhand der Wandmalereien führte die Partei der Öffentlichkeit und den Künstlern vor, daß in der bildenden Kunst formale Abstraktionen nicht geduldet wurden.

Entstanden die Wandmalereien zunächst noch aus einem spontanen Aktivismus der Künstler heraus, so wurde mit der Staatsgründung der DDR der künstlerische Elan in “geordnete”, gesetzliche Bahnen gelenkt.

3. Institutionalisierung

Während die erste Kulturverordnung der SBZ vom 31.3.1949 noch keine konkreten Vorgaben für den öffentlichen Kunstauftrag nannte, sah die zweite Kulturverordnung vom März 1950 vor, daß ein bis zwei Prozent der Investitionssumme eines jeden öffentlichen Bauvorhabens für die künstlerische Ausgestaltung von Verwaltungs-, Schul- und Sozialbauten bereitgestellt werden sollten. Sie machte die künstlerische Ausgestaltung mit einer “volksnahen und realistischen” Kunst zur offiziellen Vorgabe. Mit der “Anordnung über die künstlerische Ausgestaltung von Verwal-tungsbauten” wurde 1952 das Auftragsverfahren dahingehend geregelt, daß eine zentrale Staatliche Auftragskommission und entsprechende be-zirkliche Gremien für die Durchführung und Begutachtung des jeweils zu schaffenden Werkes verantwortlich waren.

¹ Vgl. Martin Schönfeld: Das “Dilemma der festen Wandmalerei” – Die Folgen der Formalismus-Debatte für die Wandbildbewegung in der SBZ/DDR 1945-1955, in: Kunstdokumentation SBZ/DDR 1945-1990, hrsg. v. Günter Feist, Eckhart Gillen, Beatrice Vierneisel, Köln 1996, S. 444ff.

Diese Institutionalisierung des künstlerischen Auftrages sicherte den Künstlern öffentliche Gelder, auf die sie angewiesen waren, hatte doch der Staat den privaten Kunsthandel weitgehend eingeschränkt und den Künstlern damit eine wichtige Lebensgrundlage genommen. Gleichzeitig waren damit die Aufträge eingebunden in ein System regulierender und kontrollierender Instanzen, die der Künstler und sein Werk von der Idee bis zur Ausführung durchlaufen mußte. Das gab den nachfolgend in reicher Zahl entstandenen Auftragswerken den Charakter von Konsens-Gestaltungen, die die Zustimmung der unterschiedlichsten Kommissionen und Betrachter finden mußten. Die Wandmalereien, die in den Hochschulbauten der DDR gestaltet wurden, zählen somit zu den indirekten Herrschaftszeichen des vergangenen Staates. Sie waren Bestandteile eines real gewordenen ideologischen Konstruktes und haben das Leben der einzelnen Individuen mit eingefaßt. Diese Wandmalereien sind auch heute noch Spiegelbild der damals dominanten kollektiven Konzepte.

4. Erziehungsbilder

Mit der Bildungsreform verband sich seit Beginn der 50er Jahre ein großzügiger Auf- und Ausbau von Erziehungseinrichtungen. Dazu gehörten in großer Zahl Kindergärten, Grund- und Oberschulen, Erziehungsheime, Fach- und Hochschulen, Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten, Forschungsinstitute und fortschreitend Verwaltungsschulen und Parteischulen. Zu den auszumückenden Gebäuden gehörten nicht nur die Unterrichtsräume, sondern auch die Verwaltungstrakte oder die dazugehörigen Sozialgebäude wie Studentenwohnheime. Bei geringen zur Verfügung stehenden Investigeldern beschränkte sich die Ausstattung zumeist auf den Ankauf einiger Landschaftsaquarelle oder sonstiger Genreszenen. Die Universitätsneubauten waren jedoch Investitionsmaßnahmen von großem Umfang, so daß die dabei anfallenden Beträge für eine künstlerische Ausgestaltung oftmals auch teure bildhauerische Arbeiten und Wandmalereien ermöglichten. Nur zu verständlich ist es, daß, im Unterschied zu den eher dekorativ gedachten Bildankäufen, bei einem Wandbild großer Wert auf die inhaltliche Aussage eines solchen Werkes gelegt wurde. Diese Arbeiten verliehen den Hochschulräumen ihre bildungspolitische Programmatik und gesellschaftspolitische Bedeutung.

Berufliche Perspektiven

Ein besonderer Schwerpunkt in der Bildungspolitik der SBZ und nachfolgenden DDR stellte die Öffnung der Hochschulen für bislang benachteiligte Gesellschaftsschichten dar. Zu diesem Zwecke wurden gleich in den ersten Nachkriegsjahren "Vorstudienanstalten" eingerichtet, die ihre Studenten zum Abitur führten. Mit der Staatsgründung der DDR wurden sie in "Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten" (ABF) umbenannt. Die ABF sollten den Arbeiterinnen und Arbeitern den Weg an die Hochschulen eröffnen. An die Stelle der traditionellen bildungs- und beamtenbürgerlichen Intelligenz sollte eine eigene, parteitreue Gefolgschaft treten und die Elite des neuen Staates verkörpern. Zur Eröffnung der Leipziger ABF sprach Bruno Leuschner am 28. Oktober 1949 diesen Gedanken offen aus:

*"Die Arbeiter- und Bauern-Kinder repräsentieren nicht ihre eigene Person, sondern sie vertreten ihre Klasse. Das deutsche Volk erwartet von ihnen, daß sie besondere Leistungen vollbringen. Sie sollen helfen, eine Wissenschaft zu formen [!], die bereit ist dem Volke freiwillig und mit Freude zu dienen."*²

An genau diesem Ort, in der Aula der Leipziger ABF, schuf im Frühjahr 1950 der Leipziger Künstler Walter Münze einen Wandbildzyklus von elf Darstellungen beruflicher Tätigkeiten.³ Der Besucher blickt beim Betreten des Saales auf die sieben Darstellungen der Ostwand, die Szenen aus dem Arbeits- und gesellschaftlichen Leben der "schaffenden Intelligenz"⁴ vorstellen und die beruflichen Ziele umschreiben: Der Betriebsleiter bei der Erläuterung des Wirtschaftsplanes, zwei Agrarwissenschaftler, eine Lehrerin mit ihren Schülern, der Kinderarzt in seiner Praxis und schließlich eine junge Familie auf dem Weg zur Mai-Demonstration. Dem Haupteingang direkt gegenüber ist das größte Bild angebracht, das dem sowjetischen Typus des "Konferenz-Bildes" entspricht.⁵ (Abb. X.7) Offensichtlich handelt es sich hier um eine internationale Konferenz, symbolisiert durch einen an den Präsidiumstisch herantretenden Vertreter Afrikas

² *Leipziger Volkszeitung*, 29.10.1949.

³ Seine Wandmalereien verdeckten einen Aschenbrödel-Wandbild-Zyklus aus dem 19. Jahrhundert. Nähere Angaben dazu in: Peter Guth: *Wände der Verheißung*, Leipzig 1995.

⁴ *Leipziger Volkszeitung*, 18.7.1950.

⁵ Es zeigt überraschende kompositionelle und motivische Übereinstimmungen mit dem Bild "Das Parteikomitee der Fabrik" von Ivan Lukomskij (1937).

und eine im Hintergrund hängende Weltkarte. Die administrative, politische, internationale Arbeit wird durch Bildform und Bildgröße besonders hervorgehoben. Wollte der Student den Saal verlassen, so betrachtete er an der Westwand vier Darstellungen der Arbeitswelt, die auf seine Herkunft in der Landwirtschaft und Industrie verwiesen: Die Reparatur einer Lokomotive, Landarbeiter am Traktor, Schmelzer im Stahlwerk und schließlich das Bild zweier Hauer im Bergwerk, welches das bekannte Pressephoto des ersten Aktivisten der DDR, Adolf Hennecke, malerisch variierte. (Abb. X.8) Der berufliche Weg des ABF-Studenten erhielt in der antithetischen Struktur des Bildprogramms seine Gestalt. Herkunft und berufliches Ziel wurden diesem beim Betreten und Verlassen des Raumes vorgestellt. Von den Arbeitern und Bauern sollte der Weg des Einzelnen zur Leitung des Arbeiter-und-Bauernstaates führen.

Abseits von den in der Leipziger ABF geschilderten sozialistischen Karrieremodellen gestaltete der Berliner Künstler Arno Mohr in seinem Wandbild "Der Wendepunkt" 1955/1956 im Foyer der Aula der Kunsthochschule Berlin-Weißensee sein persönliches Bekenntnis über die Aufgabe des bildenden Künstlers in der sozialistischen Gesellschaft. (Abb. X.9) In drei Szenen gibt Mohr einen marxistischen Rückblick auf die jüngere Geschichte: Kapitalismus, symbolisiert von den geplagten Landarbeitern, und Sozialismus, verdeutlicht durch die Bildszene der Landaufteilung, werden einander antithetisch gegenübergestellt. Im Bildzentrum steht Karl Marx für den "Wendepunkt" der geschichtlichen Entwicklung.⁶ Am rechten Bildrand variierte Mohr das von ihm 1951 geschaffene Ölgemälde "Landaufteilung", doch mit einem wichtigen Unterschied: Als Bezug zum Anbringungsort des Wandbildes wird die Darstellung durch einen das historische Geschehen der Bodenreform schildernden Künstler erweitert. Er steht mit Palette und Staffelei nicht isoliert im Atelier, sondern mitten unter den Landarbeitern und ist im Begriff, das Leben der Menschen und ihre Arbeit im Bilde festzuhalten. In der Kunsthochschule mußte diese Szene über Arno Mohrs persönliches Bekenntnis hinaus einen programmatischen Charakter erhalten und den angehenden Künstlern das Leitbild des aktiv in seiner Gesellschaft schaffenden Künstlers vor-

⁶ Dabei hat Arno Mohr das wesentliche Schema seiner Komposition und einzelne Motive – so die verweisende Armhaltung des Mannes rechts neben Marx – aus dem Fresko "Klassenkampf der Neuzeit" (1935) von Diego Rivera übernommen.

stellen. Allerdings ist auf dem Wandbild die Leinwand des Künstlers noch weiß. Mohr ging es nicht um eine Stellungnahme hinsichtlich der künstlerischen Form, sondern um eine Bestimmung des Standortes des Künstlers in seiner Gesellschaft.

Staatsbürgerkunde

“Erziehung zum Staatsbewußtsein in Verbindung mit Verkehr und Technik” lautete das Thema des Wandbildes, das die beiden Dresdner Künstler Erich Gerlach und Alfred Hesse 1954 im Foyer des Hörsaals der Dresdner Hochschule für Verkehrswesen schufen.⁷ Die “Erziehung zum Staatsbewußtsein” erhielt Gestalt in der Figur Wilhelm Piecks, um den sich die Professoren und Studenten zu einem Vortrag versammelt haben. Und auch die seitlich dargestellten Arbeiter und Arbeiterinnen unterbrechen ihre Beschäftigung und erweisen dem Präsidenten ihre Achtung. (Abb. X.5/6)

Der Student, der täglich den Hörsaal aufsucht, vollzieht dabei die Bewegungsrichtung der Gestaltung optisch nach. An den seitlichen Wänden der Treppenläufe kann er die Stahlwerker, Maurer, Straßenarbeiter und Landvermesser sehen, die mit ihren Gesten auf die Bildmitte verweisen und somit die unterschiedlichen Szenen des Wandbildes verknüpfen. Hat er das obere Foyer mit dem Bildzentrum des dozierenden Präsidenten erreicht, so sieht er diesen als einen ruhig argumentierenden, rational und durch Einsicht überzeugenden Redner und eben nicht als einen charismatischen, die Massen mobilisierenden Agitator, wie sich beispielsweise die Gestaltung Lenins in der sowjetischen Malerei eingebürgert hatte. Wilhelm Pieck überragt zwar seine Zuhörerschaft, ist jedoch eher ein *primus inter pares*. Das Wandbild will Achtung, Zustimmung und Sympathie für den Präsidenten des Landes stiften. Mit seiner Person sollte die von ihm vertretene Idee, die Schaffung einer sozialistischen Volksdemokratie, beim täglichen Gang in den Hörsaal Akzeptanz finden. “Staatsbewußtsein” gelangte in dem Gedanken der Ehrfurcht gegenüber den Vertretern des Staates zur Anschauung. Und selbst die Professoren ordneten sich auf dem Wandbild dieser staatspolitischen Lektion ein und erkennen den Staatspräsidenten als den obersten Erzieher der Gesellschaft an.

⁷ Karl Kröner: Gutachterbericht, 29.12.1954, in: Archiv der TU Dresden, Künstlerischer Beirat Nr. 6.

Die schlichte Darstellung des Unterrichts an den Hochschulen gelangte nicht weniger zur Ausführung, auch wenn die thematische Aufgabenstellung auch hier den gesellschaftspolitischen Bezug suchte. Für die drei von Wilhelm Lachnit 1954 im Fest- und Lesesaal der ABF Dresden geschaffenen Wandbilder (Abb. X.1-4) lauteten die Themen:

- “a) Studentische Jugend im Familienkreise in deutscher Landschaft,*
- b) Junge Geologen in ihrer Verbundenheit mit der alpinen Natur,*
- c) Erholungssuchende an der See, wie sie die Beziehung zu werktätigen Fischern aufnehmen.”⁸*

Diesen Vorgaben entsprechend zeigen Lachnits drei Wandbilder die Szene einer jungen Familie beim Picknick im Walde, vier junge Männer, die einen Berggipfel erklommen haben und nicht nur die Gesteinsformationen studieren, sondern auch den Ausblick genießen, und schließlich Studenten, die sich am Strand von einem Fischer die Physiognomie eines Fisches erklären lassen.

Doch nicht nur diese naive Schilderung des studentischen Lebens scheint den programmatischen Themenstellungen förmlich entgegengesetzt zu sein. In der Formensprache wählte Lachnit einen simplifizierenden, naiven Figurentyp und einen flächigen Farbauftrag, die an die klassische Strenge der Gestaltungen Karl Hofers erinnern. Kräftige Farben unterstreichen die nicht minder dekorativen Ambitionen des Künstlers.

Ein solches Maß expressiver Vereinfachung rief die Hüter des sozialistischen Realismus auf den Plan. Trotz aller heftigen Diskussionen im Dresdner “Supraportenstreit” verhinderte die allmähliche kunstpolitische Liberalisierung eine Übermalung der Gestaltungen.

Weitaus didaktischer stellte Johannes Wagner 1962 die “Physiologische Chemie in Forschung und Lehre” im Institut für Physiologische Chemie der Universität Halle dar. Im Zentrum des triptychonal gestalteten Wandbildes stehen die Chemiker im Labor. Offensichtlich suchen sie in der praktischen Arbeit den experimentellen Nachweis der Substanzen und die Zusammensetzung der Stoffe zu ergründen, deren chemische Formeln und Strukturmodelle im linken Bildflügel angedeutet werden. Dabei stellt

⁸ Karl Kröner: Gutachterbericht, 11.12.1954, in: Archiv der TU Dresden, Künstlerischer Beirat Nr. 6.

Wagner den lebenden Menschen, verkörpert von einer weiblichen Aktfigur, in das Zentrum der schwebenden Formeln und verleiht der Lehre und Forschung eine betont humanistische Bedeutung, die im rechten Bildflügel, der Darstellung einer jungen Familie bei der Obsternte, wiederholt wird. Der Wissenschaftler soll seine Arbeit von Forschung und Lehre in Verantwortung gegenüber dem menschlichen Leben ausführen.

Ein vergleichbar humanistisch geprägtes Ausbildungsziel beschrieben Max Gerhard Uhlig und Friederike Schubert 1953/54 in zwei Wandbildern im Hörsaal des Anatomischen Institutes der Universität Leipzig. Während auf dem hörerseitig linken Bild das Studium anhand von Motiven der Mikroskopie und einer klassischen anatomischen Vorlesung geschildert wird, gelangte im rechten Bild die Operation zur Ansicht. Die Ausbildung und die künftige Berufsaufgabe wurden so einander gegenübergestellt. Einzelne Details der beiden Wandbilder akzentuieren das ethische Ziel der Ausbildung. Im linken Bild kann ein verdecktes Gerippe als Motiv des Sieges über den Tod gelesen werden. Das rechte Bild stellt in dem einleitenden Motiv einer Genesenden den helfenden Wert der Operation heraus.

Gesellschaftsbilder

Der Leipziger Künstler Werner Tübke schuf 1972/73 für das Leipziger Rektoratsgebäude das Wandbild "Arbeiterklasse und Intelligenz". Sein Werk gehört zu den – besonders in den vierziger und fünfziger Jahren dominant gewesenen – "Einheitsbildern", die den geforderten gesellschaftlichen Konsens der unterschiedlichen Klassen und beruflichen Schichten demonstrativ herausstellten.⁹ Doch verzichtet Tübke auf die traditionellen Symbole wie etwa den freundschaftlichen Händedruck der sich begegnenden Berufsgruppenvertreter. Dafür gestaltet sich in seinem Werk das Zusammenleben von Arbeiterklasse und Intelligenz als ein bewegtes Gesellschaftspanorama der Stadt Leipzig.

Zwischen den diskutierenden und lauschenden Studenten befinden sich die wichtigsten Persönlichkeiten der Hochschule: der Altrektor Mayer, der Leiter des Rechenzentrums der Universität und die sechs Dekane

⁹ Vgl. z.B. das Wandbild von Max Lingner am Berliner Haus der Ministerien 1952/1953. Eine ausführliche Darstellung der Entstehungsgeschichte des Wandbildes von Werner Tübke in Eduard Beaucamp: Werner Tübke – Arbeiterklasse und Intelligenz, Frankfurt/Main 1985

der Hochschule. Und auch im rechten, der Arbeiterklasse vorbehaltenen Bilddrittel, vertreten von Bauarbeitern, die gerade die Spitze des Universitätshochhauses errichten, haben sich die institutionalisierten Vertreter der Arbeiterklasse postiert. Porträtiert wurden der damalige 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Leipzig Paul Fröhlich, der Vorsitzende des Rates des Bezirkes und der damalige Oberbürgermeister der Stadt. Doch die in der programmatischen Titelstellung postulierte Illusion einer Einheit der gesellschaftlichen Schichten kommt nicht zustande. Die Gestaltung verharrt in einem passiven Nebeneinander, und so muß die gesellschaftliche Einheit förmlich scheitern. Denn außer kompositionellen Bezügen und das Einpassen von Gelenkfiguren, die beide Gesellschaftsbereiche miteinander verknüpfen, gibt es keine weiteren Bezüge der Berufsgruppen zueinander. Dabei ist es ausgerechnet der Künstler, der diese beruflichen Bereiche jeweils überschreitet. Genau auf der Trennungslinie zwischen beiden Sphären stehend, beugt er sich zu seiner Frau und seinen Kindern. Offensichtlich kann diese Position des Künstlers als ein Selbstbekenntnis betrachtet werden, zwischen den gesellschaftlichen Schichten der Arbeiterklasse und der Intelligenz stehend, beide in sich verkörpernd und doch nicht direkt dazugehörend.

In dem Wandbild Werner Tübkes wirkt die offensichtliche Beziehungslosigkeit wie ein unverhoffter Einbruch der Wirklichkeit in das Werk und legt damit die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit offen.

5. Jenseits der Doktrin

Die Wand-Raum-Bild-Installation "Antiimperialistische Solidarität – Widerstandskampf", von Hartwig Ebersbach 1978 gestaltet und im Foyer des Hörsaalbaus der Leipziger Universität (Eingang Hörsaal 14) angebracht (Abb. IX), ist gewissermaßen ein Gegenwerk zu dem manierten Gesellschaftspanorama von Werner Tübke: Es enthält nichts von feiner *peinture*, sondern kehrt den malerischen Gestus heraus. In diesem Sinne ist es auch kein klassisches Wandbild. Es strebt mit seinen bogenartigen Flügeln in den Raum. Nicht nur die Malerei ist Gestus, sondern auch das Bild als Objekt mutiert in seiner Anordnung zu einer gestischen Form. Ziel des Künstlers ist es, "Widerstandskampf" und die "Antiimperialistische Solidarität" zu einem Bild der Aktion, der konkreten Tat werden zu lassen. In

dem von Ebersbach vollbrachten schöpferischen Akt wird der aktive Widerstand bei der Gestaltung der Porträtbilder einzelner Widerstandskämpfer förmlich nachvollzogen. Die Identifikation der einzelnen historischen Personen tritt gegenüber dem malerischen Akt zurück.

Das Bild von Hartwig Ebersbach ist keine trockene Vorstellung einer politischen Programmatik, sondern vielmehr im ursprünglich aktivistischen Sinne ein Appell an den Betrachter, Solidarität und Widerstand zu leben. Über eine damit womöglich subversiv intendierte Bildaussage, eine an den Betrachter gerichtete unterschwellige Aufforderung zum Widerstand im autoritären Sozialismus, soll hier nicht spekuliert werden.

Trotz aller Programmatik mußte bereits am Ende der siebziger Jahre die individuelle Aussage des Künstlers nicht mehr der didaktischen Bildaufgabe geopfert werden. Eine freie Gestaltung überließ dem Betrachter Interpretationsmöglichkeiten. Die Programm-Malerei der 50er und 60er Jahre war damit überwunden und die bildliche Überzeugungsarbeit brauchte nun nicht mehr geleistet zu werden. Die vormals strengen Erziehungsbilder vermittelten dagegen noch feste gesellschaftspolitische Vorstellungen. Zumindest auf dem Wege der öffentlichen Bildpropaganda sollte Klassenbewußtsein und Loyalität gegenüber der Staatsmacht eingeübt werden. Die Erziehungsbilder vervollständigten den bereits vorgegebenen ideologischen Rahmen. Die moralische Integrität des Kunstwerkes sollte in ihrer optischen Spiegelung der gewünschten Verhältnisse dem Erziehungsstaat seine Absolution erteilen.

Die Wandbilder von Arno Mohr und Wilhelm Lachnit zeigen jedoch auch, daß innerhalb der offiziellen ideologischen Vorgaben gesellschaftliche und ästhetische Vorstellungen der Künstler überleben konnten, auch wenn die Künstler und ihre Werke deshalb mit heftiger Kritik öffentlich bestraft wurden. Von diesen beiden eigenständigen Positionen innerhalb des damals noch stalinistisch geprägten DDR-Sozialismus spannt sich ein bezeichnender Bogen zu der Arbeit von Hartwig Ebersbach, der beweist, daß Erziehungsbilder auch jenseits der Staatsbürgerkunde geschaffen werden konnten, wenn es denn den Willen der Auftraggeber und der Künstler dazu gab.

Autorinnen & Autoren

Hubertus Adam M.A., Jg. 1965, hat Kunstgeschichte, Archäologie und Philosophie in Heidelberg studiert und arbeitet z.Z. an einer Dissertation zu Aspekten der Nietzsche-Rezeption in bildender Kunst und Architektur. Daneben als freier Architektur- und Kunstkritiker tätig, 1997/98 Redakteur der Fachzeitschrift *Bauwelt*, Berlin, und seit Juli 1998 Redakteur der Schweizer Architekturzeitschrift *archithese*. Lebt in Berlin und Zürich. Forschungen und Publikationen zur Architektur- und Plastikgeschichte des 20. Jahrhunderts sowie zur Ikonographie des Sozialismus; regelmäßig Beiträge über Kunst und Architektur in überregionalen Tageszeitungen, vor allem der *Neuen Zürcher Zeitung*.

Rainer Behrends, Dipl. Phil., Kunsthistoriker, Jg. 1937, hat 1956–1960 an der Leipziger Universität Kunstgeschichte und Klassische Archäologie mit Nebenfach Ur- und Frühgeschichte studiert. 1960–1966 wissenschaftlicher Assistent des Direktors, später stellv. Direktor des Angermuseums Erfurt, 1966–1972 am Kunsthistorischen Institut der Leipziger Universität und seit 1972 Kustos der Kunstsammlungen der Universität Leipzig/Aufbau der Universitäts-Kustodie. Gastvorlesungen und umfangreiche Vortragstätigkeit im In- und Ausland, zahlreiche Publikationen. Kunstpreisträger der Stadt Leipzig und Mitglied des Beirates für Bildende Kunst des Freistaates Sachsen.

Hartwig Ebersbach, Maler, Jg. 1940, hat 1959–1964 bei Bernhard Heisig an der Hochschule für Grafik und Buchkunst Leipzig (HGB) studiert. Anschließend freischaffend. 1979–1983 Lehrtätigkeit an der HGB, Spezialgebiet Experimentelle Kunst. 1985 Kunstpreis der Künstler Düsseldorf, 1992 Gründungsmitglied der Freien Akademie der Künste zu Leipzig, 1996 Mitglied der Sächsischen Akademie der Künste Dresden und Mitglied der Akademie der Künste Berlin-Brandenburg.

Hildtrud Ebert, Dr. phil., Jg. 1950, hat Kunstwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin studiert. Promotion 1984 ebendort. 1974–1990 Lehrtätigkeit am Bereich Kunstwissenschaft der HUB, 1990–1995 an der Kunsthochschule Berlin-Weißensee. Seit 1996 freiberuflich in Berlin tätig. Forschungen und Publikationen zur Geschichte des russisch-sovietischen Konstruktivismus sowie zur Kultur- und Kunstgeschichte der SBZ/ DDR.

Geerd Dellas, Prof. Dr. med., Jg. 1942, hat Medizin in Olomouc (CSSR) und Berlin (Humboldt-Universität) studiert, 1970 promoviert und eine Ausbildung zum Facharzt für Gynäkologie und Geburtshilfe absolviert. Seit 1973 Facharzt und Oberarzt an der Universitäts-Frauenklinik der Charité. Neben der ärztlichen Tätigkeit 1977–1986 Direktor für Neubau und Rekonstruktion der Charité.

Monika Gibas, Dr. phil., Jg. 1951, hat Geschichte an der Leipziger Universität studiert. 1979 Promotion und 1990 Habilitation ebendort. 1973–92 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Sektion/FB Geschichte der (Karl-Marx-)Universität Leipzig, 1993–95 im DFG-Projekt “Deutsch-deutsche Propagandageschichte seit 1945/49”. Jetzt Historikerin am Institut für Universal- und Kulturgeschichte e.V. Leipzig. Forschungen und Publikationen zur Ideologie- und Propagandageschichte im 20. Jahrhundert und zur Geschichte der Geschichtswissenschaft.

Dietrich Gläser, Dr.-Ing., war 1986 – 1991 Leiter der AG Medizinischer Hochschbau in der Abt. Hoch- und Fachschulbau (Dresden) des Zentralinstituts für Hochschulbildung (Berlin). Heute im Staatshochbauamt II, Dresden tätig.

Valentin Hammerschmidt, Prof. Dr.-Ing., Jg. 1951, hat Architektur, Philosophie und Geschichte an der Universität Stuttgart studiert. 1984 Promotion ebendort. Arbeit u.a. als Architekt und Stadtplaner in Stuttgart, Kaiserslautern und Köln sowie 1981–1990 Lehr- und Forschungstätigkeit an der Universität Kaiserslautern. Seit 1992 Professor für Architekturgeschichte und Denkmalpflege an der Hochschule für Technik und Wirtschaft (FH) in Dresden. Forschungsschwerpunkt: Vorgeschichte der Moderne; Publikationen u.a. zur Ästhetik des 18. Jahrhunderts und zur Architektur des Historismus.

Ulrich Hartung, Dr. phil., Jg. 1964, hat 1986–1991 Kunstgeschichte und Klassische Archäologie an der Humboldt-Universität zu Berlin studiert. 1996 Promotion ebendort. 1996/97 Forschungsprojektmitarbeiter an der BTU Cottbus. Forschungen und Publikationen zur Architektur des DDR-Wohnungsbaus und der DDR-Kulturhäuser, zur Gedenkstättenarchitektur, NS-Architektur sowie Industriebauten.

Hans-Joachim Hicke, Prof. Dr. rer.oec., Jg. 1932, hat 1951–1955 an der Hochschule für Planökonomie Berlin studiert. Anschließend Assistent an der Hochschule für Ökonomie, 1963 Promotion, 1966 Habilitation und Berufung zum Hochschuldozenten für Volkswirtschaftsplanung.

1969 a.o. Professor. 1973–1989 Abteilungsleiter im Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen der DDR, Juni 1989 bis März 1990 Stellvertreter des Ministers für Planung und Ökonomie im Ministerium für Gesundheitswesen der DDR, von März bis Oktober 1990 Abteilungsleiter im Gesundheitsministerium.

Peter Korneli, Prof. Dr.-Ing., Architekt BDA, war 1970–1986 Vorsitzender der AG Medizinischer Hochschulbau, 1986–1990 Leiter des Instituts für Gesundheitsbau Berlin. Heute freier Architekt in Dresden und Vorstandsmitglied des Arbeitskreises Krankenhausbau und Gesundheitswesen des Bundes Deutscher Architekten (BDA).

Katrin Löffler, studiert seit 1993 Germanistik, Geschichte sowie Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft an der Universität Leipzig. Publikationen u.a. zur Leipziger Stadtgeschichte.

Peer Pasternack, Dr. phil., Jg. 1963, hat 1987–1994 an der Leipziger Universität studiert, Dipl.-Politikwissenschaftler. 1998 Promotion an der Universität Oldenburg. Herausgeber der Zeitschrift *hochschule ost. leipziger beiträge zu hochschule & wissenschaft*. Seit 1997 tätig am HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung an der Universität Halle-Wittenberg. Forschungen und Publikationen zum ostdeutschen Hochschul- und Wissenschaftsumbau 1989ff. sowie zur Steuerung von Hochschulen und Hochschulsystemen.

Manfred Rücker, Dr.-Ing., Architekt, hat 1959–1965 an der Technischen Universität Dresden studiert. 1986 Promotion. 1965–1967 und 1969–1990 Tätigkeit am Institut für Hoch- und Fachschulbau (bzw. an dessen Vorgänger- und Nachfolgeeinrichtungen) Dresden; dazwischen 1967–1969 im Rechenzentrum der TH Magdeburg. Zeitweise Leiter von Forschungsgruppen und zahlreiche Auslandseinsätze als Berater für Hochschulbau. Seit 1991 Referent im Referat Hochschulbau/Großgeräte des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst; in dieser Eigenschaft seit 1996 Mitglied der Arbeitsgruppe “Baukostenprüfung” des Wissenschaftsrates.

Martin Schönfeld M.A., Jg. 1963, hat Kunstgeschichte, Soziologie und Erziehungswissenschaft in Heidelberg, Bonn und Berlin studiert. Doktorand an der Freien Universität Berlin. Forschungen, Ausstellungsprojekte und Publikationen zum Wandbild in der SBZ/DDR, Gedenkkulturen in Ost- und West-Berlin, Exil sowie Lebens- und Arbeitsbedin-

gungen von bildenden Künstlern in der SBZ/DDR; daneben Künstlermonographien zu Lilia Busse und Hermann Kirchberger.

Jörn Schütrumpf, Dr. phil., Jg. 1956, hat 1977–1982 Geschichte an der Karl-Marx-Universität Leipzig studiert. 1987 Promotion. 1982–1990 tätig am Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR. Seit 1990 Redakteur der Monatszeitschrift *Utopie kreativ*, seit 1997 Verleger und Redakteur der Zweiwochenschrift *Das Blättchen*. Daneben Forschungen, Ausstellungsprojekte und Publikationen zu Kunst, Architektur und Sozialgeschichte der DDR.

Thomas Topfstedt, Prof. Dr. phil., Jg. 1947, hat 1965–1970 Kunstgeschichte und Vor- und Frühgeschichte an der Karl-Marx-Universität Leipzig studiert. 1980 Promotion, 1984 Habilitation. 1970–1975 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Städtebau und Architektur an der Bauakademie der DDR in Berlin, seither an der Leipziger Universität tätig. Professor für Kunstgeschichte am Institut für Kunstgeschichte der Universität Leipzig. Mitglied seit 1994 der Deutschen Akademie für Städteplanung und Landesplanung, seit 1995 der Historischen Kommission der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, seit 1998 des Denkmalrates im Freistaat Sachsen. Forschungen und Publikationen zur Architektur- und Städtebaugeschichte, insbesondere des 19. und 20. Jahrhunderts.

Gabriele Wiesemann M.A., hat Kunstgeschichte, Volkskunde, Klassische Archäologie und Städtebau in Würzburg und Bonn studiert. Anschließend wissenschaftliche Mitarbeiterin in einem Bonner Stadtplanungsbüro. Jetzt freie Kunsthistorikerin in Bonn und Arbeit an einer Dissertation zu Leben und Werk des Architekten Hanns Hopp (1890–1971). Forschungen und Publikationen zu Städtebau und Architektur im 20. Jahrhundert, insbesondere in der DDR, und zu Fragen der Denkmalpflege.

Ulf Zimmermann, Dipl.-Ing., Architekt BDA, Jg. 1937, hat 1957–1963 Architektur an der Technischen Hochschule Dresden studiert. Von 1963 bis 1968 Architekt im Entwurfsinstitut Prof. Rolf Göpfert, TU Dresden. 1968–1991 Entwurfsgruppenleiter bei TU-Projekt Dresden. Seit 1991 eigenes Büro und Mitglied des BDA. Stellvertreter BDA-Landesvorsitzender Sachsen.

Nachweise

Bildteil

Abb. I.1: Heinz Füßler (Hg.): Leipziger Universitätsbauten. Die Neubauten der Karl-Marx-Universität seit 1945 und die Geschichte der Universitätsgebäude, Leipzig 1961, zw. S. 40 u. 41; Zeichnung: Heinz Rauschenbach, G. Selze.

Abb. I.2: Bildautor: Rössing-Winkler, Leipzig (Sammlungsbestand des Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung IRS Erkner).

Abb. I.3: Kurt W. Leucht: Städtebauliche Planung der Martin-Luther-Universität in Halle, in: *Deutsche Architektur* 3/1954, S. 141.

Abb. I.4: Bildautor: Josef Münzberg, Halle/Saale (Sammlungsbestand des IRS Erkner).

Abb. I.5: Willi Thielemann: Studentenwohnheim der Martin-Luther-Universität Halle an der Saale, in: *Deutsche Architektur* 5/1955, S. 219.

Abb. I.6: Universitätsarchiv der TU Dresden, Bildsammlung (Sammlungsbestand des IRS Erkner).

Abb. I.7: Deutsche Fotothek Dresden (Bautzner Str. 19), Bildautor: Möbius.

Abb. I.8: Heinz Kursitza: Die Arbeiter- und Bauern-Fakultät; in: Rektor der TH Dresden (Hg.): 125 Jahre Technische Hochschule Dresden. 1828 - 1953 (Festschrift), Dresden 1953, S. 190 (Schaubild: Erich Otto (?)).

Abb. I.9: Richard Paulick: Dresden: Hochschule für Verkehrswesen, in: *Deutsche Architektur* 1/1954, S. 43.

Abb. I.10: o.A. (Richard Paulick): Die Studentenwohnheime der Hochschule für Verkehrswesen in Dresden, in: *Deutsche Architektur* 5/1955, S. 212.

Abb. I.11: ebd., S. 215.

Abb. II.1/2: Fotos: Lutz Liebert, Hochschulbildstelle Dresden; Archiv Ulf Zimmermann.

Abb. II.3/4: Fotos: Ulf Zimmermann, Dresden; Archiv Ulf Zimmermann.

Abb. III.1-3: Fotos: Anneliese Bonitz, Kunsthochschule Berlin-Weißensee; Archiv KHB.

Abb. IV.1/2: Valentin Hammerschmidt, Dresden.

Abb. V.1/4: Zeichner unbekannt; Stadtplanungsamt Neubrandenburg.

Abb. V.2/3: Zeichnungen: Hermann Henselmann; Stadtplanungsamt Neubrandenburg.

Abb. VI.1/2: VEB BMK Ingenieurhochbau Berlin.

Abb. VII.2/3: Thomas Topfstedt, Leipzig.

Abb. VIII.1-5: Archiv Hubertus Adam, Berlin.

Abb. IX: Kustodie der Universität Leipzig.

Abb. X.1-8: Martin Schönfeld.

Abb. X.9: Quelle: "Künstler im Bündnis".

Abbildungen im Text

S. 118: Archiv Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden

S. 119: *Deutsche Architektur*, 1955, S. 212ff.

S. 159: K. Löffler: Die Zerstörung. Dokumente und Erinnerungen zum Fall der Universitätskirche Leipzig, Leipzig 1993, S. 28f.

S. 173: Archiv Thomas Topfstedt

S. 214/215: Archiv Hartwig Ebersbach

Texte

Die Artikel von Monika Gibas/Peer Pasternack, Ulrich Hartung, Hans-Joachim Hicke sowie Peer Pasternack erscheinen hier erstmals. Alle anderen Beiträge wurden zuvor in *hochschule ost* 1/1998 veröffentlicht.

**Leipziger Beiträge zur
Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftspolitik**

Michael Franzke (Hg.):

Die ideologische Offensive. Ernst Bloch, SED und Universität.

Leipzig 1993. 235 S. ISBN 3-929031-91-1. 24,80 DM

Peer Pasternack (Hg.):

*IV. Hochschulreform. Wissenschaft und Hochschulen in
Ostdeutschland 1989/90.*

Leipzig 1993. 191 S. ISBN 3-929031-12-4, 24,80 DM

Veit Didczuneit/Manfred Unger/Matthias Middell:

Geschichtswissenschaft in Leipzig: Heinrich Sproemberg.

Leipzig 1994. 131 S. ISBN 3-929031-33-7. 16,80 DM

Peer Pasternack:

*DDR-Wissenschaftsgeschichte & Umbau von Hochschule und
Wissenschaft in Ostdeutschland. Bibliographie 1989-1993.*

Leipzig 1994. 234 S. ISBN 3-929031-51-5, 24,80 DM

Peer Pasternack:

Geisteswissenschaften in Ostdeutschland 1995. Eine Inventur.

Leipzig 1996. 298 S. ISBN 3-931922-16-2. 29,80 DM

Monika Gibas/Peer Pasternack (Hg.):

*Sozialistisch behaust & bekunstet. Hochschulen und ihre Bauten
in der DDR.*

Leipzig 1999. 245 + XXVIII S. ISBN 3-933240-32-8. 34,- DM